

WAS PASSIERT, WENN EINE PARTEI IM NETZ TAGT?

Der 'Virtuelle Parteitag' von Bündnis 90/Die Grünen aus soziologischer Sicht

Magisterarbeit
zur

Erlangung der Würde des Magister Artium
der Philosophischen Fakultäten der
Albert-Ludwigs-Universität
zu Freiburg im Breisgau

vorgelegt von

Till Westermayer
aus Tübingen

Sommersemester 2001

Soziologie

Abstract

Ausgehend von empirischen Daten (ausführliche Interviews mit vier TeilnehmerInnen, Gesprächsverlauf, Befragungen der TeilnehmerInnen, Auszählung der Redebeiträge, Auswertung des Webserver-Logfiles) wird der Virtuelle Parteitag von Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg in Anlehnung an die Methode der *Grounded Theory* untersucht. Verschiedene Formen der Teilnahme und Beteiligung und ihre Voraussetzungen werden beschrieben. Die unterschiedlichen Diskussionsformen im Virtuellen Parteitag werden anhand zweier exemplarischer Diskussionsverläufe dargestellt. Die Arbeit geht auf die Zeitstruktur des Virtuellen Parteitags ein und beschreibt die Sozialstruktur der TeilnehmerInnen.

Als Erklärungsansatz für die spezifische Form des Virtuellen Parteitags wird vorgeschlagen, von einem Zusammenstoß zweier Logiken (Partei vs. computervermittelte Kommunikation) auszugehen. Mit Hilfe dieses Ansatzes ist es möglich, zu zeigen, welche Elemente des Virtuellen Parteitags der *Logik der Partei* und welche aus der *Logik computervermittelter Kommunikation* entstammen. Beide Logiken werden dargestellt und mit dem Virtuellen Parteitag in Verbindung gesetzt. Es lassen sich sowohl gleichgerichtete (Bsp. Geschlechterverhältnis), hybride (Bsp. Kommunikationsform) sowie aus einer der beiden Logiken entstammende Elemente (Bsp. CMC: Individualisierungstendenz, Partei: Einfluss sozialer Netzwerke) finden. Der prägende Einfluss des Wissens über die gegenseitige Positionierung im sozialen Raum der Partei *ohne* Möglichkeit zur Veränderung dieser Positionierungen (Netzwerkbildung, Sozialisation) lässt den Virtuellen Parteitag als wenig einflussreich auf die soziale Binnenstruktur der Partei erscheinen.



Abbildung 1.1 – Blick in die Tagungshalle des Virtuellen Parteitags

Inhaltsübersicht

1 Einleitung	1
1.1 Eine notwendige Vorbemerkung zum Begriff der Virtualität.....	1
1.2 Über die Erkundung unbekannter Landschaften	2
2 Rahmenbedingungen	5
2.1 Die ‘Computerisierung’ der Parteien	5
2.1.1 Die erste Phase der ‘Computerisierung’	5
2.1.2 Die zweite Phase der ‘Computerisierung’	5
2.1.3 Internetnutzung und Digital Divide	7
2.2 Bündnis 90/Die Grünen in Baden-Württemberg	8
2.2.1 Struktur der Partei	9
2.2.2 Besonderheiten der Grünen in Baden-Württemberg.....	12
2.3 Grüne und das Internet	13
2.3.1 Die programmatische Auseinandersetzung mit Computern und neuen Medien	13
2.3.2 Die Nutzung von Computern und Internet.....	15
2.4 Vorgeschichte und Konzeption des Virtuellen Parteitags.....	18
2.4.1 Die Vorgeschichte	18
2.4.2 Die technischen und ökonomischen Rahmenbedingungen	19
2.4.3 Die Gestaltung des Virtuellen Parteitags	20
2.4.4 Präsidium und Geschäftsordnung	22
3 Rekonstruktion des Virtuellen Parteitags	24
3.1 Der Virtuelle Parteitag aus Sicht der TeilnehmerInnen	24
3.1.1 Der Virtuelle Parteitag aus Sicht von A	24
3.1.2 Der Virtuelle Parteitag aus Sicht von B.....	27
3.1.3 Der Virtuelle Parteitag aus Sicht von C.....	29
3.1.4 Der Virtuelle Parteitag aus Sicht von D	32
3.2 Die Diskussionen während des Virtuellen Parteitags.....	34
3.2.1 Überblick über die Redelisten	34
3.2.2 Die Diskussion – zwei Beispiele	36
3.3 Zur Zeitstruktur des Virtuellen Parteitags	42
3.3.1 Die Zeitstruktur des Virtuellen Parteitags als Gesamtheit	43
3.3.2 Zeitliche Struktur des Tagesablaufs.....	47
3.4 Der Virtuelle Parteitag aus der Sicht der Statistik.....	50
3.4.1 Demographie der TeilnehmerInnen.....	50
3.4.2 Nutzung des Internet.....	51
3.4.3 Teilnahme und Beteiligung am Virtuellen Parteitag.....	52
3.4.4 Fazit: Statistik.....	52
3.5 Formen der Teilnahme und Beteiligung.....	53
3.5.1 Motive und Formen der Teilnahme	53
3.5.2 Formen der Beteiligung.....	54
4 Zusammenstoss zweier Logiken.....	59
4.1 Die Logik der Partei	61
4.1.1 Kreisverbände.....	61
4.1.2 Delegierte	62
4.1.3 Das soziale Innenleben der Partei.....	64
4.1.4 Parteitage.....	68
4.1.5 Fazit: Parteien und Parteitage	75
4.2 Der Virtuelle Parteitag und die Logik der Partei	76
4.2.1 Handlungsrollen und Akteure.....	76
4.2.2 Soziale Netzwerke und persönliche Kontakte	78
4.2.3 Meinungsbildung	79

4.2.4 Inszenierung, Außenwirkung, Event-Charakter	81
4.3 Der Virtuelle Parteitag und die Logik computervermittelter Kommunikation	83
4.3.1 Die physikalische Schicht computervermittelter Kommunikation	84
4.3.2 Die Protokoll-Schicht computervermittelter Kommunikation	87
4.3.3 Die Anwendungsschicht computervermittelter Kommunikation	88
4.3.4 Der Virtuelle Parteitag als konkrete Anwendung	91
4.3.5 Die Relevanz computervermittelter Kommunikation für den Virtuellen Parteitag	97
4.4 Fallbeispiel Geschlechterverhältnis: Vermutungen	98
4.4.1 Der Anteil der Frauen und Männer im Vergleich zur LDK	99
4.4.2 Das Internet, ein Spielzeug für Jungs?	101
4.4.3 Doppelte Ungleichheit	104
4.5 Fazit: Die Logik des Virtuellen Parteitags	105
5 Schlussfolgerungen und Ausblick	108
5.1 Schlussfolgerungen	108
5.1.1 Der Virtuelle Parteitag erbringt keine politischen Sozialisationsleistungen	108
5.1.2 Zeitflexibilität und Individualisierung	109
5.1.3 Der Einfluss der Parteilogik auf die Formen der Kommunikation	109
5.1.4 Der Zusammenstoß zweier Logiken – ein nützliches Analyseinstrument?	110
5.2 Ausblick	110
6 Literaturverzeichnis	119
7 Anhang A: Beschreibung des methodischen Vorgehens	119
7.1 Strukturdaten durch Auszählung	119
7.2 Qualitative Analyse angelehnt an die Grounded Theory	120
7.2.1 Zur Methode der Grounded Theory	120
7.2.2 Anwendung auf den Virtuellen Parteitag	122
7.3 Logfile-Analyse im World Wide Web	124
7.4 Fragebögen und Leitfaden	125
7.4.1 Interviewleitfaden	125
7.4.2 Befragungen	125
7.5 Quellen	127
7.5.1 Interviews	127
7.5.2 Hintergrundgespräch	127
7.5.3 Feldnotizen	127
7.5.4 Debatten im Virtuellen Parteitag	127
7.5.5 Pressestimmen (Zufallsauswahl aus der Presseschau zum Parteitag)	128
8 Anhang B	128
8.1 Anhang zu Kapitel 3: Sicht der Medien	128
8.1.1 Der Virtuelle Parteitag aus der Sicht der medialen Öffentlichkeit	128
8.1.2 Exkurs: Wie wird ein virtueller Parteitag bebildert?	130
8.2 Tabellen und Diagramme	131
8.2.1 Bündnis 90/Die Grünen	131
8.2.2 Beteiligung am Virtuellen Parteitag	132
8.2.3 Überblick über die einzelnen Redelisten	133
8.2.4 Analyse des Webserver-Logfiles	134
8.2.5 Das Geschlechterverhältnis beim Virtuellen Parteitag	135
8.2.6 Befragung der TeilnehmerInnen am Virtuellen Parteitag	136
8.2.7 Ergebnisse der LDK-Befragung	137
8.2.8 Wirkzusammenhang ‘Logik der Partei’	138
9 Glossar	139

Übersicht: Tabellen

Tabelle 4.1 – Altersverteilung beim Virtuellen Parteitag im Vergleich	51
Tabelle 5.1 – Elemente der <i>Logik der Partei</i> im Virtuellen Parteitag	77
Tabelle 5.2 – Verschiedene Ebenen der Logik computervermittelter Kommunikation.....	84
Tabelle 5.3 – Technische und soziale Synchronizität.....	90
Tabelle 8.4 – Auswahlmatrix: InterviewpartnerInnen	122
Tabelle 8.1 – Mögliche Datenquellen für eine <i>Grounded Theory</i> zum Virtuellen Parteitag	122
Tabelle 9.1 – Altersstruktur von Bündnis 90/Die Grünen im Jahr 2000/01	131
Tabelle 9.2 – Berufsgruppenzugehörigkeit von Parteimitgliedern (1994)	131
Tabelle 9.3 – Überblick über die Unterschiede in der Beteiligung am Virtuellen Parteitag (eigene Daten)	132
Tabelle 9.4 – Beteiligung der Delegierten beim Virtuellen Parteitag.....	133
Tabelle 9.1 – Verteilung der Redebeiträge auf die Redelisten des Virtuellen Parteitags	133
Tabelle 9.2 – Wichtige Merkmale an Parteitag	137
Tabelle 9.3 – Häufigkeit verschiedener Formen der Beteiligung an Parteitagen.....	137

Übersicht: Abbildungen

Abbildung 1.1 – Blick in die Tagungshalle des Virtuellen Parteitags	i
Abbildung 2.1 – Organisatorische Rahmenbedingungen des Virtuellen Parteitags.....	19
Abbildung 3.1 – Zugriffe auf den Webserver, Zahl der Redebeiträge und TeilnehmerInnen pro Tag	43
Abbildung 3.2 – Verteilung der Redebeiträge auf Tage und Kategorien	44
Abbildung 3.3 – Zeitstruktur des Virtuellen Parteitags	46
Abbildung 3.4 – Zugriffe nach Tageszeit (Vergleich Virtueller Parteitag / Virtuelle Konferenz / Beruf)	48
Abbildung 3.5 – Zugriffe (Kurve) und geschriebene Beiträge (Balken) nach Tageszeit (eigene Berechnung).....	49
Abbildung 3.6 – Altersverteilung im Vergleich	50
Abbildung 4.1 – Überlegungen zum Zusammenstoß zweier Logiken	59
Abbildung 4.2 – Die Bühne bei der BDK Stuttgart (links) und der LDK Waiblingen (rechts).....	69
Abbildung 4.3 – Zur Logik des Virtuellen Parteitags.....	106
Abbildung 7.1 – Schema des Kodierprozesses.....	121
Abbildung 8.1 – Entwicklung der Mitgliederzahlen von Bündnis 90/Die Grünen in Baden-Württemberg (dicke Linie) im Vergleich mit den Wahlergebnissen bei Landtags- und Bundestagswahlen.....	131
Abbildung 8.2 – Verschiedene aus dem Webserver-Logfile gewonnene Indikatoren	134
Abbildung 8.3 – Zahl der BesucherInnen pro Tag	134
Abbildung 8.4 – Indikatoren für das Geschlechterverhältnis im Vergleich.....	135
Abbildung 8.5 – Beiträge bzw. Anträge pro Kopf.....	136
Abbildung 8.6 – Beiträge nach Geschlecht pro Tag.....	136
Abbildung 8.7 – Inhaltliche Beiträge nach Geschlecht und Tag des Parteitags	136
Abbildung 8.8 – Parteitagsgeflüster-Beiträge nach Geschlecht und Tag des Parteitags.....	136
Abbildung 8.9 – Nutzung des Internets	136
Abbildung 8.10 – Einschätzung der Erfahrung	136
Abbildung 8.11 – Skizze: Logik der Partei (herkömmliche Parteitags)	138
Abbildung 8.12 – Skizze: Logik der Partei (Virtueller Parteitag)	138

1 Einleitung

One macabre aspect of the separation of physical and electronically mediated communications has already occurred in the coining of new categories to mark that which occurs 'off-line' as a special form of life. Computer developers and those writing to each other over the news boards on the networks speak of 'RL' and 'F-t-F' (Face-to-Face) as special categories. What does it mean that RL is now a marked category? What does it imply about what we are doing in cyberspace: is it 'UL' (unreal life)? And who will benefit from the blurred boundaries; who will suffer?

Susan Leigh Star 2000: 636

1.1 Eine notwendige Vorbemerkung zum Begriff der Virtualität

So schön der Begriff 'virtuell' ist, so schwammig wird er, wenn er näher betrachtet wird. Der Begriff kommt in seiner auf das Internet bezogenen Bedeutung wohl aus dem Simulationsgewerbe. So gibt es Bezüge zu einem für die amerikanische Luftwaffe bestimmten NASA-Projekt namens 'Virtual Environment Display' (VIVED), das 1987 einer breiteren Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Ca. 1988 wurde von der Firma Autodesk mit Jaron Laniers Firma VPL der Versuch unternommen, kommerzielle grafische Immersionssysteme zu entwickeln, also Systeme, die grafisch einer NutzerIn vorgaukeln, in eine andere Realität einzutauchen (beliebt wäre hier der Verweis auf Gibsons *Neuromancer*). Diese Systeme wurden 'Virtual Reality' genannt. (Chesher 1994). Anfang der 90er Jahre machte Howard Rheingold (1991) mit seinem gleichnamigen Buch die Idee der grafische Immersion populär und zog zugleich die Verbindungslinie zur Unterhaltungsindustrie. Sein nächstes Buch hieß dann 'Virtual Communities' und beschrieb vor allem die verschiedenen Nutzungsmöglichkeiten des Computers zur Kommunikation (vgl. Rheingold 1998). Der Begriff 'virtuell' haftet seitdem als gerne gebrauchtes Etikett nicht nur an Unternehmen, Universitäten und Parteitag, sondern findet sich auch in den Titeln sozialwissenschaftlicher Literatur (vgl. Bühl 1997, Thiedeke 2000a). »'Virtual reality,' however, has become a cultural handle which attaches to a diversity of new ideas and technologies. While it is an inaccurate and misleading term, it is widely used, and has assumed a meaning in its own right. It has changed popular impressions of what technology can and should do.« (Chesher 1994).

'Virtuell' wurde aber nicht erst erfunden, als es darum ging, Simulationstechniken mit dem Computer zu verbinden. Schon lange davor war von 'virtualiter' die Rede:

Virtualiter, der Krafft nach, durch eine richtige Folge, ist ein metaphysisches Kunstwort und wird in der Metaphysik der Scholastiker dem Worte formaliter entgegengesetzt. Es hat die Bedeutung, daß etwas von dem anderen in Ansehung der Existenz und des Wesens nicht würrklich, sondern nur der Krafft nach gesaget wird, z.B. der König ist allenthalben seinen Landes, nicht formaliter, als wäre er wirklich an allen Orten, sondern virtualiter, weil er überall seine Bedienten hat, die statt seiner da sind. (Johann Heinrich Zedler 1746, Universallexikon; zitiert nach Bühl 1997: 46)

Virtuell hieße demnach, dass etwas 'nicht wirklich' – gemeint könnte sein: nicht als Person, nicht in Echtheit – vonstatten geht, sondern vermittelt durch andere, die Bedienten des Königs oder heute technisch produzierte Avatare. Wichtig ist dabei der Aspekt der Imagination, der herantritt, wenn es darum geht, zu erklären, wie – ganz vereinfacht ausgedrückt – soziale Herrschaftszusammenhänge trotz körperlicher Abwesenheit am Leben bleiben. Wie machtvoll ein

‘bloß’ imaginärer Zusammenhalt sein kann, zeigt Benedict Anderson (1991) am Beispiel der Herstellung einer nationalen Identität aus der Imagination einer nationalen Tradition. Die virtuelle Realität, in die eingetaucht wird, findet hier, verglichen mit der Immersionsvariante des Begriffs, ‘bloß’ im Kopf und dafür umso machtvoller in der Wirklichkeit statt. Oder um noch einmal zum Begriff zurückzukehren: »Als virtuell bezeichnet man jede Vorrichtung, die zu existieren scheint, obwohl es sie in Wirklichkeit nicht gibt« (Esposito, 1993: 350). Zu einfach?¹

Ein dritter Versuch: »Virtuell‘ bedeutet bekanntlich ‘der Möglichkeit nach vorhanden‘«, beschreibt die Universität Düsseldorf ihre Virtuelle Bibliothek, und meint, dass Bücher hier nicht in den Regalen stehen, und auch keine digitalen Kopien, sondern dass auf Dokumente irgendwo anders verwiesen wird. Virtualität wird hier mit dem Möglichkeitsraum des Internet verknüpft. Etwas soziologischer an die Abgrenzung des Möglichkeitsraums geht Michael Paetau (1999) heran, der Virtualität systemtheoretisch als Differenz zwischen Möglichem und Aktuellem definiert. Er plädiert dafür, den Begriff der Virtualität nicht an computervermittelte Kommunikation (und damit an die so nicht sinnhaltige Differenz real/nicht real) zu binden, sondern sieht Gesellschaft selbst als eine virtuelle Realität, da auch Gesellschaft sich als nur teilweise aktualisierbare Potenzialität darstellt. Virtuell wäre demnach das selbst sozial Konstruierte. Am Beispiel der ‘Virtuellen Unternehmen’ zeigt Paetau, dass Virtualität sich eben nicht in der Nutzung eines spezifischen technischen Kommunikationsmediums begründet, sondern in einer besonderen (nämlich losen) Form der Kopplung von Systemelementen und im fehlenden Element der Mitgliedschaft. Computernetzwerke werden dann zur materiell-technischen Infrastruktur, »auf der sich die Differenz von virtueller und aktueller Kommunikation entfalten kann« (Paetau 1999: 276).

Verwirrt, im Spiel von Sein und Schein, wirklicher Wirklichkeit und Virtualität hängen geblieben? Wenden wir uns dem Thema der Arbeit zu.

1.2 Über die Erkundung unbekannter Landschaften

Vom 24. November bis zum 3. Dezember 2000 fand der ‘Virtuelle Parteitag’² von Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg statt – vermutlich der erste weltweit. Hier wurde ein Parteitag komplett ins Internet verlagert. 100 Delegierte aus den Kreisverbänden der Partei, 15 Landesvorstandsmitglieder und etwa 7.500 baden-württembergische Parteimitglieder hatten die Gelegenheit, an diesem Parteitag teilzunehmen. Dies konnte durch das Verfolgen der Debatte geschehen, aber auch dadurch, dass Redebeiträge zu einzelnen Themen geschrieben wurden, oder dadurch, Anträge einzubringen. Die Delegierten und Landesvorstandsmitglieder hatten darüber hinaus die Möglichkeit, in drei Abstimmungsrunden ihre Stimme abzugeben.

¹ Der Auffassung, dass Espositos Definition zu einfach sei, ist jedenfalls Lutz Ellrich und schreibt: »Das Problem, das der Begriff des virtuellen anvisiert [...], liegt doch gerade in der Darstellung des Scheins als Schein bei gleichzeitiger Erzeugung des Eindrucks, ganz im realen zu verweilen.« (Ellrich 1996: 569, Fn. 15). Vgl. zur Virtualität auch Dollhausen (2000: 12ff).

² Es kann darüber gestritten werden (vgl. die Vorbemerkung), ob der ‘Virtuelle Parteitag’ ein *virtueller* Parteitag war oder nicht. Obwohl dies vorerst unklar bleibt (vgl. dazu auch Abschnitt 4.5), verzichte ich im Rest des Textes darauf, den Eigennamen jedes Mal durch Anführungsstriche kenntlich zu machen. Beibehalten werde ich jedoch das große ‘V’, wenn der spezielle Virtuelle Parteitag aus dem Herbst 2000 gemeint ist. Wenn allgemeiner von der Organisationsform virtueller Konferenzen, virtueller Parteitage oder virtueller Parteizentralen gesprochen wird, verwende ich das kleine ‘v’.

Der Parteitag ist vorbei, die Abstimmungsergebnisse liegen vor. Redebeiträge, Anträge und Ergebnisse sind im Internet unter der Adresse WWW.VIRTUELLER-PARTEITAG.DE weltweit einsehbar. Die Frage bleibt: Was passierte eigentlich, als hier eine Partei im Netz tagte? Oder, etwas genauer formuliert: Was taten die ParteitagsteilnehmerInnen? Wie haben Sie ihn erlebt, wahrgenommen? Welche sozialen Prozesse sind abgelaufen, wie war er in den Alltag der TeilnehmerInnen eingebettet? Wer hat sich in welcher Form beteiligt, wer nicht? Und warum?

Der Virtuelle Parteitag stellte in vielen Hinsichten so etwas wie unerforschtes Terrain dar – *Neuland*, nicht nur für die Partei. In solchen Fällen lässt sich trefflich darüber streiten, ob es hilfreicher ist, mit einer Theorie in der Hand und vor den Augen voranzugehen, oder Hände und Augen frei zu haben, um das neue Gebiet erkunden zu können, um vielleicht am Schluss eine Landkarte mit Vermutungen über das Gebiet in der Hand zu halten. In diesem Sinne habe ich mich entschieden, mich der Fragestellung, was denn nun passiert, wenn eine Partei im Netz tagt, mit Hilfe eines qualitativ-explorativen Ansatzes anzunähern. Gewählt wurde dazu die *Grounded Theory* (Anselm Strauss) – eine spannende, aber auch recht mühevolle Methode, vor allem dann, wenn die Zeitbegrenzung einer Magisterarbeit hinzukommt³. Als empirische Grundlage dienten (neben statistischen Daten) Interviews mit vier TeilnehmerInnen des Virtuellen Parteitag, eigene Beobachtungen des Virtuellen und herkömmlicher Parteitags sowie Gesprächsverläufe aus dem Virtuellen Parteitag. Die hier verwendete Methodik, insbesondere die *Grounded Theory*, sowie die Auswahl des Materials sind in Anhang A beschrieben.

Der Virtuelle Parteitag mag fremdes Terrain dargestellt haben – aber ganz unbekannt war er nicht. Einiges über die Rahmenbedingungen dieses Parteitags habe ich im *zweiten Kapitel* zusammengestellt. So gibt es in den Politikwissenschaften, aber auch in der Gesellschaft insgesamt seit längerem eine allgemeine Debatte über die Parteien und ihre Reformbedürftigkeit (vgl. u.a. Alemann 1997, Becker 1999; die Beiträge in Gabriel et al. 1997; Kießling 2001; Walter 2001; Wiesendahl 1997), und eine speziellere Debatte darüber, wieweit Informationstechnologie zur Demokratisierung der Parteien verwendet werden kann. Der Abschnitt 2.1 widmet sich dieser spezielleren Debatte und skizziert kurz zwei Phasen der ‘Computerisierung’ der Parteien und die aktuellen Entwicklungen. Bekannt war auch die Partei, die diesen Parteitag veranstaltet hat – Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Baden-Württemberg. Auf die Besonderheiten der baden-württembergischen Grünen geht Abschnitt 2.2 ein. Nicht zuletzt hatte der Virtuelle Parteitag auch eine Vorgeschichte; sowohl in einem weiteren wie in einem engeren Sinn. Der weitere Sinn dieser Vorgeschichte ist Thema von Abschnitt 2.3 – es geht um Grüne und das Internet. Die Vorgeschichte und Konzeption des Virtuellen Parteitags im engeren Sinn wird in Abschnitt 2.4 dargestellt.

³ Was Anselm Strauss und Juliet Corbin über die speziellen Probleme bei der Verwendung der *Grounded Theory* für Dissertationen schreiben, trifft leider nicht weniger zu, wenn es um eine Magisterarbeit geht: »Beim Schreiben von Arbeiten mit Hilfe der *Grounded Theory* steht man einem besonders schwierigen Problem gegenüber. Dies hat seinen Ursprung in der recht komplexen Analyse, die im gesamten Forschungsprozeß entsteht. Die große Frage, die sich dann stellt, ist folgende: Was stelle ich von dieser ganzen Analyse dar? Das Standardformat von Doktorarbeiten läßt nicht viel Raum, was den gewünschten Umfang und die zur Verfügung stehende Zeit anbetrifft.« (Strauss / Corbin 1996: 200).

So vorbereitet, widmet sich das *dritte Kapitel* der Rekonstruktion der Virtuellen Parteitags. Um in der Metapher vom Erforschen unbekannter Landschaften zu bleiben – das vierte Kapitel stellt eher einen Reisebericht als eine Landkarte dar. Es beschreibt ausgehend von der Auswertung mit der *Grounded Theory*, wie meine InterviewpartnerInnen sich am Virtuellen Parteitag beteiligt und wie sie ihn erlebt haben (Abschnitt 3.1). Zwei sehr unterschiedliche Diskussionsverläufe aus dem Virtuellen Parteitag werden dargestellt (Abschnitt 3.2). Die Zugriffe auf den Webserver und die Auszählung der Redebeiträge wurden herangezogen, um so die Zeitstruktur des Virtuellen Parteitags zu rekonstruieren (Abschnitt 3.3). Um das Bild der TeilnehmerInnen abzurunden, werden in Abschnitt 3.4 Daten zur Sozialstruktur und zur Internetnutzung durch die TeilnehmerInnen am Virtuellen Parteitag zusammengefasst. Abschnitt 3.5 schließlich führt die verschiedenen Formen der Teilnahme und Beteiligung in abstrakterer Form zusammen.

Wenn das dritte Kapitel ein Reisebericht ist, dann stellt das *vierte Kapitel* den Versuch dar, eine Landkarte des Virtuellen Parteitags zusammenzufügen. Als Bausteine dafür dienen die *Logik der (grünen) Partei* (vor allem Ergebnis meines *Doing Grounded Theory*; Abschnitt 4.1) und die stärker auf die entsprechende Literatur bezogene *Logik der computervermittelten Kommunikation* (Abschnitt 4.3). Diese *Logiken* werden ausgehend von der Überlegung, dass der Virtuelle Parteitag eine Hybridform aus dem Zusammenstoß beider Logiken darstellt, auf die im dritten Kapitel dargestellte Rekonstruktion des Virtuellen Parteitags angewandt. Während Abschnitt 4.2 den Virtuellen Parteitag mit der *Logik der Partei* in Verbindung bringt, und Abschnitt 4.4 am Fallbeispiel Geschlechterverhältnis das Zusammenwirken zweier Logiken verdeutlicht, widmet sich Abschnitt 4.5 dem Zusammenbau: Welche Elemente welcher Logik sind im Virtuellen Parteitag wiederzufinden, wo gab es Konflikte? Deutlich wird hier, dass es weniger die technische Seite (die auch) als vielmehr die interne Strukturiertheit der Partei ist, die sich letztendlich dominant auch im Virtuellen Parteitag wiederfindet. Das *fünfte Kapitel* schließlich fasst – Tipp für eilige LeserInnen – noch einmal die aus meiner Sicht wichtigsten Ergebnisse zusammen.

Nicht alles, was vorher über Virtuelle Parteitage bekannt war, konnte berücksichtigt werden. Dazu zählt insbesondere die mit der Informationstechnologie verbundene gesellschaftstheoretische Debatte (vgl. u.a. Becker / Paetau 1997; Slevin 2000; Webster 1995). Aber auch ganz konkret zum Virtuellen Parteitag entstanden parallel zu dieser andere Arbeiten. Hinzuweisen ist auf die Erforschung des Kommunikationsverhaltens im Virtuellen Parteitag durch Caja Thimm, auf die quantitativ-empirisch ausgerichtete Evaluation der Partizipation durch die Akademie für Technikfolgenabschätzung (Bernhard Bubeck, Gerhard Fuchs) und auf demokratietheoretische Überlegungen zum Virtuellen Parteitag durch das Netzwerk Neue Medien (Arne Rogg, Matthias Trenel). Im Rahmen eines Fachgesprächs der Heinrich Böll Stiftung kam es zu anregenden Diskussionen, die in der einen oder anderen Form in diese Arbeit eingeflossen sind.⁴

⁴ Für diese Anregungen möchte ich mich herzlich bedanken. Zu danken ist auch der Akademie für Technikfolgenabschätzung, die mich Einblick in ihre Fragebogenauswertung hat nehmen lassen, und den Mitgliedern des Landesvorstands und den MitarbeiterInnen der Landesgeschäftsstelle, die die von mir ausgelöste Informationswuschflut gelassen ertragen haben. Und nicht zuletzt all denen, die mich durch Aufmunterung, Korrekturlesen und Kommentare unterstützt haben!

2 Rahmenbedingungen

Zu den Rahmenbedingungen des Virtuellen Parteitags zähle ich die allgemeinere Debatte über die *Veränderung der Parteien durch Kommunikationstechnologien* (IuK), die *Struktur der baden-württembergischen Grünen* und das *grüne Verhältnis zu Kommunikationstechnologien*. Neben diesen abstrakteren Rahmenbedingungen erscheint es mir notwendig, die organisatorischen Rahmenbedingungen des Virtuellen Parteitags und seine *Vorgeschichte* darzustellen.

2.1 Die ‘Computerisierung’ der Parteien

Diese Debatte um den Einsatz neuer Medien in Parteien, und die damit verbundenen Veränderungen innerhalb der Parteien lassen sich analytisch in zwei Phasen unterteilen, eine erste Phase (bis Anfang der 90er Jahre), bei der die Rationalisierungseffekte nicht vernetzter Bürocomputer im Vordergrund stehen, und eine zweite Phase (bis heute), bei der es um externe und interne Vernetzung mit Hilfe von IuK-Technologien geht.

2.1.1 Die erste Phase der ‘Computerisierung’

Die erste Phase der ‘Computerisierung’ der Parteibüros und Parteizentralen beschreiben beispielsweise Jörg Bogumil und Hans-Jürgen Lange (1991), die Ende der 80er Jahre untersucht haben, welche organisatorischen und strukturellen Effekte die Einführung von Computern in Parteien und Verbänden hat. Was passiert, wenn Bürocomputer für Mitgliederverwaltung, Dokumentenproduktion und Datenrecherche Einzug in die Parteibüros halten? In Abgrenzung von technikdeterministischen Ansätzen kommen die Autoren für die von ihnen untersuchte SPD dabei zum Schluss, »daß IuK-Techniken [...] Anwendungsoptionen realisierbar werden lassen, die ohne diese Techniken nicht praktikabel wären [...]. In der Folge werden dadurch jedoch ‘schlummernde’ Organisationsprobleme [...] offengelegt und vor allem die Frage nach dem Ziel, den Formen und den Voraussetzungen von zukünftiger Parteiarbeit in einem sich rapide wandelnden sozialem Umfeld in den Vordergrund gerückt.« (Bogumil/Lange 1991: 135). Das Aufwecken von ‘Organisationsproblemen’ bei der Einführung von Informationssystemen und die damit verbundenen ‘mikropolitischen’ Aushandlungsprozesse – die insbesondere auch darauf beruhen, dass der Computereinsatz informelles Handeln sichtbar und damit verhandelbar macht – lässt sich auch in anderen Großorganisationen zeigen (vgl. Ortmann et al. 1990; Rammert / Wehrsigt 1993 und die Beiträge in Wagner 1993 für die Arbeitswelt; vgl. Mambrey et al. 1991 für das Fallbeispiel Bundestag). Die erste Phase der ‘Computerisierung’ dürfte inzwischen – auch gesamtgesellschaftlich, bis hin zur Diffusion des Computers in die Haushalte – weitgehend abgeschlossen sein.

2.1.2 Die zweite Phase der ‘Computerisierung’

Mit der rapiden Verbreitung erst der Datenfernübertragung und später des Internets in den 90er Jahren kommt es zu einer noch nicht abgeschlossenen zweiten Phase⁵ der ‘Computerisierung’

⁵ Vgl. zur Fortführung der Diskussion über den Einsatz von Informations- und Kommunikationstechniken in der SPD – und damit den Übergang zur zweiten Phase – auch Christiane Eckardt (1993). Auch in Bezug auf den Bundestagswahlkampf

der Parteien und ihrer Strukturen, die von einer umfangreichen wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Debatte über die politischen Potenziale des Netzes allgemein⁶ und insbesondere in Bezug auf Parteien und Wahlkämpfe begleitet wird (vgl. Alemann / Strünck 1999; Bieber 1999, 2001; Clemens 1999a, 1999b; Kaase 1998; Kaiser 1999; Kuhlen 1998; Marschall 1999, 2001; Rederer 2000).⁷ Im Mittelpunkt dieser zweiten Phase stehen vernetzte Computeranwendungen; sowohl in Bezug auf die Binnenkommunikation der Parteien als auch in Bezug auf die Kommunikation zwischen Parteien und Gesellschaft. »Nicht bezweifelt werden kann, daß die neuen Kommunikationswege schon jetzt bestimmte Teile des politischen wie des Mediensystems erfaßt haben und dort ihre Spuren hinterlassen. Das gilt etwa für die schwindende Rolle lokaler Parteiorganisationen, die in viel direkterer Weise als früher durch elektronische Informationen und Mitteilungen aus den Parteizentralen gesteuert werden, [...]« (Kaase 1998: 38). Dieser hier als Steuerung beschriebene Vorgang kann allerdings auch als Intensivierung der innerparteilichen Kommunikation gesehen werden. So kommt Stefan Marschall (2001) in einer Untersuchung aktueller Entwicklungen im Bereich 'Parteien und Internet' (virtuelle Parteitage von Grünen und CDU, nur für Mitglieder zugängliche Netze bei CDU, CSU und FDP, der *Virtuelle Ortsverein* der SPD) zu dem Schluss, dass das Netz eine neue Quantität und Qualität innerparteilicher Kommunikation ermöglicht. Es zeigen sich erste Ansätze eines Wandels der innerparteilichen Willensbildung; so gibt es zumindest in eingeschränkter Weise einen Rückkanal von den in den Mitgliedernetzen geführten Debatten in die Parteilite. Die Effekte auf die Machtverteilung innerhalb der Partei sind erst zögerlich zu sehen; dazu trägt auch bei, dass kaum institutionalisierte Entscheidungsformen vorliegen (so hatte der virtuelle Parteitag der CDU nur einen beratenden Charakter). In neuen Organisationsformen und *low-level*-Partizipationsangeboten im Netz sieht Marschall eine Chance, dass Parteien hier neue Mitgliedergruppen rekrutieren können.⁸ Zugleich entsteht ein verschwommener Rand um die Parteien herum, wo sich heute noch ungeklärte Fragen auf-tun – etwa danach, welche Rechte und Pflichten eine nur in einer thematisch orientierten virtuellen Gliederung der Partei aktive Person in der Gesamtpartei hat. Zusammen mit den Möglichkeiten elektronischer Wahlen vermutet Marschall eine sich öffnende Debatte über innerparteiliche Mitgliederbefragungen und Urabstimmungen.

1998 wird die hohe interne Vernetzung der SPD und die Nutzung des Internets zur Außenkommunikation als ein wichtiges Element im Wahlkampf in den Vordergrund gestellt (vgl. Webel 2000: 24; Clemens 1999b: 158; Bieber 1999).

⁶ Im Rahmen dieser Arbeit ist es nicht möglich, diese umfangreiche Debatte hier zu rekapitulieren. Grundlegende Überlegungen dazu gibt es unter anderem bei Hubertus Buchstein (1996), Vivian Sobchak (1996), Claus Leggewie (1997; 2001), Rainer Rilling (1997), Traude Kogoj (1997), Thilo Harth (1999), Thomas Zittel (1997). Die amerikanische Debatte um verschiedene elektronische Demokratie-Modelle zeichnet Martin Hagen (1997) nach. Eine Übersicht bietet auch London (1994; vgl. auch WWW.SCOTTLONDON.COM/REPORTS/BIBL.HTML). Bezogen auf die deutsche Diskussion wäre Philipp Stradt-mann (1998) zu nennen. Fallbeispiele, einzelne Projekte und Themen werden u.a. in mehreren Sammelbänden behandelt (Drossou et al. 1999; Gellner / von Korff 1998; Heinrich-Böll-Stiftung 1998; Kamps 1999; Leggewie / Maar 1996; Loader 1998; Rohe 1997; Toulouse / Luke 1998; Tsagarousianou et al. 1998; Woyke 1999) sowie in der Ausgabe 33 der Zeitschrift *Futures*. Eigene Überlegungen zur Frage Politik und Internet finden sich in Westermayer (1998). Im Internet findet sich als Ausgangspunkte für weitere Recherchen beispielsweise der Arbeitskreis eDemokratie der Gesellschaft für Informatik (AS.FH-LUENEBURG.DE/EDEMOKRATIE.HTML), die Sammlung Wissenschaft plus Politik von Rainer Rilling (STAFF-WWW.UNI-MARBURG.DE/~RILLINGR/HOME.HTML) sowie die Portale WWW.POLITIK-DIGITAL.DE/ und WWW.NETZWISSENSCHAFT.DE/.

⁷ Für eine aktuelle journalistische Aufarbeitung dieses Themas vgl. die Artikelserie von Christoph Seidler und Christoph Schult in *Spiegel Online* (Ausgangspunkt: WWW.SPIEGEL.DE/NETZWELT/POLITIK/0,1518,138282,00.HTML, 8. Juni 2001).

⁸ Vgl. dazu Ergebnis bei Martin Emmer, dass NutzerInnen im Vergleich zu Nicht-NutzerInnen politisch aktiver sind; dies kann nur zum Teil durch Faktoren wie Bildung und allgemeines politisches Interesse erklärt werden (Emmer 2001: 17).

Wie verändern sich die Parteien durch das Netz? Christoph Bieber fasst seine Beobachtungen und Überlegungen zu den organisatorischen Veränderungen innerhalb von Parteien in fünf Thesen zusammen. Er hält die zentrale Rolle der Parteien mit ihren 'Virtuellen Parteizentralen' auch für im Netz ablaufende Politikprozesse fest. Die Internetangebote der klassischen Akteure sind vielgefragt und haben inzwischen auch eine Position innerhalb der Parteiorganisation. Dabei unterliegen die Online-Angebote der Parteien einem 'kommunikativen Anpassungsdruck', der zu Veränderungen der innerparteilichen Kommunikationsformen führt. Im Anschluss wird auch die Organisation politischer Parteien modernisiert; als Indiz dafür wertet Bieber das Entstehen neuer, nicht territorial gebundener Parteigliederungen wie der Internet-AG *Virtueller Ortsverein* bei der SPD oder dem Projekt *Virtueller Landesverband* bei der FDP. Der Einsatz neuer Medien führt nicht nur zu einer Modernisierung, sondern auch zu einer neuen innerparteilichen Elitebildung anhand der Trennlinie der Netznutzung und damit zu neuen Konfliktfeldern innerhalb der Mitgliederparteien, die eine Weiterentwicklung zur 'Netzwerkpartei' erschweren. (Bieber 2001). Insbesondere das Entstehen nicht-territorial gebundener Parteigliederungen – die nicht unbedingt immer erfolgreich sein müssen⁹ – und die daran anschließenden Überlegungen zur Elitenbildung führt allerdings zur Frage, ob tatsächlich Internetkompetenz zu einer neuen Elitenbildung führt, oder ob nicht umgekehrt die 'alte' Parteielite sich sehr schnell diese neuen Kompetenzen aneignet. Bisher jedenfalls scheint mir der Einfluss virtueller Gliederungen und internetkompetenter Mitglieder nicht besonders hoch zu sein.

2.1.3 Internetnutzung und Digital Divide

Die Frage, wie einflussreich Internetkompetente innerhalb der Parteien sein werden, ist verbunden mit der Frage, wie repräsentativ die InternetnutzerInnen inzwischen für die Parteimitglieder (bzw. allgemeiner gefragt, für die Bevölkerung) sind, und wer durch den zunehmenden Einsatz von Internetkommunikation von der Kommunikation ausgeschlossen wird (vgl. Marschall 2001). Ulrich von Alemann und Christoph Strünck befürchten, dass hier der bekannte Mittelschicht-Bias der politischen Partizipation reproduziert wird (Alemann / Strünck 1999: 36). Diese – unter dem Titel *digital divide* für den Zugang zum Netz ganz allgemein breit diskutierten (vgl. Loader 1998) – Befürchtungen werden empirisch unterstützt durch Ergebnisse einer aktuellen Repräsentativbefragung zu Internetnutzung und politischer Beteiligung (Emmer 2001).¹⁰ Insbesondere *Bildung* erweist sich dabei als ausschlaggebender Faktor: »In den besser gebildeten Segmenten ist das Internet bereits ein 'Mehrheitsmedium'; auch die Realschüler liegen nur knapp unter dem Durchschnitt. Bei Hauptschülern und Personen ohne Schulabschluß dagegen spielt das Internet praktisch keine Rolle.« (Emmer 2001: 8). In die selbe Richtung zielen die Ergebnisse der ARD/ZDF-Online-Studie 2000: Während 79,2% der Befragten mit Abitur online sind, ist dies nur bei 7,5% der Befragten mit Hauptschulabschluss der Fall (Oehmichen / Schröter 2000: 360). Unterschiede gibt es auch beim Vergleich nach Alter (ab 40 Jahren deutlicher Rückgang der NutzerInnenzahlen mit dem Alter), nach Geschlecht (mehr als eineinhalb mal so viele Nut-

⁹ So nehmen im *Virtuellen Ortsverein* der SPD nur 10% der Mitglieder an den Online-Wahlen teil (Sietmann 2001).

¹⁰ Standardisierte Telefonbefragung von 1219 Personen in Kassel und Erfurt im Januar / Februar 2001 unter der Fragestellung, ob die Thesen der 'Elektronischen Agora' und des 'Digital Divide' empirisch nachweisbar sind.

zer wie Nutzerinnen) und nach Einkommen und Berufstätigkeit (vgl. jeweils Emmer 2001 und Oehmichen / Schröter 2000: 360). Die Befragung der TeilnehmerInnen am Virtuellen Parteitag ergibt ähnliche Verzerrungen, die nur zum Teil die Sozialstruktur der Partei widerspiegeln.

Zwar nähert sich die Netzbevölkerung vergleichsweise schnell an die Gesamtbevölkerung an,¹¹ gerade in Bezug auf Bildung steht allerdings zu befürchten, dass hier deutliche Unterschiede erhalten bleiben werden, da es hier weniger um die Existenz der technischen Zugangsmöglichkeit als vielmehr um die jeweilige Internetliteratilität bzw. -kompetenz geht (vgl. Emmer 2001: 9). Stefan Marschall kommt deshalb ausgehend von der auch in den hier genannten Zahlen sichtbaren *Digital-Divide*-These zu dem Schluss, dass es notwendig ist, in den innerparteilichen Debatten um den Status des Netzes für die Willensbildung der Partei »aktiv Sorge zu tragen, dass es nicht zu einer Diskriminierung der Offliner innerhalb der Parteien und darüber hinaus kommt.« (Marschall 2001: 46). Mit dem Verweis auf die innerparteiliche Debatte wird deutlich, dass Ausmaß und Form der Nutzung des Netzes maßgeblich vom politischen Willen und Handeln des Parteimanagements und der Mitglieder (wird ein Online-Angebot auch genutzt?) abhängt. Wo keine Rückkanäle von der im Netz geführten Diskussion ins Parteimanagement vorgesehen sind, wo im Netz gefällte Entscheidungen nicht institutionalisiert relevant sind, ist auch nicht damit zu rechnen, dass die politische Nutzung des Internet innerhalb der Partei zu großen Partizipationsgewinnen führt (vgl. Marschall 2001). Anders sieht es bei den Rationalisierungschancen aus, die neben den partizipatorischen Chancen auch in dieser zweiten Phase der Computerisierung zu entdecken sind. Diese tragen dazu bei, die Kommunikationskosten innerhalb des Parteimanagements bzw. der Parteilite zu reduzieren, diese Kommunikation zu intensivieren und zugleich ihre Effizienz zu steigern. Während im Sinne einer partizipatorischen Nutzung des Internets der Einfluss 'einfacher' Mitgliedern auf Entscheidungen innerhalb der Partei steigt, führt ein 'bloß' auf Rationalisierungseffekte ausgerichteter Einsatz vor allem zu einer Stärkung der Parteilite. Hier ist eine Aufspaltung in mitgliederöffentliche, aber letztlich unbedeutende Mitgliedernetze sowie in politisch bedeutsamen, geschlossenen Intranets der Führungsschicht zu beobachten (vgl. Bieber 2001). Es gilt auch für Parteien, was Thilo Harth über politische Potenziale des Netzes allgemein aussagt: »Die Kommunikation im Netz allgemein und die Nutzung des Online-Mediums als demokratische politische Arena im besonderen ist nur so gut, wie es die vernetzten Bürgerinnen und Bürger und politischen Akteure machen.« (Harth 1999: 15).

2.2 Bündnis 90/Die Grünen in Baden-Württemberg

Der Virtuelle Parteitag wurde vom Landesverband¹² Baden-Württemberg der Partei *Bündnis 90/Die Grünen* durchgeführt. Leider gibt es so gut wie keine neuere Literatur zu den einzelnen Landesverbänden der Grünen, und auch nur wenig übergreifendes und aktuelles zur Gesamt-

¹¹ Vgl. etwa eine Soziodemographie der NetznutzerInnen aus dem Jahr 1995/1996 mit einem Frauenanteil unter den NutzerInnen bei 3-9% (je nach Umfrage) und einem Hochschulreife-Anteil von 82% lag (Batinic et al 1997: 203, Tabelle 2); heute erreichen diese Werte (eigene Berechnungen ausgehend von Emmer 2001) etwa 40% (Frauenanteil) bzw. 60% (Hochschulreife). Auch die GfK kommt für den Zeitraum 12/00 bis 01/01 auf einen Frauenanteil von 42% (1997: 29%) unter den Online-NutzerInnen und sieht eine langsame Angleichung an die Gesamtbevölkerung (GfK 2001).

¹² Zur Rolle der Parteien in der Landespolitik allgemein vgl. Herbert Schneider (1997).

partei.¹³ Deswegen beziehe ich mich im folgenden v.a. auf Joachim Raschke (1993) sowie auf einige vergleichende Darstellungen. Während Helmut Fogt (1991: 241f) (bezogen auf das Jahr 1988) noch schreibt: »Neuerdings haben die profiliert linksradikalen Kräfte unter den baden-württembergischen Grünen weiter an Einfluß gewinnen können«, so gilt Baden-Württemberg schon bei Raschke als reform-pragmatisch orientiert, wenn er auch noch einige Widerstände, vor allem aus den universitären Hochburgen, dagegen sieht (1993: 249ff; vgl. auch Hermann / Schwegler-Rohmeis 1989). Inzwischen hat sich bundesweit eine realpolitisch-pragmatische Herangehensweise durchgesetzt (vgl. zu den Folgen der sich verändernden Programmatik Klein / Arzheimer 1997; zur programmatischen Situation heute Wiesenthal 2000; Raschke 2001a, 2001b). Baden-Württemberg kann hier lange als Vorreiter angesehen werden – insbesondere, was den Kontakt zu Wirtschaft (v.a. dem Mittelstand) und zu Bündnissen auch mit konservativeren Positionen anbelangt. Die personelle Präsenz auf der Bundesebene¹⁴ hat dazu sicherlich beigetragen. Seit der Landtagswahl 2001 setzen verstärkt Diskussionen auch über eine inhaltliche Neuausrichtung ein, wobei alte Strömungsgrenzen dabei teilweise durchbrochen werden.

2.2.1 Struktur der Partei

2.2.1.1 Strukturierung

Joachim Raschke charakterisiert den baden-württembergischen Landesverband als *stark strukturiert* und von der innerparteilichen Strömung der Realos dominiert (Raschke 1993: 385). Mit 'stark strukturiert' greift Raschke dabei auf Anthony Giddens akteurszentrierte Strukturierungstheorie zurück, die sich auf das »Ineinandergreifen von Handeln und Struktur« (Raschke 1993: 23) bezieht. Strukturierung ist dabei sowohl das Ergebnis als auch der Prozess der Herstellung einer Struktur. Neben der Dynamik der politischen Dominanz unterschiedlicher Strömungen sieht er in unterschiedlich starker Strukturierung die wichtigsten Unterschiede zwischen den Landesverbänden. Ursache für Strukturbildung kann dabei sowohl Selbststrukturierung als auch Fremdstrukturierung sein. Für Baden-Württemberg macht Raschke (1993: 385ff) dabei Momente einer hohen Vernetzung der (realpolitisch orientierten) Parteilite, den frühzeitigen Einzug einer Fraktion in den Landtag zusammen mit einem eher schwach ausgeprägten Rotati-

¹³ Im Vordergrund der Literatur stehen stattdessen Einzelfragen: die Frage der Regierungsfähigkeit (Raschke 2001a, 2001b) beziehungsweise der Transformationen durch die Regierungsbeteiligung (vgl. etwa Prantl 1999) oder die Parlamentarisierung (Welte 1994; Tiefenbach 1998), die Situation der grünen Bildungswerke (Leuthold 2000) oder die Frage der Unterschiede zwischen den verschiedenen europäischen grünen Parteien (Dietz 1997). Bündnis 90/Die Grünen werden in vergleichenden Untersuchungen miteinbezogen – etwa zur Reform der Führungsstrukturen (Herzog 1997), zur Internetpräsenz (Rederer 2000), zur Zukunft der Mitgliederparteien (Wiesendahl 1997, 2001; Kießling 2001; Walter 2001) oder auch zur Sozialstruktur (Gabriel / Niedermayer 1997). Insgesamt lässt sich dabei, was die umfassende Behandlung betrifft, ein Abbruch der Literatur seit der Mitte der 90er Jahre konstatieren. Eine Monographie zum Verhältnis, aber auch zur Programmatik und Sozialstruktur von SPD und Grünen auf kommunaler Ebene datiert auf 1995 (Berger 1995); das Standardwerk zu den Grünen erschien 1993 (Raschke 1993); auch weitere, allgemeine Arbeiten über die Grünen aus politikwissenschaftlicher Sicht datieren auf die frühen 90er Jahre (Pogunkte 1993; Veen / Hoffmann 1992). Noch finsterner sieht es aus, wenn speziell die Grünen in Baden-Württemberg von Interesse sind. Hier scheint, wenn die Partei insgesamt interessiert, das entsprechende Kapitel bei Joachim Raschke (1993) der letzte Stand der Dinge zu sein.

¹⁴ Rezzo Schlauch als Fraktionsvorsitzender der Bundestagsfraktion, Fritz Kuhn als Vorsitzender (vgl. dazu auch Raschke 2001b: 21), vgl. auch Reinhard Bütikofer als politischer Geschäftsführer der Bundespartei, darüber hinaus sind von den acht baden-württembergischen Mitgliedern der Bundestagsfraktion mit Cem Özdemir und Oswald Metzger mindestens zwei weitere bundesweit bekannt, die baden-württembergische Abgeordnete Uschi Eid ist parlamentarische Staatssekretärin im Entwicklungshilfeministerium, und der nicht dem Realo-Flügel entstammende Abgeordnete Winfried Hermann hat sich in der Umweltpolitik einen Namen gemacht. Bei den programmatischen Debatten auf Bundesebene spielten maßgeblich von Mitgliedern der baden-württembergischen Grünen Jugend beeinflusste Papiere eine große Rolle.

onssystem sowie den Einsatz sowohl von Konflikten (im Gegensatz zu Integration) als auch von Macht als strukturbildender Strategie der Parteilite aus. Eher gegen eine Strukturbildung wirken die dezentrale KandidatInnen-Aufstellung bei der Landtagswahl sowie die geringe Chance auf einen Regierungswechsel in Baden-Württemberg. Die meisten dieser Punkte sind wohl auch heute noch gültig, auch wenn der personelle Kern des damals von Raschke beschriebenen Machtzentrums der Partei inzwischen auf die Bundesebene abgewandert ist¹⁵. Die Landtagsfraktion – darunter einige Abgeordnete, die jetzt ihre dritte Legislaturperiode antreten, und einer, der zum vierten Mal in den baden-württembergischen Landtag einzieht – hat es trotz massiver Verluste wieder in den Landtag geschafft¹⁶ und auch die von Raschke beschriebene Vernetzung der realpolitischen Parteilite scheint, zumindest von außen betrachtet, noch gut zu funktionieren. Die Organisationsstruktur hat sich dagegen verändert: Der Landesvorstand wurde verkleinert und um einen Parteirat ergänzt, aus SprecherInnen wurden Vorsitzende, der 1993 gerade zwei Jahre alte Parteijugendverband ist als ‘Grüne Jugend’ inzwischen fest verankert.

2.2.1.2 Sozialstruktur

Werfen wir jetzt noch einen Blick auf Strukturmerkmale, die nicht in der Satzung festgeschrieben sind, und die auch nicht direkt mit dem Spiel der Strömungen und der Parteigeschichte in Verbindung gebracht werden können. Auch hier gilt die anfangs beschriebene Problematik der fehlenden Verfügbarkeit entsprechender Studien. »Zuverlässige sozialstrukturelle Daten über die Mitglieder der Grünen gibt es so gut wie gar nicht.« (Pogunkte 1993: 193). Diese Aussage scheint weiter gültig zu sein. Ein für Parteien wichtiges Merkmal ist ihre Größe, gemessen in Mitgliedern. Die letzte von Raschke (1993: 212) genannte Zahl sind für 1992 5.750 Mitglieder – das ist zugleich der Tiefpunkt der Mitgliederkurve. Im Jahr 2000 haben Bündnis 90/Die Grünen in Baden-Württemberg ca. 7.000 bis 7.500 Mitglieder und sind damit weiterhin einer der großen und damit auch wichtigen Landesverbände. Einen Überblick über die Entwicklung der Mitgliederzahlen in den letzten Jahren gibt Abbildung 8.1 im Anhang.

Ein weiteres wichtiges Strukturmerkmal ist gerade für eine Partei, die eine ihre Wurzeln in der Emanzipationsbewegung hat, sicherlich der *Frauenanteil*. Dieser beträgt nach Raschke Anfang der 90er Jahre, bezogen auf die Bundespartei, etwa ein Drittel (1993: 213). Oscar W. Gabriel und Oskar Niedermayer kommen sogar auf einen Frauenanteil von 42% für 1994 (Gabriel / Niedermayer 1997: 296). Im Jahr 2001 wird für Baden-Württemberg ein Frauenanteil von 38% angegeben¹⁷ – diese Zahl wird auch als ein Maßstab für Virtuellen Parteitag dienen.

Zur Altersstruktur gilt nach wie vor das Stichwort ‘Ein-Generationen-Partei’: Den Kern der Partei macht Anfang der 90er Jahre noch immer die inzwischen zehn Jahre älter gewordenen, in den Massenmobilisierungen der 80er Jahre hinzugekommene Generation aus. »Der Schwerpunkt der Altersjahrgänge, das sagen alle befragten Kreisverbände, liegt heute in der Gruppe der 30 bis 45jährigen« (Raschke 1993: 214). Etwa zehn Jahre später kann davon ausgegangen werden, dass

¹⁵ Vgl. Fn. 14.

¹⁶ Ironischerweise mit einem Ergebnis, das mit 7,7% noch deutlich unter der letzten von Raschke betrachteten Wahl liegt.

¹⁷ Auskunft der Landesgeschäftsstelle von Bündnis 90/Die Grünen (Telefonat mit Wolfgang Reinecker, 12.04.01)

dieser Schwerpunkt jetzt bei den 40- bis 55-Jährigen liegt, wenn diese Entwicklungen so angehalten haben. Die Zahlen einer 1994 durchgeführten Erhebung¹⁸ scheinen diese Annahmen zu bestätigen, auch wenn die ungünstig geschnittenen Alterskohorten genauere Aussagen nicht möglich machen (Gabriel / Niedermayer 1997: 294f). Deutlicher wird der Altersschwerpunkt in aktuellen, von der Bundesgeschäftsstelle erfassten Daten für sechs Landesverbände (Tabelle 8.1, Anhang): Fast 40% aller Mitglieder der Partei gehören der Gruppe der 40-50-Jährigen an. Leider war es – trotz Bemühungen der Landesgeschäftsstelle – nicht möglich, Daten zur Altersstruktur der Partei in Baden-Württemberg zu erhalten. Es ist anzunehmen, dass hier keine großen Unterschiede vorliegen (vgl. Tabelle 3.1 in Kap. 4).

Zusammen mit dem Altersschwerpunkt hat sich auch das Berufsprofil verschoben. Konnte Raschke für die Mitte der 80er Jahre noch einen ungewöhnlich hohen Anteil an in Ausbildung befindlichen Mitgliedern (SchülerInnen, StudentInnen; Raschke 1993: 215) konstatieren, so sind es heute ganz überwiegend Angestellte und BeamtInnen (vgl. Tabelle 8.2, Anhang), oft aus dem akademischen Bereich und dem öffentlichen Dienst (Raschke 1993: 215; vgl. auch Gabriel / Niedermayer 1997: 293). Zum Bildungsniveau liegen mir auch Zahlen aus dem FORSA-Bus 1998 vor – demnach verfügten 1998 64,2% der grünen Parteimitglieder über die Hochschulreife (34,1% Hochschulreife; 30,1% Hochschulabschluss). Bei beiden Werten liegen Bündnis 90/Die Grünen damit deutlich vor allen anderen Parteien (FDP 52,4%). Bei den von mir befragten Delegierten der Landesdelegiertenkonferenz lag die Zahl derjenigen, die über Hochschulreife oder Hochschulabschluss verfügen, bei 81%.

2.2.1.3 Struktur der Kreisverbände

Sehr genau schildert Raschke die nächstgrößere Analyseeinheit nach den einzelnen Mitgliedern – die Einheit der Orts- und Kreisverbänden (1993: 216-244). Ein wichtiger Unterschied ist dabei die Differenz zwischen großen (über 200 Mitglieder) und kleinen (unter 100 Mitglieder) Kreisverbänden. Für Baden-Württemberg geht Raschke (1993: 220) von 22 kleinen Kreisverbänden, 9 mittleren und 16 großen Kreisverbänden aus, bezogen auf 1991/92. Die großen Kreisverbände sind dabei vor allem in den Universitätsstädten und im Verdichtungsraum um Stuttgart herum angesiedelt, die meisten der kleinen Kreisverbände liegen im ländlichen Raum. Auch wenn sich die Unterschiede zwischen kleinen und großen Kreisverbänden nicht generalisieren lassen, so scheinen mir auch aus meiner eigenen Erfahrung einige Aussagen von Raschke zum 'Stil' der kleinen und der großen Kreisverbände weiterhin gültig. So beschreibt er die kleinen Kreisverbände als 'familiär', von Gruppendynamik geprägt, nach außen hin abgeschottet. PolitikaktivistInnen, für die Politik fast alles ist, sind selten, die Attraktivität der Landes- und Bundesparteitage hält sich in engen Grenzen. Wenn überhaupt, dann fahren oft, im Sinne einer traditionellen Rollenaufteilung eher Männer als Frauen dorthin – auch dann, wenn etwa Eheleute beide grüne Mitglieder sind. Die Fluktuation der Mitglieder ist weit weniger

¹⁸ Zu diesem Zeitpunkt waren 3% der Mitglieder 18–24 Jahre alt, 72% waren 25–44 Jahre alt, 21% waren 45–64 Jahre alt und 4% waren über 64 Jahre alt. Der hohe Anteil der 25–44-Jährigen fällt dabei »mehr als doppelt so hoch [aus] wie bei den etablierten Parteien« (Gabriel / Niedermayer 1997: 295).

ausgeprägt als in den großen Kreisverbänden. Strömungsfragen werden selten gestellt oder moderierend unter der Decke gehalten. Im Zentrum der Politik steht oft die kommunale Ebene. Charakteristisch erscheint für die ländlichen Kreisverbände eine Orientierung an den Mittelschichten und ein eher geringer Politisierungsgrad. (Raschke 1993: 222f).

Ganz anders zeigen sich Anfang der 90er Jahre die großen Kreisverbände: »Sie sind charakterisiert durch starke Fluktuation, extreme Gegensätze zwischen Aktivität und Nicht-Aktivität, durch manchmal starke Richtungskonflikte und gelegentlich auch durch Richtungswechsel, durch gute Kontakte mit dem Initiativen- bzw. Szenebereich [...], durch Einstellungen, die einerseits ideologischer, andererseits mehr an Trends und Moden großstädtischer Szenen orientiert sind.« (Raschke 1993: 224). Hier möchte ich allerdings Zweifel daran äußern, ob dieses von Raschke beobachtete Muster heute für Baden-Württemberg noch zutrifft. Was sicherlich auch heute noch gültig ist, sich vielleicht eher noch verschärft hat, ist der hohe Anteil an inaktiven Mitgliedern.¹⁹ Die hohe Fluktuation und die Verknüpfung mit den großstädtischen Szenen treffen heute nicht mehr in diesem Maße zu. Ähnliches lässt sich, zumindest für Baden-Württemberg, über die Heterogenität und das Ausmaß an Richtungskonflikten aussagen. Bestimmend scheint mir vielmehr auch hier zu sein, was Raschke (1993: 239) unter dem Stichwort Personalknappheit über die Wahl von Kreisvorständen und StadträtInnen aussagt: Der Zwang, mit einer geringen Personaldecke inzwischen hohen Erwartungen an eine professionalisierte (kommunale) Politik zu genügen, hat dazu beigetragen, dass vielerorts ein eher pragmatischer Umgang mit politischen Differenzen vorherrscht. Dies betrifft auch Delegiertenaufstellungen.

2.2.2 Besonderheiten der Grünen in Baden-Württemberg

Als ein Ergebnis dieser Ausführungen lässt sich festhalten, dass der baden-württembergische Landesverband von Bündnis 90/Die Grünen sich auch heute noch durch spezifische Besonderheiten im Vergleich zu den anderen grünen Landesverbänden auszeichnet. Dies betrifft sowohl den Grad der Strukturierung, als auch die Struktur der Mitgliederschaft und der baden-württembergischen Kreisverbände. Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg sind ein großer Landesverband in einem Flächenland, in dem – bis zur Landtagswahl 2001 – flächendeckend relativ gute und in den meist städtischen Hochburgen besonders gute Ergebnisse bei den Wahlen erzielt wurden. Erklärungsfaktoren dafür sind sowohl in der Geschichte der baden-württembergischen Grünen – etwa dem Fehlen von K-Gruppen – (vgl. Raschke 1993: 249-265; Hermann / Schwegler-Rohmeis 1989) als auch aus Besonderheiten der Sozialstruktur und Kultur Baden-Württembergs (vgl. zu Baden-Württemberg allgemein auch Mielke 1991) zu erklären. Zusammen haben diese Faktoren zu einer spezifischen Mitgliederstruktur und 'Parteikultur' geführt. Zu einem großen Teil gilt weiterhin, was Joachim Raschke Anfang der 90er Jahre festgehalten hat: »Der Stolz der Baden-Württemberg auf ihren Landesverband ist beträchtlich. Er

¹⁹ Zusammen mit dem bei vielen schnell abnehmenden Interesse, wenn der lokale Fokus (zumindest räumlich) verlassen wird, ist der große Prozentsatz inaktiver Mitglieder (Raschke spricht von 10%, die sich an den Mitgliederversammlungen auf Kreisverbandsebene beteiligen; 1993: 231) vielleicht ein Ansatz, um die doch relativ geringe Beteiligung am Virtuellen Parteitag zu erklären. Andererseits war der Virtuelle Parteitag wohl unter anderem auch als ein Instrument gedacht, genau gegen diese Inaktivität der Mitglieder vorzugehen. Bezeichnend ist aber die große Übereinstimmung zwischen den beim Virtuellen Parteitag und den in anderen Zusammenhängen auf Landesebene aktiven Mitgliedern.

nährt sich aus der langen reformpolitischen Kontinuität, den Wahlerfolgen, dem Niveau in Sach- und Programmdebatten, der 'Könnerschaft', aber auch einer nicht geringen kulturellen Verwurzelung im Land, das insgesamt einen Stolz auf sich entwickelt hat.« (Raschke 1993: 258).

2.3 Grüne und das Internet

Noch in der Mitte der 80er Jahre wird moderne Informations- und Telekommunikationsinfrastruktur von den baden-württembergischen Grünen – ebenso wie von den Grünen insgesamt – vehement abgelehnt: Etwa in einer Publikation mit dem programmatischen Titel *Einsam, überwacht und arbeitslos* (Kuhn / Schmitt 1984). Impulse in Richtung einer positiven Bewertung der Informations- und Kommunikationstechnologie (IuK-Technologie) wurden weitgehend erst Ende der 80er / zu Beginn der 90er Jahre aufgegriffen; sowohl was die Programmatik als auch was die tatsächliche Nutzung der Neuen Medien durch die Partei anbelangt.

2.3.1 Die programmatische Auseinandersetzung mit Computern und neuen Medien

Die programmatische Auseinandersetzung mit dem Thema 'Computer' war schon zur Gründung der grünen Partei virulent. So zeichnet das alte – theoretisch noch heute gültige – Bundesprogramm der Grünen (DIE GRÜNEN 1980) analog zur damaligen gesellschaftlichen Debatte verstreut über 37 Seiten ein Bild der Furcht vor der Rationalisierungstechnologie Computer: Computer nehmen Arbeit weg und machen diese unerfreulicher und belastender. Computern werden wesentliche Arbeitsaufgaben übertragen, so dass Menschen nur noch eine sinnentleerte Teilfunktion bleibt. Computer speichern Patientendaten, ohne dass diese vor Missbrauch geschützt werden. Computer dienen zur Überwachung und Leistungskontrolle. Dementsprechend wird eine 'Maschinensteuer' als Ersatz für die wegfallenden Arbeitsplätze genauso wie eine eindringliche Prüfung der ökologischen, aber auch der gesellschaftlichen Verträglichkeit dieser neuen Technologie gefordert. Im Programm 'Medien' wird vom Nachrichtensatz via Funk und der Fortführung in einer 'Bildschirmzeitung' vor allem erwartet, dass dies zu einer weiteren Zentralisierung von Information führen wird, so dass letztlich nur noch Nachrichten aus einigen wenigen Nachrichtenagenturen ohne jede redaktionelle Bearbeitung ankommen und die RezipientInnen gleichschalten. Zugleich wird aber auch Informationsfreiheit und von unten gestaltete informationelle Vielfalt gefordert – beides zusammenzubringen, scheint 1980 noch nicht möglich zu sein²⁰; es wird noch einige Jahre dauern, bis der Gedanke sich durchsetzt, dass der Computer, etwa im Netzverbund aus Personalcomputern, die ja erst Mitte der 1980er Jahre in großer Zahl auftauchen, nicht nur Arbeitsplätze abschafft, sondern auch viel dazu beitragen kann, dass Menschen mit anderen Menschen Informationen austauschen, dass

²⁰ Andererseits hätten es die GRÜNEN auch in den frühen 80er Jahren schon anders wissen können. So finden sich in einem 1981 veröffentlichten alternativen *Öko-Log-Buch* einige vor allem amerikanische Beispiele zum emanzipatorischen Computereinsatz – Stichworte sind u.a. die Forderung nach »Basisdemokratie durch die zusammengeschalteten Heimcomputer« (N.N. 1981: 164), das Projekt eines feministischen Computer-Archivs (Reinhardt 1981) oder Netzwerke und *Groupware* (Johnson-Lenz / Johnson-Lenz 1981). Es ist sogar möglich, noch weiter zurückzugehen: Bereits Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre wurde über Computereinsatz zur Unterstützung von Demokratie nachgedacht, unter dem Schlagwort 'Computer-Demokratie' (Herbert Krauch) auch in Deutschland (vgl. Westermayer 1998). Ein mit dem Virtuellen Parteitag vergleichbares Projekt wäre – technisch, aber nicht politisch – auf der Basis von Mailboxen oder Bildschirmtext prinzipiell auch schon Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre realisierbar gewesen.

Computertechnologie nicht nur eine Technologie der Einengung und Einschränkung, sondern auch eine Technologie der Befreiung und Ausweitung sein kann.

Das 1986 verabschiedete 'Umbauprogramm' sieht in den Neuen Medien noch immer vor allem eine Gefahr, verknüpft dies aber mit der Forderung nach einer breiten gesellschaftlichen Debatte über das 'Ob' und 'Wie' der Einführung Neuer Medien. Im Vordergrund stehen die Befürchtung, dass Bildschirmtext und ISDN notwendigerweise zu einer Welle der »Automatisierung und Computerisierung vieler Lebensbereiche einschließlich der sozialen Kontrolle aller Bürger« und damit zu Datenmissbrauch und zur Vernichtung von Arbeitsplätzen führen wird (DIE GRÜNEN 1986: 74). Als Alternativkonzept wird eine Orientierung von Technikentwicklung und Technikeinsatz an »ökologischen, sozialen und demokratischen Zielen der Gesellschaft« (DIE GRÜNEN 1986: 75) gefordert; öffentlich-rechtlicher Rundfunk, lokale Kulturzentren und freie Radios sollen statt ISDN und Bildschirmtext unterstützt werden. Gesellschaftliche Kommunikationsmöglichkeiten sind »ausschließlich an den Bedürfnissen der Menschen« (ebenda) zu orientieren.

Etwas systematischer zusammengefasst wurde der grüne Technikdiskurs durch Peer Donner (1993) in einer Analyse grüner Technikbilder von 1980 bis 1990. Demnach dominiert bis Ende der 80er Jahre in der grünen Partei ein dystopes Technikbild. Im Vordergrund der Debatte um IuK-Technologien stehen dabei immer wieder die beiden Themen Datenschutz / Kontrolle und Rationalisierung / Arbeitsplätze. Technik, und insbesondere auch IuK-Technologie, wird als Bedrohung gesehen: »Wir sind umstellt von Informationstechnologien und Datenspeichern.« (Petra Kelly am 18.11.1982 in der *Frankfurter Rundschau*; zitiert nach Donner 1993: 11). Zur Beschreibung werden Metaphern aus der Vorstellungswelt der Romane *1984* und *Brave New World* herangezogen. Bildschirmtext, ISDN und Breitbandverkabelung werden zu Themen »eine[r] ganze[n] Palette von Ausstiegs-, Moratoriums- und Boykottinitiativen gegenüber Neuerungen in der IuK-Technik« (Donner 1993: 22). Den Höhepunkt dieser Politiklinie bildete der Hagener Bundesparteitag 1986, dessen Leitantrag fordert, die Entwicklung von IuK-Technologie zu verhindern bzw. aufzuhalten – bis hin zum Verbot von Teleheimarbeit und personenbezogenen Datenbanken in jeder Form (Donner 1993: 23). Technik – und damit auch die Informations- und Kommunikationstechnologie – wird bis Ende der 80er Jahre als außenstehende, mit dem Kapital verbündete Macht gesehen, die lebensfeindliche Züge trägt.

Seit der Mitte der 80er Jahre entwickelt sich allerdings insbesondere aus der realpolitischen Richtung innerhalb der Partei und aus der Bundestagsfraktion heraus, angeregt durch Entwicklungen in der Umweltbewegung ein zweites Technikbild. Hier wird Technik nicht mehr als bedrohliches Monster gesehen, sondern als durchaus gestaltbares Resultat eines gesellschaftlichen Diskurses (Donner 1993: 117). Technologie lässt sich auch für ökologische Zwecke nutzen. Als Wendepunkt sieht Peer Donner hier 1985 Anträge der Bundestagsfraktion, in denen konkrete Gestaltungsvorschläge für Umweltdatenbanken gemacht werden: »Eingebunden in ein politisches Handlungsszenario wurde hier erstmals ein konkreter gesellschaftlicher Nutzen der IuK-Technik formuliert.« (1993: 24). Damit beginnt ein Ausdifferenzierungsprozess, der letztlich dazu führt, dass fundamentale Ausstiegspositionen gegenüber so gut wie jeder Technologie ersetzt

werden durch vielstimmigere Positionierungen innerhalb der Partei und durch den Anschluss an kritische ExpertInnen aus Wissenschaft und Technik. Die Perspektive der Gestaltung rückt immer stärker in den Vordergrund, verbunden mit der Idee demokratischer Technikfolgenabschätzung. (Donner 1993: 25, 117). Auch die sich ausbreitende links-alternative Mailbox-Szene findet – trotz einiger Proteste bis hin zum Verratsvorwurf – Resonanz in der grünen Partei:

Unter der plakativen Formel 'Vernetzt euch, bevor ihr vernetzt werdet' [...] gingen verschiedene Landesverbände, aber auch die Bonner Bundesgeschäftsstelle sukzessive dazu über, die Mailboxtechnik als Mittel der Öffentlichkeitsarbeit einzusetzen. Den vorläufigen Höhepunkt dieser Vernetzungsdebatte markiert der partielle 'Einstieg' in das Btx-System der DBPost: ein Techniknutzen unter direkter Unterlaufung der parteioffiziellen Boykottlinie. (Donner 1993: 24f)

Im Landesverband Baden-Württemberg scheint die Technologiepolitik lange Zeit kein wichtiges Thema gewesen zu sein. Neben der schon erwähnten Broschüre (Kuhn / Schmitt 1984) findet sich erst bei der 18. Landesdelegiertenkonferenz der GRÜNEN Baden-Württemberg am 20/21. Juni 1987 ein großer Themenschwerpunkt dazu. Diese Landesdelegiertenkonferenz behandelte – vor allem im Kontext zum damals aktuellen Boykott der Volkszählung – das Thema Technologiepolitik. Winfried Hermann schreibt dazu: »Debatte über Technologiepolitik und Verabschiedung eines differenzierten Technologieprogramms. Reaktionen der Öffentlichkeit und der Medien überwiegend positiv. Beispielsweise: „Grüner Technik-Parteitag setzt Signale – Alternative wollen Image der Maschinenstürmer abbauen – Aber: 'Die Natur hat Vorrang'“« (Hermann 1989: 281).

In gewisser Weise zeichnet sich also schon 1987 der Versuch ab, das bis dahin gültige technikfeindliche Image abzulegen. Für die Landtagswahlprogramme 1988 und 1992 erwähnt Hans-Peter Welte die herausgehobene Stellung der Technologiepolitik, die er als »Antwort der GRÜNEN auf die Regierungspolitik einer technologischen Modernisierung Baden-Württembergs« (Welte 1994: 125) deutet. Informations- und Kommunikationstechnologien werden von der 12.²¹ Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg (06.-08.10.2000) unter dem Titel 'Neue Medien' wieder aufgegriffen. Allerdings hat das Thema dort neben der Abstimmung über das Landtagswahlprogramm und der Wahl des Spitzenkandidaten nur einen geringen Stellenwert. Der Programmpunkt dient nicht der Beschlussfassung, sondern vielmehr der programmatischen Vorbereitung für den Virtuellen Parteitag, der ja nicht nur in der Form, sondern auch in seinen Inhalten dazu gedacht ist, mit dem Thema 'elektronische Bürgerdemokratie' Stellung zum Verhältnis von Informations- und Kommunikationstechnologie auf der einen Seite und Demokratie und Gesellschaft auf der anderen Seite zu nehmen.²²

2.3.2 Die Nutzung von Computern und Internet

Parallel zur Weiterentwicklung der inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem neuen Medium Computer erfolgte auch der Ausbau der tatsächlichen Nutzung.²³ Dieser Prozess fand sowohl

²¹ Die Zählung der Parteitage beginnt mit der Vereinigung von Bündnis 90 und DIE GRÜNEN zu einer neuen Partei neu; deswegen liegt die 12. LDK von Bündnis 90/Die Grünen nach der 18. LDK der Grünen.

²² Quelle: Geschichte des Landesverbandes, WWW.BA-WUE.GRUENE.DE/DIETREIBENDEKRAFT/THEMEN/PARTEI/GESCHICHTE.ASP.

²³ An dieser Stelle kann nicht – was ebenfalls sehr spannend wäre – untersucht werden, ob es sich hier tatsächlich um einen parallelen Prozess gehandelt hat, oder ob es zu wechselseitigen Beeinflussungen kam, ob also vielleicht gerade die aktive Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologie zu einer pragmatischeren politischen Sicht auf diese

auf der Bundesebene der Partei statt, als auch in den einzelnen Landesverbänden. Auch hier ist von unterschiedlichen Geschwindigkeiten der Aneignung auszugehen. Die von Bogumil / Lange für die SPD beschriebene erste Phase der 'Computerisierung' der Parteibüros setzte sich mit einiger Verzögerung (»Bei den GRÜNEN steckt die IuK-Nutzung noch in den Anfängen«; Bogumil / Lange 1991: 47) und teilweise mit anderen organisatorischen Schwerpunkten (so gibt es bis heute keine wirkliche zentrale Mitgliederdatei) auch bei den Grünen durch. Zur zweiten Phase der Computerisierung ist zu berichten, dass der Bundesverband der Grünen inzwischen eine eigene, für den Internetauftritt zuständige Stelle in der Geschäftsstelle eingerichtet hat; der entsprechende WWW-Auftritt wird u.a. von Klaus Rederer (2000: 169) und Roland Kaiser (1999) diskutiert. Hinzu kommen, was als Schritt in Richtung 'Virtuelle Parteizentrale' (Bieber 1999) gedeutet werden kann, Innovationen wie wöchentliche *Newsletter* aus der Bundesgeschäftsstelle, oder das Projekt WWW.GRUNDSATZDEBATTE.DE. Die Publikation des Wahlprogrammentwurfs auf der Website der Bundesgrünen als Diskussionsgrundlage schon vor dessen Verabschiedung wird von Detlev Clemens (1999a: 59; 1999b: 159) als Beispiel für eine 'demokratisierende' Wirkung des Internets auf Wahlkämpfe erwähnt.

Wie sieht die zweite Phase der Computerisierung bei den Grünen in Baden-Württemberg aus? Nach anfänglichen Experimenten mit dem alternativen Mailbox-Netz /CL, die aber bald wieder aufgegeben wurden, ist der baden-württembergische Landesverband der Grünen seit 1995 mit einer eigenen Website im Internet präsent, hat das Netz also – auch im Vergleich mit anderen Teilen der Partei – schon relativ früh genutzt.²⁴ In einem wohl typischen Prozess wanderte dabei die Verantwortung für die *Website* von einem Mitglied, das diese ehrenamtlich betreut hatte, im Juni 1997 in die Organisation hinein. Der Wechsel der Zuständigkeit wurde mit beruflichen Veränderungen begründet. Innerhalb der Landesgeschäftsstelle war dann Harald Dolderer als Landesschatzmeister für die Betreuung zuständig. Zuerst sowohl für die Technik wie auch für den Inhalt zuständig, wurde die technische Seite der Betreuung relativ bald an einen kleineren Internetprovider aus dem grünen Spektrum vergeben. Die inhaltliche und gestalterische Betreuung blieb bei Harald Dolderer. Im Oktober 2000 erfolgte im Zusammenhang mit dem Landtagswahlkampf ein semiprofessioneller *Relaunch* der *Site* in Zusammenarbeit mit einer Online-Agentur sowie die Umstellung auf ein Redaktionssystem.

Neben dem mit großem Medienecho Mitte des Jahres 2000 angekündigten Virtuellen Parteitag muss auch die Entscheidung zu einer sehr bewussten Nutzung des Internets im Landtagswahlkampf für die Wahl 2001 erwähnt werden. Obwohl letztlich die eigenen Ansprüche an diese Internetpräsenz größer als das zur Verfügung stehende Budget waren, so wurde doch mit dem Wahlkampfslogan 'WWW.DIE-TREIBENDE-KRAFT.DE'²⁵ und einem relativ gut ausgebauten Inter-

Technologie geführt hat. In Zukunft interessant dürfte die Frage der Positionierung zur Mobilfunktechnologie sein (vgl. 13. LDK); hier ist die Nutzung der politischen Positionierung zum Mobilfunk weit vorausgeeilt.

²⁴ Diese Angaben beruhen, soweit nicht anders angegeben, auf Auskunft von Harald Dolderer (eMail vom 06.05.01).

²⁵ Der inzwischen für den niedersächsischen Kommunalwahlkampf übernommen wurde. Auch schon der Landtagswahlkampf in Schleswig-Holstein (2000) setzte stark auf das Internet; der Wahlkampf in Rheinland-Pfalz, der parallel zur baden-württembergischen Wahl Anfang 2001 stattfand, hatte den Slogan 'GUTE GRÜN.DE'.

netangebot der Versuch unternommen, deutlich zu kommunizieren, dass Bündnis 90/Die Grünen inzwischen eine moderne, auf Informations- und Kommunikationstechnik setzende Partei sind. Anstrengungen, die in der Fachöffentlichkeit durchaus gewürdigt wurden: »Die Grünen machen ernst mit dem Thema Internet. Der Auftritt ist professionell. Insgeheim lobte gegenüber politikdigital sogar ein Pressesprecher der Konkurrenz die Site.« (Wieboldt 2001). Gerade dieser von vielen als plötzlich empfundene Kurswechsel stellt allerdings auch den Virtuellen Parteitag unter den Generalverdacht, vor allem als Werbemittel im Vorwahlkampf gedacht gewesen zu sein. Das im Oktober 2000 für den Wahlkampf eingesetzte Redaktionssystem und die dafür aufgebaute Gestaltung werden auch weiterhin genutzt; jetzt nicht mehr als Wahlkampfpräsenz, sondern zur Information über die Gliederung und die Arbeit der Partei, also als 'Virtuelle Parteizentrale', wie sie Christoph Bieber (1999) für die Bundesparteien beschreibt. Dazu passt auch, dass im Zuge des Wahlkampfs ein nur Parteimitgliedern – genauer genommen sogar nur Funktions-trägerInnen der Partei, von der Ortsvorstandsebene aufwärts – zugänglicher 'Memberbereich' mit Serviceleistungen für die Kreisverbände auf der *Website* eingerichtet wurde. Neben dem Auftritt nach außen im *World Wide Web* verwendet der Landesverband seit 1995 eMail zur internen und externen Kommunikation. So existiert seit 1995 die – heute noch gültige – eMail-Adresse LANDESVERBAND@BA-WUE.GRUENE.DE. 1996 erhielten die MitarbeiterInnen der Landesgeschäftsstelle eigene eMail-Accounts in der Domain BA-WUE.GRUENE.DE. Zugleich wurde auch damit begonnen, Verteiler für den elektronischen Versand von Rundbriefen etc. aufzubauen, was seit 1997 in breitem Maße genutzt wird. Inzwischen werden die Rundbriefe an die Kreis- und Ortsverbände sowie aktuelle Mitteilungen fast ausschließlich per eMail verschickt; sämtliche Kreisverbände sind per eMail erreichbar.²⁶ Dazu beigetragen haben dürften wiederkehrende Hinweise in der Mitgliederzeitschrift *Grüne Blätter* und den Informationen für die Kreis- und Ortsverbände sowie Kooperationsprojekte mit Providern, die es Parteimitgliedern ermöglichten, zu Sonderkonditionen 'ins Netz' zu gehen.

Das Bild von Bündnis 90/Die Grünen – besonders in Baden-Württemberg, aber auch bundesweit – als einer inzwischen stark auf Informations- und Kommunikationstechnologien setzenden und diesen Technologien positiv gegenüberstehenden Partei wird abgerundet durch Ergebnisse einer repräsentativen Telefonumfrage der Forschungsgruppe Wahlen (2001: 5): Während im Zeitraum September-Dezember 2000 immerhin schon 29%²⁷ der Bevölkerung das Internet nutzen, sind es bezogen auf die Anhängerschaft der Grünen 50% – der höchste Wert im Vergleich zu allen anderen Bundestagsparteien. In der Befragung der LDK-Delegierten geben sogar 64,8% an, täglich oder beinahe täglich das Internet zu nutzen, während es nur 8,5% überhaupt nicht nutzen. Ausschlaggebend für diesen Unterschied zwischen Bevölkerung insgesamt

²⁶ Hinter der nach außen bundesweit einheitlichen Form KV.<NAME-DES-KV>@GRUENE.DE verbirgt sich noch immer eine Vielzahl an unterschiedlichen Zugangsformen – vom über T-Online angeschlossenen Computer im Parteibüro bis zum privaten Account eines Vorstandsmitglieds bei einem Angebot wie GMX.DE oder WEB.DE. Und noch längst nicht alle Kreisverbände verfügen über ein eigenes WWW-Angebot, wie Stichproben auf WWW.BA-WUE.GRUENE.DE ergeben haben.

²⁷ Die ARD/ZDF-Online-Studie 2000 kommt ebenfalls auf 28,6% Online-NutzerInnen (Oehmichen / Schröter 2000: 360). In einer im Januar/Februar 2001 durchgeführten repräsentativen Telefonbefragung sind dagegen bereits 38,9% 'online' (Personen mit Internetzugang, die diesen mindestens 30 Minuten pro Woche nutzen; Emmer 2001: 4). Eine Befragung der GfK kommt sogar auf 46% gelegentliche Netz-NutzerInnen (GfK 2001).

und (aktiven) grünen Mitgliedern und AnhängerInnen ist vermutlich das überdurchschnittlich hohe formale Bildungsniveau der Grünen.

2.4 Vorgeschichte und Konzeption des Virtuellen Parteitags

2.4.1 Die Vorgeschichte

Die Idee zu einem Internetprojekt mit dem Titel ‘Virtueller Parteitag’ entsteht im Februar 2000. Die Zeit scheint reif, den innerparteilichen Internet-Einsatz und den Vorwahlkampf miteinander zu verbinden (vgl. auch die Ausführungen zu Parteien im Internet in Abschnitt 2.1). Auch Marc Mausch macht sich damals in Anlehnung an *e-government*-Ansätze Gedanken darüber, wie Bündnis 90/Die Grünen das Internet für die politische Arbeit und die innerparteiliche Demokratie nutzen können. Er ist Mitglied des Parteirats (also des erweiterten Landesvorstandes) und beruflich als Projektleiter in der Softwarebranche tätig. Konzeptionell war er schon an der Entwicklung eines Diskussionsforums für die bundesweite, parteiinterne Grundsatzdebatte (WWW.GRUNDSATZDEBATTE.DE) beteiligt. Schlagwort²⁸ und Idee finden zueinander, und bis Ende April 2000 arbeitet Mausch ein erstes Konzept aus. (E: 1-24).

Als seine persönlichen Motive für den Virtuellen Parteitag nennt Marc Mausch drei Punkte: Erstens sei es so möglich gewesen, der Partei das Thema ‘elektronische Demokratie’ nahe zu bringen, indem diese selbst Erfahrungen damit sammelt. Zweitens habe er im Virtuellen Parteitag ein ‘Organisationstool’ gesehen, dass dazu genutzt werden könne, die Effizienz der Arbeit der Partei zu steigern. Als dritte Motivation nennt er die Imageförderung; ein Argument, dass wohl für große Teile der Parteielite ausschlaggebend gewesen sei. (E: 25-37)

Am 14. Juli 2000 druckt die Berliner *tageszeitung* genau wie viele andere Zeitungen eine kurze Agenturmeldung der *dpa* ab: »Bündnis 90/Die Grünen in Baden-Württemberg planen als erste deutsche Partei einen virtuellen Parteitag. Statt der üblichen Tagung in einer Stadthalle oder einem Kongresszentrum sollen im November die Delegierten über das Internet diskutieren und abstimmen.« Am Tag zuvor hatte u.a. *SPIEGEL ONLINE* schon eine ähnliche, allerdings etwas ausführlichere Meldung in seinem Programm gehabt. Zu diesem Zeitpunkt ist das Vorhaben ‘Virtueller Parteitag’ allerdings noch keine beschlossene Sache, sondern nur ein im Landesvorstand zu diskutierender Vorschlag. Angesichts des großen Medienechos kann der Vorstand jetzt allerdings kaum noch zurück. In einer eMail informiert der Landesvorsitzende Andreas Braun die Kreisverbände über den Stand der Dinge. Die Vorlage werde demnächst im Landesvorstand diskutiert und sei bei einem Hintergrundgespräch mit *dpa* schon einmal als mögliches Vorhaben vor der Landtagswahl erwähnt worden. Braun stellt fest, dass das Medienecho sehr gut gewesen sei und betont, dass natürlich noch keinesfalls feststehe, welche Themen auf dem Virtuellen Parteitag zu behandeln sei. Dies müsse der Landesvorstand entscheiden.²⁹ Der kann jetzt nicht mehr zurück, obwohl zu diesem Zeitpunkt noch keinesfalls alle Bedenken ausgeräumt sind. Einige Landesvorstandsmitglieder hätten es vorgezogen, die Landtagswahlen abzuwarten; trotz

²⁸ Der Name ‘Virtueller Parteitag’ sei im Landtagsflur bei einem Gespräch mit Michael Jacobi (damals MdL) entstanden.

²⁹ Interne eMail des Landesvorstandes an die Kreisverbände von Bündnis 90/Die Grünen, 14. oder 15. Juli 2001.

aller Begeisterung für technische Innovationen ist der Virtuelle Parteitag eben auch ein Experiment, bei dem im Vorfeld nicht klar ist, ob alles wie geplant klappen wird, und wie die Reaktionen der Parteibasis ausfallen werden. Die Partei entscheidet sich, den Schritt ins Ungewisse zu wagen und mit dem Virtuellen Parteitag *Neuland* zu betreten.

»Für uns in Baden-Württemberg ist der Einsatz und die Nutzung moderner Kommunikationsmittel zur Selbstverständlichkeit geworden«³⁰. Mit einem Schreiben vom 27.09.2000 wurden Kreisverbände, Abgeordnete und MandatsträgerInnen darüber informiert, wie die Partei den Virtuellen Parteitag durchführen wird. Dem vom geschäftsführenden Landesvorstand (Andreas Braun, Monika Schnaitmann und Harald Dolderer) und dem für die Durchführung des Virtuellen Parteitags zuständigen Vorstandsmitglied Marc Mausch unterzeichneten Schreiben ist eine Übersicht über den geplanten Ablauf des Parteitags und die technischen Hintergründe (Mausch 2000) beigelegt. Einen Überblick über die formale Struktur des Virtuellen Parteitags gibt Abbildung 2.1.

Organisationsstruktur des Virtuellen Parteitags

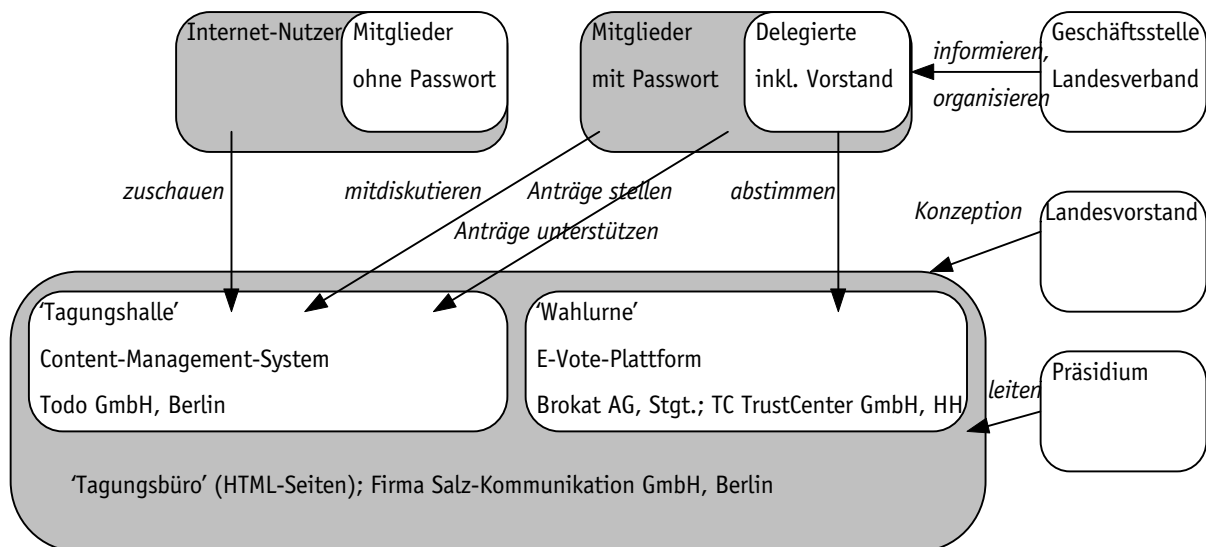


Abbildung 2.1 – Organisatorische Rahmenbedingungen des Virtuellen Parteitags³¹

2.4.2 Die technischen und ökonomischen Rahmenbedingungen

Der Virtuelle Parteitag musste mit einem sehr engen Kostenrahmen kalkuliert werden; ausgegeben werden konnten und wurden dafür von der Partei etwa 20.000 DM. Ein vergleichbares Projekt von Grund auf neu zu realisieren, hätte etwa 300.000 DM gekostet. Der Kostenunterschied erklärt sich dadurch, dass zum einen Teile der für die Grundsatzdebatte bereits vorhandenen Software verwendet werden konnten, und dass zum anderen der Virtuelle Parteitag auch von einigen an der Realisierung beteiligten Firmen als Technologiestudie begriffen wurde. (E: 47-50). Allerdings führte dieser äußerst enge Kostenrahmen auch dazu, dass einige Eigenheiten des schon vorhandenen Redaktionssystems übernommen werden mussten, und dass es kaum

³⁰ Aus dem erwähnten Schreiben an die Kreisverbände.

³¹ Quelle: Akademie für Technikfolgenabschätzung (leicht abgewandelt)

möglich war, neue 'Features' hinzuzufügen. Dazu beigetragen hat auch, dass der Virtuelle Parteitag als Sponsoring-Projekt bei einigen der beteiligten Firmen nur eine relativ geringe Priorität hatte. Nach Einschätzung von Marc Mauscher seien etwa 80% der während des Virtuellen Parteitags und danach geäußerten Verbesserungsvorschläge konzeptionell eigentlich vorgesehen gewesen, hätten aber unter den gegebenen finanziellen und organisatorischen Bedingungen nicht realisiert werden können. (E: 102-117).

Als Hardware des Virtuellen Parteitags dienten zwei Server; einer davon sei speziell für Online-Banking ausgelegt gewesen und habe bei den Abstimmungen als elektronische Wahlurne fungiert, der andere Server sei ein ganz normaler Webserver ohne weitere Besonderheiten gewesen, auf dem ein *Content Management System* als Grundlage für das Diskussionsmodul gelaufen sei. (E: 140-143). Der Virtuelle Parteitag sei – so Mauscher – so ausgelegt worden, dass auch mit 'Uralt-PCs' noch eine Teilnahme möglich gewesen sei; deswegen sei auch auf den Einsatz von Videokonferenzsystemen ebenso wie auf den Einsatz von Chipkartenlesern für eine besonders sichere Abstimmung verzichtet worden (E: 92-96). Schwerwiegende technische Probleme habe es nicht gegeben, auch die Hotline habe nur wenige Anrufe erhalten. Technische Probleme gegeben habe es hingegen in der Vorbereitungs- und Entwicklungsphase, so dass an einigen Stellen zu provisorischen *work-arounds* gegriffen werden musste. Was allerdings häufiger vorgekommen wäre, seien eigentlich triviale Bedienungsprobleme gewesen, sogenannte 'DAU-Probleme'³² (E: 144-150). Andere, eigentlich einfach lösbar Probleme – wie ein zu kurzer Zeitraum von 20 Minuten zum Verfassen der Redebeiträge – seien zwar wiederholt bei der zuständigen Firma moniert worden, wären aber nicht korrigiert worden. Dieses habe auch für ganz normale NutzerInnen ein Problem dargestellt. (E: 158-163). Durch die Verkettung verschiedener technischer Probleme und Inkompatibilitäten habe zu einem Zeitpunkt zwischen möglichst großer Sicherheit und einer möglichst hohen Kompatibilität zu allen Browsern entschieden werden müssen; um eine Teilnahme möglichst vieler zu erreichen, wurde zugunsten der Kompatibilität entschieden. (E: 164-172). Zu den technischen Problemen dürfte auch gezählt werden, dass die Systemzeit während des gesamten Parteitags oder doch über einen großen Teil um eine Stunde nachging. Sicherheitsprobleme habe es nicht gegeben; es seien zwar Hacker-Angriffe vorgekommen, hätten sich aber im normalen Rahmen bewegt. Was es gegeben habe, seien vor allem 'Baby-Hacker-Angriffe' gewesen wie der Versuch, Passwörter durch Ausprobieren zu knacken. (E: 173-177). Bereitstehende Sicherheits-ExpertInnen mussten nicht hinzugezogen werden. Die Spuren eines Baby-Hacker-Angriffs wurden schnell gelöscht (N2: 589-591), das Präsidium stellt im Parteitag fest, dass die Angriffe »nicht parteitagsgefährdend« (N2: 553) gewesen seien und bestärkt den Eindruck kontrollierter Sicherheit: »Alles in Butter!« (N2: 598).

2.4.3 Die Gestaltung des Virtuellen Parteitags

Bei der Vorbereitung des Virtuellen Parteitags stehen der experimentelle Charakter und die technische Durchführung im Mittelpunkt. Der politische Inhalt ist wichtig, hat aber in der Vorbereitungsphase einen sekundären Charakter. Es ist relativ frühzeitig klar, dass eines der zwei

³² DAU steht hier in Analogie zum GAU für den 'Dümmsten Anzunehmenden User'.

zu behandelnden Themen ein Internetthema sein soll; das andere Thema soll nichts mit dem Internet zu tun haben und zeigen, dass es möglich ist, auch politisch kontroverse Themen mit den Mitteln eines virtuellen Parteitages zu diskutieren, um auch 'Technikfeinde' zur Teilnahme zu bewegen. Die Auswahl fiel dann auf die Themen *elektronische Bürgerdemokratie* und *Liberalisierung oder Beibehaltung der Ladenschlusszeiten*. (E: 38-46). Für den Termin des Virtuellen Parteitags seien zwei Bedingungen ausschlaggebend gewesen: Zum einen musste gewährleistet sein, dass die Software zum Termin des Virtuellen Parteitags einsatzbereit sei. Zum anderen waren die Landtagswahlen und der beginnende Wahlkampf zu beachten, die eine späteste Termingrenze festgelegt hätten. (E: 54-57). Die Entscheidung fiel letztlich auf den Zeitraum vom 24. November bis zum 3. Dezember 2000. Die Dauer des Virtuellen Parteitags von knapp zehn Tagen sieht Marc Mausch inzwischen eher kritisch: Die Dynamik des Parteitags sei von TeilnehmerInnen, die unter der Woche arbeiten mussten oder als Abgeordnete in der Sitzungswoche im Bundestag saßen, nicht richtig beobachtbar gewesen, die Teilnahme 'nebenher' habe nicht richtig funktioniert. Hier würde er inzwischen einen kürzeren Zeitraum bevorzugen, der dann die örtliche Flexibilität des Parteitags beibehalten würde, aber eine zeitlich konzentriertere Teilnahme erzwingen würde. (E: 58-74). Ausschlaggebend für die gewählte Dauer von zehn Tagen sei das gewählte Abstimmungsverfahren gewesen, dass mit relativ langen Vorankündigungs- und Abstimmungszeitraum bei bis zu vier Abstimmungsrunden eben entsprechend Puffer benötigt habe. (E: 75-78). Ursprünglich sei geplant gewesen, den Virtuellen Parteitag analog zu einer Landesdelegiertenkonferenz zu gestalten, was eine Zahl von 200 Delegierten bedeutet hätte. Es habe sich aber sowohl aufgrund des experimentellen Charakters, der technischen Realisierbarkeit als auch aufgrund politischer Erwägungen gezeigt, dass als Vorbild der nur 100 Delegierte umfassenden und mit weniger umfassenden Rechten ausgestattete 'kleine Landesparteitag' ausreiche (E: 85-90). Ausschlaggebend dafür, überhaupt ein Delegiertensystem zu verwenden, seien zum einen demokratietheoretische Überlegungen, zum anderen pragmatische Gründe wie die auf diese Weise besser sicherzustellende Sicherheit der Abstimmungen und die Ähnlichkeit mit bekannten Parteitag (und damit auch ein geringerer Widerstand gegen etwas völlig unerwartetes) gewesen (E: 79-84).

Die Form des Parteitags – *asynchrone textbasierte Diskussion* – war aufgrund der weiterverwendeten Software relativ schnell entschieden. Aber auch wenn es mehrere Möglichkeiten gegeben hätte, so wäre für Marc Mausch ein Chat – als schnelle, synchrone textbasierte Diskussionsform – nicht in Frage gekommen, da seiner Meinung nach hiermit ernsthafte politische Arbeit nicht möglich gewesen wäre. (E: 96-101). Für ihn stehe die Verwendbarkeit als 'Arbeitstool' im Vordergrund, die Organisation von Unterhaltung – und dazu zähle beispielsweise auch ein (zusätzlicher) Chat – gehöre nicht zu den Aufgaben des Landesvorstandes. Wer eine Chat hätte haben wollen, hätte sich ja gut auf einem externen Chatsystem irgendwo im Internet verabreden können. (E: 109-112).

Zwei Eigenheiten herkömmlicher Parteitage wurden in der Konzeption des Virtuellen Parteitags nicht übernommen. Dies ist zum einen die ansonsten bei Bündnis 90/Die Grünen übliche Quotierung der Redebeiträge nach dem 'Reißverschlussprinzip', zum anderen wurde auf ge-

setzte Redebeiträge – also die in den Vordergrund gestellten Auftritte von GastrednerInnen und prominenten Mitgliedern der Partei – verzichtet. Eine Quotierung der Redebeiträge macht für Mausch nur Sinn, wenn die Zahl der Redebeiträge begrenzt und die Hemmschwelle zu reden hoch ist. Beides sei beim Virtuellen Parteitag nicht der Fall gewesen, so dass hier die hinter der Quotierung stehende Abwägung anders ausgefallen sei. Über andere Möglichkeiten, etwa eine Visualisierung der Geschlechteranteile in einem Forum, sei nicht nachgedacht worden. (E: 122-132). Auch der Verzicht auf gesetzte Redebeiträge gehörte zur Konzeption des Parteitags. Damit sollte mehr Demokratie und eine größere Beteiligung aller erreicht werden. Dass diese Frage im Vorstand nicht ausgiebig diskutiert wurde, zeige, dass hier die Gestaltungsmöglichkeiten eines Einzelnen aufgrund eines Technik- und Medienkompetenzvorsprungs zugenommen haben, wie er auch gerne zugibt. (E: 133-137).

2.4.4 Präsidium und Geschäftsordnung

Zur Konzeption des Virtuellen Parteitags gehören auch die für diesen Parteitag vom Landesvorstand beschlossene Geschäftsordnung (GO)³³ und damit das in dieser Geschäftsordnung beschriebene, vom Landesvorstand eingesetzte zehnköpfige Präsidium. Formal sieht die Geschäftsordnung vor, dass das Präsidium den Entwurf des Landesvorstandes für die Tagesordnung einbringt (§2 GO (1)), über Debattenbeiträge von Nicht-Mitgliedern entscheidet (§5 GO (1)), die Zuordnung von Redebeiträgen zu Anträgen korrigiert (§5 GO (4)) und die Abstimmungen durchführt (§6 GO). Angesprochen sind hiermit zwei weitere, den Parteitag stark strukturierende Gestaltungsfragen: Zum einen sind alle Redebeiträge jeweils bestimmten Anträgen oder Änderungsanträgen zugeordnet. Dies spiegelt sich in der Struktur der Diskussionsforen wieder und macht auch deutlich, dass es sich bei den Diskussionsforen im Rahmen des Parteitags ‘eigentlich’ um Redelisten zu jeweils bestimmten Anträgen oder Änderungsanträgen handelt³⁴ – eine von vielen als unflexibel empfundene Struktur. Das zweite in der Geschäftsordnung festgelegte Strukturelement sind Abstimmungsrunden. Diese müssen vierundzwanzig Stunden vor Beginn der Abstimmung durch das Präsidium angekündigt werden und für mindestens sechs Stunden zur Abstimmung offen stehen (§6 GO (3)). Vor der Abstimmung ist nicht nach der Abstimmung, und so tragen die Abstimmungsrunden – durchgeführten wurden drei – ebenso wie der Antragsschluss kurz vor der zweiten Abstimmungsrunde dazu bei, den zeitlichen Ablauf und den Verlauf der Debatten zu strukturieren. In der Geschäftsordnung sind zudem die formalen Rechte der Mitglieder festgelegt.

Genauso wichtig wie die formalen Rechte und Pflichten des Präsidiums ist seine tatsächliche Arbeitsweise. Zur Funktion der Entscheidung über Antragszulassungen und die ‘Reife’ von Anträgen – die die Hauptfunktion des Präsidiums war – kommt eine moderierende Funktion. Wenn die Debatte nicht zielführend gewesen wäre, hätte das Präsidium als ‘Stand-By-Truppe’ in Form von moderierenden Redebeiträgen eingegriffen. Das – technisch mögliche – Löschen

³³ Zu finden unter [HTTP://WWW.VIRTUELLER-PARTEITAG.DE/WIE/ORDNUNG.HTML#2](http://www.virtueller-parteitag.de/wie/ordnung.html#2).

³⁴ Das *Parteitagsgeflüster* – technisch so realisiert wie die Antragsforen – wird in der Geschäftsordnung nicht erwähnt.

von Beiträgen habe nicht zur Debatte gestanden.³⁵ Moderierendes Handeln – auch in der Form der Zusammenfassung des Diskussionsstandes – sei allerdings größtenteils nicht notwendig gewesen, da hier die TeilnehmerInnen selbst sehr diszipliniert gewesen seien und diese Aufgaben übernommen hätten (E: 181-188). So war es vor allem wichtig gewesen, den Parteitag zu beobachten.³⁶ Insgesamt lässt sich festhalten, dass der Arbeitsaufwand für das Präsidium erheblich höher war als vorher vermutet. Er entspräche insgesamt etwa dem Aufwand des Präsidiums bei einem herkömmlichen Parteitag, habe sich aber über einen längeren Zeitraum erstreckt. Die Präsidiumsmitglieder hätten dabei sowohl zeitlich als auch thematisch ‘im Schichtbetrieb’ gearbeitet, also z.B. bestimmte Tageszeiten oder eigenverantwortlich bestimmte Themenbereiche betreut. (E: 195-201). Intern habe sich das Präsidium während des Parteitags vor allem per eMail, ausnahmsweise auch per Telefon und ganz selten per Telefonkonferenz verständigt (E: 178-182). Allerdings seien wohl gerade wichtige Entscheidungen doch eher per Telefon oder auch in *Face-to-face*-Absprache in Stuttgart getroffen worden, die Rundmails wurden z.T. eher als Informationsflut empfunden.³⁷ Die einzelnen Präsidiumsmitglieder seien in Bezug auf ihre Arbeitsbereiche relativ autonom gewesen. Eine regelrechte Koordination der Präsidiumsarbeit habe es nur betreffs der technischen Aspekte (hier waren Marc Mausch und Albrecht Kurz zuständig) sowie bei politisch kritischen Fragen gegeben. Die Aufgabenverteilung habe sich ansonsten ‘eher so’ ergeben. (E: 202-206).

Zu erwähnen ist noch der hohe Wert, den – so Marc Mausch – das Präsidium auf politische Neutralität gelegt habe. Dies sei umso wichtiger gewesen, als das Präsidium doch erhebliche Manipulationsmöglichkeiten gehabt habe. Diese entsprächen einerseits den ‘weichen’ Möglichkeiten zur Debattensteuerung, die ein Präsidium auch bei herkömmlichen Parteitagen einsetzen kann. Hinzu käme allerdings die Tatsache, dass beim virtuellen Parteitag auffälliger Protest nicht oder kaum möglich gewesen wäre. Wenn das Präsidium auf einem herkömmlichen Parteitag ‘Unsinn’ baut, wäre es für eine Delegierte immer noch möglich, aufzuspringen und laut aufzuschreien – beim virtuellen Parteitag würde eine solche Äußerung zwischen den anderen Beiträgen untergehen. Darüber hinaus bestünde theoretisch – zumindest für den technischen orientierten Teil des Präsidiums – auch die Möglichkeit, unliebsame Beiträge einfach verschwinden zu lassen. Er glaube allerdings nicht, dass derartige Manipulationen zur Beeinflussung der Meinungsbildung faktisch möglich gewesen wären, da ein nicht passendes Abstimmungs- oder Diskussionsergebnis doch wohl aufgedeckt worden wäre. (E: 207-219)

³⁵ Gelöscht wurden während des Parteitags allerdings einige Male Beiträge, die nicht in das richtige Forum eingestellt waren. »Wir löschen die falsch eingestellten Beiträge, ihr bekommt per Mail dann eine Nachricht.« (Mitteilung des Präsidiums, zit. nach N2: 670-672). Damit sollte erreicht werden, dass letztlich die jeweiligen Beiträge von den AutoreInnen in das richtige Forum verschoben – also dort noch einmal neu eingestellt – werden. Eine Funktion, um Beiträge durch das Präsidium zu verschieben, gehörte zwar zum ursprünglichen Konzept, wurde aber nicht realisiert.

³⁶ Persönliche Mitteilung des Präsidiumsmitglieds Walter Witzel, MdL.

³⁷ Vgl. Fn 36.

3 Rekonstruktion des Virtuellen Parteitags

Nachdem im vorherigen Kapitel die Rahmenbedingungen, die Vorgeschichte und die Organisationsform des Virtuellen Parteitags deutlich geworden sind, geht es nun darum, den Virtuellen Parteitag zu rekonstruieren. Wie haben die TeilnehmerInnen ihn erlebt, wie haben sie sich beteiligt, was war ihnen wichtig? Wie sahen die Debatten aus, wie die Medienberichte (Anhang 8.1.1)? Ergänzt wird dieses Kapitel über Daten zur Zeitstruktur und zur Statistik. Damit soll zu einem umfassenden Bild des Parteitags beigetragen werden. Während auch hier schon – en passant – Elemente der Theoriebildung angesprochen werden, dient das sich anschließende Kapitel 4 dazu, sich einer Theorie des Virtuellen Parteitags anzunähern.

3.1 Der Virtuelle Parteitag aus Sicht der TeilnehmerInnen

In diesem Abschnitt wird viermal quasi über den Rücken der vier interviewten Delegierten (vgl. Abschnitt 7.2.2) auf den Parteitag geblickt. Als Grundlage dafür dient die Auswertung der Interviews nach der Methode der *Grounded Theory*, insbesondere die Kategorien *Vorerfahrungen mit der Partei* und *Vorerfahrungen mit computervermittelter Kommunikation*, die Kategorie *Teilnahme am Parteitag* (mit den Elementen *Motive*, *Delegiertenwahl*, *Zeitstruktur der Teilnahme*, *Ort der Teilnahme*), die Kategorie *Beteiligung am Parteitag*, die sich auf das Ausmaß und die gewählte Form der Beteiligung bezieht, sowie die *Sicht auf den Parteitag*, also die ihm zugeschriebenen Bedeutungen. Diese Blicke auf den Parteitag streben nicht Repräsentativität an oder stellen typische Fälle dar, sondern helfen, die Bandbreite des sozialen Erlebens in Bezug auf den virtuellen Parteitag deutlich zu machen und ihn so zu rekonstruieren.

3.1.1 Der Virtuelle Parteitag aus Sicht von A

A wohnt in einer Kleinstadt, in der sie für die Grünen Mitglied im Stadtrat ist. Darüber hinaus ist A in der Grünen Jugend aktiv. Sie hat Abitur und arbeitet zur Zeit im Rahmen des Freiwilligen Ökologischen Jahres. Das Interview fand in der Wohnung von As Familie in ihrem Zimmer statt; von dort aus hat sie auch – sehr aktiv – am Virtuellen Parteitag teilgenommen.

3.1.1.1 A: Vorerfahrungen

A hat vor dem Virtuellen Parteitag bereits an einem Landesparteitag und an zwei Bundesparteitagen teilgenommen, von denen einer »einfach nur so, einmal zum mir des anschauen«³⁸ (A: 376) besucht wurde. 'Richtig' teilgenommen (d.h. als Delegierte) hat sie dann an dem zweiten von ihr genannten Bundesparteitag. Die drei Parteitage wurden – wie in grünen Kreisen üblich – durch den Ort der Versammlung gekennzeichnet (»des war in Karlsruhe, und Delegierte war ich dann in Münster«; A: 377) und fanden alle im Zeitraum von 1998 bis 2000 statt. Zu ihren *Erfahrungen mit Parteitagen* zählt auch das Halten einer Rede – für die Grüne Jugend – auf dem von ihr besuchten Landesparteitag. Auch durch ihr Engagement in der Grünen Jugend war A ein großer Teil des beim Virtuellen Parteitag aktiven Personals der Grünen *bekannt*: »Also, ich war echt überrascht davon, wie viele ich kenn', ich hab au' natürlich gemerkt, des waren viele junge Menschen, dadurch hab' ich sehr viele Leute einfach gekannt.« (A: 503-505). Zu den *Vorerfahrungen mit der Partei* zählt auch ihre erfolgreiche Kandidatur für den Stadtrat.

³⁸ Die Zitate aus den Interviews sind jeweils mit (Interview: Zeilennummer) gekennzeichnet. Die Transkription der Interviews erfolgte wortgetreu und versuchte, auch einigermaßen lautgetreu zu bleiben. Punktation und Groß- und Kleinschreibung sind in den Zitaten der Rechtschreibung angepasst, um eine bessere Lesbarkeit zu ermöglichen.

Gefragt nach ihren Erfahrungen mit ähnlichen Kommunikationsformen wie dem Virtuellen Parteitag nennt A die politische Online-Community *dol2day*³⁹: »Und da hatt' ich dann im Prinzip schon Erfahrung damit, dass ma' Beiträge zu 'nem Thema schreibt und da auch 'ne Rückmeldung zu diesen Beiträgen bekommt, und das ma' ... sozusagen virtuell abstimmt, nur dass es da eben nachher weniger Auswirkung eben hat« (A: 129-132). In Erinnerung ist ihr davon noch der große Zeitaufwand, der zur Folge hatte, dass sie sich an *dol2day* vor allem in den Sommerferien aktiv beteiligen konnte und intensiv beteiligt hat. Die *Nutzung des Internets* (v.a. auch zur Informationsrecherche) ist ihr vertraut. Dies wird auch deutlich, wenn sie die fehlenden Erfahrungen mit dem Internet bei einer anderen Delegierten als Problem (des Virtuellen Parteitags) beschreibt (A: 155-164). Politisch hat A sich ebenfalls schon mit dem Internet und den Möglichkeiten auseinandergesetzt, u.a. mit einer inhaltlichen Veranstaltung dazu; auch ihre Parteitagsrede hatte dieses Thema: »Da hab ich dann auch zum, zum Thema Internet diese Rede gehalten ... was dann wahrscheinlich au' der Grund war dafür, das ich nachher als Delegierte gewählt wurde, für diesen virtuellen Parteitag« (A: 383-386).

3.1.1.2 A: Teilnahme am Parteitag

Als *Motiv* dafür, sich delegieren zu lassen, nennt A vor allem die Tatsache, dass der Virtuelle Parteitag etwas völlig Neues darstellt: »Ich konnt' mir des nich' wirklich vorstellen, [...] und allein schon deswegen wollt' ich da einfach dran teilnehmen, um zu sehen wie des funktioniert, um au' zu sehen wie fühlt man sich sozusagen als delegiert« (A: 140-144). Bei der *Delegiertenaufstellung* in ihrem Kreisverband gab es eine »ungewöhnlich« (A: 78) große Konkurrenz, wobei die Männer dann auf die Kandidatur verzichteten, »weil sie sich ... wahrscheinlich gefreut haben, dass mal so viele Frauen sich delegieren lassen wollen« (A: 96-98). Als Grund für ihre Wahl nimmt A an, dass in ihrem Kreisverband ihre *Kompetenz* zum Thema Internet bekannt war. In der großen Konkurrenz hat sie eine besondere *Verpflichtung* gesehen, sich auch »wirklich aktiv« (A: 80) einzubringen. Diese Verpflichtung setzt sich dann in Kontinuität um: »bis auf diesen einen Samstag war ich eigentlich jeden Tag drinne« (A: 52). Teilgenommen hat sie überwiegend von ihrem eigenen Zimmer aus, da sie an ihrem Arbeitsplatz zwar einen Computer, aber keinen Internetzugang hat und die örtliche Parteigeschäftsstelle in einem anderen Ort liegt, was die Flexibilität der Teilnahme stark eingeschränkt hätte (A: 353-366). Am Schlusswochenende war sie nicht in ihrem Heimatort, sondern auf einer Veranstaltung in Erfurt. Auch von dort aus hat sie am Virtuellen Parteitag teilgenommen, stand dabei allerdings vor dem Problem, die passende Infrastruktur (Diskettenlaufwerk für die Diskette mit dem Abstimmungsschlüssel) zu finden: »Und ich hab dann aber ... in der Landesgeschäftsstelle dort ähm ... des machen können. Aber 's war erst mal en Problem [...] weil ... au' in Internetcafes war's manchmal einfach so, dass du keine ähm Diskette reinlegen konntest.« (A: 40-44). A war »ungefähr drei Stunden am Tag [...] drin« (A: 15), unter der Woche hatte sie Termine, so dass sie »dann so von zehn [Uhr abends] bis um eins oder so ... dran saß« (A: 30). Sie schätzt die insgesamt im Parteitag verbrachte *Zeit* als ungefähr so lang ein »wie für 'nen normalen Parteitag« (A: 32-33). Da am Schluss die Debatte erschöpft war, »hab ich dann fascht desch Gefühl gehabt, dass es vielleicht 'nen bisschen zu lang geht« (A: 226-227).

3.1.1.3 A: Beteiligung am Parteitag

A gehört zur Gruppe der sich am stärksten mit Redebeiträgen und Antragsunterstützungen am Virtuellen Parteitag beteiligenden TeilnehmerInnen. Aus ihrer eigenen Sicht stand aber zuerst einmal ihre *lesende Beteiligung* im Vordergrund. Trotz der gerade nach der anfänglichen Abwesenheit immensen Menge an Text gilt dabei: »Ich wollte auch alles lesen ... immer.« (A: 22). Diese lesende Beteiligung wird mit dem Zuhören beim herkömmlichen Parteitag gleichgesetzt: »Ich denk', bei 'nem normalen Parteitag isch au' die meiste Zeit einfach zuhören« (A: 465-466). Alles gelesen zu haben, wird dabei als Qualität des eigenen Verhaltens beschrieben: »Ich glaub', dass viele Leute weniger Zeit drauf verwendet haben, un' ich kenn au' viele Leute, die nich' alle Beiträge gelesen haben, weil es irgendwann au' au' wahnsinnich viel war.« (A: 444-447). Aber auch A differenziert zwischen verschiedenen Beiträgen und erinnert sich: »Es waren au'n paar da, da hab ich gedacht, äh die brauch' ich nich' so intensiv lesen.« (A: 525-526). Stammen die Beiträge von ihr bekannten TeilnehmerInnen, so werden sie bevorzugt gelesen: »Wenn ich dann gesehen hab', den, den kenn' ich, dann hab' ich einfach schon manchmal zuerst da drauf geklickt.« (A:

³⁹ [HTTP://WWW.DOL2DAY.DE](http://www.dol2day.de); die Abkürzung steht für *Democracy Online Today*.

513-514). Um *Kosten* zu sparen, erfolgt das Lesen der längeren Beiträge offline: »Also am Anfang hatt', hab' ich mir die immer alle in Word reinkopiert, um die dann offline zu lesen, un' mit den langen Beiträgen hab' ich des dann au' den Rest des Parteitags über gemacht.« (A: 322-325). Das Lesen der Beiträge dient dazu, um sich eine *Meinung zu bilden*, aber auch, um sich über die 'Stimmung' zu *orientieren*. So war es A bezüglich einer bestimmten Position »dann schon ... relativ klar, dass, dass diese Meinung net durchkommt, einfach au' danach was ich gesehen hab', dass diese Meinung im Internet eigentlich fast dann keiner vertreten hat« (A: 266-268).

Schreibend hat sich A zum einen beteiligt, um anderen ihre Argumente nahe zu bringen. Hierzu hat sie »einfach Argumente gesucht, ... und wollte dann eigentlich 'nen kurzen Beitrag schreiben, aber der wurde dann sehr lang.« (A: 280-282). Zu einigen Themen hat sie nichts geschrieben, weil sie nicht das Gefühl hatte, »dass es da so die des große Diskussionspotenzial einfach gibt« (A: 403-404), sondern den vorgelegten Antrag überzeugend fand. Zum anderen war das Schreiben für A eine Möglichkeit, um ihre eigene *Präsenz* deutlich zu machen und zu schauen, ob auch andere da sind: »Und deswegen hab ich auch manchmal was ins, ins Parteitagsgeflüster reingeschrieben, um zu sehen, kommt da irgend'ne Rückmeldung. Manchmal kam eben auch eine.« (A: 67-69). Wo das nicht der Fall ist, wie direkt bei der Eröffnung des Parteitags, macht sich Enttäuschung breit: »Als ich mich am Freitag eingeloggt hab', und da war noch gar nix, fand ich das irgendwie 'nen bisschen schade. Ich hab' eben gedacht, alle warten nur drauf, dass es anfängt.« (A: 746-749). Ihre Beiträge hat sie »offline geschrieben in Word« (A: 559) und erst erwartet, auch Formatierungen wie in Word verwenden zu können. Das Vorgehen, um einen Redebeitrag in den Parteitag einzustellen, fand sie »einfach umständlich, und des hab' ich am Anfang au' net so gleich kapiert.« (A: 119-120), vorteilhaft fand sie, dass Beiträge auch kurz sein können, denn »da kann man's au' auf 'nen Punkt bringen.« (A: 311-312). Die *Hemmschwelle*, Beiträge zu schreiben, war durch das fehlende Lampenfieber deutlich geringer als für eine Rede beim herkömmlichen Parteitag (A: 298-304).

Sie selbst hat sich unterstützend an vielen *Änderungsanträgen* beteiligt und auch einen Änderungsantrag eingebracht. Hier war A überrascht, dass – beworben nur durch einen Hinweis im Forum Parteitagsgeflüster – es »wahnsinnig schnell [ging], dass ich diese zwanzig UnterstützerInnen zusammen hatte ... also des, des, des hat ich so net erwartet.« (A: 803-805). Für sie ist das auch ein Anzeichen dafür, dass ziemlich viele, die sonst unsichtbar bleiben, die Änderungsanträge und Beiträge lesen. A hat in an allen drei Abstimmungsrunden *abgestimmt*. Allerdings war sie sich im vorhinein nicht sicher, ob bei die einzelnen Änderungsanträge während der Abstimmung noch lesbar waren, so dass sie sich vorher »die ganzen Änderungsanträge ... ähm angeguckt [hat], und hab mir dann aufgeschrieben auf'm Blatt, welchem ich zustimm' und wo bin ich dagegen bin« (A: 417-419).

Im Unterschied zum herkömmlichen Parteitag vermisste A die Möglichkeit, '*rauszugehen*' und *persönlichen Kontakt* mit anderen TeilnehmerInnen aufzunehmen: »Ja, manchmal geht ma' au' einfach raus und unterhält sich mit Leuten, was in dem Fall ... praktisch weggefallen ist, ... wobei's ja diese Parteiflüsterecke gab, [...] aber des isch beim ... Parteitag einfach vielmehr dieser persönliche Kontakt« (A: 466-472).

3.1.1.4 A: Sicht auf den Parteitag

Der Virtuelle Parteitag hat A – nach anfänglichen »Orientierungsschwierigkeiten« (A: 735) – *Spaß* gemacht: »Ich hatte schon des Gefühl, dass, dass das 'nen guter Parteitag ist und mir hat des au' ... Spaß gemacht.« (A: 763-765). Gefehlt hat ihr eine Möglichkeit, zu sehen, »wie viele Leute grad' eingeloggt sind« (A: 862-863). Der *persönliche Kontakt* wurde vermisst, »un' deswegen denk' ich, des könnte nie 'nen normalen Parteitag ersetzen.« (A: 474-475). Im Unterschied zum herkömmlichen Parteitag fand sie »die Beiträge einfach sachlich, 'ses war au' nich' so, dass, dass ma' jetz' so viel Wert drauf gelegt hat, wie wird's dargestellt« (A: 546-548). Schlimm hätte sie es gefunden, »wenn es ähm technisch net funktioniert hätte« (A: 623-624), verbesserungswürdig erschien A neben der Gestaltung der Oberfläche das *Ausmaß der Beteiligung*, insbesondere von Frauen, die sich »au' aktiv beteiligt haben, des heißt sichtbar beteiligt haben« (A: 638-639). Erschreckend fand sie es, dass es in ihrem Bekanntenkreis vorkam, »dass jemand delegiert ist, und ... eigentlich au' den Willen hat, sich zu beteiligen, aber ähm einfach die Möglichkeiten net hat, weil, weil er die technischen Fertigkeiten dazu net hat.« (A: 649-652). Als *Funktion* eines Virtuellen Parteitags sieht sie vor allem die Möglichkeit, Themen im Vorfeld eines normalen Parteitags, wo dafür oft keine Zeit bleibt, ausführlich vorzubereiten: »Also ich glaub', dass es ähm 'ne sehr große Chance sein könnte, manche Themen einfach im Internet vorzudiskutieren« (A: 175-176). Allerdings vermutet sie, »dass die

Teilnahme dann auch nicht mehr ganz so rege gewesen wär', weil, weil dann einfach dieses Experimentelle und dieses Neue nicht mehr da gewesen wär'.« (A: 191-193)

3.1.2 Der Virtuelle Parteitag aus Sicht von B

B wohnt in einer Universitätsstadt. Sie hat vor kurzem ihr Studium abgeschlossen und arbeitet jetzt zur Hälfte an der Universität von B-Stadt und zur Hälfte auf einer Praktikumsstelle bei einem Umweltverband. Das Interview fand in ihrem Zimmer in ihrer WG statt.

3.1.2.1 B: Vorerfahrungen

Zum Zeitpunkt des Virtuellen Parteitags war B Mitglied im Kreisvorstand der B-Städter Grünen. Sie ist Delegierte für verschiedene Landes- und Bundesarbeitskreise der Partei. Mit Parteitag hat sie bereits einige Erfahrung gesammelt: »Ja, ich war bei verschiedenen äh Landes- und Bundesparteitagen, ähm auch weil ich eben 'ne Zeit lang im Kreisvorstand war, äh, und ähm also hab' so 'nen groben Eindruck davon, [...] wie 'n Parteitag abläuft, und hab auch 'nen groben Einblick in was, was Parteitagsregie ist.« (B: 266-270). Über ein Praktikum in der Landtagsfraktion kennt sie darüber hinaus »die gesamte Landtagsbesetzung [...], also Fraktion plus Fraktionsmitarbeiter« (B: 445-446). Eine Rede auf einem Parteitag hat sie noch nicht gehalten, auch wenn sie einmal kurz davor war: »ich saß dann irgendwie so auf Kohlen und dachte, geh' ich oder geh' ich nicht, und dann war ich am Schluss doch zu feige« (B: 390-392). Im PC-Bereich hat B »die gängigen Kenntnisse, und, und insofern hatt' ich keine Hemmschwelle, des zu benutzen« (B: 246-248). Im Bereich *computervermittelter Kommunikation* ist B »hin und wieder mal irgendwo [in einem] Chatroom, aber, aber eigentlich kaum« (B: 252-253) und nutzt das Internet ansonsten »sehr häufig, aber eben nicht für, nicht für Diskussionsforen, sondern [...] in erster Linie für Recherche, zum Mailen, ähm ... ja, für Informationszwecke« (B: 256-259).

3.1.2.2 B: Teilnahme am Parteitag

»Zunächst hat ich mich delegieren lassen, weil klar war, es gibt sonst wieder irgendwie zuwenig Frauen.« (B: 101-102). Diese Einschätzung begründet B mit der Technik: »bei so 'nem IT-Parteitag war irgendwie relativ absehbar, dass da nicht so wahnsinnig viele Interessentinnen da sind« (B: 104-106). Entsprechend verläuft dann die Aufstellung. Während die 'Männerplätze'⁴⁰ »auf jeden Fall problemlos gefüllt« (B: 483) wurden, haben sich bei den Frauen erst nur zwei Frauen für drei Plätze beworben, »und eine ham wir dann nachdelegiert« (B: 481). Die Problematik, genügend Frauen zu finden, hängt für B damit zusammen, dass der Virtuelle Parteitag 'Jungs' eher interessiert habe: »Weil's halt in 'ner gewissen Art auch ne' t Spielerei ist und dass Frauen da nicht unbedingt so ... sich begeistern lassen.« (B: 124-126).

Im Lauf der gemeinsamen Vorbereitung auf den Virtuellen Parteitag in *Treffen der Delegierten* nimmt dann Bs Interesse daran deutlich zu: »Wir wollen ja, dass das ganze stattfindet und funktioniert, also macht ma' halt auch mit. Und dann wie gesagt hat das ziemlich an Impetus gewonnen durch diese gemeinsamen Vorbereitung.« (B: 110-112). Diese Vorbereitungstreffen dienen – nach kurzem inhaltlichen Austausch – vor allem der organisatorischen Vorbereitung.

Tatsächlich konnte B dann allerdings nicht in dem Maß am Virtuellen Parteitag teilnehmen, wie sie sich das vorgenommen hatte. Teilgenommen hat sie zweimal, »des eine mal vom Grünen Büro und des andere mal ähm von meiner Arbeitsstätte« (B: 215-216), jeweils für eine Viertelstunde (B:218). Als Ursache dafür nennt sie ihre Arbeitssituation, die – was bei der Aufstellung nicht absehbar – zur Zeit des Virtuellen Parteitags besonders *stressig* war: »Also, ich war zweimal irgendwie dienstlich unterwegs für, für ein, zwei Tage, des heißt ich war nicht im Büro, des heißt ich war gar nicht am Computer« (B: 224-226). Auch an den restlichen Tagen »war's einfach so, dass ... immer so viel los war, und, und ich relativ stark unter Druck stand, dass ich tagsüber mich nicht eingeloggt hab'

⁴⁰ Die Delegiertenplätze bei Bündnis 90/Die Grünen werden von den Kreisverbänden im allgemeinen nach dem Prinzip der Mindestquotierung vergeben, d.h., ein Kreisverband, der z.B. fünf Delegiertenplätze nach dem Delegiertenschlüssel zugewiesen bekommt, wählt normalerweise in separaten Wahlgängen einmal drei Frauen und einmal zwei weitere Personen ('offene Plätze'). Der im Parteialltag gebräuchliche Begriff 'Männerplätze' signalisiert, dass es üblich ist, auf die offenen (d.h. nicht geschlechtsbeschränkten) Plätze Männer zu wählen.

und abends einfach nur noch nach Hause wollte, und auch keinen Bock hatte« (B: 226-230). Zuhause verfügt B nicht über einen Internet-Anschluss, aber selbst mit eigenem *Zugang* (die Nutzung des Zugangs am Arbeitsplatz war problemlos möglich) hätte sie wohl eher nicht am Virtuellen Parteitag teilgenommen. »Wenn's Themen gewesen wären, mit denen ich mich mehr identifiziert hätte, dann, oder wo ich das Gefühl hätte, da hängt jetzt mehr dran, dann hätt' ich mir schon irgendwie die Zeit genommen.« (B: 239-242). Für einen herkömmlichen Parteitag werden für so einen Fall normalerweise Ersatzdelegierte bestimmt; dies ist hier nicht geschehen, auch, weil es »schon eher 'nen Problem gewesen [war], überhaupt weibliche Delegierte zu finden.« (B: 623-624).

3.1.2.3 B: Beteiligung am Parteitag

B hat sich nur zweimal in den Parteitag hineinbegeben. Das erste Mal geschah im Rahmen eines 'Einstiegsabends' im Grünen Büro (dazu gleich mehr), das andere Mal war B »noch einmal dabei, als es um die Abstimmung dieses Sonntags ähm Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten ging ... ähm und des war's dann auch.« (B: 188-190). B hat sich also an einer der drei Abstimmungsrunden beteiligt, und sich dann auch nur zum *Abstimmen* in den Virtuellen Parteitag hineinbegeben. Von den beiden anderen Abstimmungen war B »beim einen Mal nicht da, und beim anderen Mal hab' ich's schlicht verpeilt [lacht]« (B: 537-538). Bei einem herkömmlichen Parteitag dagegen würde B eher versuchen, an der Abstimmung teilzunehmen, »weil mer normalerweise sich ja schon irgendwie 'ne Meinung gebildet hat ähm und ich bin dafür delegiert worden, dass ich diese Meinung auch in 'ne Wahlstimme übersetz'« (B: 548-550). Der Virtuelle Parteitag hatte für sie also eine *geringere Verbindlichkeit* als ein herkömmlicher Parteitag.

Neben der einen Abstimmung hat sich B während des vom B-Städter Kreisverband durchgeführten 'Einstiegsabends' am Virtuellen Parteitag beteiligt. Dieser lief so ab, dass die Mitglieder des B-Städter Kreisverbandes und des Nachbarkreisverbandes zusammen mit der Presse im Büro eingeladen waren: »Wir waren ... circa insgesamt also die beiden Kreisverbände [...] würd' mal sagen zehn bis fünfzehn Leute insgesamt, ähm und äh dann fing ma' eben an, sich die Texte durchzulesen, die andere Leute gemailt hatten, hm und mailte zurück, also in erster Linie hat sich das dann auf diese Kaffeeklatsch da, die virtuelle, bezogen und ähm ... ja, und dann wurde insgesamt noch 'nen bisschen gefeiert ... des war's.« (B: 28-34). Im Rahmen dieses Abends *schrieb* B dann einen Beitrag für das Parteitagsgeflüster – der allerdings eher an die ihr schon vorher bekannten TeilnehmerInnen gerichtet war (B: 421). In Erinnerung geblieben ist ihr vor allem die *soziale Begegnung* vor Ort und die damit verbundene *Außenwirkung* (»Also wir ham ja vom Kreisverband relativ viel Publicity darum gemacht«; B: 6-7).

3.1.2.4 B: Sicht auf den Parteitag

Für B lag das *Ziel des Parteitags* »in erster Linie ... in der Außenwirkung, ähm, nämlich dieses Instrument mal auszuprobieren, [...] und dann sozusagen [...] zu demonstrieren, dass die Grünen halt nicht technikfeindlich sind« (B: 571-576). Für sie wäre auch ein technisches oder organisatorisches Scheitern als schlimmstmögliches Ergebnis des Parteitags vor allem etwas, womit die Partei sich »unglaublich blamiert, weil mer vorher groß die Werbetrommel rührt« (B: 747-748). Ihre *Sicht auf den Parteitag* ist also davon geprägt, dass sie ihm zwar eine wichtige Bedeutung für die Außenwirkung, aber keine große politische Bedeutung zumisst. Der Kreisverband B-Stadt hatte nicht vor, »irgendeine bestimmte Position durchzu...fighten« (B: 79), und auch die Wahl der Delegierten erfolgte wohl eher nach der Devise: Wir müssen da mitmachen, wir brauchen Leute. Sollte es einen zweiten Virtuellen Parteitag geben, so würde B vor allem anhand ihrer zeitlichen Situation und anhand der Themen entscheiden, ob sie sich erneut delegieren lassen würde. »Es war ja beim ersten Mal schon so, dass ich jetz' nicht unbedingt heiß drauf war, mich da delegieren zu lassen, und ich wär's jetzt wahrscheinlich auch nicht wieder, aber ich würd's trotzdem auch machen.« (B: 726-729). Spaß gemacht hat ihr vor allem der »Event-Charakter« (B: 733) und »dieses, des Chatten mit, in diesem Kaffeeklatsch-Raum« (B: 738) am ersten Abend.

Von ihren zwei Einblicken in den Virtuellen Parteitag her hat sie das Bild behalten, dass sie im Hinterkopf hatte, »wie [es] sich real abspielen würde« (B: 282). Zu diesem Bild des 'realen' Parteitags gehören für sie die Halle, »diese Atmosphäre, die bei 'nem Parteitag ist« (B: 285), aber auch »die Menge der Delegierten, die da sitzen und wahlweise zuhören oder schwätzen oder äh Kärtchen heben« (B: 296-298) und dann als Vorbild für das Parteitagsgeflüster in der 'Kaffee-Ecke' der reale »Kaffeeklatsch, wenn ma' sich halt ausklinkt aus der fachlichen Diskussion [...] und sich dann irgendwie mit, mit Bekannten unterhält oder [...] diese Stimmung genießt.« (B: 301-302). Diese sozialen Elemente gehören für sie zu einem Parteitag dazu, und auch wenn der Virtuelle Parteitag »nen

angstfreierer Raum« (B: 336) ist, in dem es möglich ist, »kleinere Beiträge [zu] bringen« (B: 339), so fehlt ihr hier doch die Möglichkeit des 'Klüngelns'. »Des heißt, ähm, ich red' mit meinen zwei, drei Bezugspersonen, und läster', oder schmiede Pläne, oder äh unterhalt mich einfach auch nur ganz normal und offen [lacht], aber des ist dann auf 'nen [...] begrenzten Kreis beschränkt, während des auf'm Parteitagsgeflüster dann die komplette Öffentlichkeit mitbekommen hat.« (B: 353-358). Insgesamt findet B den Virtuellen Parteitag gut »als so 'ne Art Meinungsbildungsinstrument« (B: 660), aber würde ihn nicht mit einem Parteitag gleichsetzen, da dieser »ja letztlich das höchste Gremium, ähm, und, und des wichtigste Instrument an einer Partei« (B: 665-666) ist. Dazu kommen die fehlenden *sozialen Elemente* (»Kontakte haben, knüpfen, Leute sehen, mit Leuten reden, Leute unproblematisch ansprechen können«; B: 633-635) und die Befürchtung, dass beim Virtuellen Parteitag 'hinter den Kulissen' »relativ viel irgendwie unkontrolliert« (B: 655-656) entschieden werden kann. Die *Funktion* eines Virtuellen Parteitags sieht sie darin, ein »zusätzliches Kommunikationsinstrument« (B: 672) zu schaffen, mit einer »anderen Form von Kommunikation, und [...] natürlich 'nen Instrument der Meinungsbildung« (B: 674-676). Ideal wäre es für B gewesen, wenn Parteimitglieder aus der Basis heraus eine Fortführung der landesweiten Internet-Diskussion initiiert hätten (B: 756-771).

3.1.3 Der Virtuelle Parteitag aus Sicht von C

C lebt in der mittelgroßen Universitätsstadt C-Stadt, die er selbst als 'bürgerlich-liberal' und 'teilweise links-alternativ geprägt' beschreibt. Er studiert dort und arbeitet als Wahlkreismitarbeiter eines örtlichen Abgeordneten. In seiner Freizeit ist er als DJ aktiv. Er engagiert sich in der Grünen Jugend. Das Interview fand im C-Städter Parteibüro statt; von hier aus hat sich C am Virtuellen Parteitag beteiligt.

3.1.3.1 C: Vorerfahrungen

Mitglied bei Bündnis 90/Die Grünen ist C seit dem Magdeburger Parteitag 1998 und war dann auch im Bundestagswahlkampf 1998 aktiv. Nach einer Pause durch seinen Wehrdienst ist er 1999 aus dem ländlichen Raum nach C-Stadt umgezogen und ist dort im Stadtverband aktiv. Während des Virtuellen Parteitags war er Mitglied des Stadtverbandvorstandes. C ist sowohl vor Ort wie auch auf Landesebene in der grünen Jugend aktiv. Die *Parteiarbeit* macht ihm »im Moment noch Spaß, auch – ich geh auch sehr gern auf, auf LDKen und BDKen, Arbeitsg'schichten und Kreisesitzungen und so« (C: 866-868). C hat schon Landes- und Bundesparteitage besucht und beim letzten Landesparteitag, kurz vor dem Virtuellen Parteitag, auch mehrere Redebeiträge gehalten (»mindestens zwei, kann, könn' auch 'nen dritter gewesen sein«; C: 517-518).

Seinen *Internet-Zugang* hat C seit zwei bis drei Jahren. Anfangs hat er sehr viel damit gemacht, gerade auch gechattet: »Ähm, am Anfang is' natürlich die Neugier größer, da hab ich des 'nen paar mal ang'fangen, auch mal 'nen tag lang fast, aber mittlerweile nehm' ich mir die Zeit dafür nicht mehr« (C: 105-108). Auch jetzt noch nutzt er sporadisch die Musikaustauschbörse Napster und den damit verbundenen Chat. Sein derzeitiges Verhalten beschreibt er als »nur so des Durchschnitts-ab-und-zu-mal-irgendwo-Reingucken« (C: 112-113). Wenn er lange privat Zeit im Internet verbringt, dann vor allem, um Musik zu tauschen und zu suchen. Mit asynchronen Kommunikationsformen im WWW hatte er vor dem Virtuellen Parteitag keine Erfahrung: »Nee, äh, äh, ich hab mal versucht, mir diese Newsgroup-G'schichten anzugucken, aber nie mir die Zeit genommen.« (C: 778-779); dementsprechend zieht er als Maßstab auch vor allem seine Kenntnis des *Chattens* heran. Der Virtuelle Parteitag erscheint ihm im Vergleich dazu komplizierter (»Dass es ja doch komplizierter war wie 'n normaler Internet-Chat war dann die erste gewisse Enttäuschung.«; C: 24-27) und langsamer (»Ja, also wie g'sagt, des war Unterschied zum Chat, da kriegste halt meistens gleich 'ne Replik.«; C: 764-766). Er ist in viele Mailinglisten und Newsletter eingetragen (»in dieser Pressemitteilungsliste der Bundestagsfraktion, oder in sämtlichen Listen der Bundestagsfraktion, und in den sämtlichen Listen der Grünen Jugend, Bundesverband wie Landesverband«; C: 797-801) und schätzt, dass diese eMails etwa fünf Sechstel seines eMail-Aufkommens ausmachen. Im Vergleich zu Mailinglisten, die für ihn eher 'so nebenher' laufen, und wo er vor allem lesend aktiv ist, war der Virtuelle Parteitag für C etwas 'völlig neues', die Diskussion war 'konzentrierter' und vermittelte ein Zusammengehörigkeitsgefühl (»des Gefühl war schon irgendwie also wir hier zusammen debattieren da irgendwas«; C: 819-820), das er so aus Mailinglisten nicht kennt. *Dol2day*

ist ihm bekannt – inzwischen hält er es für eine »fürchterliche Verschwendung von Ressourcen, von Leuten« (C: 1404-1405), die sich eher politisch in die Partei einbringen sollten. Anfangs hat er dort mitgemacht, er verbringt aber seine Freizeit nur ungern mit Computerdingen: »Freizeit, ähm da will ich dann echt weg sein von den Sachen, da guck' ich dann Video oder hör' Musik oder geh' ins Kino oder, oder hab einfach 'nen paar Kumpels in 'ner Kneipe.« (C: 1426-1428). Beruflich, für sein politisches Engagement und auch für sein Studium (»Uni, zur Zeit eher selten«, C: 119) nutzt er das Internet als Recherchetool. Den Computer sieht er »pragmatisch, also jetzt als Arbeitsgerät« (C: 1432).

3.1.3.2 C: Teilnahme am Parteitag

»Also, mich hat des interessiert, ich dachte, des is' 'ne tolle Sache, die da läuft, da mach ich einfach mal mit« (C: 864-866). C hat sich für den Virtuellen Parteitag delegieren lassen, weil er 'Lust hatte' und weil ihm grüne Parteipolitik (noch) Spaß macht. Wichtig war ihm auch der Neuheitswert: »Schon allein dadurch, wie's angekündigt wurde: „Erster virtueller Parteitag weltweit!“« (C: 888-889), der später dann auch zu entsprechenden Presseberichten in C-Stadt führte. Er und sein (männlicher) Ko-Delegierter – im Gegensatz zu den Frauen im Kreisverband – wollten »des schon, wir ham auch gesagt: „Wir sofort!“« (C: 190-191). Eine 'Kampfkandidatur' gab es seiner Erinnerung nach nicht, allerdings fiel das Wahlergebnis schlechter als erwartet aus, weil er sich auf der Mitgliederversammlung für eine nicht von allen geteilte Position zum Ladenschluss stark gemacht hatte. »Es gab 'nen paar Leute, die uns deswegen dann nich' gewählt ham.« (C: 206-207). Prinzipiell ist in seinem Kreisverband allerdings relativ klar, wer sich delegieren lässt.

Am Virtuellen Parteitag teilgenommen hat C dann relativ kontinuierlich. »Am Schluss wurde es 'nen bisschen weniger, da war ich war zwei, drei Tage irgendwo unterwegs.« (C: 90-92), hier konnte er gerade noch an der Abstimmung teilnehmen. In Erinnerung geblieben sind ihm die »langen Stunden vorm PC« (C: 6), »zwei am Tag dürfen's gewesen sein« (C: 68). Teilgenommen hat er – weil er privat zum Zeitpunkt der Virtuellen Parteitags nicht über einen Internetzugang verfügte – von seinem Arbeitsplatz mit ISDN-Anschluss im Parteibüro aus, zumeist während der *Arbeitszeit*: »Ich verteil meine Arbeitszeit relativ frei, neun Stunden die Woche, irgendwann, wie es halt grade anfällt, und da wa'n halt die zwei Stunden vorher, zwischendrin, vorher was gearbeitet, zwischendrin was gearbeitet, nachher was gearbeitet, so auf die Art, ja« (C: 81-85). Das war unproblematisch, weil er in der Nähe wohnt und über einen Büroschlüssel verfügt. Da er eher mittags arbeitet, waren nicht immer auch andere im Büro anwesend, aber »s wa'n auch immer wieder Leute da, die gesagt ham: „Oh lass mal sehen, und zeig doch mal“, und dann wurde natürlich auch über einzelne Beiträge geflächst und gelacht und diskutiert, und, äh, hier natürlich auch die Debatten dann real geführt.« (C: 167-171). Die Zahl derer, die parallel zu ihm online sind, schätzt er als eher gering ein (»waren ja meistens nicht viele zu der Uhrzeit, wo ich drin war«; C: 745-746). Er vermutet, dass das meiste abends und nachts passierte; auch abends war er ab und zu vom Parteibüro aus aktiv.

3.1.3.3 C: Beteiligung am Parteitag

C gehört zur Gruppe der TeilnehmerInnen, die sich sowohl mit Redebeiträgen als auch mit Antragsunterstützungen besonders stark beteiligt haben. Danach gefragt, wie er sich am Parteitag beteiligt habe, nennt er eine ganze Liste an *aktiven Beteiligungsformen*: »Ja, eigentlich alles, was ging: also Antrag stellen, für Anträge abstimmen, Anträge pushen, Reso schreiben, [...] ähm, ja gut, wie g'sagt, debattiert, auch im Chat relati- also im Geflüster, Parteitagsgeflüster, äh, äh ständig präsent gewesen, auch Nebendebatten, Spaßdebatten aufgemacht, [...]« (C: 396-408).

Die *schreibende Beteiligung* hatte für C dabei drei verschiedene Funktionen. Es ging ihm darum, *präsent zu sein*, es ging ihm darum, mit anderen eher um der Diskussion willen zu diskutieren, also seine *sozialen Kontakte* zu pflegen ('Spaßdebatten'⁴¹), und es ging ihm dort, wo er etwas erreichen wollte, darum, *für seine Anliegen zu werben* (»im Netz selber dann eben versucht, argumentativ Leute zu überzeugen«; C: 351-352). Um sich am Virtuellen Parteitag zu beteiligen, verwendete C zwei parallel geöffnete Browser-Fenster: »diese sichere Verbindung

⁴¹ An anderer Stelle spricht C auch von einem Dialog (C: 439), den er innerhalb des *Parteitagsgeflüsters* geführt habe. Er berichtet davon, wie der Versuch, dort einen Bekannten 'aufzuziehen', insofern misslang, als dies von anderen Mitlesenden – die nicht über die enge Bekanntschaft zwischen C und der anderen Person informiert waren – falsch interpretiert wurde (»Da hab ich au g'dacht, vorsichtig sein, so interne Jokes versteht nich' jeder, so so Insiderwitze«; C: 504-505).

zum Beitragsfenster, also wo du die echt schreiben kannst, und einmal eben, wo de, da wo die geschriebenen [Beiträge] dann hmm zu sehen waren« (C: 752-754). C beschreibt das Schreiben und Lesen beim Parteitag als 'debattieren', 'mitdiskutieren', oder – in Bezug auf das Parteitagsgeflüster – als 'mit-chatten'. Im Vordergrund steht also auch hier der Austausch mit anderen auf gleicher Ebene, wohingegen das Halten einer Rede beim herkömmlichen Parteitag viel stärker ein Kommunikationsgefälle signalisiert. Dazu passt auch, dass er, nachdem er seine Beiträge 'abgesetzt' hat, nachschaut, »ob se gekommen sind, geguckt, bissle gewartet, ob's gleich antworten drauf gibt« (C: 743-744). Zugleich unterscheidet sich ein schriftlicher Beitrag auch dadurch von der Parteitagsrede, dass es beim Diskussionsbeitrag »halt nur um die Inhalte [geht], also, da, da überzeugt die Leute nicht die Art, wie du schreibsch', oder, sondern tatsächlich die Argumente, die du bringscht, und des is' der Unterschied.« (C: 607-609). Im Vergleich zum Reden beim Parteitag empfand C das Schreiben als »nichts besonderes« (C: 522) und als alltäglich – quasi ohne *Hemmschwelle* –, während eine erfolgreiche Rede ihm eine gewisse Befriedigung verschafft, zur Stärkung seines Selbstwertgefühles beiträgt und als »was wirklich Positives« (C: 535) empfunden wird. Wichtig für diese Effekte ist das *Publikum* beim Halten einer Rede, denn für das Schreiben gilt: »Du hast kein Publikum vor dir« (C: 542), »sitzsch allein vor deinem PC« (C: 549-550). Am Schreiben gestört hat ihn die langsame Geschwindigkeit und der dadurch fehlende Charakter direkter Kommunikation: »weil du eben also vier, vier Klicks mindestens mehr brauchtest, um dein', um dein' äh Beitrag zu posten, und es dementsprechend lang gedauert hat, und du nicht direkt irgendwie antworten konntesch« (C: 29-32).

Beim *Lesen der Beiträge* verschafft sich C zuerst einmal einen *Überblick* (»hab ähm nachgeschaut, welche Beiträge gibt's«; C: 713). Er liest die neuen Beiträge, »vor allem auch, wenn's Antworten auf meine, oder Kommentare zu meinen Anträgen waren, ... dann bin ich weitergegangen zu denen, wo mich interessiert ham, aber jetz' nich' ähm irgendwie beteiligt war« (C: 714-717). Interessant kann ein '*Dialog*' beispielsweise sein, »weil ich die Leute kannte« (C: 439-440). Nach den für ihn persönlich interessanten Beiträgen schaute er ins *Parteitagsgeflüster*⁴², »da hab ich nachgeschaut, was lief, was läuft, welche Spielchen laufen« (C: 723-724). Zur Überblicksfunktion tritt hier die *soziale Funktion* ('Spielchen') hinzu. Der virtuelle Gang durch den Parteitag wird fortgesetzt, C schaut die 'übrigen Debatten' durch und merkt sich im Lauf des 'Überblick-Verschaffens', »da will ich wieder reingehen« (C: 726). Er kehrt in die 'Hauptaussprache' zurück, um ein letztes Mal zu schauen, »welcher Stand isch« (C: 728). Danach folgt der Klick auf den Redeknopf, und die eigenen Beiträge werden wie oben beschrieben platziert. Zum Verschaffen eines Überblicks über die *Lage* gehört es auch, in die Antragslisten zu schauen, um zu sehen, ob eigene Anträge genügend Unterstützung finden und ob er fremde Anträge unterstützen kann. »Und dann noch mal Parteitagsgeflüster, noch mal hier und da, noch mal nachgucken, was mich jetz' interessiert, ähm« (C: 746-748).

Gelesen hat C anfangs fast alles: »Ich denk schon, dass ich die meisten äh, äh, g'schafft hab'« (C: 416). Am Schluss las er aus *Zeitmangel* »so gut wie gar nich' mehr, nur noch die von irgendwie Promis, oder wo ich dachte, des, den will ich noch seh'n« (C: 418-420). Insbesondere im *Parteitagsgeflüster* hat C auch generell nicht alles gelesen, wenn er tagsüber ins Netz ging: »also die vom letzten Abend nich' mehr, mir angeschaut, weil se halt zum Teil auch veraltet war'n« (425-427). Die Diskussion hatte also einen gewissen *Fokus der Aufmerksamkeit*.

Insgesamt hat C »des eigentlich genossen, einfach mal als stinknormale Grüne mit-äh mitchatten zu können« (C: 385-386) und nicht ständig als Vertreter des Jugendverbandes aktiv sein zu müssen. Da er gemeinsam mit einem anderen C-Städter Delegierten eine bestimmte inhaltliche Position durchsetzen wollte⁴³ ('Antrag pushen'), hat er mit diesem auf der virtuellen Ebene zusammengearbeitet. »Und abgesprochen? Ich glau- glaub' nich', wir sind einfach dann entsprechend eingestiegen, wenn der andre was gemacht hat« (C: 307-308). Auch dazu ist es wichtig, sich einen Überblick über die *Lage* zu verschaffen. Parallel dazu finden aber auch *Kommunikationen neben dem*

⁴² Das *Parteitagsgeflüster* charakterisiert er (im Vergleich mit dem 'Rausgehen' beim herkömmlichen Parteitag) wie folgt: »Es is' nich' vergleichbar, weil des war halt einfach des Haupt-, die Hauptbeschäftigung, die Debatten, die inhaltlichen Debatten liefen ja fast nebenher, [...] dadurch, dass es so unkompliziert war, dass du nich' immer aufstehen musstes, durch 'ne Riesenhalle durch und an den ganzen Leuten vorbei, war's natürlich auch 'nen deutlich größerer Spaßfaktor, und es waren immer viel mehr Leute da wie jetz' draußen in der Halle trifftsch. [...] Draußen in der Halle [...] da musst halt immer zu einem hin, ja, da gesch' nich' zu jedem – da, bei, bei diesem Parteitagsgeflüster, da kannsch du mit jedem über alles reden, kannsch auf alles antworten, was da gesagt wird [...] und jeder [...] der's hören will, oder was, ja, äh, hört's auch« (C: 1216-1231).

⁴³ Wobei C eigentlich erwartet hatte, dass hier die 'Promis' aus der Bundestagsfraktion aktiv werden würden.

Virtuellen Parteitag statt. Die beiden haben sich »privat, wo wir 'nen ziemlich guten Kontakt hatten, immer wieder uns überlegt, was macht mer jetzt, kann mer da noch, wenn zieht mehr noch mit rein, und so, und wie läuft's grade.« (310-312). Über den Virtuellen Parteitag auf Cs Position aufmerksam geworden, meldet sich per Telefon auch die Geschäftsführerin des Nachbarkreisverbandes, die »eben ihre Betroffenheit zum Ausdruck gebracht [hatte], und ähm wir ham halt versucht, unsere Dings zu vertreten, und des war denn halt ziemlich schnell rausgestellt, dass da die Positionen ziemlich unvereinbar war'n und dann ham mer g'sagt, okay, pass auf, lass' uns keine persönliche G'schichte draus machen« (C: 344-350).

C hat mehrere *Anträge eingebracht* und bei der ersten und der dritten Abstimmungen *mitabgestimmt*. Die zweite Abstimmung hat er verpasst, »da hatt' ich den Zeitablauf falsch im Kopf, da dacht' ich, ich hab' noch Zeit, und es war irgendwie mittags schon beendet« (C: 468-472). Möglicherweise war daran auch die falsch eingestellte Zeit im Netzwerk schuld, vermutet C. Das Nichtteilnehmen an der Abstimmung war ihm peinlich, er ist dann »die Liste durchgegangen, ob meine Stimme irgendwo was geändert hätte, des war dann nicht so« (C: 478-480).

3.1.3.4 C: Sicht auf den Parteitag

Persönlich hat C der Virtuelle Parteitag *Spaß* gemacht. Wäre dies nicht der Fall gewesen, hätte er sich deutlich weniger beteiligt: »(3) ja, ich hätt' die Grobstruktur der Debatte versucht zu folgen und die Anträge mir anzugucken und am Schluss mit abzustimmen« (C: 877-878). Für die Partei insgesamt sieht er allerdings so recht keine Vorteile im Virtuellen Parteitag. Er würde erneut daran teilnehmen, würde ihn aber nur bedingt befürworten, da ja noch nicht einmal auf der finanziellen Seite Vorteile für die Partei da waren. »Aber, aber wenn des Ding gleich viel kostet [...] dann isch's sinnig als PR-Maßnahme, als Demonstration, als Symbolik, um zu zeigen, es geht, ähm, aber als Ersatz oder als Ergänzung halt ich es für, für, für ... nee, da, also da hat der normale Parteitag überwiegend größere Vorteile, einfach, was die persönliche [...] Kommunikation angeht, was mir wichtig is' [...] in so 'ner Partei.« (C: 1528-1536). Für C bedeutete der Virtuelle Parteitag vor allem ein Versuch, mit einem Experiment ein bestimmtes *Image* zu vermitteln: »innovativ, fortschrittlich, äh, modern, aber [...] immer noch die Ideale, die man hatte, also Demokratie und Beteiligung in Vordergrund« (C: 899-901). Wichtig ist ihm für eine Weiterentwicklung des Virtuellen Parteitags, dass die dort geführten Debatten auch Auswirkungen für die Partei hat – »denn beteilige ich mich gern und guten Gewissens dran, ohne jetz' zu sagen, okay, des is' ja [lachen] also wahrscheinlich is' es auch irgendwo Zeitverschwendung, manchmal« (C: 1584-1586). Den Stellenwert *persönlicher Kommunikation* sieht er darin, dass Menschen 'Herdentiere' seien und sich direkt und persönlich sehen wollen, zum anderen meint er – bezogen auf das beim Virtuellen Parteitag nur per Telefon oder eMail mögliche 'Klüngeln': »Es is' so 'nen Stück weit, es is' nich' für den Parteitag nötig, aber es is' für die parteiinterne Kommunikation nötig, weil ma' sich nur auf Parteitagen persönlich trifft – und dann natürlich auch mal zusammensteht, und sich unterhält.« (1245-1249). Er glaubt, dass »nur virtuelle Parteitage« der Partei massiv schaden würden (C: 1262-1264).

3.1.4 Der Virtuelle Parteitag aus Sicht von D

D lebt in einem kleinen Ort ('größeres Dorf vom Wesen her') mit ca. 11.000 Einwohnern in der weiteren Umgebung von D-Stadt. Er arbeitet zum Zeitpunkt des Virtuellen Parteitags als freier Journalist für die D-Städter Zeitung. Daneben studiert er an der D-Städter Universität, hat sein Studium aber zur Zeit unterbrochen. D ist verheiratet und hat zwei Kinder. Das Interview mit D fand in seinem privaten Büro statt, von dem aus er am Virtuellen Parteitag teilgenommen hatte.

3.1.4.1 D: Vorerfahrungen

Mitglied bei Bündnis 90/Die Grünen ist D seit der Kommunalwahl (Oktober 1999). Er ist dann sehr schnell in den Ortsvorstand und Ende 2000 auch in der Kreisvorstand seines Kreisverbandes gekommen. Der Virtuelle Parteitag war der *erste grüne Parteitag*, an dem er teilgenommen hat. D ist also auf Vermutungen darüber angewiesen, wie Parteitage funktionieren (»es war ja natürlich, schätze ich jetz' mal, in der Organisation angelehnt, im Aufbau eines normalen Parteitags«; D: 39-40). Er nutzt das Internet für »Recherche, ... also Themen, nach Themen gesucht oder nach irgendwelchen ... Inhalten zu bestimmten Themen« (D: 97-98), und nicht zum *Spaß*: »Also so zum Spaß herumgesurft ... nicht« (D: 100). Auch mit Diskussionsforen hatte D vor dem Virtuellen Parteitag keine *Erfahrung*.

gen gesammelt (D: 89-94). Damit konfrontiert, dass einige TeilnehmerInnen den Virtuellen Parteitag eher als Spielzeug empfunden hätten, meint D: »Ich selbst hab's nicht als Spielzeug empfunden, aber ich hab' auch eben vorher nie bei solchen Chats – vielleicht, wenn man da geübt ist?« (D: 544-546). Er vermutet also, dass vorherige Erfahrungen mit *Chatten* dazu führen könnte, dass der Parteitag 'nur' als *Chat* empfunden wird.

3.1.4.2 D: Teilnahme am Parteitag

Obwohl der Parteitag D *Spaß* gemacht hat, war Spaß »nicht die Motivation, nein« (D: 586), um daran teilzunehmen. Für D stellte der Virtuelle Parteitag eine Gelegenheit dar, trotz der in seinem Beruf notwendigen *Flexibilität* an einem Parteitag teilzunehmen, und »die Neugierde, wie ist so was aufgebaut« (D: 36-37) zu befriedigen. »Die Neugierde war ja da, äh, weshalb ich, äh, ähm, m' als Delegierter ja wählen lassen, praktisch, die Neugierde war, an so was teilzunehmen, und dann vor allem: so, des war der erste virtuelle Parteitag« (D: 178-181). Die Wahl selbst erfolgte ohne Konkurrenz und nach kurzer inhaltlicher Diskussion der Themen.

Am Virtuellen Parteitag hat D von seinem privaten Büro aus teilgenommen. Die *technischen Zugangsmöglichkeiten* dort waren beschränkt: »Ich hab' zwar ISDN-Anschluss, aber kein Modem dazu.« (D: 444-445). Entsprechend langsam war der Aufbau der einzelnen Webseiten: »Es hat eben sehr lange gedauert, bis die Liste, die Liste schon geladen war.« (D: 428-429). Dazu kamen *technische Probleme* mit dem Internet: »Zu der Zeit, [...], hatt' ich noch ein' Provider, an dem es sonntags kostenlos war. Dann ging gar nix mehr« (D: 485-487). Einen Ausweichplatz gab es für D nicht, da das Parteibüro in einer relativ weit entfernten Stadt liegt, und D »keinen Schlüssel [für die Arbeitsstätte hatte], sonst hätt' ich ja in dem, bei dem technischen Problem [...] einfach ausweichen können, aber ich hatte damals kein'n Ausweichplatz, wo ich einfach hingeh'n konnte.« (D: 245-247). D hat dennoch unter der Woche kontinuierlich am Parteitag teilgenommen: »Des war Freitag – dann glaub' ich an dem Wochenende war ich dann wohl nich' drin, aber dann ... kontinuierlich, weil ja dann am [Dienstag?] die Abstimmung war, dann war ich schon jeden Tag« (D: 125-127). Teilgenommen hat er dabei »meist abends ... oder dann eben in der Zeit ab ... Abstimmung« (D: 128). Dabei war er »sicher jeweils mehr als eine Stunde« (D: 132) online, und »immer kurz vor 'n Abstimmungen, bevor ich abgestimmt habe, da war ich lang drin, weil ich dann immer noch seh'n wollte, was is' am Schluss eingegangen an Beiträgen« (D: 133-135). Teilgenommen hat er dabei vor oder nach seiner meist nachmittäglichen Arbeit: »So konnt' ich's mir einteilen – entweder nach 'm Arbeiten, dann fast eben in der Nacht, oder vor, kurz vor dem Arbeiten, oder am Abend« (D: 253-255). Während dieser Zeit musste die Familie – und nicht der Beruf – zurückstehen: »Ich war vielleicht in der Zeit ähm seltener beim Abendessen oder beim Fertigmachen von'n Kindern, ... aber ich würd' nich' sagen, dass ich irgendwie deshalb 'nen Haufen Artikel weniger geschrieben hab' oder so.« (D: 270-273). Weil der Virtuelle Parteitag »nur eine Woche« (D: 279) dauerte, »musste die Familie nicht äh lange zurückstehen.« (D: 279-280).

3.1.4.3 D: Beteiligung am Parteitag

Nach der Auszählung der Daten auf der Website hat D sich kaum am Parteitag beteiligt – nur eine einzelne Antragsunterstützung ist dokumentiert. Die kontinuierliche Teilnahme spricht eine andere Sprache. Lassen wir ihn selbst zu Wort kommen: »Vor allem dann direkt vor'n Abstimmungen, da hab' ich dann gedacht, ich möchte das relativ seriös mitmachen ... in der Zeit zwischen den Abstimmungen, da eben nur reingeschaut, [...] ob es Änderungen gab ... ja, ja, dann saß ich schon hier am Abend, und hab' ... gelesen und mir überlegt und dann versucht, richtig mitzumachen.« (D: 169-173). Als Begründung dafür nennt er sein Delegiertenmandat: »Ich wollte dann doch nicht nur einfach zusehen, sondern ähm schon meine Aufgabe auch erfüllen.« (D: 181-183). *Aufgabe eines Delegierten* ist es demnach, sich aktiv eine *Meinung zu bilden* und die Debatte zu verfolgen, insbesondere dann, »wenn man schon nich' mitdiskutiert hat« (D: 185). Zu diesem Zweck hat D die ihm wichtig erscheinenden Anträge und Redebeiträge ausgedruckt (und dazu nach Word kopiert): »Und dann hab ich des angelesen ... und [...] nach dem ersten Eindruck eben ausgew-, weil, ich fand äh da das möcht' ich mir merken oder das möchte ich irgendwie noch näher ... betrachten, dann hab' ich's eben ausgedruckt. ... insgesamt hab ich schon relativ viel ausgedruckt.« (D: 142-146). Als hinderlich erschien ihm dabei die *Flut an weniger wichtigen Beiträgen*. »Der Idealfall wäre vielleicht auch, dass man, wenn man einen Beitrag schreibt, dass der wirklich, einen wirklichen Inhalt vermitteln möchte, und nicht nur, [...], dass manch einer dann nur so mal kurz etwas spaßig reagiert hat, auf einen Beitrag.« (D: 502-508). Dementsprechend hat D in das Parteitagsgeflüster »eher seltener reingeschaut, [...] nee,

die Themen ham mich mehr interessiert, oder eigentlich fast ausschließlich.« (D: 225-228). Interessiert verfolgt hat er allerdings nicht nur die Beiträge in den Foren des Parteitags, sondern auch die »Beiträge von außerhalb« (D: 106) im 'Gästeforum'.

Außer durch das aufmerksame *Lesen der inhaltlichen Beiträge*, um sich eine Meinung zu bilden, hat D sich vor allem durch *Abstimmen* beteiligt – allerdings auch nicht bei allen drei Runde. An der letzten Abstimmung »konnt' ich nicht teilnehmen [...] wegen des Providers« (D: 62-63), und wie beschrieben gab es für ihn keine Ausweichmöglichkeit. Diese *Abhängigkeit von der Technik* kritisiert D und sieht als »Idealfall, dass man, äh, dass sich alle auch wirklich beteiligen bei'n Abstimmungen« (D: 501-502). *Geschrieben* hat D als Teilnehmer des Virtuellen Parteitags nichts, obwohl er »im vornerein [...] eben doch vielleicht [dachte], dass ich äh da mich eher trauen würde, was thematisches zu sagen.« (D: 46-47). Aber: »Meine Vorstellung war, wenn ich was sage, dann [...] möchte' ich's mir überlegen, dass ich auch wirklich dazu stehen kann. Äh, nicht einfach so schnell was sagen, und dann ... ohne Hand und Fuß eben.« (D: 215-218). Beteiligt hat sich D dann durch die *Unterstützung von Änderungsanträgen*: »Ich hab' Anträge unterstützt, die sind allerdings nicht immer in der Liste aufgetaucht. Also das heißt, offensichtlich hab ich etwas falsch gemacht, aber ich konnte nicht nachvollziehen, was.« (D: 52-55). In der Auszählung der Antragsunterstützungen taucht D nur ein einziges Mal auf.

3.1.4.4 D: Sicht auf den Parteitag

Wie deutlich geworden ist, stand für D die inhaltliche, möglichst kompetente *Auseinandersetzung mit den Themen* im Vordergrund des Virtuellen Parteitags. Er kennt nur wenige TeilnehmerInnen – »es waren nicht alle fremd, aber ich kannte diejenigen, [den lokalen Abgeordneten] und halt aus'm Kreisverband die Namen« (D: 286-287) – und hat über den Virtuellen Parteitag auch seine *Kontakte* in die Partei hinein nicht ausgebaut. Er beobachtet das Parteitagsgeflüster skeptisch, soziales Verhalten ('*Dialogue*') – »und dann hatte ich ähm nun bei diesen Beiträgen auch den Eindruck, da kannten sich zwei, drei, die sich auch immer zugespielt haben« (D: 301-303) – trägt eher zur großen Zahl an Beiträgen bei, die das Lesen mühsam macht. Am Virtuellen Parteitag gefallen hat D die *Flexibilität*, die er gleich als erstes nennt: »Also, dass es einfacher zu handhaben ist, [...] als eine Präsenzveranstaltung, weil man eben den üblichen Tagesablauf eigentlich kaum unterbrechen muss.« (D: 4-6). Als nachteilig am Virtuellen Parteitag erscheint ihm die fehlende, beim herkömmlichen Parteitag durch den Tagungsort erzwungene *Konzentration* (»Die Ablenkung is' natürlich auch größer, wenn man Zuhause sitzt, oder es während der Arbeitszeit macht«; D: 347-348) und die von ihm selbst negativ erlebte Abhängigkeit von der Verfügbarkeit der technischen Infrastruktur. Trotzdem gilt, vor allem wegen der für ihn als freien Journalisten notwendigen Flexibilität: »grundsätzlich hätte ich glaub' ich mittlerweile eher die Tendenz, an so was teilzunehmen als an einem realen Parteitag.« (D: 367-368)

3.2 Die Diskussionen während des Virtuellen Parteitags

In der Nacherzählung, wie die vier interviewten TeilnehmerInnen den Parteitag erlebt haben, sind schon einige wichtige Gemeinsamkeiten und Unterschiede deutlich geworden. Was passierte, wenn unterschiedliche TeilnehmerInnen in Interaktion (bzw. Kommunikation) miteinander treten? Aufschluss gibt ein Blick auf die Diskussionen während des Parteitags.

3.2.1 Überblick über die Redelisten

Konzeptionell war der Virtuelle Parteitag auf die beiden Themen *elektronische Bürgerdemokratie* sowie *Ladenschlusszeiten* hin ausgerichtet. Zu diesen beiden Themen waren jeweils Redelisten⁴⁴ zur allgemeinen Aussprache eingerichtet, dazu kam eine Redeliste *Parteitagsge-*

⁴⁴ Bei einer virtuellen Konferenz wäre hier eher die Rede von Diskussionsforen als von Redelisten. Die Terminologie – die konzeptionell vom Raumbegriff eines Forums oder vom sozialen Begriff einer Diskussionsgruppe weggeht – wurde für den Virtuellen Parteitag von herkömmlichen Parteitagen übernommen – dort wird die Redeliste zu einem Tagesordnungspunkt bzw. zu einem Antrag jeweils vom Präsidium geführt und aufgerufen. Liste deutet darüber hinaus auf den Gedanken einer sequenziellen im Gegensatz zu einer vernetzten Diskussionsstruktur hin.

flüster und eine Redeliste für *Probleme und technische Fragen*. Um sich in eine dieser Redelisten einzutragen – also einen Beitrag in eines der Diskussionsforen zu schreiben, war es notwendig, einen Menüpunkt *Redepult* aufzurufen, sich dort zu identifizieren und dann die – eventuell schon vorher in einem Textverarbeitungsprogramm vorbereitete Rede – und ihren Titel in je ein Eingabefeld einzutippen. Aus einem Auswahlmenü musste ausgewählt werden, in welche Redeliste der Beitrag eingetragen werden soll. Dann konnte über die Schaltfläche *Fertig* der Beitrag abgeschickt werden. Das entsprechende Fenster erhielt keine weiteren Erläuterungen, was einige negative Folgen hatte⁴⁵. Mit dieser Ausstattung an Diskussionsforen – pardon, Redelisten – startete der Virtuelle Parteitag. Die in eine Redeliste eingetragenen Beiträge waren dort jeweils chronologisch geordnete mit Namen, Kreisverband, Zeitpunkt und Titel des Beitrags aufgeführt. Um einen Redebeitrag zu lesen, musste der Titel des Beitrags angeklickt werden, was dazu führte, dass dieser Beitrag die Redeliste ersetzte. Um den nächsten Beitrag zu lesen, musste erst wieder die Redeliste geladen werden. Eine Reaktion auf Beiträge direkt beim Lesen war nicht möglich. Auch die grafische Anzeige der Bezüge der Beiträge aufeinander (*Threading*), wie es von Diskussionsforen bekannt ist, war nicht vorgesehen.

Im Lauf des Parteitags nahm die Zahl an Redelisten schnell zu. Einen Überblick über die Redelisten am Schluss des Parteitages gibt Tabelle 8.1 (Anhang). Dies lag zum einen daran, dass für jeden eingebrachten Änderungsantrag mit genügend Unterstützungsunterschriften ein neues Forum eröffnet wurde (v.a. Thema I), zum anderen zeigte sich sehr schnell, dass das *Parteitagsgeflüster* sehr beliebt war. Bereits an den ersten beiden Tagen wurden hier 87 Beiträge eingestellt. Diese Beliebtheit führte im Zusammenspiel mit dem relativ umständlichen Handling dazu, dass es kaum noch möglich war, die Beiträge⁴⁶ in diesem Forum zu lesen. Ab Sonntag wurde das Parteitagsgeflüster jeden Morgen neu eröffnet; die älteren Beiträge blieben so zugänglich, aber der gemeinsame Aufmerksamkeitsfokus lag nun jeweils im *Parteitagsgeflüster* des aktuellen Tages. Die Tatsache, dass das Parteitagsgeflüster (stärker als der eigentlich für Mitteilungen des Präsidiums gedachte Bereich der *Website*) in gewisser Weise auch eine Art *Plenum* darstellte, in dem alle⁴⁷ zusammenkamen, führte dazu, dass hier auch um Unterstützung für Anträge geworben wurde, dass das Präsidium hier Durchsagen machte, und dass der Landesvorstand hier jeden Morgen die TeilnehmerInnen begrüßte – beides geschieht auf herkömmlichen Parteitagen in der Tagungshalle, nicht außerhalb davon. Ohne diesen Aspekt an dieser Stelle weiter zu verfolgen, lässt sich sagen, dass das *Parteitagsgeflüster* durch diesen so empfundenen gemeinsamen Fokus schnell von einer Redeliste zu einem virtuellen Ort wurde und als Ersatz für das nicht vorhandene, durch Kopräsenz aller gekennzeichnete *Plenum* diente.

⁴⁵ So wurden Beiträge ohne Titel zwar angenommen und in den Redelisten angezeigt, konnten aber nicht aufgerufen werden. Hier griff später das Präsidium per Mail an die jeweiligen AutorInnen ein. Es gab viele 'Fehlwürfe', d.h. es wurde vergessen, die richtige Redeliste auszuwählen, so dass der Beitrag im voreingestellten Forum statt in der gewünschten Liste landete. Auch auf das Zeitlimit von 20 Minuten zum Eintippen der Rede wurde nicht hingewiesen.

⁴⁶ Die allerdings im Vergleich zu den Beiträgen in den inhaltlichen Redelisten eher kurz waren und oft nur aus ein, zwei Sätzen bestanden. Dies ist auch beim Vergleich der Zahl der Beiträge in den einzelnen Foren zu beachten.

⁴⁷ Oder eben auch nicht alle, wie das Interview D zeigt ...

3.2.2 Die Diskussion – zwei Beispiele

Neben den Redebeiträgen sind auch die Diskussionen im Parteitag selbst eine wichtige Quelle für die Bildung von Kategorien. Ich habe mich hier auf zwei Beispiele für den Verlauf der Debatte im Virtuellen Parteitag beschränkt. Erwähnung finden soll an dieser Stelle noch die – quantitative, also auf die Zahl der Beiträge bezogene – Dynamik des Diskussionsverlaufs: diese ist in Abbildung 3.2 (Seite 44) dargestellt und wird im Zusammenhang mit der Zeitstruktur des Virtuellen Parteitags in Abschnitt 3.3 behandelt.

3.2.2.1 Ein Parteitag beginnt – die Auftaktsequenz im Parteitagsgeflüster (P1)

Schon vor dem ersten Beitrag – und auch nach dem letzten Beitrag noch – existiert im *Parteitagsgeflüster* ein Text auf der *Website*, der damit zugleich den Rahmen für die hier stattfindenden Diskussionen setzt:

Kaffeecke

Chill out! Hier kann man sich entspannen, ausruhen und plaudern. Wie wär's mit einem Kaffee gefällig? Damit läßt's sich dann viel besser plaudern oder zuhören.

Im „Parteitagsgeflüster“ gibt es so allerlei drumherum um den Parteitag: Wie gut läuft die Diskussion? Ist die Stimmung gut oder schlecht? Wird Teufel von Palmer abgesägt? Wer hat wieder einen schwarzen Koffer gefunden? Was gibt es bei mir zu mittag? Wer ist schwanger? Und was ist ein Cookie? (P1: 2-21)

Der Name 'Kaffee-Ecke' bezieht sich auf das Foyer vor der Tagungshalle eines Parteitags, wo geraucht werden darf, wo Tische aufgestellt sind, und wo zu den üblichen Messepreisen Speisen und Getränke verkauft werden. Hier finden die Gespräche am Rande des Parteitags statt – ein wichtiger Teil *parteointerner Kommunikation*, für den die Existenz einer Kaffee-Ecke, einer Lounge oder eines Cafes wiederum eine wichtige infrastrukturelle Voraussetzung darstellt. Auch in der Kaffee-Ecke des Virtuellen Parteitags sollen – nach diesem Intro-Text – soziale Funktionen ihren Ort finden, die beim herkömmlichen Parteitag mit dem *Rausgehen* aus dem Saal und aus der Debatte verbunden sind. Explizit genannt als Verwendungszweck werden 'entspannen', 'ausruhen' und 'plaudern' – oder, in der Sprache der verzweifelt gesuchten JungwählerInnen der Imperativ 'Chill out!'. In der *Techno/Dance*-Szene, wo dieser Begriff herkommt, ist mit einem *Chill-out*-Raum ein Ort zur Entspannung vom Tanzen gemeint, mit ruhigerer Musik und netten Farben. Optisch ist die Kaffee-Ecke allerdings wie jeder andere Bereich des Parteitags auch gestaltet (vgl. Abbildung 1.1). Die Aufforderung, sich hier bitte zu entspannen und zu plaudern, setzt darüber hinaus voraus, dass – vielleicht aufbauend auf *Vorerfahrungen mit herkömmlichen Parteitagen* – erwartet wird, dass die *Debatte* in anderen Bereichen des Virtuellen Parteitags *stressig* sein wird, so dass hier Entspannung notwendig ist, und dass die Debatte dort eben nicht in Gesprächsform ('plaudern'), sondern in der parteiüblichen Abfolge von Reden gestaltet sein wird. Allerdings muss de facto auch für das Plaudern in der Kaffee-Ecke das ganz normale Redepult (das sich hinter dem Link 'plaudern' verbirgt) benutzt werden. Das erstaunt insofern, als Plaudern – wörtlich übersetzt – dem *Chatten*, also der schnellen synchronen Kommunikation im Internet entsprechen würde. Wer über entsprechende *Vorerfahrungen mit dem Internet* verfügt, vermutet hier möglicherweise einen *Chat*, nach dem dann später – erfolglos – einige Teilnehmer rufen. Zum Plaudern am Redepult gesellt sich 'Kaffee gefällig', der einzige externe Link des ganzen Parteitags, der auf eine virtuelle Espresso-Maschine verweist. Hier überdecken sich die Parteitagsgepflogenheiten mit Eigenheiten der Chat-Kommunikation⁴⁸. Auch der nur virtuelle Kaffee regt die Phantasie an. Der dritte Link im Einleitungstext ('zuhören') ist problematischer – denn auch wenn das Beobachten anderer durchaus zu den üblichen Geschehnissen realer Parteitage gehört (vgl. N1), so ist das Belauschen fremder Gespräche auch im Parteitagsfoyer verpönt. Damit deutet sich schon ein wichtiger Unterschied zwischen der virtuellen und der realräumlichen Kaffee-Ecke an: Was hier

⁴⁸ Der Bezug zum Kaffee im Internet-Kontext reicht vom (nächtlichen) Lieblingsgetränk der 'Hacker' (nach dem auch die Internet-Programmiersprache *Java* benannt ist) bis zu den Gebräuchen virtueller Umgebungen: »Dabei hat sich das Anbieten und Entgegennehmen von Speisen und Getränken – eine kulturübergreifende Zuvorkommenheitsgeste – auch an den virtuellen sozialen Treffpunkten der Chat-Welt eingebürgert« (Döring 1999a: 102).

gesprochen wird, muss *öffentlich* sein, was da gesprochen wird, ist meist *privat*.⁴⁹ Werden dagegen die hier gemachten Themenvorschläge ('Wer ist schwanger?') betrachtet, so klingen sie durchaus *privat* – und gar nicht so *politisch* wie viele der Gespräche im sprichwörtlichen Flur. Die anderen Themenvorschläge bieten die – später in der Debatte tatsächlich realisierte – *Reflektion* über den Parteitag an ('Wie gut läuft die Diskussion?' – und ganz wichtig: die Frage nach der *Stimmung*). Sie verweisen auf politischen *Klatsch* ('Palmer vs. Teufel') und auf den neckischen Schlag gegen den *politischen Gegner* ('schwarzer Koffer'). Der Verweis auf das Mittagessen zu Hause deutet auf die virtuelle Verbindung unterschiedlicher realer Räume hin. Allesamt vereint diese Themenvorschläge, dass es hier um *Kommunikation unter sich gegenseitig Bekannten* geht, die ein gemeinsames Hintergrundwissen – z.B. darüber, dass mit 'Palmer' der junge Landtagskandidat und jetzige Abgeordnete Boris Palmer gemeint sein könnte – teilen (*soziale Netzwerke*). Die letzte Frage schließlich ('Was ist ein Cookie?') scheint dazu zu dienen, denen, die dank ihrer *Technikkompetenz* den Sinn der Frage entschlüsseln können, zu zeigen, dass sie über technische Kompetenz verfügen – und die anderen ratlos zu lassen.⁵⁰ Wie bei den anderen *Redelisten* bringt der Klick auf 'zuhören' einen zu einer Übersicht über alle Beiträge, wo jeweils der Titel der 'Rede', der volle Name, Kreisverband oder Funktion, das genaue Datum samt Uhrzeit zu jedem Beitrag vermerkt sind.

Was also wird in der Kaffee-Ecke weltweit lesbar geflüstert? Von den ersten zwölf Beiträgen beziehen die ersten beiden, sehr kurze Beiträge sich zuerst einmal auf den virtuellen Kaffeegenuss: »Kaffee ist klasse // Hab ir grad einen virtuellen Kaffee reingezogen. Das tut echt gut :-)<⁵¹ (Präsidiumsmitglied Carsten Gabbert, P1: 23-29) und »<Vorname> holt sich eine Tasse Kaffee und wartet // auf die ersten Teilnehmer.« (P1: 33-37). Das Smiley im ersten Beitrag deutet ebenso wie die an *Chat*-Kommunikationen und Online-Rollenspielen erinnernde virtuelle Handlung in der Überschrift des zweiten Redebeitrags auf *Vorerfahrungen mit computervermittelter Kommunikation* hin. Zugleich macht das 'Warten auf die ersten Teilnehmer' etwas wichtiges deutlich: der Parteitag wird als leer empfunden, es ist noch niemand da – wer am Virtuellen Parteitag sichtbar teilnehmen will, muss sich äußern; die rein körperliche *Präsenz* ist hier nicht möglich. Der dritte Beitrag ('Einkaufen ist Persönlichkeitsrecht') wirkt, als wäre er aus Versehen in diesem Forum gelandet, und sei eigentlich für die Redeliste zum Ladenschluss bestimmt gewesen. Formal ist er wie eine Rede gestaltet, es wird argumentiert und versucht, von einer bestimmten Position zu überzeugen. Aufgrund der *Gestaltung* der Eingabemaske für die Redebeiträge sind solche 'Fehlwürfe' leicht möglich, eine Funktion zur nachträglichen Bearbeitung der gehaltenen Rede ist dagegen nicht vorgesehen. Danach folgt wieder ein sehr kurzer Beitrag – Heike Dederer schreibt: »Auch Cem Özdemir und Jürgen Walter sind drin. // Cem Özdemir hat noch kein Paßwort. Vorschläge werden hier angenommen.« (P1: 65-72). Hier meldet sich zum einen eine ganze Gruppe zu Wort – vermutlich von einer Pressekonferenz mit den beiden Abgeordneten Cem Özdemir MdB und Jürgen Walter MdL und der Landtagskandidatin Heike Dederer – 'Promis'. Inhaltlich macht dieser Beitrag auf den ersten Blick keinen Sinn – die Passwörter für die Mitglieder werden zentral von der Landesgeschäftsstelle vergeben und können nicht frei gewählt werden. Außerdem würde ein in einem öffentlichen Forum mitgeteilter Passwortvorschlag nicht lange geheim bleiben. Vermutlich geht es hier um zwei ganz andere Aussagen: Zum einen darum, die virtuelle *Präsenz* der beiden Abgeordneten zu etablieren ('sind drin'), und zum anderen darum, zu erklären (und vielleicht auch zu entschuldigen), warum Cem Özdemir nicht selber schreibt – um sich am Parteitag *aktiv zu beteiligen*, ist (eine *Zugangshürde*) der Besitz eines Passwortes notwendig.

Nach einer Pause von etwa 20 Minuten folgt der fünfte Beitrag, der (selbstreflektiv?) das Thema des Wartens aufnimmt und feststellt: »Ist ja noch nicht so viel los hier ... // Hi Leute, / sieht ja noch ziemlich leer aus hier...« (P1: 75-82). Dieser Beitrag ist mit der Anredeformel wie eine eMail gestaltet. Es wird bestätigt, dass es in der virtuellen Tagungshalle noch leer aussieht – in dieser Redeliste stehen inzwischen vier Beiträge –, was noch ein-

⁴⁹ Ironischerweise wäre 'flüstern' (vgl. *Parteitagsgeflüster*) in einem *Chat-Room* der Kommunikationsmodus, um etwas nur einer anderen Person und eben gerade nicht der Chat-Öffentlichkeit mitzuteilen.

⁵⁰ Ratlos gerade auch deswegen, weil die, die tatsächliche Probleme haben, weil das Setzen von *Cookies* in ihrem Browser ausgeschaltet ist, das Diskussionsforum zwar lesen können, aber keine eigenen Beiträge – zum Beispiel zum Thema Cookies – hineinschreiben können.

⁵¹ Die aus der Debatte angeführten Zitate wurden mit allen Tippfehlern etc. übernommen. '/' soll die Trennung der Überschrift vom eigentlichen Beitrag signalisieren, '/' einen Zeilenumbruch. Sofern es sich nicht um auch außerhalb der grünen Partei Bekannte handelt, sind die Namen hier anonymisiert.

mal darauf hinweist, dass es notwendig ist, sich *aktiv zu beteiligen*, um *präsent* zu sein. »Ich plage mich gerade damit rum, zu verstehen, welches Passwort ich für was brauche usw.« (P: 84-86). Die ungewohnten *Regeln* des Virtuellen Parteitags sind dieser Teilnehmerin noch nicht klar. Zugleich wird das Thema Passwort aus dem letzten Beitrag wieder aufgegriffen. Den unbekannten, unsichtbaren Gegenüber wird hier nicht nur die eigene *Präsenz*, sondern auch die eigene Situation mitgeteilt – oder vorgespielt. Die Rede schließt mit einer Grußformel: »Viel Spaß beim Parteitag / <Vorname>« (P: 89-91). Mit *Spaß* wird dabei der *Event-Charakter* des Virtuellen Parteitags betont. Das hier nur der Vorname verwendet wird, kann auf dreierlei hindeuten – auf das netzübliche Duzen, also auf *Vorerfahrungen mit computervermittelter Kommunikation*, auf das innerhalb der grünen Partei übliche Duzen, als auf die *Vorerfahrungen mit der Partei* oder auf die Annahme, dass die Autorin die meisten der '*Leute*' kennt.

Auch die nächsten vier Beiträge, die nach einer Stunde Pause eintrudelnd, nehmen die Frage auf, dass und warum noch nicht so viel los sei. Marc Mauscher antwortet – wie dies z.B. in der halb-öffentlichen Kommunikation in Mailinglisten üblich ist – direkt auf den vorherigen Beitrag (»Hallo <Name>«, P1: 98), verweist auf die nachmittägliche *Zeit* und darauf, dass er vermutet, »[d]ie meisten machen das abends, denke ich, nicht?« (P1: 100). Ein anderer Teilnehmer findet es 'Wahnsinn!', dass der Parteitag tatsächlich angefangen hat (was sowohl auf den *Event-Charakter* als auch auf das Betreten von *Neuland* hinweist), und vermutet, »viele werden wohl nur zunächst nur reinschauen, suchen, finden, lesen und sich mit dem Gedanken vielleicht selbst etwas zu äussern, erst mit ein wenig Zeit vertraut machen.« (P1: 111-115). Hier werden verschiedene (unsichtbare) *Formen der Beteiligung* aufgeführt. Auch dieser Beitrag verweist auf die *ungewohnte Umgebung* und die Notwendigkeit, sich zuerst einmal zu orientieren ('vertraut machen'), was *Zeit* braucht. Ein dritter Beitrag – vom Autor des allerersten Beitrags – nimmt das Thema selbstironisch wieder auf: »GRÜNE sind so... // Ihr kennt doch die GRÜNEN! Bis die überall „Hallo“ gesagt haben, Ihre Unterlagen sortiert haben, einen schönen Platz gefunden haben, den ersten Kaffee geschlürft haben.....« (P: 118-124). Hier wird an das gemeinsame *Hintergrundwissen* appelliert ('Ihr kennt doch ...') und auf die – bei diesem Virtuellen Parteitag nur imaginierten – als bekannt vorausgesetzten Bestandteile des Parteitags als einem *sozialen Ereignis* ('Hallo sagen', 'schönen Platz finden') und als Ort der *Meinungsbildung* ('Unterlagen sortieren') hingewiesen. Mit dem Verweis auf das Kaffeethema bezieht der Autor sich dann wiederum auf seinen ersten Beitrag und auf den gemeinsamen Rahmen. Als letzter Beitrag in diesem Block wird das 'drin-sein'⁵² aufgegriffen: »Ich bin drin // So, Schule is rum, jetzt mal beim Parteitag vorbeischaun. / Noch nie war Parteitag so einfach.« (P: 127-132). Der Autor weist auf seine *Präsenz* und auf sein *Alter* ('Schule') hin und erklärt zugleich, bezugnehmend auf die vorhergegangenen Beiträge, warum er erst jetzt erscheint, geht also auf seine, den anderen nicht bekannte *Situation* ein. Der Werbeslogan im Titel des Redebeitrags wird mit dem ebenfalls der Werbesprache entnommenen Satzsatz wieder aufgenommen, der auf die besondere *Flexibilität* und einfache *Zugänglichkeit* (für erfahrene Internet-NutzerInnen) des Virtuellen Parteitags hindeutet.

Es folgen ein weiterer im Forum verirrter Beitrag zum Ladenschluss ('Sonntagsruhe'), ein längerer Beitrag ('Tübingen ist da!!!'), der auf die Organisation nach *Kreisverbänden* verweist und über aktuelle *lokale* Termine mit Boris Palmer (vgl. Einleitungstext) berichtet. Außerdem wird in diesem Beitrag das *Alter* ('der jüngste Landtagskandidat') thematisiert. Als letzter Beitrag vor einem weiteren längeren Einschnitt (mehr als 60 Minuten) folgt eine auf den ersten Blick kryptisch anmutende Selbstkorrektur: »Fehlerteufel // Natürlich ist Boris nicht der jüngste, sondern nur ein junger... / Gruß an Jochen und die anderen wirklich jungen!« (P: 186-193). 'Fehlerteufel' könnte sich dabei auf das 'Palmer sägt Teufel ab' im Einleitungstext beziehen, soll aber darauf hinweisen, dass der sechs Minuten zuvor abgeschickte Beitrag einen Fehler enthielt, nämlich eine falsche Altersangabe. Zum Schluss werden 'Jochen und die anderen wirklich jungen [LandtagskandidatInnen, TW]!' begrüßt. Auch hier wird also zum einen ein erhebliches *Wissen* über die aktuelle Personalsituation von Bündnis 90/Die Grünen in Baden-Württemberg vorausgesetzt, und zum anderen auf das eigene *soziale Netzwerk* und die entsprechenden *persönlichen Kontakte* hingewiesen. In gewisser Weise haben wir es hier mit einem Beispiel für einen in das *Parteitagsgeflüster* eingebetteten, öffentlich geführten, privaten *Dialog* zwischen dem Autor und den 'Jungen' zu tun.

⁵² Der Ausdruck 'Ich bin drin' wurde durch die Werbung von Boris Becker für AOL geprägt.

Es wird in dieser Auftaktsequenz tatsächlich erst mal geplaudert, *Small talk* – in kurzen, aber zeitlich doch auseinander gezerrten Beiträgen. Insgesamt dauert die hier geschilderte Sequenz etwa drei Stunden. Die eigene Beobachtung des Parteitags wird den anderen mitgeteilt, ebenso schreibend auf die eigene *Präsenz* hingewiesen. Der virtuelle Kaffee aus der Kaffee-Ecke wird verkostet und es wird gemeinsam darüber spekuliert, was Gründe für den zähen Auftakt sein könnten. Einige Beiträge lassen sich nur mit detailliertem *Hintergrundwissen* über die Partei entschlüsseln, andere verweisen explizit darauf. Formal schwanken die Beiträge zwischen dem *chat*-artigen Einzeiler und der kurzen eMail. Zwei Beiträge zählen zur Kategorie ‘Rede im Foyer geprobt’ (wie das später ein Autor, der sein Missgeschick bemerkt, nennt). Deutlich wird, dass sich hier einige *persönlich kennen*. Es wird in gewisser Weise virtuell Ausschau gehalten, ob eigene Bekannte aus anderen Kreisverbänden schon da sind. Insgesamt sagt diese kurze Sequenz schon einiges über das *Innenleben der Partei* aus (vgl. Abschnitt 4.1).

3.2.2.2 Eine politische Debatte – die Tarif-Resolution (P4)

Das zweite Beispiel ist der Redeliste zum Antrag ‘Diskussion zu III-Reso-1: Reso Tarifautonomie’ entnommen. Diese Diskussion ähnelt – auch im Vergleich zu den anderen inhaltlichen Redelisten – am stärksten ‘echten’, hitzigen Parteitagsdebatten. Sie ist auch am stärksten *vermacht* – wie mir gesagt wurde, bis hin zu hektischen Telefonaten im Hintergrund. Auf der Bühne des Virtuellen Parteitags jedenfalls spielt sich das Schauspiel in reiner Textform in drei Akten ab. Wir befinden uns in der Virtuellen Tagungshalle. Die Vorgeschichte: Rezzo Schlauch hat sich in einem Interview für eine Einschränkung der Tarifautonomie ausgesprochen. Die Gewerkschaften sind empört. Das gleiche gilt für viele Grüne, vor allem aus der Parteilinken und aus dem gewerkschaftsnahen Bereich. Der Landesvorsitzende und aktive Gewerkschafter Andreas Braun nimmt dies zum Anlass, eine aktuelle, relativ diplomatisch formulierte Resolution (‘Tarifautonomie ist ein hohes Gut!’; P4: 1-112) in den Virtuellen Parteitag einzubringen, in der die Sorge der Delegierten über das Vorgehen der Bundestagsfraktion ausgedrückt wird, unterstützt von 62 weiteren UnterzeichnerInnen.

Der erste Akt dauert vom 27. bis zum 28. November 2000. Bernhard Franke (‘Gewerkschaft HBV’) nimmt die Resolution zum Anlass, sie ‘auch energisch zu unterstützen’ und die Delegierten auf eine vor allem von Mitgliedern aus dem linken Flügel der Partei unterzeichnete, ‘im Internet gefundene’, sehr viel schärfer formulierte weitere Stellungnahme hinzuweisen. Die allseitige Unterstützung für Andreas Brauns Resolution äußert sich ganz unterschiedlich. »Lieber Andreas! / In der Tat, du darfst das Schweigen als Zustimmung zu deinem Antrag werten. Ich bin nämlich ziemlich sprachlos angesichts der Inszenierung in Berlin. [...] So was darf einfach nicht passieren. [...] Also: Volle Zustimmung für deine Reso!« (P4: 233-247). Ein Beitrag aus dem Kreisverband Tübingen spielt gekonnt mit der Sprache – unter dem Titel »Toll Andreas, Rezzo ist eben nicht alleine schuld« (P4: 253-254) werden als wahre Täter ‘gewisse Fachpolitiker’ ausgemacht, die »stolz auf alles sind, was irgendwie nach wirtschaftsfreundlich aussieht« (P4: 262-264). Der ‘Angriff’ aus der Parteilinken wird als ‘politisch miserabler Stil’ bezeichnet, aber die ‘Reso’ aus dem eigenen Landesverband ist unterstützenswert: »Ein dickes Lob deshalb für Andreas. Ich hoffe dieser Parteitag unterstützt dich hier voll, meine Zustimmung hast du.« (P4: 284-286). In die Reihe der Lobredner reiht sich jetzt auch eine Rednerin ein. Sie bezieht sich namentlich auf ihren Vorredner und macht deutlich, dass ganz besonders die Form (‘ohne Absprache und zur Unzeit’) von Rezzos Vorstoß zu kritisieren ist. Und auch sie schließt mit Unterstützung, »Uneingeschränkt.« (P4: 304). Aus Mannheim wird gefordert, dass doch ‘Rezzo an die Infostände’ gehen soll, weil sonst ‘WIR’ die für ‘Berlin’ bestimmten Prügel abbekommen. Und ceterum censeo: »Insofern unterstütze ich die Resolution.« (P4: 347). Alle sind sich in der Kritik an der fehlgeschlagenen *Inszenierung* weit weg in Berlin einig, die sie hier – im Landtagswahlkampf, in den Kreisverbänden – ausbaden müssen. Das Klima der Unterstützung hält an, auch wenn die beiden den Akt schließenden Redner für eine etwas differenziertere Diskussion eintreten, so ‘stehen sie zumindest in diesem Punkt hinter der Reso’, aber »dennoch bin ich wie <Name> auch der Meinung, dass wir über die Tarifverträge nachdenken müssen.« (P4: 385-387). Die *Stimmung* ist gut, alle sind sich einig. Am Schluss des Aktes darf Andreas Braun, der Autor der Resolution, noch einmal nach vorne treten, und die Diskussion zusammenfassen. Wie bei einem richtigen Parteitag grüßt er die ‘Lieben Delegierten, lieben Freundinnen und Freunde’ und dankt für die ‘breite Unterstützung’. Die geäußerte Kritik nimmt er bereitwillig auf. Ihm geht es um die ‘Reform mit den Betroffenen, nicht gegen sie’. Und nebenbei weist er, der Vorhang senkt sich schon, darauf hin, dass ‘über www.gruene.de’ ein ganz ähnlicher Beschluss des Bundesvorstandes zu finden sein.

Nach einem Tag Pause hebt sich der Vorhang zum zweiten Akt ('Die Wende'). Scheinwerferlicht, Auftritt Fritz Kuhn, seines Zeichens Bundesvorsitzender, hier lapidar als 'Fritz Kuhn, Stuttgart' betitelt. Ämter zählen nur etwas, wenn es Ämter im *Landesverband* sind. Er erläutert die Gründe für den Beschluss des Bundesvorstands, der »am Montag klar gemacht hat, dass er die Position von Rezzo nicht teilt« (P4: 445-446). Ein wichtiger Satz »Ich unterstütze deshalb die Resolution von Andreas« (P4: 464). Und dann teilt Fritz Kuhn – noch ist vom gleich aufziehenden Unheil nichts zu sehen – noch schnell mit, dass er und Rezzo sich trotz gegenteiliger Presseberichte nicht zerworfen haben. Er betont die engen *persönlichen Kontakte*: »Wir kriegen das schon wieder hin. Wie immer. Gestern abend beim Roten sah es schon wieder recht grün aus.« (P4: 471-472). Alles wird gut. Doch genau eine Stunde später steht Eugen Schlachter aus dem oberschwäbischen KV Biberach am Mikrofon und hält eine lange, lange Rede, die rhetorisch geschickt deutlich macht, dass die 'Reso die Realitäten verkennt', dass Grüne für den Mittelstand kämpfen müssen, dass der, der »hier neue Tabus aufrichtet« (P4: 507) die gleichen Fehler wie die Regierung Kohl macht. Die Sozialpolitik der rot-grünen Regierung wird als 'Super-GAU' bezeichnet, und wer die 'sicherlich gut gemeinte' Resolution unterstützt, gehört zu denen, die noch dem 'Mythos des „Immer-Dagegen-seins“' anhängen, greift gar zu Instrumenten, die 'vielleicht in die Zeit des Klassenkampfes' gepasst hätten, aber 'in einer globalisierten Welt im Jahre 2000 keinen Platz mehr haben'. Nach dieser Rede weiß jeder, wo die Motenkiste steht. »Die Resolution von Andreas Braun verschließt die Augen vor der Realität und ist deshalb abzulehnen.« (P: 588-589). Die *Stimmung* ist am Schwanken, jetzt trauen sich auch andere. Marc Mausich tritt hinzu, diesmal nicht als Präsidiumsmitglied, sondern als Sekundant: »Ich bin mit Eugen Schlachter einer Meinung.« (P4: 601). Aber Marc steht doch unter der 'Reso'? »Diese Reso unterstütze ich, weil es notwendig war, den falschen Eindruck der sozialen Arroganz, den unsere Partei erweckt hat zu revidieren. Das ist aber in der Zwischenzeit durch den BuVo geschehen.« (P4: 605-608). Und 'wo wir doch alle wissen', dass eine 'sachliche und differenzierte Diskussion' notwendig ist, schlägt er vor, dass 'wir' 'uns überlegen sollten, den Antrag zurückzuziehen'. Schließlich – er denkt an die *Außenwirkung* – würde 'die Geschichte' sonst 'neu entflammt' werden. Andreas Braun ist gegen diesen Vorschlag: »Nein, lieber Marc, lieber Eugen / es gibt überhaupt keinen Anlaß, diese Reso zurückzuziehen« (P4: 630-632). Denn gerade dann, wenn jetzt kein Beschluss erfolge, würde 'uns das Thema' im Wahlkampf 'immer und immer wieder um die Ohren gehauen werden'. Und daran habe weder er noch Fritz Kuhn Interesse, und auch Rezzo⁵³ sicherlich nicht. Das impliziert: Marcs Strategie sei falsch. Andreas verteidigt sich und verbreitet Zuversicht: »Ich bin mir sicher, daß sich eine breite Mehrheit hinter meine Resolution stellen wird.« (P4: 644-645). Fast gleichzeitig antworten die beiden Angesprochenen. Marc Mausich (15:12 Uhr) schätzt die Strategie anders ein: »Es schlägt uns noch viel mehr um die Ohren, wenn wir uns als Dogmaten erweisen.« (P4: 658-660), zeigt sich aber prinzipiell inhaltlich diskussionsbereit, 'sehr gerne hier im ViPa'. Aber dazu reiche eine einfache Resolution als Grundlage nicht aus. Er ruft ins Publikum hinein: »Gibt's hierzu nicht auch andere Meinungen?« (P4: 665). Auch Eugen Schlachter (15:17 Uhr) tritt noch einmal auf. Er schätzt ebenso wie Marc die Frage der *Außenwirkung* anders ein und verdeutlicht, wie extrem wichtig die Frage der Resolution geworden ist. Es geht um den 'Reformmotor'. »Lieber Andreas, stelle bitte den Reformmotor nicht ab und zieh den Antrag zurück.« (P4: 696-697). Die Debatte wird heiß und politisch, »[u]nd noch was – dieser VT macht ja richtig Spaß« (P4: 699), und wenn er nicht Geld verdienen müsste (Stichworte *Flexibilität* und *Arbeitssituation*) würde er sich 'den ganzen Tag an den PC setzen' (vielleicht auch, um nichts zu verpassen?). Ein neuer Redner tritt hinzu, das Landesvorstandsmitglied Bonde. In einem langen, rhetorisch sicheren Beitrag baut er Brücken zu den bisher noch Unsicheren, macht die Erfolge des 'Reformmotors' deutlich und ruft damit *Selbstbild* und *Gemeinschaftsgefühl* an (»Wir alle zusammen stehen in der Pflicht, neue Wege zu finden«; P4: 855-856). Ganz bescheiden äußert er den Wunsch, »dass wir dieses Thema in angemessener Form diskutieren.« (P4: 862-863); eine Resolution sei, egal ob Zustimmung oder Ablehnung, die falsche Form. Ein Heidelberger Delegierter sekundiert Marc und Alex, fasst deren Thesen noch einmal zusammen, appelliert an *Image* und *Außenwirkung* und fordert, lieber 'hier im vP' über das Ziel 'Schaffung weiterer Arbeitsplätze' zu reden. Schon etwas gereizt – sichtbar an der erzwungenen Ironie ('Liebe LeutInnen') kämpft Andreas Braun um seine Resolution, bittet 'nochmal um eine breite Zustimmung' und bietet an, die diffe-

⁵³ War er bei dieser Debatte über seine Person anwesend? Zu Wort gemeldet hat er sich jedenfalls nicht ...

renzierte Debatte ‘beispielsweise auf der nächsten LDK’ zu führen. Auch er appelliert an die *Außenwirkung*, und möchte jetzt im Landtagswahlkampf ein ‘politisches Signal der Landespartei’. Der Vorhang senkt sich kurz.

Biggi Bender, Landtagsabgeordnete und Mitglied im Landesvorstand, eröffnet am 30.11. den dritten Akt: »Liebe Leute, / jetzt lasst es mal gut sein mit dem Thema. Rezzo ist durch den BuVo deutlich abgewatscht worden; wir müssen nicht endlos Abbitte tun und durch Promi-bashing die Autorität der zutreffenden Aussage von Fritz Kuhn u.a. wieder infrage stellen.« (P4: 927-932). Und deswegen: »Wer diese Ansicht teilt, möge für meinen Antrag auf Nichtbefassung stimmen.« (P4: 936-937). Der Geschäftsordnungsantrag (GO-Antrag) auf Nichtbefassung ist gestellt, die Parteitagsreflexe setzen ein. Gegenrede: ein junger Gewerkschafter aus Lörrach. Prorede: der Heidelberger Delegierte. 22:13 Uhr – Einwurf des Präsidiums (Norwin Hilker): »hallo, ihr lieben / wir haben für diesen vip eine geänderte GO akzeptiert, die sieht eben auch vor, dass es keine GO-anträge gibt! / also sind solche anträge eigentliche nicht zulässig. wir klären das gerade untereinander im präsidium.« (P4: 1005-1009). Auch im *Plenum* im Parteitagsgeflüster erfolgt diese Durchsage, genauso wie ein Hinweis auf ‘Biggis Antrag’. Die *Regeln* des Virtuellen Parteitags sehen Nichtbefassung (sonst üblich) nicht vor. Eine weitere Gegenrede, ein Konstanzer bezieht sich auf die Funktion der Meinungsbildung: ‘die Bürger haben ein Recht darauf, die Mehrheitsmeinung zu erfahren’. Es ist inzwischen 23:46 Uhr, das Präsidium ist mit seinen Beratungen fertig. Marc Mausch erläutert (diesmal in seiner Funktion als Präsidiumsmitglied) den Verfahrensbeschluss. Nichtbefassungsanträge seien nicht vorgesehen, wohl aber »Änderungsanträge auf Streichung des gesamten Reso-Textes« (P4: 1047-1048). Insofern könne der Nichtbefassungsantrag doch behandelt werden. Mit diesem ‘Verfahrenstrick’ sei es möglich, eine ‘Lücke’ in der Geschäftsordnung zu umgehen. Kurz vor Mitternacht wird noch ein Kompromissversuch gestartet – ein Änderungsantrag zur ‘Reso’, der diese etwas öffnet. Aber die *Stimmung* ist jetzt endgültig gekippt, um 5:44 meldet sich Andreas Braun mit Spott zu Wort: »Geschätztes Präsidium, / werter Marc, / erfreulich, daß Ihr Verfahrenstricks auch als solche bezeichnet....« (P4: 1092-1096). Zwei Mitglieder des Bundestages werfen ihr Gewicht in die Waagschale. Oswald Metzger polemisiert: »Wie ausgerechnet Fritz Kuhn, der über wirtschaftspolitische und strategische Kompetenz verfügt [...], durch seine inszenierte Auseinandersetzung mit Rezzo Schlauch die Grünen Seit’ an Seit’ mit den ach so reformorientierten Gewerkschaften positioniert, ist schon ein Stück aus dem Tollhaus.« (P4: 1139-1145). Den ‘Damen und Herren Braun, Kuhn und anderen’ wünscht er ‘mehr Lust am Diskurs und etwas weniger Angst vor Tabubrüchen’. Der angesprochene Andreas Braun antwortet dem ‘werten Oswald’, dass Tabubrüche nicht per se gut seien, und dass das Angebot stehe, fundiert und vorbereitet auf ‘der nächsten „ordentlichen“ LDK’ zu diskutieren. Dagegen betont die Abgeordnete Rita Grießhaber gleich zweimal, wie ‘unnötig diese Resolution’ sei. Eine andere Delegierte weist drauf hin, dass die ‘Reso „Schlauch“’ abgesetzt gehöre, da es jetzt nur noch gegen die Person gehe. Das Präsidium (diesmal durch Albrecht Kurz verkörpert) verkündet, dass jetzt, in der Runde B, doch über den Nichtbefassungsantrag abgestimmt werden könne. In letzter Minute eilt ein Neuankömmling auf die Bühne. Er beklagt sich, dass er die Debatte verpasst habe, weil er drei Tage lang verhindert war, und versteht die Welt nicht mehr: ‘Was soll das?’ – Die Delegierten gehen an die Urnen.⁵⁴

3.2.2.3 Fazit: Parteitagsdebatten

Die beiden hier ausführlich dargestellten Beispiel P1 und P4 machen die ganze Bandbreite der Diskussion im Virtuellen Parteitag deutlich; dazwischen steht einiges mehr, vor allem im Bereich eDemokratie auch eine sehr ruhige Sachdebatte. P1 – Die fast inhaltsleere Plauderei, die durchaus auch virtuelle Handlungen umfasst und durchweg aus kurzen Beiträgen besteht. Ganz ähnliche Beiträge wie in P1 finden sich übrigens auch noch im Parteitagsgeflüster, als parallel in der Redeliste Tarifautonomie die Schlacht um die Nichtbefassung tobt. P4 – Beiträge von erfahrenen RednerInnen, die nicht vor den üblichen rhetorischen Tricks zurückscheuen, die polemisieren und zwischen den Zeilen nie getroffene Aussagen treffen. Viele dieser Beiträge

⁵⁴ Der Antrag auf Nichtbefassung (P4: 1310-1325) wurde mit 36 Ja-Stimmen zu 27 Nein-Stimmen bei 8 Enthaltungen angenommen. 44 Delegierte beteiligten sich nicht an der Abstimmung.

hätten wortgleich – unterlegt mit der entsprechenden emotionalen Gestik – auch in der Debatte einer ‘ordentlichen’ Landesdelegiertenkonferenz auftauchen können. Nur in wenigen Beiträgen ging es dabei ‘sachlich’ um die Inhalte – wichtiger waren oft die Haltung, das *Image*, der Vertrauensverlust bei den Gewerkschaften und der Landtagswahlkampf; Fragen der richtigen Strategie und der richtigen *Inszenierung*. Bemerkenswert erscheint dabei auch der hohe Stellenwert der Kritik am *Verfahren*. Unabhängig davon, ob neben dem Virtuellen Parteitag telefoniert wurde oder nicht – die *Stimmung* in der Redeliste schwankte ganz erheblich, was auch Folgen dafür hatte, wer sich noch zu Wort meldete und wer schwieg. Auch die ‘*Promis*’ nahmen hier eine ganz ähnliche *Rolle* ein wie in herkömmlichen Parteitagsdebatten. Bezogen auf das Geschlechterverhältnis fällt auf, dass von den vier eher kurzen Beiträgen von Frauen drei einen eher unterstützenden Charakter hatten und in der weiteren Debatte nicht aufgenommen wurden – der von Biggi Bender eingebrachte, sehr kurze, aber ziemlich geschickt formulierte Nichtbefassungsantrag ist hier die einzige Ausnahme. War das ganze eine Schlacht zwischen der Handvoll Leute, die sich beteiligt haben – und sich zu einem großen Teil schon von einigen Parteitagen kennen? Wie viele haben zugesehen, wie waren ihre Reaktionen? Diese Fragen können prinzipiell nicht beantwortet werden. Offen bleiben muss auch, ob und in welcher Form die Debatte (und die Form der Debatte) das Ergebnis beeinflusst haben.

Würden die beiden Debatten auf einem Kontinuum von ‘typischer’ computervermittelter Kommunikation hin zu ‘typischer’ Parteitagskommunikation eingeordnet, wäre klar, was wo steht. In der Debatte im Parteitagsgeflüster sind viele Hinweise auf *Vorerfahrungen mit Chats* und ähnlichem zu finden, auch der Redestil enthält entsprechende Elemente. Den Partei-Pol bildet dagegen die Tarifaufonomie-Debatte. Aber auch dort wird in zwei Beiträgen explizit darauf hingewiesen, dass weiterführende Texte im Internet zu finden sind. Diese Verweismöglichkeit ist beim realräumlichen Parteitag nicht gegeben. Gemeinsam ist beiden Debatten aber auch der Verweis auf bestimmte *Regeln und Traditionen der Partei* – eher explizit in P1, implizit im gesamten Handeln verkörpert in P4 – bis hin zur Anredeformel ‘Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Delegierte’. Und sowohl in P1 wie in P4 gibt es viele Hinweise darauf (Vornamen, die Form der Bezüge), dass ein großer Teil der Beteiligten *sich gegenseitig kennt*, dass hier unsichtbar präformierte *soziale Netzwerke* verlaufen – aus dem gleichen Kreisverband, aus dem Landesvorstand, aus dem Jugendverband, von Parteitagen.

3.3 Zur Zeitstruktur des Virtuellen Parteitags

Manfred Garhammer beschreibt die Arbeitszeit mit den von ihr geprägten zentralen Institutionen »des Arbeitstags, der Arbeitswoche, des Arbeitsjahrs und des Arbeitsleben« (Garhammer 1999: 251) als ‘zentralen Zeitgeber’ moderner Industriegesellschaften; sie definiert die Zeitstruktur einer Gesellschaft auf der Makroebene, die zusammen mit weiteren – durchaus auch kulturellen, aber auch auf die Verfügbarkeit von Ressourcen bezogenen – Faktoren auf die Zeitnutzung der Gesellschaft ebenso wie der Individuen einwirkt. Auf der Ebene einzelner Organisationen treten weitere, organisationsspezifische Zeitstrukturen hinzu (Garhammer 1999: 347ff). Während es Garhammer dabei vor allem um formale Normierungen – wie etwa der (im Zusammenhang des Virtuellen Parteitags ja nicht irrelevanten) Ladenöffnungszeiten – geht, soll die *Zeit*-

struktur des Virtuellen Parteitags hier ausgehend von den verschiedenen Formen der zeitbezogenen Nutzung rekonstruiert werden, sowohl auf die zeitliche Strukturiertheit des Virtuellen Parteitags in seiner Gesamtheit als auch auf den Ablauf des einzelnen Tages bezogen. Dabei werden Strukturfaktoren ebenso wie die Dynamik des Parteitags deutlich.

3.3.1 Die Zeitstruktur des Virtuellen Parteitags als Gesamtheit

3.3.1.1 Zugriffe pro Tag

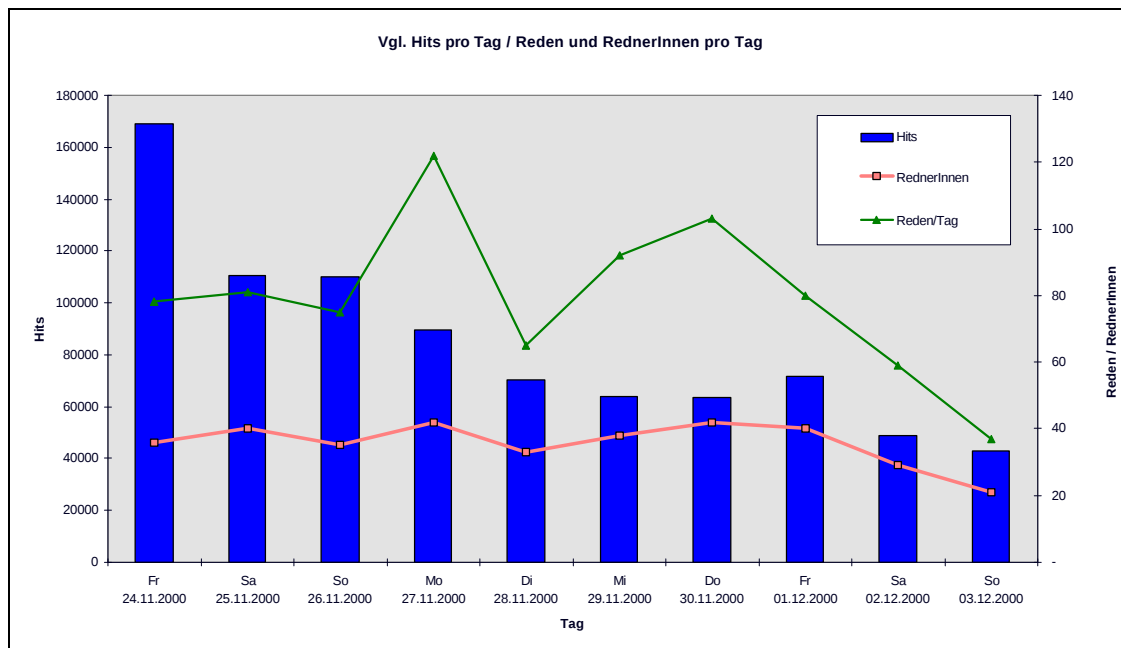


Abbildung 3.1 – Zugriffe auf den Webserver, Zahl der Redebeiträge und TeilnehmerInnen pro Tag

Um das Bild des Virtuellen Parteitags abzurunden, bieten sich die aus der Webserver-Statistik gewonnenen Strukturdaten an. Einen ersten Eindruck gibt Abbildung 3.1. Hier werden die Zugriffszahlen (*Hits*) auf den Webserver mit den aus der Auszählung der Beiträge gewonnenen Zahlen über die 'RednerInnen' und Redebeiträge pro Tag verglichen. Während die Zahl der RednerInnen pro Tag sich zwischen zwanzig und vierzig Personen bewegt, variiert die Zahl der Redebeiträge pro Tag von anfangs etwa achtzig Beiträgen über bis zu 122 Beiträgen am Montag bis zu unter vierzig Beiträgen am Schluss doch deutlich stärker, was auf unterschiedliche Dynamiken in der Debatte hindeutet.⁵⁵ Der durchaus unterschiedliche Verlauf der beiden Kurven weist bereits darauf hin, dass aktiv Beteiligte und ZuschauerInnen nicht miteinander identisch sind.⁵⁶ Die Zugriffszahlen sind (abgesehen von den in Kapitel 7.3 beleuchteten, bei Webserveranalysen üblichen Problemen) ein relativ guter Indikator für die Zahl der lesenden TeilnehmerInnen. Abbildung 8.2 (im Anhang) vergleicht die verschiedenen aus dem *Logfile* des Webserver gewonnenen Indikatoren. Es zeigt sich, dass *Hits*, *Files*, *Sessions* und tendenziell auch die *Pageviews* einer sehr ähnlichen Struktur folgen. Bei jedem dieser Indikatoren wird der Höhe-

⁵⁵ Vgl. auch die nach Tagen, Foren und Geschlecht aufgegliederte Auszählung der Beiträge in Abbildung 8.6ff (Anhang).

⁵⁶ Zum Vergleich: Werden die Redebeiträge und Hits pro Tag bei der Virtuellen Konferenz (Bremer 1999) verglichen, ergibt sich eine enge Korrelation zwischen Hits und Redebeiträgen, was auf eine deutlich eingeschränkte und sich ähnlichere NutzerInnengruppe als beim Virtuellen Parteitag hindeutet.

punkt am Freitag, dem 24.11.2000 erreicht; der *Auftakt des Parteitags* hat wohl eine erhebliche Resonanz gefunden. Während der nächsten Tage sinkt die Kurve – z.T. auch erklärbar durch die Zwischenspeicherung der *Website* – erst schnell und dann langsamer ab, um mit dem schließenden Sonntag den niedrigsten Stand während des Parteitags zu erreichen und dann nach kurzer Zeit wieder auf das Hintergrundrauschen zurückzufallen. Die Divergenz zwischen *KBytes* und den anderen Kurven lässt sich dadurch erklären, dass die Größe pro angeschauter Datei tendenziell zunimmt: die Redelisten für die einzelnen Teile des Parteitags werden immer länger; so erreicht die Generaldebatte Ladenschluss am Schluss allein für die Übersicht über die Beiträge einen Umfang von 260 *KByte* (N2: 1359). Dies führt zu erheblichen *Ladezeiten*.

3.3.1.2 BesucherInnen und Beiträge pro Tag

Interessant erscheint mir noch ein etwas genauerer Blick auf die Zahl der BesucherInnen pro Tag (Abbildung 8.3). Über den Daumen gepeilt – hier spielt die Problematik der doppelt vergebenen *IP-Adressen* eine Rolle – kann von einer Größenordnung von 700 bis 1.500 BesucherInnen pro Tag an den normalen Parteitagstagen und 2.800 BesucherInnen am Eröffnungsfreitag ausgegangen werden. Schätzungsweise haben 3.000 bis 4.000 Menschen zumindest einmal einen Blick auf den Parteitag geworfen. Diese Zahlen sind besonders von Interesse, wenn sie mit den 303 Redeberechtigten und den 117 tatsächlich schreibenden Personen verglichen werden. Wenn die Abschätzung der Besucherzahlen zutrifft, hat nur jede dreißigste BesucherIn sich schreibend am Parteitag beteiligt (aber immerhin ein gutes Drittel der Redeberechtigten).

Wird ausgehend von der Auszählung angeschaut, wie viele Beiträge es pro Tag in welcher Kategorie gab (Abbildung 3.2), so ist der Freitag klar durch ein Übergewicht der Diskussion in der ‘Kaffeecke’, also im *Parteitagsgeflüster* gekennzeichnet. Dieser Effekt kann auch durch ein Ausprobieren des neuen Mediums zu-

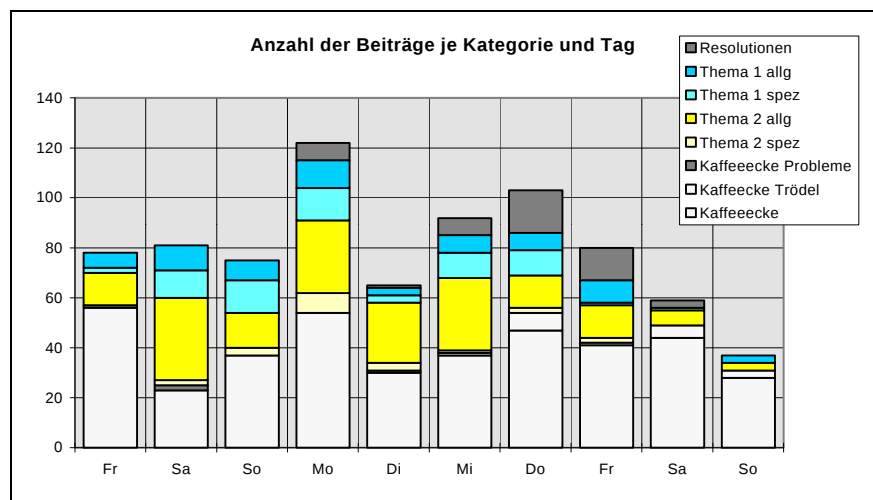


Abbildung 3.2 – Verteilung der Redebeiträge auf Tage und Kategorien

stande kommen. An den Tagen danach gewinnt die inhaltliche Diskussion an Gewicht⁵⁷, verdrängt das *Parteitagsgeflüster* aber nie völlig. Der Schwerpunkt der inhaltlichen Debatte liegt auf dem *Thema Ladenschluss* (Thema 2), zum Thema 1 (*elektronische Bürgerdemokratie*) gibt es deutlich weniger Beiträge, diese sind noch dazu viel stärker als bei der Ladenschlussdebatte

⁵⁷ Wobei hier noch einmal zu beachten wäre, dass viele Beiträge im *Parteitagsgeflüster* sehr kurz sind, während in den inhaltlichen Foren oft relativ ausführlich diskutiert wird. Diese Tendenzen werden durch die bloße Betrachtung der Zahl der Beiträge nicht wiedergegeben.

auf einzelne Spezialforen zu Änderungsanträgen verteilt. Ab Montag kommen noch mehr oder weniger spontan eingebrachte *Resolutionen* als weiteres Thema der Diskussion hinzu. Hierbei geht es am Montag und dann wieder am Donnerstag und Freitag um die sehr umstrittene Resolution zur Tarifautonomie (vgl. Abschnitt 3.2.2.2). Weitere Resolutionen zu Themen wie dem Erhalt des Interregio, der BSE-Krise und der Erweiterung des Landesflughafens sind eher unstrittig und verursachen nur wenige Diskussionsbeiträge. Am Schlusswochenende nimmt die Zahl der Beiträge insgesamt stark ab; dies geht insbesondere wiederum zu Lasten der inhaltlichen Diskussion. Die weitere Dynamik lässt sich sowohl damit erklären, dass alle Argumente ausgetauscht sind, als auch in Verbindung bringen mit den drei Abstimmungsrunden. Von Mittwochabend bis Donnerstagmittag findet die erste Abstimmungsrunde statt – danach ist klar, welcher Leitantrag zum Ladenschluss als Grundlage genommen wird, dementsprechend reduziert sich hier die Diskussion. Die zweite Abstimmungsrunde verläuft von Freitagnachmittag bis Samstagmittag, während dieser Abstimmungsrunde, bei der es um Änderungsanträge zu den beiden Leitanträgen sowie um einige Resolutionen geht, wird kaum noch inhaltlich diskutiert. Zu dieser Abstimmung gehört auch ein mit einigen Verfahrenstricks trotz fehlender Geschäftsordnungsgrundlage dafür hingebastelter, letztlich erfolgreicher Nichtbefassungsantrag zur Tarifautonomie. Mit Ablauf der zweiten Abstimmungsrunde haben sich auch diese Themen erledigt; in der dritten Abstimmung (Samstagnachmittag bis Sonntagmittag) geht es dann ‘nur’ noch um die Endabstimmung der beiden Leitanträge und um weitere, unstrittige Resolutionen. Praktisch steht das Ergebnis des Virtuellen Parteitags also zu einem großen Teil schon Samstagmittag fest. Abgesehen von einigen Versuchen, den absehbar als Ergebnis feststehenden Ladenschlussantrag doch noch zu verhindern, besteht damit zur inhaltlichen Diskussion keine Notwendigkeit mehr. Statt dessen verabschieden einzelne TeilnehmerInnen sich (im *Parteitagsgeflüster*) und halten Rückschau über den Virtuellen Parteitag und seine Ergebnisse.

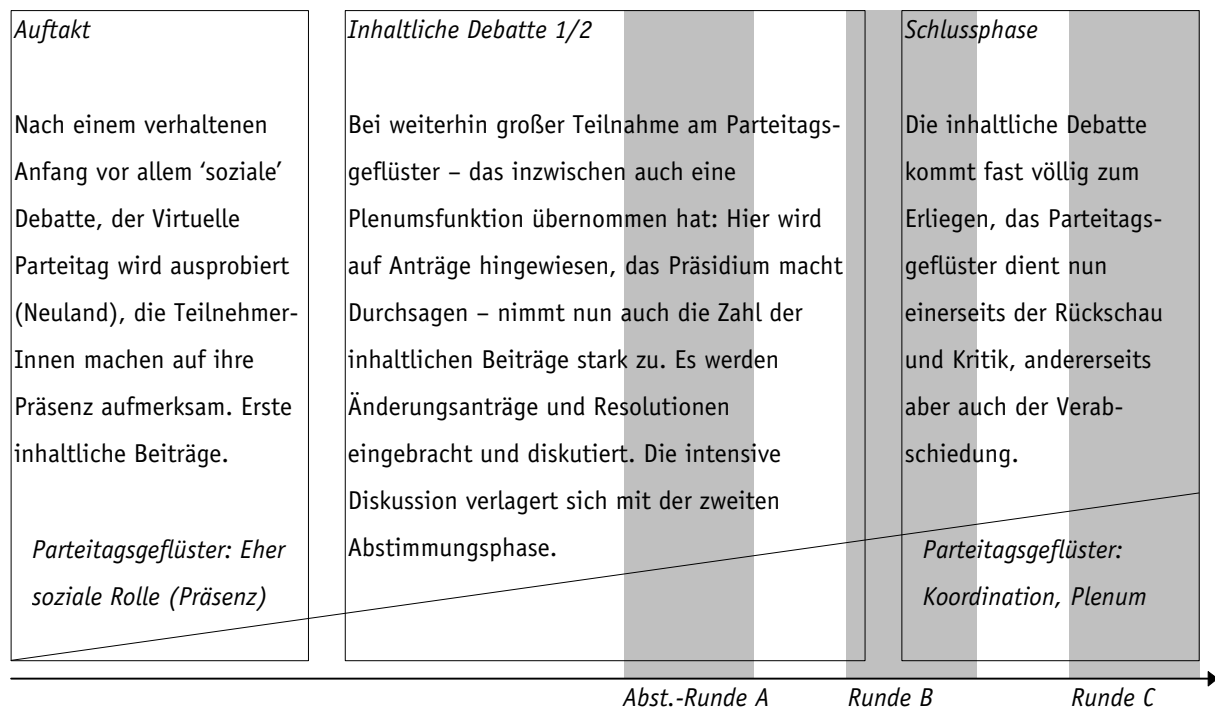


Abbildung 3.3 – Zeitstruktur des Virtuellen Parteitags

3.3.1.3 Vier Phasen des Virtuellen Parteitags

Für den Virtuellen Parteitag lässt sich – ausgehend von den Daten aus der Auszählung und den Webserver-Logfiles, aber auch ausgehend von Beobachtung (N2) und Interviews – insgesamt eine drei- oder viergeteilte *Zeitstruktur* erkennen (Abbildung 3.3): Einem vor allem vom Ausprobieren der Möglichkeiten geprägten Auftakt folgt eine erste Phase der intensiven Diskussion ab etwa Samstagnachmittag. Diese hält bis nach der ersten Abstimmungsrunde an. Die inhaltliche Diskussion geht – themenspezifisch – zurück bzw. verlagert sich. Im *Parteitagegeflüster* nimmt die Zahl an eher instrumentellen Beiträgen (etwa Hinweisen auf Änderungsanträge, Durchsagen) zu. Eine letzte Phase, etwa ab dem Ende der zweiten Abstimmungsrunde, ist durch einen deutlichen Rückgang der Beiträge insgesamt und eine Zunahme des Debattenanteils im Parteitagegeflüster gekennzeichnet. Inhaltlich enthalten jetzt viele Beiträge Rückblicke, Gedanken zur Weiterentwicklung und Verabschiedungen.

Das Parteitagegeflüster verändert während dieser Phasen zum Teil seine Funktion – während es Anfangs vor allem dazu dient, den Virtuellen Parteitag als *Tool* auszuprobieren, sich überhaupt bemerkbar zu machen und Hallo zu sagen, entwickelt es sich im Lauf der Zeit zu einer Art Ersatz für ein *Parteitagplenium*, in dem alle zusammenkommen. Die *soziale Funktion*, auch in der Form von Neckereien, oder am Schluss durch Verabschiedungen, wird dabei beibehalten. Die Plenumsfunktion zeigt sich vor allem auch darin, dass hier (und nicht unter dem eigentlich dafür vorgesehenen Menüpunkt 'Präsidium') die Durchsagen und Ankündigungen des Präsidiums veröffentlicht werden, und dass hier Delegierte auf von ihnen eingebrachte Anträge hinweisen. Eine dritte Funktion des Parteitagegeflüsters – vor allem in der letzten Phase – liegt in der *Reflektion* des Virtuellen Parteitags.

3.3.2 Zeitliche Struktur des Tagesablaufs⁵⁸

3.3.2.1 Zugriffe und Beiträge im Lauf des Tages

Neben der Dynamik im Verlauf des Parteitags ist es auch interessant, einen Blick darauf zu werfen, wann (im Durchschnitt im Lauf des Tages) am Parteitag teilgenommen wurde. Während sich von 2 bis 6 Uhr fast keine Zugriffe finden (das Klischee des die Nacht durchmachenden Hackers scheint keine große Rolle zu spielen) erfolgt der größere Teil der Zugriffe tagsüber, von 10 bis 17 Uhr. Danach nimmt die Zahl der Zugriffe wieder ab, um gegen 2 Uhr zum Erliegen zu kommen. Oder anders ausgedrückt: Der größere Teil der *BesucherInnen* des Virtuellen Parteitags war während der normalen Arbeitszeit⁵⁹ oder kurz danach online. An zweiter Stelle steht der (frühe) Abend. Der frühe Morgen spielte nur eine geringe Rolle. Demgegenüber ist die hier zum Vergleich präsentierte Kurve für eine politische Online-Konferenz stärker abgeflacht (Abbildung 3.4). Ein interessantes Detail sind die ähnlichen Hochs und Tiefs während der Hauptzugriffszeit (Mittagspause von 12 bis 13 Uhr?, vgl. Garhammer 1999: 385). Claudia Bremer (1999: 87) deutet diese Daten für die Virtuelle Konferenz als Hinweis, dass die Zeitspanne von 13 bis 15 Uhr die beste Zeit für synchrone Events darstellt.

Da bei den einzelnen Redebeiträgen auch die Uhrzeit mitgespeichert wurde, war es möglich, die Zahl der Beiträge pro Stunde mit der Zahl der Zugriffe pro Stunde zu vergleichen (Abbildung 3.5). Dabei lassen sich zwei Beobachtungen machen. Zum einen verlaufen die Zugriffskurve und die Beiträge nicht ganz parallel; statt am Nachmittag wird eher am Vormittag oder dann wieder am Abend oder in der Nacht geschrieben. Wer spät nachts noch aktiv ist, diskutiert auch eher mit. Zum anderen zeigt sich bei der Unterteilung in Beiträge im *Parteitagsgeflüster* einerseits und Beiträge in den inhaltlichen Kategorien andererseits, dass deren Verhältnis über den Tag nicht gleich bleibt. Während es tagsüber eher ausgeglichen ist, dominiert abends und vor allem in der Nacht bis zum frühen Morgen das Parteitagsgeflüster. Diese Tendenz wird auch bestätigt, wenn die Zahl der Beiträge je Kategorie tagsüber (hier: 9:00 bis 20:59 Uhr) mit den Beiträgen am Rest des Tages verglichen wird. Dabei zeigt sich, dass etwa zwei Drittel aller Beiträge und sogar fast drei Viertel aller inhaltlichen Beiträge am Tag geschrieben werden. Und von den Beiträgen, die tagsüber erstellt werden, entfallen 51,3% auf die inhaltlichen Foren. Abends, in der Nacht und am frühen Morgen sind dagegen nur noch 38,8% der Beiträge in den inhaltlichen Foren zu finden. Eine Ausnahme von diesen allgemeinen Tendenzen bilden die Stunden 19-20 Uhr und 22-23 Uhr. Damit, dass der Hauptteil der Beiträge je nach Forum zu anderen Zeitpunkten erstellt wird, erklärt sich dann auch, dass A, die eher abends oder nachts 'drin' ist, davon ausgeht, dass nur relativ wenige zeitgleich mit ihr am Virtuellen Parteitag teilnehmen, dass aber auch C, der häufiger tagsüber aktiv ist, glaubt, dass die interessantesten Dinge nachts 'laufen'.

⁵⁸ Die Auswertung wurde in Bezug auf die um eine Stunde nachgehende Server-Systemzeit korrigiert. Die Daten aus dem Webserver-Logfile (Kurve in Abbildung 3.5) wurden nicht angepasst. Eventuell sind Redebeiträge und Kurve deswegen um eine Stunde zu verschieben. Die Tendenzaussagen bleiben jedoch auch dann gleich.

⁵⁹ Vergleich mit der Kurve 'Außerh. Berufstätigkeit'. Die Verschiebung um ca. zwei Stunden lässt sich vermutlich mit dem Anteil an tagsüber nicht beruflich zugreifender (als z.B. Hausfrauen/-männern, Studierende) und mit einem deutlich über dem Durchschnitt der Bevölkerung liegenden Anteil an höherqualifizierten Berufen erklären.

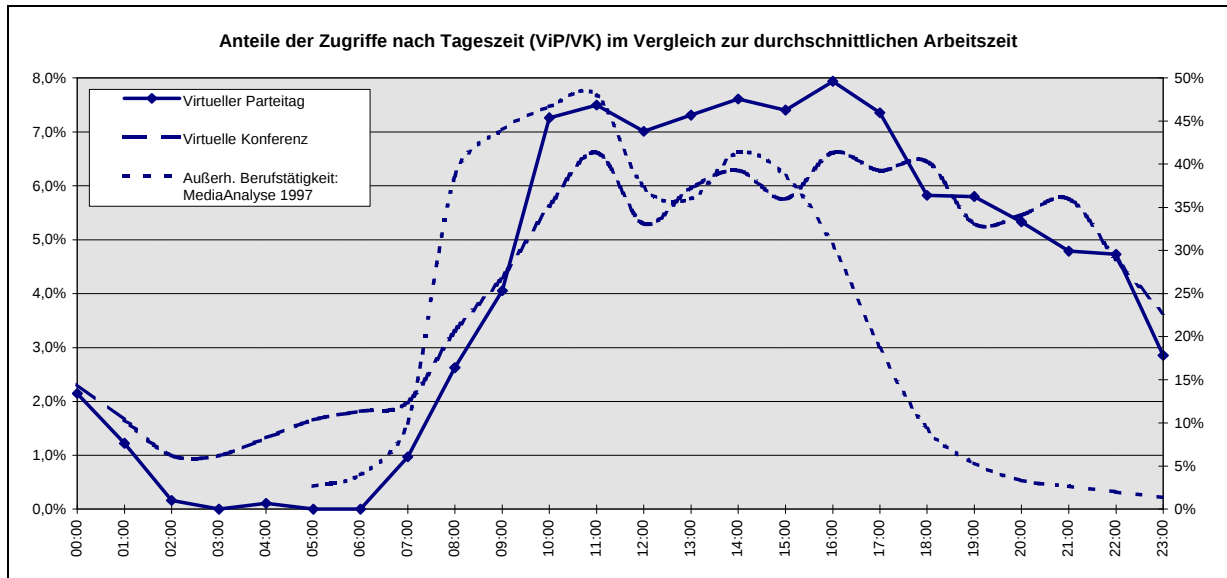


Abbildung 3.4 – Zugriffe nach Tageszeit (Vergleich Virtueller Parteitag / Virtuelle Konferenz / Beruf)⁶⁰

3.3.2.2 Zeitliche Flexibilität

Die Interviews zeigen auch, dass die Einbettung des Virtuellen Parteitags in den Alltag – und damit auch die *zeitliche Flexibilität* der Teilnahme – nicht immer reibungslos ist. Dies zeigt sich insbesondere daran, dass doch ein relativ großer Teil der Beiträge – im Gegensatz zu den Besuchen – außerhalb der üblichen Arbeitszeit erfolgt. Wer (wie A) keine Möglichkeit hat, vom Arbeitsplatz aus am Virtuellen Parteitag teilzunehmen, und danach vielleicht noch politische Termine hat, ist gezwungen, auf die Nacht auszuweichen. Aber auch mit einer Zugangsmöglichkeit während der Arbeit hängt viel davon ab, wie mit der eigenen Zeit umgegangen werden kann – während C relativ frei über seine Zeit verfügen kann, ist dies bei B zu diesem Zeitpunkt nicht der Fall. Während des Virtuellen Parteitags ist ihr Tagesablauf stark von ihrer Arbeitssituation beeinflusst, was direkt – Termine auswärts – oder indirekt – Stress, hohe Arbeitsbelastung ihre Teilnahme am Virtuellen Parteitag stark einschränkt. Nicht zuletzt können familiäre Verpflichtungen das verfügbare Zeitbudget einschränken – oder sie werden, wie im Fall von D, zugunsten von Arbeit und Virtuellem Parteitag für einen gewissen Zeitraum zur Seite geschoben. Ein herkömmlicher Parteitag kann ein Grund dafür sein, Urlaub zu nehmen oder z.B. eine Kinderbetreuung zu organisieren. Beim Virtuellen Parteitag wurde dies nicht so gesehen, obwohl bei aktiver Beteiligung eine ähnliche große Zeitspanne für die Teilnahme aufgewendet werden musste. Dementsprechend kann sich mit der *zeitliche Flexibilität* in einzelnen Fällen – und wahrscheinlich nicht geschlechtsneutral – eine hohe Belastung verbinden. Oder anders ausgedrückt: Wer am Virtuellen Parteitag teilnehmen möchte, musste zwar räum-

⁶⁰ Die Kurve 'Virtuelle Konferenz' bezieht sich auf [HTTP://WWW.BILDUNGS2001.DE](http://www.bildungs2001.de); diese Konferenz (vgl. Bremer 1999: 86f) fand im November 1998 statt. Quelle der Daten: Mathias Fechter, Hessische Gesellschaft für Demokratie und Ökologie e.V., eigene Berechnungen. Quelle der Daten zum Virtuellen Parteitag: Aggregierte Webserver-Log-Daten, eigene Berechnungen. Lesebeispiel: Im Schnitt erfolgten etwa 5,8% der Zugriffe auf den Virtuellen Parteitag zwischen 18:00 und 18:59 (linke Skala). Die Daten wurden dem aggregierten Webserver-Logfile entnommen und können möglicherweise um eine Stunde 'nachgehen'. Die Kurve „Beruf“ (rechte Skala) bezieht sich auf die Media-Analyse 1997 (Quelle: Garhammer 1999: 436; Darstellung 13) und gibt den Prozentsatz außerhäuslicher Berufstätigkeit im Tagesverlauf in Deutschland über alle Tage der Woche an. Die Daten wurden aus Darstellung 13 abgelesen.

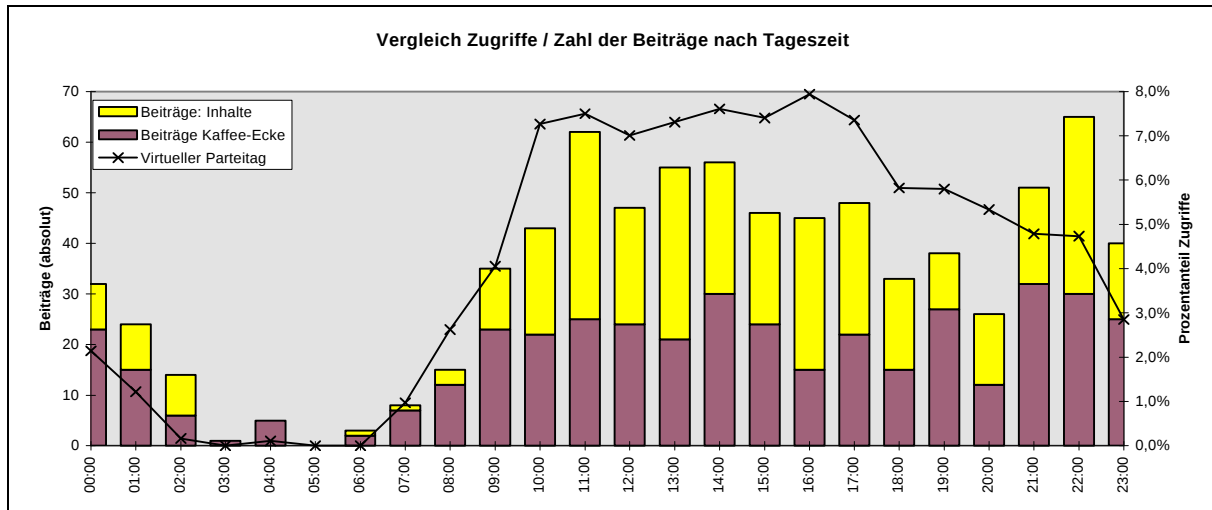


Abbildung 3.5 – Zugriffe (Kurve) und geschriebene Beiträge (Balken) nach Tageszeit (eigene Berechnung)

lich nicht mobil sein – eine gewisse zeitliche Flexibilität war aber durchaus notwendig. Ähnlich wie im Bereich der Telearbeit (vgl. Jäckel / Rövekamp 2000: 411ff) lässt sich festhalten, dass Arbeit – und die Teilnahme an einem Parteitag stellt Arbeit dar – nicht auf einmal weniger Zeit in Anspruch nimmt, wenn sie nicht am speziell dafür vorgesehenen Ort stattfindet.

Wer dem Parteitag und den dort laufenden Debatten seine *Aufmerksamkeit* widmen wollte, musste auch entsprechend Zeit für diese Sitzungen einräumen – 1 bis 3 Stunden bei den von mir Interviewten. Entsprechend auch die Zahlen aus der Befragung der Akademie für Technikfolgenabschätzung: Während nur 29,6% der Delegierten angaben, pro Besuch weniger als eine halbe Stunde verbracht zu haben, galt dies für 58,8% der nicht-delegierten TeilnehmerInnen. Immerhin fünf Delegierte (und niemand der sonstigen TeilnehmerInnen) gaben an, dass der längste Besuch im Virtuellen Parteitag mehr als vier Stunden gedauert habe. Ist – wie es Thilo Harth mit Verweis auf Peter Glotz sieht – das Internet tatsächlich »ein Medium, das es auch 'Zeitarmen' ermöglicht, sich (wieder) in die politische Debatte einzuschalten« (Harth 1999: 14)? Im Fall des Virtuellen Parteitags scheint sich mir diese Frage jedenfalls klar verneinen zu lassen. Wer am Virtuellen Parteitag teilnehmen möchte, wer sich gar aktiv beteiligen will, muss – typisch für parteipolitisches Engagement – auf jeden Fall auch über die entsprechenden zeitlichen Ressourcen verfügen.

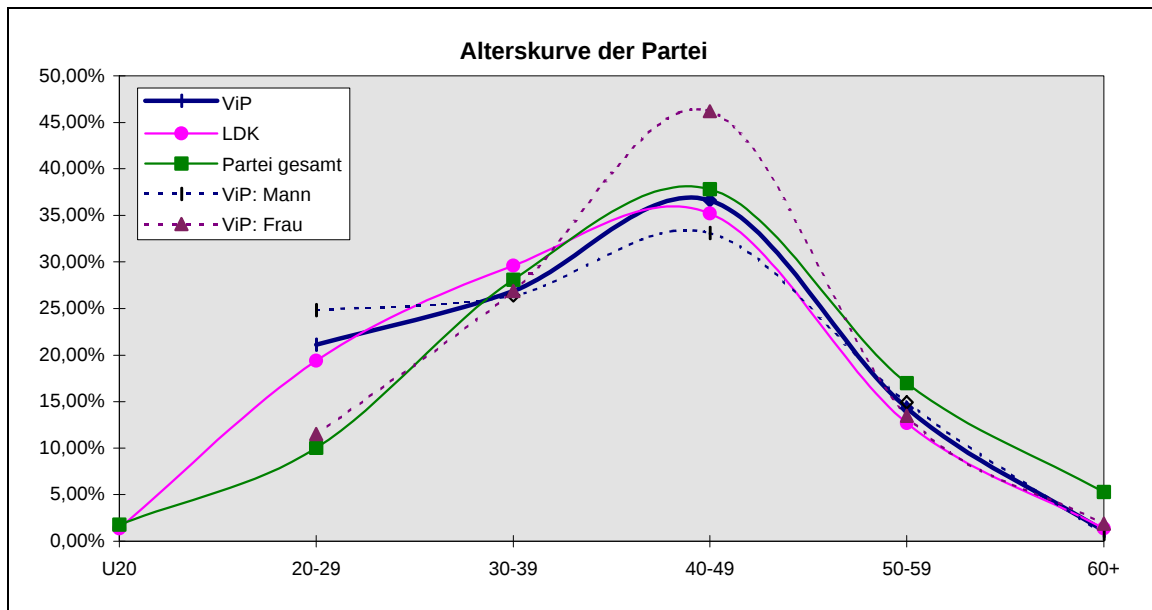


Abbildung 3.6 – Altersverteilung im Vergleich

3.4 Der Virtuelle Parteitag aus der Sicht der Statistik

Um diese Eindrücke zum Virtuellen Parteitag abzurunden, ist es hilfreich, auch noch einmal auf die verschiedenen statistischen Daten zurückzugreifen. Einen Überblick über die Verteilung der Beteiligung zwischen verschiedenen Gruppen gibt bereits Tabelle 8.3 auf Seite 132, die auf der automatisierten Auszählung der Redebeiträge und Antragsunterstützungen beruht. Bis auf die Merkmale *Geschlecht* und *Delegiertenstatus* ist es aber auf diese Weise nicht möglich, mehr darüber auszusagen, wer die TeilnehmerInnen des Virtuellen Parteitags waren. Hilfreich ist hier die von der Akademie für Technikfolgenabschätzung durchgeführte Befragung der TeilnehmerInnen. Als Vergleichsmaßstab für einzelne Angaben zur Sozialstruktur können (abgesehen vom nicht repräsentativen Frauenanteil dieser Befragung) die Ergebnisse der Befragung der Delegierten der Landesdelegiertenkonferenz (LDK) herangezogen werden.

3.4.1 Demographie der TeilnehmerInnen

Zur Zeit sind 38% der Parteimitglieder der Grünen in Baden-Württemberg Frauen. Die TeilnehmerInnen am Virtuellen Parteitag waren laut Befragung – noch deutlicher als in der Partei – *eher Männer als Frauen* (68,0% zu 29,2%; Rest 'keine Angabe'). Die Auszählung der Redebeiträge und Antragsunterstützungen ergibt allerdings einen Anteil von 36,8% *sichtbaren* Frauen, der damit zumindest fast an den innerparteilichen Frauenanteil von 38% heranreicht.⁶¹ Diese Divergenz erklärt sich ein Stück weit, wenn in den Befragungsdaten zwischen – schreibend oder per Antragsunterstützung – sichtbaren TeilnehmerInnen (Frauenanteil 33,9%) und den nur lesend oder abstimmend, also für die Auszählung unsichtbar Beteiligten unterschieden wird (Frauenanteil 21,2%). Insgesamt haben deutlich weniger Frauen als Männer teilgenommen; bei den teilnehmenden Männern war der Anteil der Inaktiven allerdings größer. Dies erklärt sich wiederum zum Teil daraus, dass die teilnehmenden Delegierten und Vorstandsmitglieder sich

⁶¹ Vgl. Abbildung 8.4 im Anhang.

aktiver beteiligt haben als sonstige TeilnehmerInnen, und dass aufgrund der *Quotierung der Delegiertenplätze* bei den Stimmberechtigten real zumindest ein Verhältnis von 54,3% (Männer) zu 43,2% (Frauen) zu 2,5% (k.A.) erreicht wird. Unter den sonstigen, nicht durch ein Delegierten- oder Vorstandsamt verpflichteten TeilnehmerInnen liegt der Frauenanteil dementsprechend bei nur 17,5%. Die Frauen sind damit eher delegierte Frauen – und diese wie alle Delegierten aktiver als die Nichtdelegierten.

Alter	Häufigkeit	Prozent ViP	Prozent LDK	Partei gesamt
jünger als 30 Jahre	37	21,1%	21,1%	11,8%
30 bis 39 Jahre	47	26,9%	29,6%	28,1%
40 bis 49 Jahre	64	36,6%	35,2%	37,8%
50 bis 59 Jahre	25	14,3%	12,7%	17,0%
60 Jahre oder älter	2	1,1%	1,4%	5,3%
Gesamt	175	100,0%	N=71 100%	100,0%

Tabelle 3.1 – Altersverteilung beim Virtuellen Parteitag im Vergleich⁶²

Die TeilnehmerInnen sind *formal gut gebildet* (84,8% haben die Hochschulreife oder einen Hochschulabschluss; zum Vergleich: LDK: 81,4%, Partei insgesamt nach Forsa-BUS: 64,2%). Einen Überblick über die Altersverteilung geben Tabelle 3.1 und Abbildung 3.6. Hier wird deutlich, dass am Virtuellen Parteitag – im Vergleich zur Altersstruktur der Partei – überproportional viele junge Parteimitglieder teilgenommen haben, dass die Altersverteilung aber ansonsten gut mit der Verteilung in der Partei insgesamt übereinstimmt. Es gibt allerdings einen deutlichen Geschlechtsbias: Während 24,8% der Männer jünger als 30 Jahre sind, trifft dies nur auf 11,5% der Frauen zu. In der Altersgruppe 40-49 Jahre sind dafür 33,1% der Männer und 46,2% der Frauen zu finden. Soweit dies anhand der schlechten Datenlage absehbar ist, ergibt sich eine ganz ähnliche Altersverteilung auch für die LDK. Erklärung dafür kann entweder eine baden-württembergische Besonderheit (vieler junge männliche und viele weibliche ältere Mitglieder) oder die überproportionale Teilnahme dieser Gruppen an Parteitagungen insgesamt sein.

3.4.2 Nutzung des Internet

Nur 4,5% der TeilnehmerInnen am Virtuellen Parteitag glauben, dass sich langfristig durch das Internet das Leben verschlechtern wird (zum Vergleich: der Aussage ‘Durch das Internet verliert das Leben massiv an Qualität’ stimmten in der LDK-Befragung 4,4% ganz und weitere 5,6% teilweise zu). 79,7% (LDK: 64,8%) der TeilnehmerInnen *nutzen das Internet* täglich oder beinahe täglich, 68,5% bezeichnen sich als sehr erfahren oder ziemlich erfahren im Umgang mit dem Internet. Etwa 10% der TeilnehmerInnen an der Landesdelegiertenkonferenz nutzen das Internet dagegen überhaupt nicht oder nur einige Male im Jahr. Beim Virtuellen Parteitag sind es immerhin noch 3,4%, die das Netz nur einige Male im Jahr nutzen. Über einen privaten Internet-Zugang verfügen 89,9% der TeilnehmerInnen. Werden die Nutzungsformen unterschieden, so gaben 22,5% der von der Akademie für Technikfolgenabschätzung Befragten an, das Internet für Diskussionsforen zu nutzen, 10,7% nutzen es für Chats und 4,6% beteiligen

⁶² Quelle der Daten: Akademie für Technikfolgenabschätzung, Stuttgart; eigene Berechnungen. Partei gesamt: Bundesgeschäftsstelle der Grünen, vgl. Fn. 146. LDK: Eigene Befragung beim Landesparteitag am 22./23.06.01 in Waiblingen.

sich an Online-Spielen. Entsprechende detaillierte Daten wurden in der LDK-Befragung nicht erhoben. Hier gaben jedoch 28,2% aller Befragten an, das Internet für 'Spaß, Unterhaltung' zu nutzen. Demgegenüber nutzen 92,1% (LDK: 87,3% aller Befragten) das Internet für Informationsrecherche (also wohl meist der WWW-Dienst), und 97,2% (LDK: 78,9% aller Befragten) für eMail-Kommunikation. Die Zahl der geschriebenen Beiträge lag im Mittel bei jeder NutzerInnengruppe höher als bei den Nicht-NutzerInnen des entsprechenden Dienstes. Dies gilt auch für die 'Spaß, Unterhaltung'-Gruppe: Während fast jedes zweite Mitglied (43%) dieser Gruppe Beiträge im Virtuellen Parteitag geschrieben hat, war dies nur bei jedem vierten (inhaltliche Beiträge) bzw. fünften (Parteitagsgeflüster) Nichtmitglied der Gruppe der Fall.

Allerdings zeigen sich auch bei der Nutzungshäufigkeit Unterschiede nach Alter, Geschlecht und Stimmberechtigung (vgl. Abbildung 8.9). Während sich Nutzungshäufigkeit (und auch die Erfahrung in Bezug auf das Netz, vgl. Abbildung 8.10) in der jüngsten Altersgruppe weder nach Geschlecht noch nach Stimmberechtigung deutlich unterscheiden, ändert sich dieses Bild in den weiteren Altersgruppen deutlich. Tendenziell sprechen die mir vorliegenden Daten dabei dafür, dass es je nach Geschlecht und Alter verschiedene Herangehensweisen an das Netz gibt, wobei junge Männer eher enthusiastischer an das Netz herangehen (vgl. dazu Abschnitt 4.4).

3.4.3 Teilnahme und Beteiligung am Virtuellen Parteitag

Betrachten wir die *Kontinuität der Teilnahme* am Virtuellen Parteitag, so zeigt sich, dass diese ganz deutlich vom formalen Status der TeilnehmerInnen abhängt: Während 80,2% der Stimmberechtigten unter den Befragten (also Delegierte und Vorstand; N=81) angaben, an fünf oder mehr Tagen am Parteitag teilgenommen zu haben, waren dies nur bei 32,3% der 97 sonstigen TeilnehmerInnen der Fall. Tendenziell ähnlich sieht es bei den *Vorerfahrungen mit der Partei aus*. 77,8% der Stimmberechtigten gaben an, zuvor schon an zwei oder mehr Parteitag teilgenommen zu haben; bei den sonstigen TeilnehmerInnen waren dies nur 56,7%. Ein Drittel aller Befragten war noch nie oder nur einmal zuvor auf einem Parteitag. Während sich die beiden Gruppen bezüglich der *lesenden Beteiligung* kaum unterscheiden (97,5% der Stimmberechtigten vs. 96,9% der Sonstigen), gibt es bei der *schreibenden Beteiligung* erhebliche Unterschiede: Immerhin 61,7% der Stimmberechtigten gaben an, sich schreibend am Parteitag beteiligt zu haben; dies trifft nur auf ein gutes Drittel (35,1%) der sonstigen TeilnehmerInnen zu. Diese Tendenz zur stärkeren Beteiligung bei den Stimmberechtigten setzt sich fort, wenn die *Zahl der Beiträge* betrachtet wird: 23,4% der Stimmberechtigten sagten, dass sie fünf oder mehr Debattenbeiträge geschrieben haben (vs. 6,2% der Sonstigen). Dies lässt sich als ein weiterer Hinweis auf das mit dem Delegiertenstatus verbundene Verpflichtungsgefühl werten.

3.4.4 Fazit: Statistik

Als Fazit dieser kurzen statistischen Betrachtung⁶³ des Virtuellen Parteitags lässt sich festhalten, dass die TeilnehmerInnen im Vergleich zur Durchschnittsbevölkerung eher *jünger, über-*

⁶³ Vgl. auch den Tabellenteil im Anhang und Abschnitt 4.4. Für eine ausführlichere Betrachtung vgl. den Abschlussbericht der Akademie für Technikfolgenabschätzung zum Virtuellen Parteitag (im Erscheinen).

durchschnittlich hoch formal gebildet und eher Männer waren. Diese Kriterien entsprechen in etwa der sozialen Zusammensetzung anderer Parteitage – abgesehen vom *Frauenanteil*. Obwohl dieser sowohl beim Virtuellen wie auch beim herkömmlichen Parteitag durch die Quotierung der Delegierten etwa bei 50:50 liegen sollte (und auch in etwa lag), haben sich überproportional viele Männer am Virtuellen Parteitag beteiligt. Hier wird in etwa die Zusammensetzung der Partei erreicht. Die *Nutzung des Internets* ist stark ausgeprägt, sehr viel stärker als in der Durchschnittbevölkerung, aber auch etwas stärker als beim Parteitag. Die TeilnehmerInnen nutzen nicht nur fast alle eMail und Informationsrecherche; etwa jede vierte bis fünfte TeilnehmerIn nutzt auch Diskussionsforen im Internet.

Die stimmberechtigten TeilnehmerInnen des Parteitags – also die *Delegierten* und der *Vorstand* – unterscheiden sich durch eine größere Kontinuität der Teilnahme und eine stärkere Beteiligung an der Debatte von den nicht stimmberechtigten TeilnehmerInnen. Darüber hinaus haben sie häufiger als die sonstigen TeilnehmerInnen auch schon Erfahrungen mit herkömmlichen Parteitage sammeln können.

3.5 Formen der Teilnahme und Beteiligung

3.5.1 Motive und Formen der Teilnahme

Wie wir gesehen haben, unterscheiden sich die *Motive der Teilnahme* der Delegierten erheblich. Ein wichtiges Teilnahmemotiv ist die Neugierde darauf, wie das *Neuland* Virtueller Parteitag aussehen mag, auch der Stolz darauf, 'Geschichte zu machen'. Damit eng verbunden ist das Interesse daran, wie der Virtuelle Parteitag technisch umgesetzt wurde und wie es sich anfühlen wird, teilzunehmen; auch der *Spaß an der Technik* wäre hier zu nennen. Bei den weniger parteierfahrenen Delegierten kommt die Neugierde dazu, wie ganz generell ein Parteitag abläuft. Ein weiteres wichtiges Motiv ist das allgemeine Interesse und der *Spaß an der Politik*, sowie das Interesse an bestimmten, im Virtuellen Parteitag behandelten *Themen*. Neben dieser Gruppe der TeilnehmerInnen, die aus bestimmten Interessen heraus am Virtuellen Parteitag teilnehmen möchten, finden sich auch TeilnehmerInnen, die sich vor allem aus *Verpflichtung gegenüber der Partei* heraus delegieren lassen – weil jemand 'es ja machen muss'. Dies ist bei den Frauenplätzen sowie bei den kleineren Kreisverbänden häufiger der Fall.

Die *Form der Teilnahme* – also das Ausmaß, die Kontinuität, der Grad an Aktivität und nicht zuletzt die *Form der Beteiligung* – hängt nicht nur von den *Teilnahmemotiven* ab, sondern auch von weiteren Faktoren. So wäre hier die Situation bei der *Delegiertenaufstellung* zu nennen: Die Wahl zum oder zur Delegierten bringt als Verpflichtungen gegenüber den WählerInnen weitere *Pflichtaufgaben* und damit verbunden den Wunsch mit sich, 'seine Aufgabe auch seriös zu erfüllen'. Wer sich in einer Kampfkandidatur gegen große Konkurrenz durchsetzt, ist stärker motiviert, auch *aktiv* und *kontinuierlich teilzunehmen*. Auch bestimmte politische Ziele – der Wunsch, *etwas erreichen zu wollen* (entweder 'privat' oder durch den Kreisverband) – führen zu einer *aktiveren Teilnahme*. Hinzu kommen externe Faktoren wie Alter, Bildungsgrad, aber auch die eigene Situation: Wie sehen das *Zeitbudget* und die *Arbeitssituation* aus? Wer keine Zeit hat oder im Stress ist, wird *eher in geringerem Umfang teilnehmen* als Menschen, die

zeitlich flexibel sind, es sei denn, andere Teilnahmemotive wie Neugierde oder Spaß sind sehr stark ausgeprägt. Werden die *Onlinekosten* erstattet? Gibt es *Zugangshürden* – etwa durch fehlende *Internetkompetenz*, *technische Probleme*, dadurch, dass ein *Internetzugang* nicht oder nur eingeschränkt vorhanden ist? Ist der Parteitag im Gang, treten weitere, dynamischere Faktoren hinzu: Gibt es aufgrund der als kompliziert empfundenen Gestaltung der Website *Orientierungsprobleme* und *Bedienungsfehler* genauso wie eine als *Informationsflut* empfundene Zahl an Beiträgen, die zu Frustration führen? Oder erscheint aufgrund von *Vorerfahrungen mit computervermittelter Kommunikation* der Virtuelle Parteitag vertraut, die Bedienung relativ einfach? Zur *Vertrautheit* trägt bei, wenn der oder die Delegierte die ‘*Leute kennt*’, also auf schon existierende *soziale Netzwerke* aufbauen kann und so den Virtuellen Parteitag (und insbesondere das *Parteitagsgeflüster*) auch als *soziales Ereignis* empfindet. Hinzu kommt die Frage nach dem *Event-Charakter* des Parteitags. Macht die Teilnahme *Spaß*? Gibt es *Rückmeldungen* auf die eigenen Beiträge, oder eher das Gefühl der *Einsamkeit vor dem Computer*? Und nicht zuletzt: wie sieht die *soziale Einbindung vor Ort* aus?

3.5.2 Formen der Beteiligung

So unterschiedlich wie die *Formen der Teilnahme* sind auch die *Formen der Beteiligung*. Auf den ersten Blick lassen sich, aufgrund der technischen Gestaltung, fünf Formen der Beteiligung unterscheiden: Drei *sichtbare* Beteiligungsmöglichkeiten, nämlich das *Einbringen* und *Unterstützen von Anträgen* und das *Schreiben von Beiträgen*. Als *unsichtbare* Formen der Beteiligung⁶⁴ kommen das *Lesen von Beiträgen* und das *Abstimmen* hinzu. Auf den zweiten Blick wird sichtbar, dass quer dazu ganz unterschiedliche *Funktionen* erfüllt werden.

3.5.2.1 Abstimmen

Das *Abstimmen* ist nur den *Delegierten* möglich und gehört zu deren *Pflichtaufgaben*. Die Nichtteilnahme wird als Versäumnis angesehen – oder damit erklärt, dass der Virtuelle Parteitag eh nur als *Internet-Event* und bezüglich der *Außenwirkung* wichtig sei. Die *Abstimmungsrunden* strukturieren zugleich die inhaltliche Debatte. Dass das *Abstimmungsverfahren* – mit Konditionalabstimmungen, also was wäre wenn – anders aussieht als bei herkömmlichen Parteitagen, kann zu *Unsicherheit* bei den Delegierten führen. Wichtig ist nicht nur das Ergebnis der Abstimmung – und damit auch das *Ergebnis des Parteitags*, sondern auch das *Ausmaß der Beteiligung*. Eine geringe Wahlbeteiligung lässt Zweifel an der Legitimation des Ergebnisses aufkommen und führt zu entsprechenden Debatten.

3.5.2.2 Anträge stellen und unterstützen

Abgestimmt wird über *Anträge* – einige liegen zu Beginn des Virtuellen Parteitags vor, weitere können als Änderungsanträge oder als Resolutionen eingebracht werden. Um einen Antrag *einzubringen*, muss dieser von zehn Mitgliedern *unterstützt* werden; hier können also auch *Nicht-Delegierte* aktiv werden. Mit der Unterstützung eines Antrags ist *Präsenz* verbunden (die

⁶⁴ Vgl. zur Thematik der unsichtbaren Beteiligung in netzbasierten Diskussionen auch eine Untersuchung über *Lurker* und deren soziale Stellung in Mailinglisten (Stegbauer / Rausch 2001).

UnterstützerInnen sind namentlich aufgeführt); zugleich wird damit auch eine Zuordnung und Zustimmung zu einer bestimmten politischen Position deutlich gemacht. Einen Antrag zu unterstützen, ist weniger aufwendig als selbst einen inhaltlichen Redebeitrag zu schreiben; die *Hemmschwelle* ist geringer. Die Zahl von UnterstützerInnen ist aber auch ein Signal für die *Stimmung* – eine große Zahl deutet darauf hin, dass der Antrag von vielen für wichtig erachtet wird. Aufmerksam darauf, dass es einen neuen, möglicherweise zu unterstützenden Antrag gibt, werden die TeilnehmerInnen entweder dadurch, dass sie – um sich einen *Überblick zu verschaffen* – von sich aus die Liste der neuen Anträge durchgehen, oder dadurch, dass von der AntragstellerIn oder von anderen TeilnehmerInnen aktiv *für den Antrag geworben wird*. Dies geschieht sowohl in den inhaltlichen Foren – oft entstehen die Anträge auch aus der allgemeinen Diskussion dort heraus – wie im Parteitagegeflüster, das hier die Funktion eines *Plenums* einnimmt. Geworben werden kann aber auch *neben dem Parteitag* per eMail oder Telefon, also unter Nutzung des eigenen *sozialen Netzwerks*.

Hat ein Antrag vor Antragsschluss die notwendige Zahl von UnterstützerInnen erreicht, so wird vom *Präsidium* eine Redeliste und damit eine Debatte eröffnet. Das Präsidium entscheidet de facto auch darüber, in welcher Abstimmungsrunde ein Antrag behandelt wird, und ob er zulässig ist (so wurde ein Antrag, über Elektrosmog zu diskutieren, zurückgewiesen, weil dieser ein neues, großes *Thema* eröffnet hätte; die großen Parteitagsthemen werden vorher vom *Landesvorstand* festgelegt). Auch das Präsidium informiert über seine Entscheidungen in den jeweiligen inhaltlichen Foren und bei wichtigen Themen mit *Durchsagen* im *Plenum* des Parteitagegeflüsters. Anders als beim herkömmlichen Parteitag ist nicht *sichtbar*, dass das Präsidium gerade eine Entscheidung fällt, und es kann auch kaum – außer über *persönliche Kontakte* zu Präsidiumsmitgliedern – *kontrolliert* werden, wie es zu Entscheidungen kommt.

3.5.2.3 Beteiligung an der Debatte: Lesen

Damit kommen wir zur kompliziertesten Form der Beteiligung: der *Debatte*. Das *Lesen und Schreiben von Redebeiträgen* hat vielfältige Funktionen. Obwohl formal alle Redebeiträge gleich sind – es gibt hier für das Lesen keine Zugangshürden und für das Schreiben nur die Hürde Mitgliedsstatus und Passwort, – unterscheiden die Beiträge sich in ihrer *Qualität*, in ihrem *Stil*, in ihrer *Länge* und in ihrer *Intention*. Einen ersten Hinweis darauf gibt die Unterscheidung von *Parteitagegeflüster* und *inhaltlicher Debatte*.

Das *Lesen von Beiträgen* kann zur *Orientierung* dienen – einerseits zur politischen Orientierung über die *Lage* und die *Stimmung*, andererseits zur *sozialen Orientierung*: wer ist da, wie viele sind da? Hier ist also die *Präsenzfunktion* der Beiträge angesprochen. Gelesen werden kann aber auch, und das gehört wiederum zu den *Pflichtaufgaben* der Delegierten, die *Debatte zu verfolgen* und sich so eine *Meinung zu bilden*. Die aus vorherigen eigenen Positionen, der Position des Kreisverbandes, Diskussionen außerhalb des Parteitags sowie aus eventuell überzeugenden Argumenten in der Debatte entstehende eigene Meinung dient als Grundlage für das Abstimmen – und damit für die formale *Meinungsbildung* der Partei. Wie die Debatte um die Tarifaufonomie gezeigt hat, ist die beim herkömmlichen Parteitag zu beobachtende *Orientie-*

runge an Vorbildern aus den Reihen der 'Promis' und an 'großen Reden' auch im Virtuellen Parteitag nicht ganz außer Kraft gesetzt. Zum Lesen, um sich eine Meinung zu bilden, gehört es auch, die vorliegenden *Anträge zu studieren* und eventuell weitere Meinungen hinzuzuziehen. Das Lesen gerade längerer Texte erfolgt möglicherweise *offline* – in Word, um *Kosten* zu sparen, oder auf Papier *ausgedruckt*, um sich genauer konzentrieren zu können.

Das Lesen hat aber auch weitere *soziale Funktionen*. Es kann in der Form des *Ego-Surfing*⁶⁵ der *Selbstbestätigung* dienen, wenn gezielt und erfolgreich danach gesucht wird, ob es Antworten auf eigene Beiträge gibt – darüber hinaus auch ein Beitrag dazu, die *Lage* einzuschätzen. Es kann aber auch – durch das Lesen von an ego gerichteten Beiträgen, durch die *Präsenz* der Namen von Leuten, die ego kennt – dazu beitragen, als ein Ersatz für *persönliche Kontakte* bereits vorhandene Bindungen in *sozialen Netzwerken* zu stärken. Während die *Stile* der Beiträge und zum Teil auch die politische Positionierung der AutorInnen dazu beiträgt, sich während des Virtuellen Parteitags ein Bild zu machen, reicht dies nicht aus, um *Leute kennen zu lernen* – und damit das *soziale Netzwerk* auszubauen. Dafür scheint es notwendig zu sein, diese auch zu sehen und direkt mit ihnen kommunizieren zu können.⁶⁶

3.5.2.4 Beteiligung an der Debatte: Schreiben

Wer einen *Beitrag schreibt*, erzeugt damit zuerst einmal, ob gewollt oder nicht, *Präsenz*, macht sich *sichtbar*. Die *Präsenz* in der virtuellen Tagungshalle äußert sich dadurch, dass der eigene Name samt Kreisverband in der jeweiligen Redeliste aufgeführt werden. Außerdem steht die Uhrzeit dabei, was Rückschlüsse darüber zulässt, zu welchem Zeitpunkt die AutorIn am Parteitag teilnimmt (und wenn es spät nachts ist, kann das durchaus zu Anschlusskommunikationen führen). Bei Gastrednern und FunktionsträgerInnen des *Landesverbandes* (Landesvorstand, Präsidium, Alterspräsidentin) steht statt des Kreisverbands die Funktionsbezeichnung in der Redeliste. All diese Angaben sind durch die Gestaltung des technischen Systems vorgegeben und können von der AutorIn des Redebeitrags nicht beeinflusst werden. Anders sieht es beim Titel des Redebeitrags aus – dieser muss, um *Aufmerksamkeit* zu erzeugen (wenn nicht davon ausgegangen werden kann, dass der bekannte Name alleine reicht), möglichst interessant gewählt werden. Denn die Entscheidung darüber, ob ein Beitrag überhaupt geöffnet wird oder nicht (weil die *Ladezeit* der Redeliste gerade bei einem langsamen Zugang sehr lange dauert), hängt von den *Auswahlkriterien* Antwort auf eigenen Beitrag (dies kann ebenfalls, beispielsweise durch ein 'An <Name>: ...' im Titel deutlich gemacht werden), 'Promi' als AutorIn und von Vermutungen darüber ab, dass der Beitrag interessant sein wird. Aber auch vom *Stil* her sollte der Beitrag lesenswert sein, um als *relevant* zu erscheinen. Bei vielen Beiträgen tauchen – ähnlich wie auf Mailinglisten – Grußformeln zu Beginn und am Ende des Textes auf. *Präsenz* ist allerdings nur den dazu Legitimierten möglich – wer als Hacker das Passwort errät, um zu

⁶⁵ Dieser Ausdruck (gefunden auf der Seite 'Internet' der *tageszeitung*) bezieht sich eigentlich darauf, mit Suchmaschinen im WWW nach den eigenen Namen zu suchen.

⁶⁶ Untersuchungen aus dem Bereich der Forschung über computervermittelte Kommunikation kommen zum Teil zu ganz anderen Ergebnissen, was den Aufbau von – politischen wie privaten – Beziehungen im Virtuellen betrifft. Näheres zu den Spezifika des Virtuellen Parteitags in Bezug auf diese Fragestellungen findet sich in Abschnitt 4.3.4.

protestieren, wird gelöscht. Diese Sicherheitsmassnahmen führen dazu, dass heftiger Protest von außerhalb nicht möglich, weil nicht sichtbar ist. Das für Diskussionen mit den Nicht-Mitgliedern gedachte Gästeforum bestand vor allem aus Beiträgen der ZuschauerInnen, ohne an den Parteitag selbst angeschlossen zu sein.

Obwohl die *Hemmschwelle*, etwas zu schreiben, deutlich geringer ist als das *Halten einer Rede* auf einem herkömmlichen Parteitag (hier spielt die sichtbare Anwesenheit des Publikums eine große Rolle), gibt es auch hier eine Hemmschwelle. Einerseits eben gerade aufgrund der damit erzielten Präsenz, andererseits aufgrund der Überlegung, ob ego – aufgrund eines nicht abgeschlossenen Meinungsbildungsprozesses, oder weil das Thema erschöpft ist – überhaupt etwas zu sagen hat. Dazu kommt die durch die *Gestaltung* des Redeformulars und des Weges dahin – gerade bei geringen *Vorerfahrungen mit computervermittelter Kommunikation* – erzeugte *Orientierungslosigkeit* und damit verbundene *Bedienungsfehler* (kein Titel, falsches Forum, Zeitlimit überschritten). Unaufwendiger ist das *Unterstützen von Anträgen*.

Wozu werden Redebeiträge geschrieben? Die immer mitgeführte *Präsenzfunktion* kann Selbstzweck sein – jemand will sagen, ‘ich bin auch da’. Diese Beiträge sind vor allem im *Parteitagsgeflüster* und dort vor allem in der Anfangsphase zu finden. In den inhaltlichen Foren sind die reinen *Präsenzbeiträge* zumeist zumindest mit der Wiederholung inhaltlicher Statements und dem Ausdruck der Unterstützung verbunden. Beiträge mit einer reinen *Präsenzfunktion* können aber auch das Ergebnis eines Ausprobierens des Redetools sein.

Ausgebaut wird die Präsenzfunktion durch weitere *soziale Funktionen*. Zwischen bereits bekannten TeilnehmerInnen kann sich ein – in andere Diskussionsforen eingebetteter – *Dialog* (oder auch ein Gruppengespräch) entwickeln. In Anlehnung an virtuelles Interagieren in Chat-Räumen (vgl. Döring 1999a: 101 – textbasiertes Handeln) kommt es, oft innerhalb dieser öffentlich einsehbaren Gruppengespräche und Dialoge, auch im *Parteitagsgeflüster* zu *virtuellen Handlungen*. Hier dürfte – ebenso wie im Erzählen oder Weiterleiten von Witzen – *Spaß* eine wichtige Motivation sein. Weitere Beiträge orientieren sich an sozialen Komponenten und Traditionen des herkömmlichen Parteitags (etwa das Aufsagen von Limericks⁶⁷, die Anekdoten von Irmgard Zecher, die morgendliche Begrüßung durch Mitglieder des Landesvorstands) und dienen damit der Vermittlung von *Gemeinsamkeiten*. Auch hier ist das Parteitagsgeflüster der Ort, an dem alle zusammenkommen: das *Plenum*. Deswegen wird es auch für *Durchsagen* (des Präsidiums) und *Hinweise* genutzt – etwa in Bezug auf Diskussionen in anderen Foren oder auf noch Unterstützung suchende Anträge.

Beiträge – sowohl im Parteitagsgeflüster wie auch in den anderen Foren – können aber auch dazu dienen, sich inhaltlich zu den Themen des Parteitags oder zu anderen (politischen) Frauen (etwa in der Reflektion über den Virtuellen Parteitag am Schluss des Parteitags) zu äußern.

⁶⁷ Zu den kleinen Traditionen herkömmlicher Landesdelegiertekonferenzen gehören u.a. die das Geschehen kommentierenden Limericks des Präsidiumsmitglieds Norwin Hilker, die er sonst in Abstimmungspausen und zu ähnlichen Gelegenheiten zum Besten gibt.

Hier geht es darum, die *Meinungsbildung* der Partei zu beeinflussen, andere mit Argumenten von der eigenen Sache zu *überzeugen* oder zumindest die eigene politische Position öffentlich dazustellen. Derartige Debattenbeiträge können kurz und knapp sein, sie können aber auch seitenlange, ausgefeilte Texte enthalten. Den TeilnehmerInnen erschien diese Form der Debatte als *sachlicher* als auf dem herkömmlichen Parteitag. Argumente können durch *Informationsrecherche* im Internet überprüft werden; z.T. wird auch gleich auf entsprechende Websites hingewiesen, es kann *nachgefragt* werden, und, ein wichtiger Unterschied zum herkömmlichen Parteitag, es besteht die Möglichkeit, auf eine Entgegnung zu einem eigenen Beitrag erneut etwas zu schreiben, auf eine Antwort zu antworten. Zugleich werden hier aber – sofern das in schriftlichen Beiträgen möglich ist – auch die rhetorischen Tricks der ‘Parteitagsredner’ ausgepackt, es wird gewarnt, gedroht und polemisiert. Die *inhaltliche Debatte* kommt nicht ohne soziale Bezüge aus – RednerInnen beziehen sich aufeinander, zu den langen Hauptredebeiträgen gesellen sich kürzere, die diese zusammenfassen und unterstützen. Teilweise ist die *Zusammenarbeit* mehrerer gleichgesinnter TeilnehmerInnen zu beobachten.

Das Schreiben von Beiträgen ist dabei an die *Zeit* gebunden. Deutlich wird dies am *Aufmerksamkeitsfokus*, der sich an der Ordnung nach Tagen im Parteitagsgeflüster orientiert, aber auch daran, dass die Diskussion über die Themen sich vor und nach der jeweiligen *Abstimmungsrunde* verändert, sowohl in Bezug auf das Ausmaß wie auch in Bezug auf die Inhalte. Anfang und Schluss des Parteitags bilden ebenfalls herausgehobene Phasen in der *Zeitstruktur* des Parteitags; der Anfang durch das Ausprobieren, Begrüßen, und *Präsenz*-Zeigen gekennzeichnet, der Schluss durch die Rückschau auf Form und Inhalte und durch Verabschiedungen. Je nach Tageszeit dominieren inhaltliche oder soziale Beiträge.

4 Zusammenstoß zweier Logiken

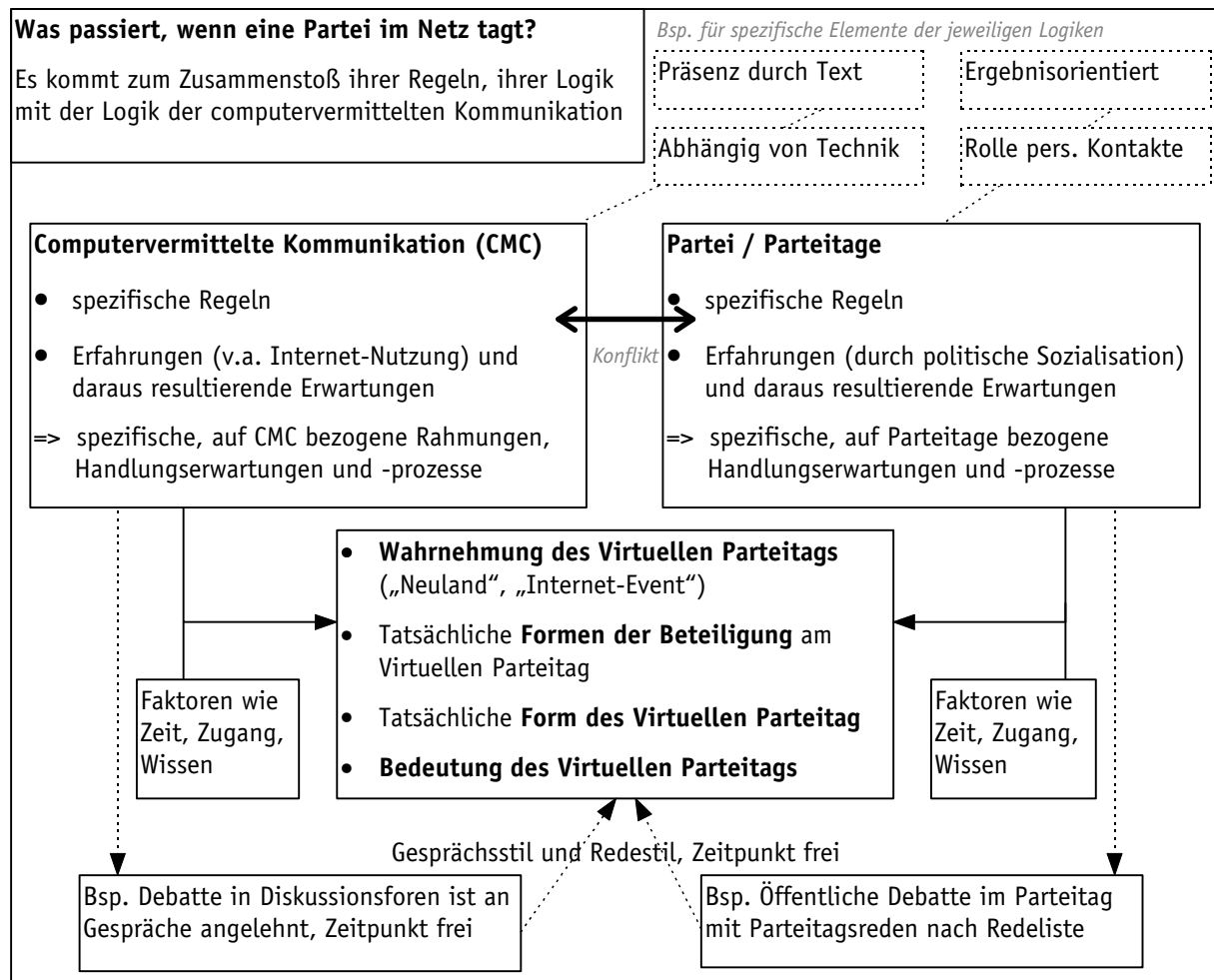


Abbildung 4.1 – Überlegungen zum Zusammenstoß zweier Logiken

Wie lassen sich die unterschiedlichen Formen der Teilnahme und Beteiligung am Virtuellen Parteitag erklären? Der Name legt nahe, diesen mit anderen Parteitag zu vergleichen, und auch die Planungen des Virtuellen Parteitags ist von diesem Vergleichsmaßstab ausgegangen.⁶⁸ Dennoch unterscheidet sich – dies ist im vorangegangenen Kapitel schon deutlich geworden – der Virtuelle Parteitag in vielen Punkten von Parteitag, die in echten Versammlungshallen stattfinden. Dabei den Virtuellen Parteitag (etwa im Sinne der Kanalreduktionsthese, vgl. Döring 1999a: 210ff) nur als eine defizitäre oder reduzierte Form herkömmlicher Parteitage zu sehen, greift allerdings zu kurz. Vielmehr erscheint es mir plausibel, den Virtuellen Parteitag als das Ergebnis des Zusammenstoßes zweier unterschiedlicher Logiken (Abbildung 4.1) zu sehen. Auf der einen Seite steht dabei die Logik – gemeint sind damit explizite und implizite

⁶⁸ Selbst wenn der Landesvorsitzende Andreas Braun in einigen Zeitungsberichten damit zitiert wird, dass er den virtuellen mit einem »echten« (Z6) oder »wirklichen« (Z2) Parteitag vergleicht – was ja impliziert, dass der virtuelle Parteitag nicht echt oder wirklich war – nimmt er damit den Parteitag als Bezugsmaßstab. Eine genauso sinnvolle – aber nicht genauso medienwirksame – Herangehensweise wäre es gewesen, von virtuellen Konferenzen oder CSCW als Vergleichsbasis auszugehen. Vgl. auch die Aussage von Marc Maus (Abschnitt 2.4.3), dass als Vorbild für den Virtuellen Parteitag bewusst der Landesausschuss als kleiner Parteitag und nicht die Landesdelegiertenkonferenz herangezogen wurde.

Regelwerke, Erwartungen, Normen, Verhaltensmustern – der Partei, auf der anderen Seite steht die Logik computervermittelter Kommunikation. Je nach den Vorerfahrungen und Vertrautheiten der einzelnen Delegierten und TeilnehmerInnen mit diesen beiden Logiken ergab sich eine bestimmte Herangehensweise an den Virtuellen Parteitag. Zwei Pole eines Kontinuums: Wer zuhause vor dem Computer saß und in Gedanken die Website mit der Tagungshalle der letzten Bundesdelegiertenkonferenz gleichsetzte, erlebte einen anderen Parteitag als die, die sich eher an den spaßigen Chat einige Monate zuvor erinnert fühlten. Der Virtuelle Parteitag als Gesamtarrangement war damit beides zugleich: Parteitag und *Internet-Event*. Er war aber – vermittelt durch den Zusammenprall dieser unterschiedlichen Handlungslogiken – auch etwas drittes, ein Hybrid zwischen Parteiversammlung und computervermittelter Kommunikation, der letztlich seine eigene Logik gefunden hat. »Also ich denk, dass sich durchaus ne' Mischung aus dem üblichen Internet-Surfen, Chat-Erlebnis, und eben dem normalen Parteitag sich, sich da was ergibt« (C: 48-50).

In einem ganz anderen Zusammenhang beschreibt Bernward Joerges ein ganz ähnliches Zusammentreffen zweier Logiken: »Die Untersuchung von Zusammenhängen zwischen gerätetechnischen Veränderungen, Modifikationen von Handlungsorientierungen und institutionellen Veränderungen im Alltag ist deshalb besonders reizvoll, weil hier sozial sehr unterschiedlich normierte Prozesse aufeinandertreffen.« (Joerges 1988: 29). Auch wenn wir es beim Virtuellen Parteitag vorerst mit einem einmaligen Ereignis zu tun haben, und nicht mit dem langen Prozess der Diffusion und Etablierung einer neuen Hausgerätetechnologie bis hin zu ihrer Alltäglichkeit, so denke ich, dass es doch einige Belege dafür gibt, dass auch der empirisch erlebbare Virtuelle Parteitag das Ergebnis des Zusammentreffens sozial sehr unterschiedlich normierter Prozesse war.

An dieser Stelle geht es nun darum, sich den beiden Kernkategorien anzunähern. Dabei sind allerdings gewisse Grenzen zu ziehen: dieses Kapitel kann und will weder die Parteiensoziologie⁶⁹ noch die soziologische Erforschung computervermittelter Kommunikation ersetzen. Wichtig ist es mir vielmehr, bei der auf dem Datenmaterial aufbauenden Beschreibung der *Logik der Partei* und der *Logik computervermittelter Kommunikation* deutlich zu machen, wo Anschlussstellen zu den beiden genannten Gebieten der Soziologie (und ihres Umfelds) zu finden sind. Zu beachten ist auch, dass sich die Beschreibung hier naturgemäß auf gewisse – nämlich die für den Virtuellen Parteitag relevante – Teilbereiche beschränken muss. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der *Logik der Partei*. Ganz genau gesagt sogar bei der Logik einer ganz bestimmten Partei, nämlich Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg.

⁶⁹ Und erst recht nicht, wie dies Rudolf Steininger (1984) versucht, eine alle Zeitumstände und alle Parteikonzepte umfassende *Soziologische Theorie der politischen Parteien* zu entwickeln. Seine Definition der Partei – die er als gesellschaftliche Universalie ansieht – als »eine extrakonstitutionelle, freiwillige Vereinigung zum Erwerb der Positionen politischer Herrschaft« (Steininger 1984: 77) schließt an Max Weber an. Mit Positionen politischer Herrschaft sind hierbei beispielsweise Regierungsämter gemeint. Von diesem Ziel ausgehend erschließt sich für Steininger (1984: 94) die Logik des Handelns der Parteien zweckrational an Gesichtspunkten der Effektivität. Die innere Struktur der Parteien leitet sich dabei von der inneren Struktur des jeweiligen gesellschaftlichen Kontexts ab, an dem Parteien sich orientieren (1984: 134ff). Aus dieser Sicht könnte ein Ereignis wie der Virtuelle Parteitag wahrscheinlich als kleines Element in innerparteilichen Anpassungskämpfen an Individualisierungstendenzen beschrieben werden – ein Pfad, der hier zugunsten einer eher deskriptiven, materialen Theorie nicht eingeschlagen werden soll. Auch auf die Auseinandersetzung mit den Parteienklassikern Max Weber und Robert Michels (vgl. zu Michels die Parallelisierung der Entwicklung der Grünen zu Michels Beschreibung der Entwicklung der Sozialdemokraten durch Tiefenbach 1998) wurde hier bewusst verzichtet.

4.1 Die Logik der Partei

Parteien als soziale Gebilde sind gar nicht so einfach zu fassen, wie es auf den ersten Blick scheint, und Parteien als wichtige Elemente unseres politischen Systems werden von der Wissenschaft gar nicht so genau in den Blick genommen, wie es vielleicht sinnvoll wäre. Dies gilt insbesondere für den Blick auf das Innenleben der Parteien (vgl. Stöss/Niedermayer 1993: 13-19): auf die Motivlage der Mitglieder, auf ihre Binnenstruktur, auf ihre soziale Organisationswirklichkeit; und eben auch auf die innerhalb einer Partei wirksamen ungeschriebenen Gesetze. Für Bündnis 90/Die Grünen gilt dies erst recht (vgl. auch Abschnitt 2.2). Parteien bestehen nicht nur aus Parteimitgliedern, sondern ebenso aus in sich wiederum strukturierten Gruppierungen, die zum Teil einen formalen Status innerhalb der Partei haben (wie dies bei Kreis-, Landes-, Jugendverbänden, Arbeitsgemeinschaften oder dem Vorstand der Fall ist) oder die es formal gar nicht gibt (z.B. Eliten, Strömungen, Seilschaften). Parteien sind, kurz gesagt, komplexe soziale Gebilde.⁷⁰ Die Darstellung hier konzentriert sich auf die mittelbar und unmittelbar mit Parteitag verbundenen Elemente und Prozesse innerhalb dieser komplexen Gebilde.

4.1.1 Kreisverbände⁷¹

Für den überwiegenden Teil der aktiven Mitglieder einer Partei konzentriert sich die Partei als Handlungsbereich auf die 'Arbeit vor Ort', auf den jeweiligen Kreisverband, dort, wo derartige Gliederungen vorhanden sind, auf den jeweiligen Ortsverband. Damit übernehmen Kreisverbände auch wichtige Aufgaben der *politischen Sozialisation*. Der Übergang von der lokalen auf die regionale Ebene bildet für die meisten Mitglieder die Grenze ihrer politischen Aktivität (vgl. Wiesendahl 1998: 444; Niedermayer 1993). Kreisverbände sind aber nicht nur 'politische Heimat' (vgl. Greven 1987: 55f) von Parteimitgliedern mit jeweils durchaus eigener politischer Identität. Die *politische Identität* des eigenen Kreisverbandes wird auch als Vergleichsmaßstab zur eigenen Position herangezogen (vgl. Greven 1987: 175ff). Die Eigenständigkeit der Kreisverbände wird unterstützt durch eigene politische Strukturen, durch formale Rechte, durch die eigenständige Verwaltung der Mitgliederlisten. Bei den größeren Kreisverbänden kommen ein eigenes Büro hinzu, eine GeschäftsführerIn und mit etwas Glück eine Kreistagsfraktion und eine lokale Abgeordnete oder ein lokaler Abgeordneter. Bezogen auf die formale Struktur von Parteien haben Kreisverbände zwei wichtige *Aufgaben*: Sie sind dafür verantwortlich, direkte KandidatInnen für Wahlen ab der Landkreisebene aufzustellen. Bei Kreis- und Landtagswahlen ist dies für eine kleinere Partei eine wichtige Aufgabe, bei Bundestags- und Europawahlen ist nicht die lokale KandidatIn, sondern die von einem *Parteitag* vorgenommene Platzierung auf der Landesliste entscheidend. Hier kommt die zweite wichtige formale Aufgabe ins Spiel: Kreisverbände entsenden *Delegierte* für die Landes- und Bundesparteitage.

Zumeist kennen die Delegierten eines Kreisverbandes sich untereinander besser als die Delegierten der anderen Kreisverbände. Dementsprechend bilden die Delegierten eines Kreisverbandes auf den Parteitagen identifizierbare Gruppen, ein Effekt, der oft durch die Sitzordnung

⁷⁰ Entsprechendes ließe sich wahrscheinlich ebenso über andere Massenorganisationen sagen.

⁷¹ Vgl. auch Abschnitt 3.1.3 über die Struktur der grünen Kreisverbände (S. 11)

nach Kreisverbänden noch verstärkt wird. Auch politisch werden die Delegierten eines Kreisverbandes häufig als recht homogen eingeschätzt. Selbst wenn es keine direkten Absprachen gibt, sorgt vielleicht schon die gemeinsame Anreise für eine gewisse Abstimmung untereinander. Wie wichtig für die gegenseitige Einordnung innerhalb der Partei Kreisverbände sind, zeigt sich auch daran, dass beim Landesparteitag Namensschilder an die Kreisverbände ausgegeben werden, dass die Delegierten beim Virtuellen Parteitag in den Redelisten mit Name und Kreisverband auftauchten. Dabei lassen sich dann auch Beobachtungen wie die folgende machen: »Ich hab' au' gesehen, dass manche, also dass die Delegierten oft so kreisverbandsmäßig sehr aktiv waren. Des heißt, dass ma' einfach drei, vier Leute aus einem Kreisverband hatte, die, die immer wieder aufgetaucht sind, von anderen Kreisverbänden hat ma' überhaupt nix gesehen.« (A: 492-496).

4.1.2 Delegierte

Auf den Landes- und Bundesparteitagen werden *Kreisverbände* durch *Delegierte* vertreten, und auch wenn Delegierte nicht alle TeilnehmerInnen eines Parteitags stellen, so bilden sie – je nach Größe und Bedeutung des Parteitages – doch den Hauptteil der anwesenden Personen. Um Delegierte/r eines Kreisverbandes zu werden, muss die Person dort Mitglied sein, sich zumeist auf der Mitgliederversammlung für die Delegation bewerben und gewählt werden.

4.1.2.1 Aufstellung der Delegierten

Die Zahl der Delegierten eines Kreisverbandes hängt zum einen ab von der Zahl der Mitglieder des Kreisverbandes, zum anderen von der Gesamtzahl an Delegierten, die an einem Gremium teilnehmen. Daraus ergibt sich der Delegiertenschlüssel. So besteht eine baden-württembergische Landesdelegiertenkonferenz aus 200 Delegierten; einzelne Kreisverbände entsenden je nach Größe zwischen zwei und sechzehn Delegierte auf den Parteitag.⁷² Bei der Aufstellung der Delegierten sind die grünen Kreisverbände angehalten, die *Frauenquote* einzuhalten, was allerdings nicht immer möglich ist. Neben Delegierten werden meist auch Ersatzdelegierte gewählt, die einspringen, wenn die Hauptdelegierten ausfallen. Die Aufstellung geschieht im Normalfall auf Mitgliederversammlungen; finden sich nicht genug Interessierte für die dem Kreisverband zustehenden Plätze, kann es vorkommen, dass der Vorstand 'nachnominieren' muss. Das Interesse an einer Delegation ist ganz unterschiedlich und schwankt stark je nachdem, wie viele Plätze zu besetzen sind, und wie wichtig der entsprechende Parteitag ist: »Hängt davon ab, ob's 'nen Landes- oder 'nen Bundesparteitag ist. Bundesparteitag is' normalerweise a) inhaltlich ähm prickelnder, b) ist die Anzahl der verfügbaren Plätze kleiner, deshalb gibt's da äh eher 'nen Gerangel, und ähm, und dann tendenziell natürlich mehr bei den Männerplätzen.« (B: 488-492). Auch wenn üblicherweise für jeden Parteitag neu gewählt wird, so gibt es doch aktive Mitglieder, die sich immer wieder aufstellen lassen, von denen dies auch erwartet wird:⁷³ »Es gibt halt 'nen paar Leut', die sagen, denen's einfach Spaß macht, und es passt auch meistens ziemlich genau, ähm da, da rein, bei'n BDKen sind's halt nur vier, da isch' dann meistens halt Kampfabstimmung bei'n Männern.« (C: 226-229). Wenn es eine 'Kampfabstimmung' gibt – was häufiger bei den 'Männern', also bei

⁷² Delegiertenschlüssel für die 13. Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg.

⁷³ Vgl. hierzu die Zentrum-Peripherie-Darstellung unterschiedlicher Partizipationsformen bei Raschke (1993: 228).

den nicht quotierten Plätzen auftritt, – wenn also mehr Bewerber antreten, als Plätze zu besetzen sind, wird nach verschiedenen Faktoren gewählt. Dazu gehören das Alter und – allerdings oft nur, wenn die oder der Abgeordnete auf der Versammlung auch anwesend ist – ein politisches Mandat: »Die Älteren sagen: „Ja, wir lassen euch Junge, ja, wir müssen nicht mehr“, ähm, und dann kommt’s halt drauf an, wie’s mit den Abgeordneten aussieht.« (C: 217-219). Auch die politische Position kann eine Rolle spielen: »Wenn’s ganz brisante Themen sind, „Wie stehst du zu dem Thema, was würdest du, welchen Antrag würdest du unterstützen?“« (B: 713-715). Expertise ist eine hinreichende, aber keine notwendige Voraussetzung: »Es wird jetzt nicht in dem Sinne unterschieden, „Bist du da jetz’ schon Experte auf dem Gebiet oder nicht?“ Selten wird jemand, der wirklich Experte is’, dann abgelehnt, dass is’ klar.« (B: 715-718). Oft – gerade bei als weniger wichtig empfundenen Parteitag – ist es so, dass die Kreisverbände froh sind, überhaupt genügend Delegierte zu finden. Wenn der Andrang auf die Delegiertenplätze groß ist, und es sich hierbei noch dazu um Frauenplätze handelt, so wird dies zumindest als außergewöhnlich wahrgenommen (A:77-82).

4.1.2.2 Aufgaben der Delegierten

Mit dem Delegiertenamt sind bestimmte *Erwartungen* an die Delegierten verbunden. Der Vorteil der Delegiertenwahl ist der, dass die Delegierten sich im Allgemeinen verantwortlich fühlen, »tatsächlich mitzumachen [...] und am Ball zu bleiben« (B: 685-686). Es wird erwartet, dass Delegierte an dem Parteitag teilnehmen, für den sie gewählt sind, »dass du da entsprechend dich verhältst und nich’ den Parteitag schwäncht und nur feiern gehst oder so« (C: 1042-1043). Von verantwortlichen Delegierten wird darüber hinaus erwartet, dass sie nicht nur physisch anwesend sind, sondern als *Pflichtaufgabe* auch aktiv die *Debatte verfolgen*, sich eine *Meinung bilden* und dementsprechend *abstimmen*. »Also des denk ich, des is’ die Minimalanforderung, denk ich, von ‘nen Delegierten.« (C: 1052-1053). Insbesondere das Ausmaß der Teilnahme an Abstimmungen – »Ich bin dafür delegiert worden, dass ich diese Meinung auch in ‘ne Wahlstimme übersetz’« (B: 549-550) – wird von der Presse und anderen Akteuren als Indikator für die Relevanz eines Themas herangezogen. Die Wahrnehmung der beschriebenen Verantwortung wird verstärkt, wenn die Delegierte Siegerin einer ‘Kampfabstimmung’ ist: »[...] ich muss jetzt da auf diesem Parteitag auch wirklich aktiv was machen – einfach, weil, weil die Konkurrenz so groß gewesen war [lacht]« (A: 80-81). Zur *Meinungsbildung* gehört es aber auch, sich die Anträge für den Parteitag anzuschauen, eventuell Meinungen dazu einzuholen, und sich über den ‘Stand der Diskussion’ zu informieren. Dies muss nicht im Vorfeld geschehen – es ist ebenso im Gespräch mit den nebenan sitzenden Delegierten aus dem eigenen Kreisverband während des Parteitags möglich. Eine einfühlsame und in großen Teilen (s.u.) noch heute gültige Antwort auf die Frage, wer Delegierte sind und was sie tun, gibt Raschke (1993: 531ff).

Neben den Pflichtaufgaben gibt es auch eine Kür: »Alles drüber is’ wie auf ‘nem normalen Parteitag auch dem Einzelnen überlassen, ob er sich in ‘ne Debatte einklinkt, oder nicht, also dafür – des muss ich nich’ machen, wenn ich g’wählt bin.« (C: 1055-1058). Etwas anders sieht es aus, wenn der Kreisverband auf dem entsprechenden Parteitag einen Antrag ‘laufen’ hat. »Es kann natürlich Leute geben, die sagen: „Also, ich wähl’ dich nur, wenn du da auch unsere, die und die Position vertrittst, die wir vorher verabschiedet haben.“« (C: 1055-1061). Entsprechende Absprachen werden auf der

Kreismitgliederversammlung oder bei Delegiertentreffen im Vorfeld des Parteitags getroffen. Die Zeiten des imperativen Mandats – wie es teilweise noch bei Raschke (1993) oder bei Salomon (1992), wenn auch eher schon als Mythos den als reale Ausgestaltung, beschrieben wird – sind vorbei, zumindest die von mir befragten Delegierten fühlen sich als freie Abgeordnete.

4.1.2.3 *Motive der Delegierten*

Warum lassen sich Delegierte delegieren? Auf der einen Seite ist auch hier eine Art *Pflichtgefühl gegenüber der Partei* zu konstatieren. »Das halt irgendwie klar war, wir machen da alle m, also wir brauchen Leute und wir wollen ja, dass das ganze stattfindet und funktioniert, also macht ma' halt auch mit.« (B: 108-111). Dies hängt auch von der verfügbaren Personaldecke und damit der Größe des Kreisverbandes ab. »Ich denk halt, dass es eben ganz viel, in kleinen Kreisverbänden irgendwie auch, sicher Leute gegeben hat, denen des aufgedrückt wurde, oder die halt g'sagt ham: „Bevor wir niemanden als Delegierten melden, dann meldet mal mich“« (C: 1068-1071) Gerade bei den Frauenplätzen (hier bezogen auf den Virtuellen Parteitag, wo die Situation noch zugespitzter sein dürfte als bei herkömmlichen Parteitag) werden Delegierte oft eher 'überredet', als von sich aus teilnehmen zu wollen: »„Okay, wir machen's, wenn's ... ja, okay, warum nicht.“« (C: 189). Auf der anderen Seite gibt es auch Leute, denen es '*einfach Spaß*' macht, an Parteitag und anderen Parteiveranstaltungen teilzunehmen. Weitere Motive sind politischer Art, wenn es darum geht, *etwas erreichen zu wollen*, eine bestimmte Position durchzusetzen. Parteitage stellen darüber hinaus ein Ereignis dar, das auch eine *soziale Komponente* aufweist. So kann es ein *Teilnahmemotiv* sein, dass man »sich dann irgendwie mit, mit Bekannten unterhält oder – ja, und halt diese Stimmung genießt.« (B: 303-304).

4.1.3 *Das soziale Innenleben der Partei*

Wenn ein Motiv an einem Parteitag teilzunehmen die Möglichkeit ist, Bekannte zu treffen, so liegt es nahe, einen Blick auf das *soziale Innenleben* der nach außen so homogen wirkenden Organisation zu werfen. Ins Blickfeld gerät der hohe Stellenwert *persönlicher Kontakte* innerhalb der Partei für Aktive, aber auch für Neulinge im Prozess der *politischen Sozialisation*.

4.1.3.1 *Politische Sozialisation*

Der Begriff *politische Sozialisation* bezieht sich – in Anlehnung an den allgemeinen Sozialisationsbegriff der Soziologie – auf die Vermittlung politischer Kenntnisse im Sozialisationsprozess durch Familie, *peer-groups* und Medien (Bonfadelli 1998). Bezogen auf die Aktivität in Parteien lässt sich die von einigen AutorInnen vertretene Annahme eines mit dem Eintritt ins Erwachsenenalter beendeten politischen Sozialisationsprozesses nicht aufrecht erhalten.⁷⁴ Auch wenn Michael Th. Greven zeigen kann, dass sich die These einer *gleichgerichteten* politischen Sozialisation in Parteien nicht zeigen lässt, geht er weiterhin davon aus, Parteien wichtige lebenslange Sozialisationsagenturen für ihre Mitglieder darstellen (Greven 1987: 23ff). Oskar

⁷⁴ Vielmehr dürfte der *politische Sozialisationsprozess* bezogen auf Parteien als *sekundäre Sozialisation* verstanden werden, wie sie bei Peter L. Berger und Thomas Luckmann (1977: 148ff) als Internalisierung institutionaler 'Subwelten' durch den Erwerb rollenspezifischen Wissens definiert ist.

Niedermayer beobachtet ebenfalls, wie – zumindest – bei einem Teil der länger an eine Partei gebundenen Personen aufgrund von innerparteilicher Sozialisation, aber auch aufgrund veränderter Lebensumstände Bindungsmotive sich wandeln (Niedermayer 1997: 331). Einen Überblick über Parteien als Binnensozialisationsinstanz für ihre Mitglieder gibt Elmar Wiesendahl (1996: 412ff). Er zählt drei Funktionen innerparteilicher Sozialisation auf: Erwerb und Verinnerlichung gemeinsamer Überzeugungen und Werthaltungen, Erwerb von 'Mitgliedsrollen' und den damit verbundenen Fertigkeiten, Kenntnissen und Verhaltensmustern, sowie die »sozioemotionale Integration des Neumitglieds in das Gruppen- und Beziehungsgefüge der Partei« (Wiesendahl 1996: 413). Von vielen anderen Sozialisationsagenturen unterscheiden sich Parteien durch die Freiwilligkeit der Mitgliedschaft. Deswegen ist politische Sozialisation innerhalb von Parteien auch kein zielgerichteter, begleiteter Prozess, in dem »aufgabengerechte organisationsspezifische Kenntnisse, Orientierungen, Werte und Normen erlernt und 'übertragen' werden« (Wiesendahl 1996: 414). Vielmehr erscheint die innerparteiliche Sozialisation als ein weitgehend eigenständiger und ergebnisoffener Lernprozess, der entsprechende *skills* voraussetzt:

Dies bedeutet für das Neumitglied, auf sich allein gestellt und ohne sich mit anderen 'Novizen' austauschen zu können, weitestgehend eigeninitiativ und selbstinterpretativ in die von den Parteiaktiven getragenen und eingespielten Interaktions- und Kontaktsysteme auf Basisebene hineinzuwachsen, Verunsicherungen zu überwinden, sich zurecht zu finden, einzugewöhnen, Meinungsstrukturen abzugleichen und die Teilnahmemöglichkeiten am Parteileben für sich zu erschließen. (Wiesendahl 1996: 414)

Politische Sozialisation innerhalb einer Partei ist also ein eigenverantwortlich organisierter Lernprozess, bei dem das neue Mitglied die Werthaltungen und Programmatik (»was ma' ja au' so bei seiner politischen Tätigkeit einfach mitbekommt«, A: 285-287) und die mit der Mitgliederrolle verbundenen Fertigkeiten (wie etwa das Einbringen eines Antrags, A: 849-850 oder das Halten einer Parteitagsrede, C: 546) und Kenntnisse (»wie 'n Parteitag abläuft«, B: 269) durch Ausprobieren (*learning by doing*) und anhand von Vorbildern lernt, und in dem das Mitglied – ganz wichtig – versucht, Anschluss an *Soziale Netzwerke* innerhalb der Partei zu finden. Wir haben es hierbei mit einem selbstverstärkenden Prozess zu tun – wer andere innerhalb der Partei kennt, hat mehr Möglichkeiten, durch Nachfragen oder Vorbildlernen etwas über die formellen und informellen Regeln der Partei 'mitzubekommen'. Die innerparteiliche *Beteiligung* eines Mitglieds wiederum hängt zu einem nicht unerheblichen Ausmaß davon ab, wie vertraut das Mitglied mit den Regeln, Fertigkeiten und dem Selbstbild der Partei ist. Je stärker ein Mitglied involviert ist, desto eher lernt es auch weitere Mitglieder der Partei kennen – was den Sozialisationsprozess beschleunigt und dazu ermutigt, eigene Erfahrungen zu machen.⁷⁵

Wichtig in diesem Sinne sind Parteitage als *Orte der Sozialisation*. Hier kann das Agieren in der Partei beobachtet und ausprobiert werden, und hier ist der Anschluss an innerparteiliche soziale Netzwerke möglich. Ähnliches gilt für die Treffen von Kreisverbänden, Arbeitsgruppen oder Jugendverbänden. Innerparteiliche *SozialisatorInnen* können Delegierte aus dem selben

⁷⁵ Ganz ähnliche Prozesse der politischen Sozialisation beschreibt Paul Tiefenbach in Bezug auf grüne ParlamentarierInnen und Parlamente (Tiefenbach 1998: 72ff). Die dabei erlernten Verhaltensweisen werden von diesen wiederum in die Partei zurückgetragen und ersetzen dort bisherige parteiinterne Regeln, was zu einer *Verstaatlichung* der Partei führt.

Kreisverband oder Menschen aus der gleichen Generation sein, es können aber auch Freunde und Bekannte sein, die als 'Alte Hasen' dem Neuling die Regeln der Partei nahe bringen.

4.1.3.2 *Persönliche Kontakte und soziale Netzwerke innerhalb von Parteien*

Persönliche Kontakte dienen aber nicht nur dazu, als Neumitglied in eine Partei hineinzufinden. Auch jenseits der politischen Sozialisation ist der hohe Stellenwert von *persönlichen Kontakten* zu beobachten.⁷⁶ So heben alle drei politisch erfahreneren InterviewpartnerInnen den besonderen Status direkter persönlicher Kommunikation und persönlicher Bekanntschaft für die Partei hervor (»des is' für die Politik wichtig, dass ma' au' die Leute kennt, mit denen ma' Politik macht«, A: 476-477). Die *Infrastruktur von Parteitag*en ist speziell darauf ausgelegt, persönliche Kontakte zu erleichtern (N1: 55-81). So gibt es außerhalb der Tagungshalle zumeist ein Cafe mit Stehtischen und zumindest bei größeren Parteitag

en oft auch einen Lounge-Bereich, der mit Tischen und Stühlen ausgestattet ist und es Gruppen aller Art ermöglicht, sich hier zu Gesprächen am Rande des Parteitags zusammenzusetzen. In eine ähnliche Richtung (und natürlich auch auf eine positive *Stimmung* und eine Steigerung der Identifikation mit der Partei) zielen von der Partei organisierte Feste am Abend des Parteitags. Persönliche Kontakte innerhalb der Partei kommen nicht nur während Parteitag

en vor. Sie können auch auf räumliche Nähe beruhen (z.B. in Kreisverbänden), auf eine geteilte Generations- oder Geschlechtszugehörigkeit oder auf politische oder persönliche Sympathie. Kennzeichnend für diese Kontakte muss dabei nicht unbedingt der Modus *face-to-face* sein. Insbesondere schon bestehende Kontakte können auch über telemediale *one-to-one*-Kommunikation aufrecht erhalten werden.

Es lassen sich verschiedene Formen persönlicher Kontakte innerhalb der Partei unterscheiden. Diese reichen von einem rein instrumentellen Charakter ('Parteifreunde', Lobbyismus – es soll über das Ansprechen der 'richtigen Leute' etwas erreicht werden) bis hin zu von der politischen Ebene unabhängigen privaten Kontakten, die aber im Rahmen von *Parteitag*en als *sozialen Ereignissen* erfolgen. Mischformen sind sowohl möglich wie auch häufig. Ein Beispiel für eine der verschiedenen Funktionen persönlicher Kontakte innerhalb der Partei ist es etwa, *Politik über persönliche Kontakte* zu machen – indem 'im Gespräch am Rande' versucht wird, andere Delegierte von der eigenen Position zu überzeugen, indem Mitglieder aus einer Strömung beim abendlichen Extratreffen versuchen, eine Strategie abzusprechen, oder wenn sich in der Lobby vor der Parteitagshalle 'Basismitglieder' um 'Promis' scheren. Ein ganz anderes Beispiel ist das kurze Nachfragen zur *Orientierung* – etwa zur *Lage*, aber auch zum *Verfahren* – bei den anderen Delegierten am selben Tisch beim Neu- oder Wiederbetreten der Halle. Und auch das rein privaten Treffen im Rahmen des Parteitags zwischen Menschen, die sich in der Partei kennen gelernt haben, zeigt den Stellenwert persönliche Kontakte innerhalb der Partei.

⁷⁶ Vgl. zur formellen und informellen politischen Kommunikation innerhalb von politischen Organisationen sowie gegenüber der Presse auch Göttrik Wewer (1998). Er stellt fest: »*Informelle politische Kommunikation ist immer direkte Kommunikation zwischen Menschen, also auf der Handlungsebene angesiedelt.*« (Wewer 1998: 325)

Die hohe Bedeutung persönlicher Kommunikation für die politische Meinungsbildung⁷⁷ – neben der Binnenrezeption externer Medienkommunikationen – wird durch die politikwissenschaftliche Literatur bestätigt. Elmar Wiesendahl hebt dabei besonders die »lokal verankerte und durch Tausende von unmittelbar-zwischenmenschlichen Interaktions- und Kommunikationsnetzwerken repräsentierte Kommunikationssphäre der Mitgliederorganisation« (Wiesendahl 1998: 443f; vgl. auch Sarcinelli 1998: 283) hervor, die unter den Mitgliedern dazu beiträgt »sich als Gesinnungsgemeinschaft zu konstituieren und zu vergewissern« (Wiesendahl 1998: 444). In dieser Binnenwelt der Mitgliederorganisationen (hier also der Kreis- und Ortsverbände) geht es »um die Befriedigung freizeitlicher und sozio-emotional ergiebiger und für einige auch intellektuell anregender 'Face-to-face'-Kommunikation. [...] Zwischenmenschliche Kommunikation besteht darin, dass untereinander vorgetragen, diskutiert, argumentiert, kritisiert, vorgeschlagen, gefordert und abgestimmt wird.« Bündnis 90/Die Grünen sind – vor allem auf der Landesebene – eine extrem kleine Partei (ca. 7.000 Mitglieder in Baden-Württemberg), so dass einiges dafür spricht, dass die Aussage von Wiesendahl hier bis zu einem gewissen Grad auf den Landesverband insgesamt ausgeweitet werden kann. Von dieser Binnenwelt grenzt er die instrumentelle Kommunikationssphäre des 'Managementbereichs der Partei' ab und konstatiert, »dass die innerparteilichen Kontakt- und Kommunikationsnetzwerke für das Gros der aktiven Mitglieder an den Ortsverbandsgrenzen enden.« Wer nicht in über die Grenzen der lokalen Strukturen hinausgehende Netzwerk eingebunden ist⁷⁸, erfährt vor allem aus den Massenmedien vom Handeln der Partei (Wiesendahl 1998: 445).⁷⁹ Damit sind – als Zwischenstand der Entwicklung – die Massenmedien für die meisten Mitglieder zu den Hauptträgern innerparteilicher Kommunikation geworden, mit gewissen Hoffnungen auf Veränderungen dieses Zustandes durch die partizipativen Potenziale der IuK-Technologien (Sarcinelli 1998: 284; vgl. zur politischen IuK-Nutzung in Parteien auch Abschnitt 2.1).

Für den kleineren Teil überregional aktiver Mitglieder⁸⁰ hingegen sind persönliche Kontakte die Bausteine für *soziale Netzwerke*⁸¹ und tragen dazu bei, diese zu stabilisieren und zu erweitern.

⁷⁷ Vgl. dazu auch die Suche nach 'Meinungsführern' in der Wahlforschung. Diesen wird ein erheblicher Einfluss auf die Stimmung vor einer Wahl zugeschrieben. In einer Analyse des Bundestagswahlkampfes 1998 rät Elisabeth Noelle-Neumann ausgehend von der These einer Stärker im Medienbereich anderen Parteien, beim nächsten Mal direkt auf die MeinungsführerInnen zu setzen. Lokalisiert hat sie diese stabilen und einflussreichen Persönlichkeiten am Stammtisch (*»Bei Interviews mit Frauen wird hinzugefügt: '... oder ein Kaffeekränzchen ...'«*; Noelle-Neumann 1998: 207, Fn 26) und will diesen Forschungsbereich ausbauen: *»Denn man kann erwarten, daß die persönliche Kommunikation am Stammtisch, im Kaffeekränzchen eine entscheidende Rolle für die Wirkung der Meinungsführer spielt.«* (Noelle-Neumann 1998: 207)

⁷⁸ Mit Wolfgang Falke spricht Wiesendahl davon, dass nur 10-15% der Mitglieder in einem innerparteilichen Kommunikationsnetzwerk integriert sind. Weitere 10-20% stoßen gelegentlich dazu. (Wiesendahl 1998: 444). Auch wenn sich diese Zahlen wohl auf die von Falke untersuchte CDU beziehen, dürfte es prinzipiell bei den Grünen nicht anders aussehen.

⁷⁹ Die Annahme von Trennlinien zwischen der Sphäre der Parteielite und der Sphäre der 'einfachen' (aktiven) Mitglieder würde auch erklären, warum die Annahme, dass es wichtig ist, die richtigen Leute (nämlich die innerhalb der Parteielite) zu kennen, um politisch etwas zu erreichen, so verbreitet ist. So stimmen etwa bei Greven (1987: 74f) je nach Partei 50,9% (Grüne) bis 86,6% (CDU) der befragten Parteimitglieder zu, dass Kontakte mit einflussreichen Mitgliedern ein (sehr) wirksames Mittel sei, die Parteiführung zu kontrollieren – zumindest in den Altparteien liegt dieses Mittel dabei deutlich vor Parteitag und weit vor innerparteilicher Opposition oder der Mobilisierung der Öffentlichkeit. In meiner eigenen Befragung der LDK-Delegierten stimmten 74,3% der Befragten ganz oder teilweise der These 'Wer etwas erreichen will, muss die richtigen Leute kennen' zu.

⁸⁰ Joachim Raschke unterscheidet – bezogen auf die Delegierten eines Parteitags – hier noch einmal vertikal zwischen den vor allem zuschauenden Passiven, den (auch am Redepult) besonders Aktiven aus der Parteiführung, und einer 'interaktiven Mittelschicht' (Raschke 1993: 533), die Anträge einbringen und begründen und zwischen Parteiführung und passiver Basis vermittelt. Horizontal unterscheidet er verschiedene Strömungen (Raschke 1993: 536). Wichtig ist hierbei, sich vor Augen zu halten, dass auch eher passive *Delegierte* eines Parteitags lokal meist zum aktiven Teil gehören.

Je nach Häufigkeit, Dauerhaftigkeit und Bindungsstärke stehen bestimmte persönliche Kontakte dabei eher im Zentrum oder an der Peripherie sozialer Netzwerke. Die so entstehenden⁸² *sozialen Netzwerke* dürfen nicht mit formalen oder informellen Gliederungen wie Kreisverbänden oder Strömungen verwechselt werden. Formale Gliederungen tragen über den *Prozess politischer Sozialisation* und die Möglichkeit zu persönlichen Kontakten dazu bei, dass sich teilweise überlagernde soziale Netzwerke entstehen, so dass von einer gewisse Überdeckung zwischen den Verdichtungs- und Überlappungsbereichen sozialer Netzwerke und Parteigliederungen auszugehen ist. Strömungen können als konzentrierte Überlappung mehrerer sozialer Netzwerke ohne formalen Rahmen bei relativ dichter Kommunikation beschrieben werden.

Soziale Netzwerke können nach ihrer Dichte und ihrem Ausmaß unterschieden werden, aber auch danach, ob sie bezüglich der Faktoren politische Meinung, Alter und Lokalität homogen oder heterogen sind. In einer Untersuchung über das ‘persönlich-politische Kontaktfeld’ (definiert durch die vier engsten Bekannten) von Parteimitgliedern kommt Greven (1987: 133ff) zu dem Schluss, dass hier – insbesondere bei längerer Parteimitgliedschaft – eine Homogenisierung in Richtung ähnlicher Parteineigung festzustellen ist. Zusätzlich lässt sich zeigen, dass die politische Ausrichtung innerhalb von persönlich-politischen Kontaktfeldern zwar relativ homogen ist, für ein und dieselben Partei aber erheblich differenziert. Dies kann als empirisches Indiz dafür gewertet werden, dass Parteien keine einheitliche und damit auch das jeweilige Bewusstsein prägende Organisation darstellen, sondern dass es vor allem die Verflechtungen des einzelnen Mitglieds in Interaktionen und ‘bewusstseinsrelevanten Kontakten’ sind, die die Wahrnehmung der jeweiligen Partei durch dieses Mitglied bestimmen. Mit anderen Worten: Parteien werden weniger durch die Identifikation mit der ‘Parteilinie’ zusammengehalten, als durch persönliche Kontakte und die sich daraus ergebenden sozialen Netzwerke. Auch das sich ergebende *Vertrauen in die Partei* dürfte ein wichtiges Stichwort sein.

4.1.4 Parteitage

»Ich find’ normale Parteitage au’ total spannend, deswegen geh’ ich da eigentlich au’ immer hin« (A: 783-784). Was macht Parteitage spannend? Zu unterscheiden sind hier vor allem die verschiedenen Nutzungsweisen von Parteitag, die unterschiedlichen *Funktionen von Parteitag* für die Mitglieder einer Partei.

⁸¹ Ganz allgemein können *soziale Netzwerke* ego-zentriert betrachtet werden, d.h. die Knotenpunkte des sozialen Netzwerks von ego sind die mit ego in starken oder schwachen Bindungen in Beziehung stehenden alteri, während die Kanten des Netzwerks den Beziehungen entsprechen. Diese alteri können beispielsweise Freunde, Verwandte, PartnerIn, ArbeitskollegInnen etc. sein, die jeweils untereinander wieder in Beziehung miteinander stehen können, was zu weiteren Kanten im ego-zentrierten Netzwerk führt. (Vgl. zur politischen Kommunikation in ego-zentrierten Netzwerken auch Schenk 1995; zur Veränderung ego-zentrierter Netzwerke durch das Internet Gräf 1997; Döring 1999a: 318ff). In dieser Arbeit gehe ich von einem erweiterten Netzwerkverständnis aus, d.h. zum einen werden nur die Mitglieder der Partei bzw. die der Partei nahestehenden alteri betrachtet, zum anderen bezieht sich der Begriff nicht mehr nur auf ein ego-zentrierte Netzwerke, sondern auch auf soziale Netzwerke, die nicht aus der Ego-Perspektive betrachtet werden, sondern idealtypisch jeweils alle jeweils miteinander in hinreichend starker Beziehung stehenden Mitgliedern der Partei umfasst (‘Cliques’). Größere soziale Gebilde innerhalb der Partei wie Strömungen würden dann aus mehreren hinreichend dicht miteinander vernetzten Cliques sowie möglicherweise deren Peripherien bestehen.

⁸² Andere soziale Netzwerke innerhalb der Partei sind mit den Mitgliedern dieser Netzwerke in die Partei hineingetragen worden. Vgl. dazu die Karriere von Joschka Fischer im Zusammenhang mit dem Aktivwerden der Frankfurter Sponti-Szene innerhalb der Grünen (Raschke 2001a: 49ff).



Abbildung 4.2 – Die Bühne bei der BDK Stuttgart (links) und der LDK Waiblingen (rechts)

4.1.4.1 Parteitage als Orte der parteiinternen Kommunikation

Wie im Abschnitt 4.1.3.2 beschrieben, stellen Parteitage einen Ort dar, an dem persönliche Kontakte zwischen Mitgliedern der Partei möglich sind. Allgemeiner gesagt, stellen persönlichen Kontakte einen Spezialfall *parteiinterner Kommunikation* dar. Als parteiinterne Kommunikation können genauso auch die Verhandlungen des Parteitags selbst beschrieben werden, aber auch Absprachen oder Debatten, die ganz außerhalb des Parteitags stattfinden. Neben dem Weg direkter Kontakte findet parteiinterne Kommunikation auch medial vermittelt statt – per Telefon, eMail, oder auch durch Rundschreiben, Mitgliedszeitungen und sogar durch externe Medienauftritte von Parteimitgliedern (vgl. Wiesendahl 1998). Parteitage eignen sich auch außerhalb der eigentlichen Parteitagsdebatte besonders als Orte der nicht medial vermittelten parteiinternen Kommunikation, weil sie eine geeignete Infrastruktur dafür bieten, weil hier viele normalerweise weit entfernt lebende Akteure der Partei an einem Ort und zu einem Zeitpunkt versammelt sind, und weil die Verhandlungen der Partei und die Auftritte der RednerInnen vielfältige Formen der Anschlusskommunikation ermöglichen. Der Zweck parteiinterner Kommunikation kann von *sozialen Komponenten* wie dem Wunsch nach Entspannung von der eigentlichen Parteitagsdebatte bis hin zur politischen Absprache und Lagebesprechung und dem Versuch der *Steuerung* des Parteitagsgeschehens reichen. Je nach Zweck und beteiligten Personen – und auch der Frage, ob es sich um eine Kommunikation zwischen Fremden oder zwischen gegenseitig Bekannten handelt – ist die Zugänglichkeit zu parteiinterner Kommunikation für Dritte unterschiedlich. Sie kann auf Parteimitglieder oder auf die Mitglieder bestimmter Gruppen (etwa die AntragstellerInnen zu einem bestimmten Thema) beschränkt sein, kann aber auch prinzipiell öffentlich sein. Das oft öffentlich sichtbare, ungern gesehene, aber von vielen als leider notwendig empfundene nicht-öffentliche Zusammentreffen ('Klüngeln'⁸³) erscheint als wichtiges Merkmal von Parteitag. Ebenso sind während des Parteitags Gespräche zwischen 'Promis' und JournalistInnen zu beobachten. Die Orte parteiinterner Kommunikation

⁸³ B definiert Klüngeln wie folgt: »des heißt ähm, ich red' mit meinen zwei, drei Bezugspersonen, und läster', oder schmiede Pläne, oder äh unterhalt mich einfach auch nur ganz normal und offen [Lachen], aber des ist dann auf 'nen [...] begrenzten Kreis beschränkt.« (B: 353-357). Auch bei C gehört Klüngeln – hier wohl stärker politisch gemeint – dazu, auch wenn ihm das nicht gefällt: »Also des is' schon, da, da halt ich's, für die innerparteiliche Kommunikation halt ich's für notwendig, für den Parteitag selber: weniger« (C: 1252-1254).

variieren dabei von der Lagebesprechung der Delegierten beim gemeinsamen Frühstück im Hotel über die – weil laut – ungern gehörte, aber immer wieder stattfindende Diskussion parallel zur Debatte in der Halle selbst bis hin zu Treffen in der Vorhalle oder in Restaurants außerhalb des Parteitagsgeländes (N1). Parteiinterne Kommunikation mit sozialer Funktion und der sonstige Ablauf des Parteitags finden oft auch parallel statt – »auch wenn ma' ... zuhört und mit abstimmt, äh, is' ma' ja umgeben von seinem Kreisverband und, oder anderen Leuten, die sich zu einem gesetzt ham, ähm, des heißt, also auch da ist das soziale Element da, also ganz strikt zu trennen ist es nicht« (B: 314-317). B schätzt, dass sie etwa 20% der Zeit auf dem Parteitag 'draußen verbummelt'. Aber es gilt auch: »Was in Erinnerung bleibt, ist natürlich auch bei 'nem realen Parteitag mehr des soziale ... Ding als jetzt die rein inhaltlichen Entscheidungen« (B: 44-46).

4.1.4.2 Parteitage zwischen Event und sozialem Ereignis

Zum *Parteitag als sozialem Ereignis* gehören allerdings nicht nur die vielfältige Möglichkeiten zur parteiinternen Kommunikation in der Halle oder durch *Rausgehen* aus der Tagungshalle. Auch die *Stimmung*, die *RednerInnen* und die vielfältigen nicht-alltäglichen Eindrücke gehören dazu. Wenn es spät wird, und zu viele zugleich rausgehen, und dann auch noch eine langweilige RednerIn redet, kippt die Stimmung (A: 786-792). Ist die Stimmung dagegen gut, trägt sie zum *Event-Charakter*⁸⁴ bei, ebenso wie die Herausgehobenheit aus dem Alltag (auch durch den besonderen Ort *Kongresshalle*, auch durch die Anwesenheit der Medien und deren Berichterstattung) und durch die für einen Parteitag typischen Rituale. »Die Form der Debatte .. also es isch sicher manchmal spektakulär, wenn's dann manchmal Knall auf Fall [kommt], Rückhol'[-Anträge] und ich weiß nicht was [...]« (C: 1546-1548). Gute und schlechte 'Parteitagsredner' (vgl. Tiefenbach 1998: 132ff), auch die Stars der Politik treten auf und halten – wenn alles gut geht – mitreißende Reden, die Menge lässt sich mitreißen, klatscht ausgiebig und identifiziert sich mit der Partei. All dies trägt zur besonderen Atmosphäre eines Parteitags bei, und kann ein Motiv dafür sein, an einem Parteitag teilzunehmen. Von ähnlicher Bedeutung innerhalb einer Partei ist nur noch das – allerdings lokale beziehungsweise durch das Fernsehen verbundene – gemeinsame Warten auf und Verdauen der Wahlergebnisse am Wahlabend. Ob ein Parteitag allerdings tatsächlich Event-Charakter hat, hängt nicht zuletzt auch vom Erfahrungshintergrund der jeweiligen TeilnehmerIn ab: wer schon lange dabei ist, wird ein und dieselbe Veranstaltung vielleicht eher als Parteitagsroutine begreifen (und sich vielleicht – Stichwort *Soziales Ereignis* – freuen, ein paar Bekannte zu treffen), während derselbe Parteitag von relativ neuen Mitgliedern noch als ein besonderes, außergewöhnliches Event wahrgenommen wird. In der längeren Entwicklung ist jedenfalls eine zunehmende 'Eventisierung' der Parteitage zu beobachten, Politik muss auch *Spaß* machen, »die erlebnisarme Veranstaltungsatmosphäre traditioneller Parteikultur [wird] wenn nicht prinzipiell in Frage gestellt, so doch zunehmend für ergänzungsbedürftig gehalten.« (Sarcinelli 1998: 290). Ulrich Sarcinelli sieht hier eine Reaktion der Parteien auf gesellschaftliche Veränderungen hin zur Mediendemokratie.

⁸⁴ Nach Winfried Gebhardt wäre ein Event hier ein planmäßig erzeugtes, außergewöhnliches Ereignis, das Zusammengehörigkeitsgefühl vermittelt (vgl. Gebhardt 2000).

4.1.4.3 Parteitage als Orte der Inszenierung von Politik

Bei der Betrachtung des Event-Charakters der Parteitage ist es schon angesprochen worden: Häufig laufen Parteitage – zumindest für die Grünen muss dazugesagt werden: inzwischen⁸⁵ – nicht irgendwie ab, sondern als einigermaßen geplante *Inszenierung von Politik*. Zu unterscheiden sind dabei zwei Formen der Inszenierung. Da ist zum einen die vor allem an der *Außenwirkung* orientierte Inszenierung, bei der es darum geht, bestimmte Positionen oder Personen mit Hilfe des Parteitags der (medialen) Öffentlichkeit zu präsentieren⁸⁶, sie in ein bestimmtes Licht zu setzen (vgl. Meyer / Kampmann 1998; Meyer et al. 2000; Dörner 2001: 123ff). Dies kann etwa dadurch geschehen, dass der interne Zeitplan hinter der öffentlichen Tagesordnung eine wichtige Rede kurz vor den Beginn der Tagesschau legt. Zum anderen kann Inszenierung sich auch auf *Parteitagsregie* beziehen, also auf den Versuch, über eine geschickte Steuerung der Versammlung (dazu gehört auch das richtige *Präsidium*) das Ergebnis des Parteitags zu beeinflussen (vgl. etwas bösehaftig dazu Tiefenbach 1998: 135ff). Hier muss das Interesse nicht in der Außenwirkung liegen, es kann ebenso um innerparteiliche Macht und die Durchsetzung bestimmter Themen und Personen gehen. Das Zusammenspiel aus Außenwirkung und Parteitagsregie macht im Extremfall die 'wirkliche Politik' unsichtbar: »Während demnach einem Massenpublikum auf der Vorderbühne durch Kommunikationsprofis eine Show der guten Politik geboten wird, machen die Eliten hinter den Kulissen, also im Reich der Realpolitik, in Ruhe ihre interessegeleiteten Tauschgeschäfte und Kuhhandel aus.« (Dörner 2001: 69; vgl. auch Sarcinelli 1998).

Zur Inszenierung der Parteitage gehören nicht nur ihre *zeitliche Struktur* (das Beispiel des Zeitplans), sondern auch ihre *räumliche Strukturiertheit*. Es ist kein Zufall, dass gerade bei den Bundesparteitagen (inzwischen auch bei den Grünen) eine regelrechte Bühnenlandschaft aufgebaut wird, mit fernsehtauglichem Hintergrund, neuerdings sogar mit der bei anderen Parteien schon länger bekannten Videowand, die Schwenks über die Menge genauso wie das Porträt der jeweiligen RednerIn zeigt. Über jedem Parteitag schwebt ein mehr oder weniger sinniges Motto. Oben auf der Bühne sitzt nicht nur das *Präsidium*, sondern – bei kleineren Parteitag in der ersten Reihe – auch die *Vorstandsmitglieder* und 'Promis' wie MinisterInnen oder die Fraktionsvorsitzenden. Damit orientiert sich nicht nur die Aufmerksamkeit der Menge und der Fernsehkameras nach vorne, wo zugeschaut werden kann, wie die 'Promis' abstimmen oder in Großaufnahme die Stirn runzeln.⁸⁷ Die räumliche Nähe zum Redepult ermöglicht es Vorstandsmitgliedern auch – hier stimmt noch, was Raschke schrieb, nur dass es ihnen heute nie-

⁸⁵ Vgl. dazu Sarcinelli (1998: 282, Fn. 42) und Knoche/Lindgens in Raschke (1993: 742ff) ; vgl. auch Greven, der die im Vergleich zu anderen Parteien recht hohen Erwartungen an Parteitage bei den befragten Grünen dadurch erklärt, »daß ja in der Tat noch die Parteitage der Grünen nicht jenes Maß an vorab bestimmter Inszenierung besitzen, daß auf ihnen spontane Willensbildung hin zum Eklat und Niederlagen der Parteiführung nicht noch möglich wären.« (1987: 76)

⁸⁶ Oskar Niedermayer (1993: 237) führt zu dieser Frage Hans Schuster an, der schon 1957 in Bezug auf die Selbstdarstellungsfunktion von Parteitag als der 'Heerschau der Parteien' sprach.

⁸⁷ Vgl. die heute nicht mehr gültige Beschreibung bei Raschke: »Die Parteiführung beherrscht auch nicht symbolisch den Parteitag wie bei den Etablierten. Bei den Grünen steht vorne ein tuchbedeckter Tisch für die Versammlungsleitung, wie bei der Jahresversammlung eines größeren Vereins, daneben ein Redepult; an der Stirnseite hängt eine großformatige politische Gebrauchsgrafik, oft von ortsansässigen KünstlerInnen oder KunststudentInnen phantasievoll entworfen und ausgeführt. Bei den etablierten Parteien ist die terrassenförmig auf das Podium plazierte Parteiführung der eigentliche Blickfang für TeilnehmerInnen und Kameras« (1993: 535).

mand mehr streitig machen würde – »immer schon am Mikrofon [zu sein], um einem Tagesordnungs- oder Geschäftsordnungs-Antrag zu widersprechen oder [...] die Gegenrede zu halten« (Raschke 1993: 536). Und nicht zuletzt stellt Nähe zum Redepult weite Entfernung zum Rest der Versammelten dar (bei BDKen ergänzt um die Zugangskontrolle zum Bühnenbereich) – das bietet *Sicherheit*.

Wie wichtig die *Außenwirkung* der Partei nicht nur für die Partielite, sondern auch für aktive Parteimitglieder ist, zeigt sich etwa darin, dass C, nach dem Schlimmstmöglichen für den Virtuellen Parteitag gefragt, als erstes darauf zu sprechen kommt, was passiert wäre, »wenn's keine Sau int'ressiert hätte, was wir da machen, ja, wir 'nen Haufen Geld ausgeben, da riesenviel Arbeit reinstecken und des keinerlei Wirkung nach außen hätte – ich denk, des wär so der, der worst case« (C: 1501-1504). Auch B sieht das Ziel des *Virtuellen* Parteitags vor allem in der *Außenwirkung* und knüpft 'PR-Maßnahmen' im Kreisverband daran (B: 6-12). Zu den Eigenschaften realer Parteitage gehört für sie – gefragt nach ihren Erfahrungen mit der Partei – aber auch die *Parteitagsregie* dazu: »[ich] hab' auch 'nen groben Einblick in was, was Parteitagsregie ist« (B: 269-270).

4.1.4.4 Parteitage als Orte der Meinungsbildung

»Parteitag is', is' ja letztlich das höchste Gremium, ähm und des wichtigste Instrument an einer Partei« (B: 665-667).

Zu den genannten Funktionen tritt eine weitere, sehr zentrale Funktion hinzu⁸⁸: trotz der hohen Bedeutung der sozialen Komponenten, trotz der nach außen gerichteten Inszenierung, trotz der Versuche der Steuerung durch die Partielite sind und bleiben Parteitage Orte der *Meinungsbildung* einer Partei – zumindest, solange diese sich noch als Mitgliederparteien versteht (vgl. Sarcinelli 1998: 293). Diese Funktion wird grünen Parteitagern ausgehend vom hohen Stellenwert der Basisdemokratie (vgl. dazu aber auch Salomon 1992) noch immer in einem besonderen Maße zugeschrieben. Und auch wenn grüne Parteitage längst nicht mehr so unstrukturiert und chaotisch verlaufen, wie sie Raschke (1993: 529ff) noch beschreibt, so gilt weiterhin, dass Parteitage immer noch und immer wieder für Überraschungen gut sind und die *Delegierten* in *Abstimmungen* und *Wahlen* Entscheidungen fällen, die sichtlich auf der jeweiligen *Meinungsbildung* der Delegierten und nicht auf vorab gefällten Entscheidungen aus dem Parteimanagement beruhen. Dementsprechend sehen Delegierte in der Meinungsbildung und im Abstimmen auf wichtige *Pflichtaufgaben*. Die Meinungsbildung geschieht dabei nicht nur durch das *Verfolgen der Debatte*, sondern auch durch schon vorher bestehenden Überzeugungen, durch die vorherige Diskussion im *Kreisverband*, durch die Orientierung an Vorbildern (»von denen ich in der Vergangenheit ähm ... festgestellt hab', dass sie ähm 'ne ähnliche, also häufig die Position vertreten ham, die die ich für mich auch hatte [...] und sich vielleicht aber intensiver mit 'nem Thema auseinandergesetzt ham«, C: 659-666) oder durch *persönliche Kontakte* auf dem Parteitag. Zugleich orientieren sich die Delegierten an der *Stimmung*, die z.B. durch eine Parteitagsdebatte mit

⁸⁸ Die inhaltliche und personelle Willensbildungs- und Kontrollfunktion ist parteiengesetzlich vorgegeben. Allerdings ist hierbei zu beachten, dass je nach normativem Demokratiekonzept die zentrale Rolle der Meinungsbildung und der innerparteilichen Demokratie durchaus unterschiedlich gesehen wird; z.T. wird die Meinungsbildungsfunktion als dysfunktional angesehen und durch innerparteiliche Willensbildung von oben nach unten bzw. innerparteiliche Elitenkonkurrenz ersetzt. In den Vordergrund rückt dann die hier nicht berücksichtigte Funktion von Parteitagern, die Partielite demokratisch zu legitimieren und Personal zu rekrutieren. (Niedermayer 1993)

emotional aufgeladenen und rhetorisch versierten RednerInnen beeinflusst werden kann, aber auch durch Beifall und Buh-Rufe. Formal vorgesehene Möglichkeiten für die Delegierten, sich in die Meinungsbildung einzubringen, sind neben dem Abstimmen das *Halten von Reden*, das *Einbringen von Anträgen* sowie *Anträge zur Geschäftsordnung*. Die einzelnen Anträge liegen den Delegierten in vorab verschickten Aussendungen bzw. als Tischvorlagen vor; oft werden diese erst auf dem Parteitag selbst studiert. Raschke spricht davon, dass von den Delegierten die »Leistungen einer aufmerksamen Abstimmungsmaschine erfordert« (Raschke 1993: 534) werden.

Das Ergebnis dieses innerparteilichen Meinungsbildungsprozesses sind Beschlüsse der Partei – Resolutionen, Positionspapiere, Wahlprogramme. Während größere und grundsätzliche Anträge zumeist von ‘Promis’ – aus dem Vorstand oder den Fraktionen, gerne auch gemeinsam – *eingebracht werden*, und dann nach einer Generalaussprache die Debatte um einzelne von Kreisverbänden oder Delegiertengruppen, seltener von politisch anders positionierten Teilen der Parteilite gestellte Änderungsanträge geführt wird, kommen aus den Kreisverbänden heraus initiativ meist eher kleinere Anträge oder Resolutionen; ein großer Teil dieser ‘V-Anträge’ wird nicht behandelt (vertagt oder nicht befasst) oder durch Gegenreden von ‘Promis’ erledigt (N1). Die Beschlüsse des Parteitags werden als bindend betrachtet. Es herrscht die Hoffnung, dass die Parteispitze sich im großen und ganzen daran halten wird – eingeschränkt durch die Erkenntnis, dass ‘se’ »nen Parteitagsbeschluss eben nich’, nich’ beachten, ja, ich mein’ des machen se immer wieder, aber des is’, ja, da gibt’s dann doch entsprechend Protest, hoff ich.« (C: 982-984; vgl. auch Greven 1987). Festzuhalten bleibt, dass sich Parteitage gegenüber anderen Veranstaltungsformen durch die *innerparteiliche Meinungsbildung* (und Personalentscheidung) durch Abstimmungen und Wahlen unterscheiden; diese ist also ein distinktives Merkmal für Parteitage.

4.1.4.5 Regeln des Parteitags und Handlungsrollen

Der Parteitag wird durch bestimmte formale und informelle *Regeln* und *Handlungsrollen* (bzw. Erwartungshaltungen) strukturiert. Dazu kommen die von den Delegierten beschlossene Tagesordnung und der dahinter stehende Zeitplan der *Parteitagsregie*, die für eine *zeitliche Strukturierung* sorgen. Formale Regelungen finden sich im gesetzlichen Rahmen (vgl. Niedermayer 1993; Pogunkte 1994), in Satzung und Statuten der Partei sowie in der Geschäftsordnung des Parteitags. Weitere teils durch externe Faktoren (Stichworte Mediendemokratie, Parlamentarisierung) verursachte, teils in der *politischen Sozialisation* vermittelte informelle *Regeln* treten hinzu. Aber auch die explizit festgelegten Regelungen in der Satzung sind bei den Grünen immer wieder Ausgangspunkt für ‘Strukturdebatten’. Teilweise kommt es statt dessen zur Gewöhnung an eine von der formalen Festlegung abweichende tatsächliche Handhabung.

Formal liegt die Hoheit über den Ablauf des Parteitags während des Parteitags beim vom *Vorstand* vorgeschlagenen und von den *Delegierten* akzeptierten *Präsidium*. Im Präsidium nehmen Vorstandsmitglieder und enge Vertraute des Vorstands oft eine wichtige Stellung ein. Auch die Tagesordnung wird vom Vorstand vorgeschlagen. Er hat daneben ein eigenes Antragsrecht. Als Antragsteller von Leitanträgen und oft als ‘gesetzte’ RednerInnen in wichtigen Debatten ist die *Präsenz* des (geschäftsführenden) Vorstands extrem hoch; dies wird durch die exponierte räum-

liche Platzierung unterstrichen. Es kann davon ausgegangen werden, dass auch die Entscheidungen der (politischen) *Parteitagsregie*, die gewählte *Inszenierung* maßgeblich vom Vorstand beeinflusst sind. Da bei den Grünen der gleichzeitige Parteivorsitz und ein politisches Mandat ausgeschlossen sind, dienen exponierte Vorstandsposten oft als Sprungbrett, um in ein Parlament oder in ein Ministeramt zu kommen. Die mit *Außenwirkung* verbundene *Präsenz* ist hier auch im Sinne eines politischen Starsystems hilfreich. Eine ähnlich exponierte Stellung im Parteitag nehmen weitere 'Promis' ein – Bundestagsabgeordnete, Fraktionsvorsitzende, MinisterInnen. An diese wie auch an die 'FachpolitikerInnen' aus den Parlamenten richtet sich zudem die Erwartungshaltung der Delegierten, aktiv in Erscheinung zu treten, Anträge zu begründen und die politische Situation samt den eigenen Erfolgen zu erläutern, aber auch Rechenschaft abzulegen. Entsprechend groß ist die *Aufmerksamkeit* während der Redebeiträge der 'Promis', in deren Glanz sich die 'einfachen' Delegierten gerne ein wenig sonnen. Erkennbar sind bundesweit bekannte 'Promis' oft daran, dass sie beim Gang zu ihrem Platz auf der Bühne von *Presstteams* verfolgt und neuerdings von Sicherheitsleuten begleitet werden. Viele *JournalistInnen* sind erfahrene ParteitagsbeobachterInnen und kennen sich untereinander ebenso wie die wichtigen Akteure in der Partei recht gut. Sie haben ihren abgegrenzten Bereich in der *Raumstruktur* des Parteitags, bei großen Parteitagen auch für andere nicht zugängliche Presseräume.

Das *Präsidium* ist demgegenüber Mittler zwischen *Delegierten* und der *Parteitagsregie*. Es ist nicht zu hochkarätig besetzt, dafür aber oft mit vertrauten Gesichtern, erfahrenen 'alten Hasen'. Nach Möglichkeit greift das Präsidium nicht aktiv sichtbar in politische Debatten ein. Die RednerInnen werden vom Präsidium ausgelost, aufgerufen und an ihre Zeit erinnert. Es werden Verfahrensvorschläge gemacht und Abstimmungen durchgeführt. Gerade bei den familiäreren Landesparteitagen sorgt das Präsidium für kleine Aufmunterungen, etwa in Auszählpausen. Wenn auch ab und zu, etwa bei sehr knappen Entscheidungen, Protest zu hören ist ('Noch mal auszählen!'), so *vertrauen* die Delegierten doch grundsätzlich dem Präsidium.

Die *Delegierten* schließlich sind Bindeglied zwischen der Landespartei und ihren jeweiligen Kreisverbänden. Je nach Situation bei der Aufstellung, je nach Themen, je nach Persönlichkeit und je nachdem, ob sie etwas erreichen wollen (ein Amt, oder auch die Durchsetzung eines politischen Zieles), *beteiligen* sie sich unterschiedlich stark. Sie lesen gewissenhaft die vorliegenden Anträge oder bringen welche ein, halten ab und zu selbst Reden – etwa um Anträge ihres Kreisverbandes zu begründen –, unterhalten sich, regen sich auf und verfolgen die Debatte, um sich eine *Meinung zu bilden*. Erfahrenere Delegierte geben Neulingen Tipps und wissen schon vor dem Präsidium, was jetzt als nächstes kommt. Sie erwarten aber auch, dass das Präsidium die Versammlung vernünftig leitet, und dass die Teile der Parteilite, mit denen sie sich identifizieren, zum richtigen Zeitpunkt aktiv werden. Sie entscheiden autonom, ob ihnen ein Tagesordnungspunkt oder eine Rede wichtig ist, oder ob jetzt der richtige Zeitpunkt ist, um in das Foyer oder die Stadt *rauszugehen*, um soziale Beziehungen zu pflegen, sich von der konzentrierten Parteitagsarbeit auszuruhen, etwas zu essen. Und am Abend gehen sie mit den ihnen bekannten Delegierten zu Strömungstreffen oder zum gemütlichen Beisammensein.

4.1.4.6 Zentrale Stellung des Parteitags im Innenleben der Partei?

Innerhalb der Partei nehmen Parteitage eine zentrale Stellung ein und bündeln eine ganze Reihe von Funktionen (vgl. hierzu auch Niedermayer 1993: 237ff). Sie verbinden die Funktion der innerparteilichen *Meinungsbildung* mit dem *sozialen Ereignis* 'Parteitag'. Sie sind sowohl die Orte, an denen entscheidend zur *Außenwirkung* der Partei beigetragen wird⁸⁹ – was immer auch eine Frage der *Inszenierung* ist – als auch die Orte, an denen direkte *parteiinterne Kommunikation* stattfinden kann, die wiederum soziale Funktionen mit der Möglichkeit zur *Politik über persönliche Kontakte* verbindet. Parteitage sind wichtige Orte der *politischen Sozialisation*, und ein großer Teil der parteiinternen *Regeln* und *Rollenerwartungen* beziehen sich auf Parteitage. Nicht zuletzt strukturieren Parteitage die Erinnerung an das Geschehen innerhalb einer Partei und bilden dadurch die Meilensteine des kollektiven Gedächtnisses einer Partei.⁹⁰

Allerdings wäre es naiv, eine zentrale Stellung aller Parteitage für alle Mitglieder anzunehmen. Für Mitglieder, deren politischer Ereignishorizont mit dem Rand des Kreisverbandes zusammenfällt, stellen Parteitage bestenfalls interessiert verfolgte Themen der Medienberichterstattung und schlimmstenfalls in Form des Berichts vom Parteitag klagend hingenommener Ballast auf den lokalen Versammlungen dar. Ebenso wurde hier die Positionierung von Fraktion und Parteiführung zu Parteitag ausgeklammert; für diese sind Parteitage oft eher ganz instrumentell das Mittel, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen, und dabei immer in Gefahr, durch falsche Entscheidungen der 'Basis' zu kippen. Die von Raschke (2001a) beklagte, durch das Fehlen eines strategischen und ideellen Zentrums entstandene Lücke innerhalb der Partei wird so auf keinen Fall durch den Parteitag ausgefüllt. Aus dieser Sicht sind Parteitage vielleicht das Schlachtfeld auf dem die KontrahentInnen aufeinandertreffen, bilden also eine Art Infrastruktur. Aber auch die Strukturierungsfunktion der Parteitage für das Gedächtnis der Partei ist nicht unbestritten. Sie steht in harter Konkurrenz zu den Wahlkämpfen und Wahlen, dem zweiten von der Partei geteilten Strukturierungselement. Schließlich muss zur Frage, ob Parteitage eine zentrale Stellung innerhalb der Partei einnehmen, auch zwischen verschiedenen Formen von Parteitag unterschieden werden. Der von knapp tausend Menschen besuchte, von *Phoenix* komplett übertragene, in grelles Scheinwerferlicht getauchte große Bundesparteitag bleibt zumindest ganz anders in Erinnerung als der kleine eintägige Landesparteitag, bei dem mit langatmigen Referaten die inhaltliche Debatte über ein Thema ohne große Differenzen geführt wird.

4.1.5 Fazit: Parteien und Parteitage

Es ist deutlich geworden, dass Parteien in der sozialen Wirklichkeit ihrer Mitglieder weit mehr als auf den Zweck der politischen Meinungsfindung hin ausgerichtete Veranstaltungen sind. Die Funktion der *Meinungsbildung* zeichnet zwar Parteitage aus, ignoriert aber eine Vielzahl

⁸⁹ Jedenfalls hat der durch den 5-DM-pro-Liter-Benzin-Beschluss legendär gewordene Magdeburger Bundesparteitag von 1998 innerhalb der grünen Partei diesen Ruf.

⁹⁰ Vgl. die 'grüne Geschichte' auf www.ba-wue.gruene.de, die vor allem aus einer Ansammlung von Parteitag und deren Themen besteht, oder auch die Chroniken etwa bei Hermann / Schwegler-Rohmeis (1989) oder bei Raschke (1993). Auch die Tatsache, dass etwa bei C ein bestimmter Parteitag als Eintrittsgrund genannt wird, spricht für diese strukturierende Funktion der Parteitage für die Parteigeschichte.

weiteren Funktionen, die Parteitage für die Partei und für die Parteimitglieder haben. Was verbinden Parteien und ihre Mitglieder? Neben der durch die Programmatik und Werthaltungen vermittelten *Identität*, die eine Partei zur Partei eines Mitglieds macht, sind es vor allem – zweckfreie oder zweckgebundene – *soziale Netzwerke* um die einzelnen Mitglieder herum, die in ihren Verschränkungen und Knotenbildungen das Grundgerüst der Partei darstellen; ein Grundgerüst, das jenseits der öffentlichen Darstellung vor allem auch Kanäle der Kommunikation bereitstellt, über die innerparteiliche Politik fließen kann, über die Politik ‘gemacht’ wird.⁹¹ *Politische Sozialisationsprozesse* dienen aus dieser Sicht einerseits der Vermittlung der Parteiidentität und der notwendigen Fertigkeiten und Kenntnisse, andererseits aber auch dem Anschluss an bestehende soziale Netzwerke innerhalb der Partei – die wiederum zur erfolgreichen politischen Sozialisation beitragen. Diese Anschlüsse, die *persönliche Kontakte* voraussetzen, können auf räumlicher Nähe beruhen – dies ist bei Orts- und Kreisverbänden der Fall. Sie können auf inhaltlicher Nähe oder auf Sympathie beruhen. Insbesondere dann sind sie verstärkt auf das realräumliche Zusammentreffen der Parteimitglieder auf Parteitagen angewiesen. In diesem Sinne sind Parteitage nicht nur Arenen der *Inszenierung* von Politik und Foren der *politischen Meinungsbildung*, sondern stellen herausgehobene *soziale Ereignisse* und Orte innerparteilicher Kommunikation innerhalb der Partei dar. Damit tragen sie zur Reproduktion der Partei über eine bloß imaginär bleibende Vergemeinschaftung hinaus bei.

4.2 Der Virtuelle Parteitag und die Logik der Partei

Es geht nun darum, den Virtuellen Parteitag als Hybrid aus Parteitag und computervermittelter Kommunikation mit der *Logik der Partei* in Beziehung zu setzen. Auch wenn der Virtuelle Parteitag als Analogon zu einem kleinen Landesparteitag geplant war, so liegt es doch nahe, zum Vergleich (aus Sicht der Teilnehmenden) den archetypischeren ‘großen’ Parteitag heranzuziehen. Dass Unterschiede zwischen Virtuellem und herkömmlichen Parteitag bestehen, ist offensichtlich (vgl. die ‘Tagungshallen’ in Abbildung 1.1 und Abbildung 4.2). Wo liegen die Gemeinsamkeiten, welche Unterschiede sind aus dem Fehlen von Elementen der *Logik der Partei* zu erklären (Tabelle 4.1)?

4.2.1 Handlungsrollen und Akteure

Gemeinsam haben die beiden Parteitagsformen in erster Linie die Akteure – sowohl im abstrakten Sinn der Handlungsrollen von *Delegierten*, *Landesvorstand* und *Präsidium* als auch im ganz konkreten Sinn (77,5% der zum Virtuellen Parteitag befragten TeilnehmerInnen haben zuvor schon mindestens einen Parteitag besucht). Die Übernahme der – in den Namenszeilen

⁹¹ In einer ganz anderen sozialen Welt haben Susan Leigh Star et al. (1997) ganz ähnliche Beobachtungen gemacht: Bei der Untersuchung der Frage, wie Individuen im Bereich der Wissenschaft auf relevante Informationen zugreifen, stellte sich heraus, dass im Lauf einer akademischen Karriere die Kenntnis über Informationsartefakte und die Mitgliedschaft und Praxis in dieser sozialen Welt konvergieren. Dazu trägt das Sich-Herausbilden von Forschungsinteressen und entsprechende Kontakte während des Studiums – hin zu einem wachsenden sozialen Netzwerk – ebenso bei wie später beispielsweise der Einbezug als ProfessorIn in den *peer-review*-Prozess wissenschaftlicher Zeitschriften. »Through all of these levels of involvement, channels were established along which information flowed.« (Star et al. 1997, Kapitel 2). Entsprechend könnte für Parteien auch gesagt werden, dass sich mit der zunehmenden Dauer der aktiven und stärker involvierten Mitgliedschaft Kanäle herausbilden, über die politische Prozesse ablaufen.

Für den Virtuellen Parteitag wichtige Elemente der Logik der Partei	Im Virtuellen Parteitag fehlende Elemente der Logik der Partei
<i>Handlungsrollen</i> • Delegierte (inkl. Aufstellung, Aufgaben), Individualisierungstendenz • Landesvorstand (aber weniger präsent) • Präsidium (aber z.T. mit anderer Funktion) <i>Parteiinterne Kommunikation</i> • Relevanz präformierter sozialer Netzwerke • Persönliche Kontakte zwischen Bekannten außerhalb des Parteitags und eingebettet als 'Dialoge' im Parteitagsgeflüster • Parteitagsgeflüster mit Plenarfunktion <i>Event-Charakter</i> • z.T. aus dem Alltag herausgehoben • z.T. Schaffung von Gemeinsamkeiten • Stimmung (stark eingeschränkt) <i>Parteitagsregie, Außenwirkung</i> • Auf Außenwirkung bedachte Inszenierungslogik, wenn die Form des Virtuellen Parteitags selbst als Botschaft betrachtet wird • zeitliche Strukturierung (eingeschränkt) • herausgehobene Rolle 'Promis' (so aktiv) • Parteitagsregie während des Parteitags durch Techniker, Präsidium; im Vorfeld durch den Landesvorstand (eingeschränkt) <i>Meinungsbildung</i> • Ergebnis des Parteitags: Beschlüsse • Debatte, aber anderer Charakter der Redebeiträge (Textform), kleinere Hemmschwelle • Strukturierung durch Abstimmungen • Vertrauen in das Präsidium • Orientierung an Stimmung (eingeschränkt) • Verfahrenstricks (eingeschränkt) • Absprachen (eingeschränkt, unsichtbarer)	<i>Handlungsrollen</i> • 'Promis' (teilweise) • besonders hervorgehobene GastrednerInnen • Presse (da unsichtbar) <i>Parteiinterne Kommunikation</i> • Aufbau und Ausbau sozialer Netzwerke • Politische Sozialisation • Persönliche Kontakte zwischen Fremden • Infrastruktur für persönliche Kontakte • Flüchtige Nebenbei-Kommunikation <i>Event-Charakter</i> • Parteitag als soziales Ereignis • Gemeinsamkeit durch Kopräsenz • Stimmung / Atmosphäre • 'große Reden' • Inszenierung, Anwesenheit der Medien • Herausgehobener Ort: Kongresshalle <i>Parteitagsregie, Außenwirkung</i> • Inszenierung von politischen Botschaften und Personen durch Bild, Ton, Situation • räumliche Strukturierung • Parteitagsregie durch den Landesvorstand (während des Parteitags) <i>Meinungsbildung</i> • Ergebnis des Parteitags: Wahlen • Debatte: Halten von Reden, stark strukturiert und geregelt, große Hemmschwelle • persönliche Kontakte, informelle Debatte • Orientierung am Abstimmungsverhalten von Vorbildern (stark eingeschränkt) • Möglichkeiten des Protestes gegen Entscheidungen • Anträge zur Geschäftsordnung⁹²

Tabelle 4.1 – Elemente der Logik der Partei im Virtuellen Parteitag

auch als solche gekennzeichneten – *Handlungsrollen* in den Parteitag führte zu entsprechenden *Erwartungen*; so wundert sich C darüber, dass er Anträge einbringen muss, die auf einem 'normalen' Parteitag sicher von den entsprechenden 'Promis' aus der Bundestagsfraktion vertreten worden wären. Das Erfahrungswissen aus herkömmlichen Parteitagen trifft nur noch zu einem Teil zu.

⁹² Abgesehen vom als Verfahrenstrick zu wertendem Nichtbefassungsantrag in der Tarifautonomie-Debatte (vgl. 3.2.2.2)

Die Aufgaben der *Delegierten* (vgl. auch Abschnitt 3.5.2, Beteiligungsformen) ähneln denen der Delegierten beim herkömmlichen Parteitag. Allerdings lässt sich beobachten, dass die Möglichkeiten zur Beteiligung durch die niedrigere *Hemmschwelle* für Redebeiträge erweitert sind, und dass das *Unterstützen und Einbringen von Anträgen* weniger aufwendig erscheint. Zugleich fällt allerdings die orientierende Funktion des das Verfahren ausführlich erläuternden Präsidiums weg und wird durch schriftliche Durchsagen ersetzt. Ebenso ist die orientierende Funktion von Vorbildern aus der Partielite nur insoweit realisiert, als diese sich in Beiträgen zu Wort melden. Das eventuelle Ausdrücken der Anträge, das immer wieder neue, aktive Suchen nach neuen Anträgen und Änderungen verschiebt gewisse Verantwortlichkeiten von Präsidiums bzw. Geschäftsstelle zu den einzelnen Delegierten. Kurz gesagt: sowohl die *Verantwortung* als auch die *Beteiligungsmöglichkeiten* der Einzelnen nehmen zu. Da zugleich die soziale Unterstützung reduziert wird, kann dies als Schritt in Richtung *Individualisierung* betrachtet werden (vgl. Beck / Beck-Gernsheim 1994; Junge 1996; vgl. auch Döring 1999a: 28).

Für den *Landesvorstand* bedeutet der Wechsel in den Virtuellen Parteitag einen Verlust an Kompetenzen. Es ihm weiterhin möglich, im Vorfeld über Tagesordnung und Rahmenbedingungen zu entscheiden; schon hier ist das nicht bei allen Vorstandsmitgliedern vorhandene Wissen über die Möglichkeiten und Grenzen der technischen Gestaltbarkeit allerdings entscheidend, um die Konsequenzen der Rahmenbedingungen richtig einschätzen zu können. Auch während des Parteitags spielen das Erfahrungswissen des Vorstands, dass ihm neben seinem Status die *Parteitagsregie* ermöglicht, eine geringere Rolle. Stattdessen gewinnen jetzt *Präsidium* und insbesondere die technischen Akteure im Präsidium an Macht. Der im wörtlichen wie im übertragenen Sinne herausgehobene Standpunkt des Vorstands wird im Virtuellen Parteitag zu einem großen Teil egalisiert. Anwesenheit alleine zählt nicht mehr als *Präsenz*, und die Redebeiträge des Vorstands konkurrieren nun mit zahlreichen anderen um Aufmerksamkeit und Beachtung. Dementsprechend verwundert es nicht, dass die beiden Vorsitzenden mit vielen Redebeiträgen und täglichen Begrüßungen deutlich gemacht haben, dass sie da sind.

4.2.2 Soziale Netzwerke und persönliche Kontakte

Mit den konkreten Akteuren sind auch die bestehenden *sozialen Netzwerke* in den Virtuellen Parteitag hinein gewandert. Anders sieht es allerdings mit der Möglichkeit *persönlicher Kontakte* aus. Diese finden zwar auch im Virtuellen Parteitag statt, haben aber einen ganz anderen Charakter. Dazu trägt nicht nur das Fehlen von Bild, Eindruck und nonverbaler Kommunikation bei, sondern vor allem auch das Fehlen allgemein zugänglicher nicht-öffentlicher Kommunikationsmöglichkeiten. Wer im selben Kreisverband Mitglied ist, trifft sich vielleicht *parallel* zum Virtuellen Parteitag privat (und freut sich über die lebhafteste Diskussion vor dem Bildschirm), wer sich – politisch oder persönlich – gut kennt, greift vielleicht zum Telefon oder zur eMail. Nichts davon hat die Leichtigkeit einer kurzen, orientierungssuchenden Frage, nichts davon den unverbindlichen Charakter, jemand im Foyer auf die soeben gehaltene Rede anzusprechen. Und genauso wenig ist es möglich, zu mehreren zusammenzukommen (‘klüngeln’).

Auch das *Parteitagsgeflüster* – das ja explizit als Ersatz für die ‘Kaffee-Ecke’ herkömmlicher Parteitage eingerichtet wurde – hatte aufgrund seiner Öffentlichkeit andere Funktionen als der Raum außerhalb der Tagungshalle. Wer in das Parteitagsgeflüster geschrieben hat, tat dies anfangs, um das Tool Virtueller Parteitag auszuprobieren oder die eigene *Präsenz* kenntlich zu machen. Später kristallisierte sich hier ein Ersatz für das beim Virtuellen Parteitag nicht vorhandene *Plenum* heraus, so dass hier an alle gerichtete Durchsagen sowohl des Präsidiums als auch einzelner TeilnehmerInnen stattfanden; nicht zuletzt wurde hier in einem gewissen Rahmen auch das Gefühl *gemeinsamer Parteiidentität* vermittelt. Zum Schluss hin bot es die Möglichkeit zu Reflektion. Darüber hinaus nutzen Einzelne das Parteitagsgeflüster tatsächlich so, wie sie ein Foyer genutzt hätten – für in das öffentliche Geflüster eingebettete private *Dialoge*.

Das Fehlen einer Möglichkeit, sich während des Parteitags in Gruppen privat zu unterhalten, hatte Auswirkungen auf die *Steuerbarkeit* und die *Machtverhältnisse* im Parteitag – jeder Versuch der Absprache muss jetzt gezielt organisiert werden, was eine spontane Koordination verhindert. Sind allerdings wie bei der Parteilite entsprechende Ressourcen der Koordination vorhanden, so können damit durchaus Absprachen getroffen werden. Zugleich werden Machtverhältnisse noch ein Stück weit unsichtbarer als auf dem herkömmlichen Parteitag, ohne dadurch in ihren Wirkungen zu verschwinden. Weder das Zusammenstehen noch das gemeinsame Fehlen einer größeren Gruppe ist für andere sichtbar; es sieht auch niemand, wie sich die Mitglieder der Parteilite verhalten. Auch in Bezug auf die *politische Sozialisation* ist der Virtuelle Parteitag stark eingeschränkt. So fällt die Möglichkeit weg, unauffällig noch Fremde kurz nach etwas zu fragen oder dabei zuzuschauen, wie andere vorgehen. Zwar werden auch hier identitätsstiftende Inhalte vermittelt, aber auf herkömmliche Parteitage übertragbare spezifische Fertigkeiten und neue persönliche Kontakte können nicht mitgenommen werden. Anders sieht es – wie gezeigt – aus, wenn *persönliche Kontakte* schon vorher existieren; dann konnte der Virtuelle Parteitag in vielfältiger Form zur Aktualisierung dieser Kontakte genutzt werden.

4.2.3 Meinungsbildung

Gemeinsam ist beiden Parteitagen die *Meinungsbildung* in Form von *Abstimmungen*, sowohl bezogen auf die *Pflichtaufgaben* der Delegierten als auch bezogen auf den Parteitag insgesamt, und damit auch Beschlüsse als Ergebnis der Abstimmungen. Trotz einiger Beiträge, die aufgrund missliebiger Ergebnisse die Bindung der im Virtuellen Parteitag zustande gekommenen Beschlüsse in Frage stellten, gelten diese ebenso wie Beschlüsse eines herkömmlichen Parteitags. Die gewählten Themen wiesen allerdings absichtlich einen mittleren Grad der Relevanz für die Partei auf. Personalentscheidungen waren im Virtuellen Parteitag nicht vorgesehen.

Während die Form der *Abstimmungen* zwischen herkömmlichen und virtuellen Parteitagen differiert – so ist dort die schriftliche Abstimmung die Ausnahme, hier die Regel, so unterscheiden sich beide Formen der Abstimmung erheblich darin, wie kompliziert der Abstimmungsvorgang ist – hat allein die Tatsache, dass Abstimmungen durchgeführt werden, einen stark strukturierenden Charakter auf die Debatte und den Zeitverlauf des Virtuellen Parteitags (vgl. Abschnitt 3.3). Dies – die radikale Veränderung des Diskussionsbedarfs vor und nach

einer Abstimmung, den schließenden Charakter der Beschlüsse – teilen beide Parteitage. Auch nach einer Abstimmung kann es noch Diskussionsbedarf zum abgestimmten Thema geben, aber dieser wird dann Diskussionsbedarf über das Ergebnis der Abstimmung oder das weitere Vorgehen sein. Genauso wird vor den Abstimmungen nicht einfach über irgendein Thema diskutiert, sondern es wird – wenn es sich beim herkömmlichen Parteitag nicht um eine Generaldebatte etwa zum Ergebnis einer Landtagswahl handelt – in Bezug auf vorliegende *Anträge* diskutiert, in beiden Fällen handeln Redebeiträge von den Vor- und Nachteilen bestimmter, mit dem Antrag in Verbindung stehender Themen, Vorhaben und Verfahren. Der Charakter der Redebeiträge unterscheidet sich dabei genauso wie der Charakter der Debatte insgesamt stark vom herkömmlichen Parteitag. Trotz der Benennung ‘Redeliste’ handelt es sich bei den virtuellen Orten der Kommunikation de facto um Diskussionsforen, für die einige Eigenheiten computervermittelter Kommunikation gelten, etwa die Möglichkeit, auf Antworten wiederum zu reagieren. In der Form der Reaktionen, in den gewählten Stilmitteln (wie der Anrede ‘Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Delegierte!’) und im teilweise durchaus möglichen Einsatz rhetorischer Kniffe fließen allerdings ebenso Eigenheiten der Debattenlogik der Partei ein. Elemente der Meinungsbildung außerhalb der Redelisten – die Orientierung an Vorbildern oder der ‘Stimmung’ im Parteitag, die Funktion persönlicher Kontakte – entfielen weitgehend.

Beim herkömmlichen Parteitag gilt zumeist eine strikte Reihenfolge von Antragstellung, Stellung der Änderungsanträge, Antragsschluss, Debatte, Abstimmung. Diese Bereiche sind dagegen beim Virtuellen Parteitag partiell entkoppelt. Auch während der Debatte ist es hier noch möglich, Änderungsanträge zu stellen, und die Debatte kann sich mit der Abstimmungsphase überlappen. Auch das Werben um Zustimmung für einen Antrag ist beim herkömmlichen Parteitag stärker formalisiert, sofern es im Rahmen des Parteitags geschieht. Die Regelungen betreffen dabei sowohl die Zahl und Länge der zulässigen Redebeiträge als auch Redemuster im Sinne von Pro-Rede und Contra-Rede. Außerhalb dieses Rahmens ist es zwar ebenfalls möglich, für Anträge zu werben; es gibt aber keine Möglichkeit, hier alle anzusprechen, wie dies mit der *Plenarfunktion des Parteitagsgeflüster* faktisch der Fall war. Eine weitere Besonderheit des Virtuellen Parteitags ist die Tatsache, dass Anträge, die das Unterschriftenquorum noch nicht erfüllt haben, schon in ein reguläres Verfahren (Veröffentlichung in der Liste der Anträge, Möglichkeit zur Unterstützung) eingebunden sind.

Während zu den *Regeln* herkömmlicher Parteitage auch die in einer *Geschäftsordnung* festgelegten Verfahrensrechte der Delegierten gehören, entfallen beim Virtuellen Parteitag die darauf beruhenden Möglichkeiten, in die Meinungsbildung einzugreifen. Geschäftsordnungsanträge sind aufgrund der jeweils relativ langen Abstimmungszeiträume samt der vorher notwendigen Ankündigung nicht vorgesehen. Dass es mit *Verfahrenstricks* doch möglich war, einen Geschäftsordnungsantrag (auf Nichtbefassung) zu stellen, ihn zu diskutieren und umzusetzen, zeigt die Debatte ‘Tarifautonomie’ (P4). Dass dieser Antrag so möglich war, ist natürlich einerseits der Tatsache zu verdanken, dass allen Beteiligten die Logik eines Nichtbefassungsantrags klar war, obwohl er nicht in der Geschäftsordnung des Virtuellen Parteitags vorgesehen ist. Zum anderen lag der Zeitpunkt der Antragsstellung günstig – es waren noch zwei Abstim-

mungsrunden möglich, so dass eine weitere Behandlung der eigentlichen Resolution auch dann noch möglich gewesen wäre, wenn die Nichtbefassung keinen Erfolg gehabt hätte.⁹³ Das Beispiel macht deutlich, dass der Einfluss des *Präsidiums* auf die *Steuerbarkeit* der Meinungsbildung nicht ganz gering ist. Hier stellt sich die Frage nach dem *Vertrauen* ins Präsidium. Während dieses beim herkömmlichen Parteitag sowohl auf *Vertrautheit* mit den Präsidiumsmitgliedern als auch auf die Möglichkeit von Kontrolle und notfalls Protest beruht, ist es beim Virtuellen Parteitag notwendig, dem Präsidium 'blind' zu vertrauen.⁹⁴ Noch nicht einmal der (meist rein) formale Akt der Wahl des Präsidiums war vorgesehen. Dass dagegen kein Protest erhoben wurde, mag daran liegen, dass vielen Delegierten die Rolle des Präsidiums unklar war, aber auch daran, dass aufgrund der präformierten *sozialen Netzwerke* innerhalb der Partei beispielsweise die von mir Interviewten alle mindestens ein Präsidiumsmitglied persönlich kannten.

4.2.4 Inszenierung, Außenwirkung, Event-Charakter

Obwohl der Virtuelle wie der herkömmliche Parteitag einen begrenzten Zeitraum umfassen, fehlt dem Virtuellen Parteitag die starke Herausgehobenheit aus dem Alltag, der *Event-Charakter*. Der Parteitag wird nur noch eingeschränkt als soziales Ereignis wahrgenommen. Besonderheiten wie die Atmosphäre einer großen Tagungshalle, die sinnlich spürbare *Präsenz* der vielen anderen Delegierten, die alle zugleich ganz konkret die Partei verkörpern, entfallen. Wenn auch einige Redebeiträge und Debatten spannend sind, so bleibt das Medium doch monoton schwarzer Text auf weißem Bildschirm, etwas ganz anderes als die 'großen Reden'. Prominente TeilnehmerInnen sind erst zu sehen, wenn sie sich zu Wort melden – oder andere ihre Anwesenheit beschreiben lassen ('Cem Özdemir ist auch drin'). Auch die Aufmerksamkeit der Medien, die den Delegierten in einer reflektiven Schleife versichert, dass es sich hier um etwas Besonders, um ein Event handelt, ist weniger deutlich zu spüren. Auf der anderen Seite führt natürlich der Virtuelle Parteitag als *Neuland* ebenso wie die stark fokussierte computervermittelte Kommunikation dazu, dass dem Parteitag eine besondere Rolle zugeschrieben wird, dass er als ein Ereignis ('Internet-Event') wahrgenommen wird, an dem teilzunehmen etwa Außergewöhnliches ist. Die relativ *flexible* Einbettung in den Alltag und der stete Wechsel zwischen Parteitag und Normalität lassen die Außergewöhnlichkeit jedoch Stückwerk bleiben.

Während beim Virtuellen Parteitag die *räumliche Strukturierung* entfällt (bzw. nur ansatzweise durch die Emulation der Raumfunktion in verschiedenen virtuellen Diskussionsräumen und die Gestaltung der Website ersetzt wird), sind, wenn auch im Vergleich zum synchronen Versammlungsablauf des herkömmlichen Parteitags eingeschränkt, doch Effekte der *zeitlichen Strukturierung* im Virtuellen Parteitag wiederzufinden. Die – hier vom *Präsidium* gefällten –

⁹³ Sonst wäre es notwendig geworden, auf einem Antragsformular sowohl über die Nichtbefassung als auch – als Vorratsbeschluss für den Fall des Scheiterns der Nichtbefassung – über die Resolution selbst zu entscheiden. Dies hätte (zumindest dann, wenn das Verfahren wie in den anderen Abstimmungsrunden auch durchgeführt worden wäre) dazu geführt, dass der Sinn der Nichtbefassung, nämlich gerade keine politische Positionierung vorzunehmen, durch die dann bekannt gewordenen Was-wäre-wenn-Stimmen ad absurdum geführt worden wäre.

⁹⁴ Vgl. zur Problematik des Vertrauens in elektronischen Netzwerken u.a. Rainer Kuhlen (1999); zu Vertrauen in modernen Gesellschaften allgemein Diego Gambetta (1988), Niklas Luhmann (1989), Barbara Misztal (1996), Peter Preisendörfer (1995), Allan Silver (1985) und Piotr Sztompka (1999).

Entscheidungen darüber, wann welche *Abstimmungsrunde* stattfindet und wann welcher Antrag in welcher Runde abgestimmt wird, tragen zur Steuerung der Debatten bei. Ein 'timen' von Abstimmungsergebnissen, so dass rechtzeitig für Redaktionskonferenzen Ergebnisse vorliegen, wäre zwar theoretisch möglich gewesen, erscheint aber aufgrund der fehlenden Stimmung sowohl riskant, da weniger sicher ist, welches Ergebnis herauskommt, wie auch als langweilig, weil nichts zu filmen und zu übertragen da ist. Eine wichtige zeitliche *Strukturierungsmöglichkeit* entfällt ganz: Über den Schreib- wie den Lesezeitpunkt von Beiträgen entscheidet jede und jeder selbst. Damit ist die strategische Platzierung von Reden (*Parteitagsgregie*) nicht möglich.

In Sinne des *Neulands*, der erstmaligen Durchführung einer derartigen Veranstaltung, stellt natürlich auch der Virtuelle Parteitag eine auf *Außenwirkung* ausgerichtete *Inszenierung* dar. Die dazu eingesetzten Mittel sind allerdings andere als bei herkömmlichen Parteitagen, und die Konzentration der Inszenierung auf die neuartige Form führt dazu, dass diese zu einer der wichtigsten Botschaften des Parteitags wird. Dies wird auch von den Delegierten als wichtig gesehen. Es ist aber fraglich, ob sich bei einer Wiederholung des Virtuellen Parteitags eine ähnlich hohe Aufmerksamkeit der Medien erzielen ließe.⁹⁵ Zu fragen ist vor dem Hintergrund, dass eben gerade die Form des Virtuellen Parteitags zur Botschaft zugespitzt wurde, und dass die erzielten Beschlüsse im Prinzip heute schon wieder vergessen sind, allerdings auch, ob es sich hier nicht um eine *Super-Inszenierung* (Thomas Meyer; vgl. Abschnitt 8.1.2, Anhang) handelt, die den Verzicht auf Inszenierung und die Orientierung an Sachlichkeit in Szene setzt. Festzuhalten ist jedenfalls, dass der Virtuelle Parteitag durch den Verzicht auf herkömmliche *Inszenierungs- und Steuerungsmöglichkeiten* ein Stück weit die Funktion verliert, der Mediengesellschaft gegenüber Botschaften und Personal der Partei zu präsentieren. Insbesondere benachteiligt der Parteitag durch seine textbasierte Form alle Rundfunkmedien; es gibt weder 'O-Töne' noch bewegte Bilder. Die an die Medienöffentlichkeit gerichtete Präsentationsfunktion wird ersetzt durch die *Öffentlichkeit* der Verhandlungen, die hier nicht nur theoretisch⁹⁶, sondern ganz real im Sinne einer basisdemokratischen *Offenheit* allen die Chance gibt, den Parteitag nicht massenmedial vermittelt, sondern genauso wie von den Delegierten erlebt nachzuvollziehen. Die *Öffentlichkeit der Diskussion*, die es auch Nichtmitgliedern ermöglicht, den Debatten zu folgen, kann zudem für textbasierte Medien als Erleichterung der Recherchemöglichkeiten gesehen werden und hilft auch der Presse, Fahrtkosten zu sparen.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass der Virtuelle Parteitag weder in Bezug auf die Möglichkeiten der *Inszenierung* nach innen und nach außen, noch in Bezug auf den *Event-Charakter* die Möglichkeiten des herkömmlichen Parteitags bietet. Dies kann dazu beitragen, Debatten zu versachlichen und Machtverhältnisse einzudämmen. Im Sinne innerparteilicher Demokratie –

⁹⁵ Zum Vergleich: Nach meinem Kenntnisstand erzielte der nichtöffentlich, nicht mit bindender Beschlusskraft ausgestatteten Online-Parteitag der CDU (vgl. Marschall 2001), der etwa zeitgleich stattfand, nur ein relativ geringes Medienecho.

⁹⁶ Auch herkömmliche grüne Parteitage sind prinzipiell öffentlich. Die tatsächliche Öffentlichkeit ist aber eingeschränkt durch die Zugangshürden Fahrtkosten, Unterbringung, Zeit und setzt – bei den Bundesparteitagen – eine rechtzeitige Organisation der Teilnahme voraus. Diese Zugangshürden fallen beim virtuellen Parteitag weg, werden aber durch die Hürden Internetzugang und -kompetenz und Onlinekosten ersetzt. Und wer intensiv den Debatten eines virtuellen Parteitags folgen will, muss ebenso über die entsprechende Zeit dazu verfügen.

zumindest ausgehend von einer partizipatorischen Demokratietheorie – erscheinen diese Effekte durchaus erstrebenswert (vgl. Niedermayer 1993: 232f). Erkauft wird die Zunahme an Beteiligung allerdings mit einem Verlust an massenmedialer Präsentationsfähigkeit.

4.3 Der Virtuelle Parteitag und die Logik computervermittelter Kommunikation

Das Neue am Virtuellen Parteitag – so scheint es jedenfalls – war die Wahl des ‘Online-Mediums’ (Harth 1999) als Austragungsort. Die Logik des Parteitags – oder müsste in diesem Zusammenhang dann eher von der Logik der Tagungshalle gesprochen werden? – stößt auf die *Logik computervermittelter Kommunikation*. Das hat Spuren hinterlassen. Um diese Spuren zu identifizieren, müssen wir wissen, wie das ‘Online-Medium’ aussieht – und stellen fest, dass es *die* eine Logik computervermittelter Kommunikation nicht gibt. Vielmehr spielen die verschiedenen technischen und sozialen Modi der Nutzung computervermittelter Kommunikation eine erhebliche Rolle. In den Virtuellen Parteitag wurden die Logiken computervermittelter Kommunikation nicht nur vermittels der technischen Gestaltung hineingetragen. Zu den mit der technischen Gestaltung verbundenen Eigenheiten treten die auf den Erwartungshaltungen, Vorstellungen und Vorerfahrungen der TeilnehmerInnen beruhenden Handlungsweisen. So hat es beispielsweise etwas zu sagen, wenn der Virtuelle Parteitag immer wieder mit *Chats* verglichen wurde – obwohl diese eben anders sind, weil nicht zeitversetzt, sondern gleichzeitig, weil ihre äußere Struktur nicht von einem konzentrierten Ausschnitt der Raumzeit begrenzt ist, und weil das Ergebnis eines anonymen *Chats* zumeist nicht Beschlusslage einer Partei wird. In diesem Kapitel geht es nun darum, Licht auf verschiedene Facetten dieser heterogenen Logik zu werfen. Da eine allgemeine Aufarbeitung der Eigenheiten computervermittelter Kommunikation den Rahmen dieser Arbeit bei weitem sprengen würde, beziehe ich mich hier – anders als im Abschnitt zur *Logik der Partei* – jeweils direkt auf die Rolle, die die *Logik computervermittelter Kommunikation* für den Virtuellen Parteitag gespielt hat.

Computervermittelte Kommunikation, also die (textbasierte) Kommunikation von Menschen mit Menschen über vernetzte Computer gibt es seit 1969, dem Beginn des ARPA-Nets mit vier vernetzten Rechnern (*Hosts*). Seit den 80er Jahren verdoppelt sich die Zahl der *Hosts* jedes Jahr, seit Anfang der 90er Jahre ist computervermittelte Kommunikation auch außerhalb der USA und außerhalb akademischer Zirkel ein Thema (vgl. Döring 1999a: 21). Heute nutzen alleine in Deutschland 46% der Bevölkerung zwischen 14 und 69 Jahren das Internet in irgendeiner Form (GfK 2001), computervermittelte Kommunikation ist auf dem Weg in den Alltag, und einzelne Elemente der Internet-Kultur sind schon Allgemeingut geworden (vgl. Hoffmann 1997: Kap. 4). Internet-Kultur ist dabei längst nicht mehr nur, was in der Vorstellung vom *Kulturraum Internet* (Helmers et al. 1998; vgl. Döring 1999a: 236f) noch immer mitschwingt, die Subkultur der Hacker oder Internetfreaks. Auch ‘Nur-NutzerInnen’ tragen zur Gestaltung des Netzes erheblich (und oftmals zum Ärger alteingesessener Netzer) bei. Während ‘das Internet’ alltäglicher geworden ist, hat es sich im Aufeinandertreffen von Handlungsoptionen und -restriktionen, sozialen Sinnzusammenhängen und kontingenten Traditionsbildungen zugleich ausdifferenziert und vervielfältigt. Letztlich gilt: »Wie bei allen gesellschaftlichen Realitäten – und die virtuellen Realitäten gehören dazu – konstruieren und strukturieren wir diesen Erfahrungsraum durch

unsere Praktiken, aber unter Bedingungen, die wir früher zwar auch selbst geschaffen haben, die sich aber als gesetzte Strukturen einschränkend auswirken.« (Rammert 2000: 127).

Wie sehen nun die Praktiken und Strukturen aus, die diesen Erfahrungsraum strukturieren? Martin Rost (1997) schlägt vor, die soziologische Analyse des Internets an ein Drei-Schichten-Modell anzuschließen. Jede der drei aufeinander aufbauenden Schichten, die zusammen die Infrastruktur (und damit das Medium) für computervermittelte Kommunikation bilden, stellt dabei einen spezifischen Teilbereich dieser Infrastruktur dar: Physikalisches Medium, aufeinander aufbauende Protokolle in diesem Medium sowie Netzdienste, die im Medium der Protokollschicht realisiert werden. Werden die drei Schichten mit ihren technischen (d.h. heißt hier zumeist: im Rahmen von Standardisierungsverfahren ausgehandelten) und sozial gestalteten Eigenschaften in Verbindung gesetzt, ergibt sich die in Tabelle 4.2 dargestellte Übersicht. Die so definierte Infrastruktur wurde um die Schicht konkreter Anwendungen erweitert (also hier der Virtuelle Parteitag, im Bewusstsein der Teilnehmenden aber auch spezifische Vorerfahrungen). Ausgehend von diesen vier Schichten und ihren Eigenschaften lässt sich nun der Rolle der *Logik der computervermittelten Kommunikation* für den Virtuellen Parteitag nachspüren.⁹⁷

Ebene computervermittelter Kommunikation	<i>Logik der CMC: technisch normierte Gestaltung</i>	<i>Logik der CMC: sozial normierte Gestaltung</i>	<i>Bedeutung für den Virtuellen Parteitag</i>
4 Konkrete Anwendungen (z.B. Virtueller Parteitag, bestimmter Chat, bestimmte Mailingliste)	Nicht von der NutzerIn beeinflussbare Eigenschaften der spezifischen Anwendungssoftware	Konkrete Nutzungsregeln, Erwartungen und soziale Beziehungen in Bezug auf einen 'virtuellen Ort'	• Gestaltungsfragen ViP • spez. Vorerfahrungen • Virtuelle Identität? • Virtuelle Sozialität?
3 Anwendungsschicht (z.B. eMail-, FTP-, WWW-, Chat-Dienste)	Dienstspezifische Eigenschaften: synchron / asynchron; textbasiert; Push-/Pull-Medium; ...	Allgemeine dienstspezifische Nutzungsregeln und Erwartungen (z.B. Netiquette, Reziprozitätsnorm)	• Dienst WWW / Pull • asynchron • textbasiert • 'Internet-Kultur'
2 Protokoll-Schicht (z.B. Internet: TCP/IP, Domain Name System)	Protokollspezifische Eigenschaften: Paket-Kommunikation, Netzwerkstruktur, ...	Gesellschaftliche Regelungen zur Standardisierung, zur Verfügbarkeit Domainnamen; netzsp. Zugänge	• Standardisierung • many-to-many-Kommunikation • globale Verfügbarkeit
1 Physikalische Schicht (z.B. Telefonkabel, Ethernet, Router, Funk)	Verzicht auf Kopräsenz (Raum, Körperlichkeit); Bandbreite / Transportgeschwindigkeit (Zeit)	Gesellschaftliche Regelungen zum Umgang mit spezifischen technischen Großsystemen, Zugänge	• Abhängigkeit von Technik; Zugangsfrage • Bandbreite • Verzicht auf Kopräsenz • digitale Verarbeitung

Tabelle 4.2 – Verschiedene Ebenen der Logik computervermittelter Kommunikation

4.3.1 Die physikalische Schicht computervermittelter Kommunikation

Diese Ebene der computervermittelter Kommunikation definiert die – wiederum von anderen großtechnischen Systemen abhängige, und ebenfalls ein großtechnisches System bildende – materielle Infrastruktur (Rost 1997). Der netzwerktechnischen Definition stehen in der Real-

⁹⁷ Vgl. auch den Vorschlag von Werner Rammert, analytisch zwischen den Schichten 'Medien', 'technische Formen', 'institutionalisierte Formen', 'Programmen' und 'Praktiken' zu unterscheiden (Rammert 2000: 125).

welt alle technischen Geräte und alle Verbindungen zwischen diesen Geräten gegenüber, die in die Netzkommunikation einbezogen sind.⁹⁸ Mit der Entscheidung, einen Parteitag *online* abzuhalten, kommt diese Schicht ins Spiel – und ist typischerweise in ihrer Gestaltung (abgesehen vom Server des Parteitags selbst und dessen Anbindung) nicht zu kontrollieren, sondern hinzunehmen. Zugleich werden damit drei wichtige Entscheidungen mit Folgen für den Virtuellen Parteitag getroffen – er wird *abhängig von der Verfügbarkeit der Zugangstechnik* und *unabhängig von räumlicher Kopräsenz*, und es wird der Grundstein dafür gelegt, dass *digitale Verarbeitungsmethoden* auf allen weiteren Ebenen Verwendung finden können.

4.3.1.1 Abhängigkeit von der Zugangstechnik

Die *Abhängigkeit von Zugangstechnik* bedeutet nicht nur, dass hier mit der Frage Netz-Zugang oder nicht ein neues soziales Exklusionskriterium für die Teilnahme an einer Parteiveranstaltung getroffen wird. Zugespielter gilt: Wer keinen Zugang zu einem Netz-Zugang mit ausreichender *Bandbreite* (Wie viele Bits pro Sekunde können verschoben werden?) hat, muss draußen bleiben. Es werden also entweder die TeilnehmerInnen mit ‘veralteter’, also langsamerer Technik ausgeschlossen, oder aber es findet präjudizierend für die weiteren Ebenen eine Beschränkung auf Techniken statt, die keine großen Ansprüche an die Bandbreite stellen, d.h. textbasierte Kommunikation statt Sprache oder Video. Die *Abhängigkeit von Zugangstechnik* bezieht sich nicht nur auf einzelne, sondern ebenso auf den *Parteitag als Gesamtheit* – technische Ausfälle in dieser Schicht verwehren je nachdem, wo sie auftreten, entweder einzelnen Delegierten den Zugang (so konnte D an einer Abstimmung nicht teilnehmen, weil er keine Verbindung zu seinem *Provider* herstellen konnte), oder sie sorgen, wenn der *Server* des Virtuellen Parteitags selbst oder wichtige Netzknotenpunkte zwischen ihm und den Netzen der großen *Provider* ausfallen, für einen Ausfall des Parteitags. Die Abhängigkeit von Technik (bezogen etwa auf großtechnische Systeme wie das Verkehrssystem der Deutschen Bahn AG oder das Stromnetz) ist beim herkömmlichen Parteitag auch gegeben, aber nicht so total ausgeprägt.

4.3.1.2 Verzicht auf Kopräsenz

‘*Online*’ – und damit die Entscheidung für ein Medium der *Telekommunikation* – impliziert ebenfalls bereits auf dieser Ebene, dass auf *Kopräsenz* verzichtet werden kann, verzichtet werden muss. *Kopräsenz* bezieht sich auf gemeinsame körperliche Anwesenheit an einem real-räumlichen Ort, und impliziert darüber hinaus die Gleichzeitigkeit der Kommunikation. Aus soziologischer Sicht stellt der Verlust des physischen Raums einen Verlust an Integration und sozialer Strukturierung durch Platzierung dar. »Den Online-Gruppen fehlt jene basale Quelle interner Differenzierung, die in face-to-face – Gruppen allein dadurch entsteht, dass jeder Teilnehmer einen partikulären Platz besetzt und deshalb auch alle übrigen Teilnehmer aus einer unterschiedlichen Perspektive sieht.« (Geser 1999: 204). Im Blick auf die Anderen am gemeinsam geteilten Ort ist zugleich zu erfassen, wer anwesend ist, wer der oder die Andere ist: Mann oder Frau, alt oder

⁹⁸ Dies bezieht alles ein, was von den von Endpunkt A zu Endpunkt B der Kommunikation fließenden *Bits* durchquert wird, also die Computer der miteinander in Verbindung tretenden NutzerInnen, die jeweiligen Zugänge zum Internet (Modem und Telefonleitung, Vermittlungsstelle, Rechnercluster beim Provider oder das Kabelstück für den universitären Anschluss an das *Deutsche Forschungsnetz*) und die dazwischen liegende Verbindungs- und Verarbeitungstechnik.

jung. Und auch Kleidung und Haltung lesen wir unwillkürlich als soziale Hinweise, von Gesten, Blicken und dem sichtbaren Nichthinsehen ganz zu schweigen. (Geser 1999: 207). Damit wird es möglich, ständig das eigene Verständnis der Situation zu aktualisieren, ohne explizit zu werden. Die *face-to-face*-Situation im realen Raum bietet soziale Präsenz, mediale Reichhaltigkeit und maximierte Möglichkeiten der Rückmeldung und schafft damit gute Voraussetzungen für *persönliche Kontakte* (vgl. Döring 1999a: 216ff).

Allerdings heißt Verzicht auf *Kopräsenz* auch: Nicht von Kopräsenz abhängig sein – und damit räumlich und ansatzweise auch zeitlich flexibel werden. Soziale Hinweisreize werden gewissermaßen ausgefiltert: »On the Internet nobody knows you're a dog.« (Peter Steiner; zitiert nach Hoffmann 1997: Kap. 3), d.h. Kommunikationen können tendenziell egalitärer werden, Vorurteile entfallen vorerst. Machtverhältnisse müssen expliziter deutlich gemacht werden, um ihre Wirkung zu entfalten: »Weder die imposante Gestalt, noch die laute Stimme oder die elegante Kleidung schaffen in CvK-Szenarien einen Kommunikationsvorteil.« (Döring 1999a: 214). Hier wird deutlich, dass es nicht hinreichend ist, Online-Kommunikation nur als defizitäre Variante der idealisierten Kommunikation von Angesicht und Angesicht zu betrachten, wie es von VertreterInnen der These der Kanalreduktion gemacht wird. Diese vergessen dabei gerne, dass z.B. auch die als hochwertig angesehene Brief- und Buchkultur ohne Mensch-Mensch-Kopräsenz auskommt. Spezifische Nachteile der *face-to-face*-Situation, wie die Tatsache, dass immer nur eine Person auf einmal reden kann, werden ebenso gerne ignoriert. (Vgl. Döring 1999a: 210ff).

4.3.1.3 Digitalisierung der Kommunikation

Der dritte grundlegende Effekt der Entscheidung für jede Form computervermittelter Kommunikation ist mit der Tatsache verbunden, dass Computer Informationen in digitaler Form speichern und verbreiten. Die materielle Ebene dient unabhängig von allen Protokollentscheidungen auf den darüber liegenden Schichten dem Transport von *Bits*. Damit wird für die weiteren Schichten die Bedingung der Möglichkeit geschaffen, Informationen digital – d.h. verlustfrei, ohne Unterschied zwischen Original und Kopie – zu vervielfältigen, zu bearbeiten, zu speichern und bei Bedarf wieder abzurufen (vgl. Döring 1999a: 233ff). Ob diese Möglichkeiten auf den darüber liegenden Ebenen auch realisiert werden können, hängt vor allem von der jeweiligen technischen Normierung ab. Beispiele für digitale Technologie, die verlustlose Speicherung und Vervielfältigung *nicht* ermöglicht, wären etwa herkömmliche CD- oder MiniDisc-Abspielgeräte, die nicht über einen 'digitalen Ausgang' verfügen, oder auch Telefonie im voll-digitalen ISDN, die im Normalfall ebenfalls keinen Zugriff auf die digitale Transportebene ermöglicht. Die soziale Überformung durch den jeweils spezifischen Mediengebrauch und seine Normen trägt dazu bei, Digitalisierungseffekte zu ermöglichen oder zu verhindern.

Zu den Eigenschaften der digitalisierten Übertragung der Botschaften zählt Nicola Döring neben der *verlustlosen Verarbeitung* die Frage der *Transportgeschwindigkeit* (vgl. Abschnitt 4.3.1.1) und des *Hypertextes* (der allerdings erst in der Anwendungsschicht ermöglicht wird). Die systemimmanente Möglichkeit der *Dokumentation* der Kommunikation beeinflusst ihre *zeitliche Strukturiertheit*. »Vor allem können sich Äusserungen auf beliebige vergangene Voten bezie-

hen, da ihnen alles, was früher geäußert wurde, in derselben expliziten Form vor Augen liegt, während sich in face-to-face-Diskussionen jedes Votum meist auf unmittelbar vorangehende Äusserungen bezieht, da früher gemachte Aussagen nicht mehr klar in Erinnerung sind.« (Geser 1999: 206). Zu Bedenken ist dabei allerdings, dass die konkrete Realisierung dieser Option von technischen und sozialen Gestaltungen abhängt. Darüber hinaus liegt eben zumeist nicht alles, was früher geäußert wurde, direkt vor Augen, sondern es gilt, dass einiges sich im *Fokus der Aufmerksamkeit* befindet und aktuell ist, während anderes zwar aktualisierbar, aber de facto meist doch vergessen ist.

In Bezug auf den Virtuellen Parteitag kann schon an dieser Stelle festgehalten werden, dass *Digitalisierung* es ermöglicht hat, dass der Parteitag – demnächst als identische Kopie auf CD gebrannt – sich selbst dokumentiert. Digitalisierung war außerdem die Grundlage dafür, dass TeilnehmerInnen die Möglichkeit nutzen konnten, Texte in anderen Programmen vorzubereiten und dann in den Virtuellen Parteitag zu kopieren, »Informationen aus dritter Quelle (oder eigene früher verfasste Texte) einfließen zu lassen« (Geser 1999: 206), Texte aus dem Virtuellen Parteitag zum Lesen in andere Programme zu kopieren und sie auch von dort aus auszudrucken. Zugleich stellten sich hier auch Fragen der *Sicherheit* – d.h. hier mussten Möglichkeiten der verlustfreien Duplikation und authentischen Fälschung auf der Ebene der Anwendung explizit ausgeschlossen werden, um eine Verfälschung der Abstimmungsergebnisse zu vermeiden. Zu diesem Zweck gab es eine am Online-Banking orientierte Sicherheitsarchitektur mit maschinenlesbaren Passwörtern auf Diskette für die Delegierten (statt Kartenleser) und einem speziell ausgestatteten Abstimmungsserver. Zugleich ermöglicht digitale Technologie in jedem Fall exakte Ergebnisse und macht, wenn die Technik funktioniert, von der im Realraum oft eher im Modus der Schätzung getroffenen Bestimmung von Abstimmungsergebnissen unabhängig.

4.3.2 Die Protokoll-Schicht computervermittelter Kommunikation

In der Protokoll-Schicht (die eigentlich dementsprechend ausdifferenziert einen Sandwich aus fünf aufeinander aufbauenden Schichten darstellt) werden die im vorherigen Abschnitt genannten Effekte der *Digitalisierung* mitgeführt. Zugleich bietet die Protokollschicht die Voraussetzungen für *zeitversetzte many-to-many-Kommunikation*. Diese Voraussetzungen sind mit Eigenschaften der Protokollfamilie TCP/IP verbunden. Realisiert wird *zeitversetzte* und *multilaterale Kommunikation* erst auf der nächsten Schicht mit der Wahl der Netzdienstes WWW.

Zugleich entscheidet sich hier die Frage der *globalen Verfügbarkeit*: Während TCP/IP theoretisch auch abseits des Internets genutzt werden kann, ist der Virtuelle Parteitag auf dieser Ebene mit der Gestaltungsentscheidung verbunden, das Internet – also den globalen, auf gemeinsame Standards und Protokollen beruhenden Netzverbund – zu verwenden. Die auf der zugrunde liegenden physikalischen Schicht erreichte globale Vernetzung mit ihren global standardisierten informationstechnischen Schnittstellen zwischen den einzelnen Protokollebenen hat zur Folge, dass der technisch erreichbare potenzielle TeilnehmerInnenkreis maximiert wird und der Zugang zum Virtuellen Parteitag *global*⁹⁹ möglich ist. Damit wird noch einmal deutlich, dass hier

⁹⁹ Dabei ist allerdings zu beachten, dass diese angebliche Enträumlichung von sozialen Faktoren eingeholt wird. Auch wenn laut Webserver-Logfile Menschen (oder vielleicht auch die maschinellen Agenten von Suchmaschinen) aus 47 Ländern die

räumlicher Aufenthalt und die Identifikation mit dem Raum entkoppelt werden – theoretisch hätten baden-württembergische Grüne auch aus dem japanischen Urlaubsort am Parteitag teilnehmen können. Soweit mir bekannt ist, wurde diese Möglichkeit nicht realisiert; realisiert wurde aber, wie auch die Auswertung des *Webserver-Logfiles* nach den *Domainnamen* der Zugänge zeigt, die Möglichkeit, aus dem Berliner Reichstag ('BUNDESTAG.DE') den Parteitag zu betreten. Diese Namensräume und ihre Verwaltung sind ebenfalls Bestandteil der Protokoll-ebene und tragen zur allgemeinen *Zugänglichkeit* bei. Die Adressbildung in Form von Domainnamen ist auf Kompatibilität zum auf Verarbeitung von Sprache hin ausgelegten menschlichen Gehirn ausgerichtet. Die hierarchische Struktur des Namensraums mit einem einzigen, verbindlichen Wurzelknotenpunkt ('Root A') ermöglicht die Einheitlichkeit und die allgemeine Verfügbarkeit des Namensraums, so dass es von einem vernetzten Rechner irgendwo auf der Welt möglich ist, die Adresse `HTTP://WWW.VIRTUELLER-PARTEITAG.DE` einzutippen, ohne sich darum kümmern zu müssen, welcher physikalische Rechner mit welcher numerischen IP-Adresse wo auf der Welt damit gemeint ist.¹⁰⁰ *Domainnamen* und die darauf aufbauenden e-Mail-Adressen stellen zugleich schwache netzbasierte soziale Hinweisreize bereit. Der Virtuelle Parteitag verzichtete allerdings auf die Nutzung von externen eMail-Adressen oder Website-URL, so dass diese Form der Hinweisreize dort nicht relevant war.

4.3.3 Die Anwendungsschicht computervermittelter Kommunikation

Während bereits die beiden zugrunde liegenden Schichten über bestimmte Eigenschaften computervermittelter Kommunikation entschieden haben (fehlende Präsenz, beschränkte Bandbreite, Abhängigkeit von Technik) bzw. diese ermöglichen (digitale Kommunikation, *many-to-many*-Kommunikation, globale Zugänglichkeit), erfolgt ein großer Teil der konkreten Ausgestaltung aufgrund der Wahl eines bestimmten, auf diesen Schichten basierenden Dienstes. Die Dienste der Anwendungsschicht auf der Basis des Internet bilden zum Teil wiederum eigenständige Netzwerke, die eigene technische Protokolle, Zugangsregeln und Standardisierungen mit sich bringen (vgl. Rost 1997: 21). Zugleich verknüpfen sich mit den Diensten der Anwendungsschicht bestimmte soziale Normierungen, Traditionen und Handlungsrollen. Auch die von Sabine Helmers et al. (1998) untersuchte *Internet-Kultur* mit ihren zum Teil in der *Netiquette* kodifizierten spezifischen Traditionen und Werthaltungen, etwa der großen Wertschätzung von Austausch und gegenseitiger Hilfe ist nicht auf eine spezifische Anwendung, sondern auf spezifische Dienste und Teilnetze (wie die im *Usenet* zusammengeschlossenen *News-groups*) hin orientiert. Während ein Teil dieser Werthaltungen in die allgemeine Vorstellungen über das Internet eingeflossen ist, sind andere Teile nur für NutzerInnen des *Usenets* relevant. Beim *Virtuellen Parteitag* wurde nicht abgefragt, welche spezifischen Netzdienste genutzt

Parteitagsseiten aufgerufen haben (vgl. auch Marschall 2001), so ist doch anzunehmen, dass nur ein relativ klar definiertes regionales realräumliches Gebiet die eigentliche Basis für das Publikum des Parteitags dargestellt hat. Nur wer überhaupt weiß, dass ein Virtueller Parteitag stattfindet, und dieses Wissen dann auch noch mit Interesse verknüpft, nimmt daran teil. Nicht nur hier wandert der Raum über den Umweg der sozialen Regeln doch wieder ins Netz ein. Daneben wird die mit dem Adjektiv global postulierte Enträumlichung auch dadurch eingeschränkt, dass die Dichte und z.T. sogar die Verfügbarkeit von Zugangsmöglichkeiten global ganz und gar nicht gleichverteilt ist (vgl. dazu Holderness 1998).

¹⁰⁰ Der Namensraum des Internet ist inzwischen der Gegenstand von Gerichtsverfahren, internationalen Streitigkeiten (vgl. die ICANN-Organisation), dem Hin- und Her der Netzpolitik und nicht zuletzt auch ökonomischer Kalküle.

werden oder wurden. Deswegen lässt sich etwa über den Einfluss der *Netiquette* auf den Virtuellen Parteitag nur spekulieren. Wie wir in Abschnitt 3.4.2 gesehen haben, verwenden fast alle TeilnehmerInnen eMail; neun von zehn nutzen das Internet (und damit vermutlich vor allem das WWW) für die Informationsrecherche. *Chat* und Diskussionsforen (wozu auch das *Usenet* zählen würde) werden nur von einer bzw. von zwei von zehn Personen genutzt. Da aber auf der anderen Seite die Zahl der Beiträge pro Person in diesen beiden Gruppen höher lag, ist anzunehmen, dass nicht nur Vorerfahrungen bezüglich des WWW und der eMail-Kommunikation, sondern auch chat- und forenspezifische Erwartungen in den Virtuellen Parteitag eingeflossen sind und sich dort auf die Gestaltung der Kommunikation ausgewirkt haben.

4.3.3.1 In den WWW-Dienst eingebettetes Diskussionsforum

Technisch gesehen handelt es sich bei der für den Virtuellen Parteitag gewählten ‘medialen Umgebung’ (Nicola Döring) um ein Konglomerat verschiedener Dienste: Grundlage und Zugang für den Virtuellen Parteitag ist eine auf HTTP / (D)HTML aufbauende *Site* im *World Wide Web* (WWW; vgl. Döring 1999a: 76ff). Damit ist der Virtuelle Parteitag theoretisch allen Menschen zugänglich, die über einen mit Web-Browser ausgerüsteten Zugang verfügen. Mit HTML werden der textuelle und grafische Inhalt einzelner Seiten beschrieben; diese per HTTP von einem *Server* zu den Rechnern der NutzerInnen (*Clients*) übertragene Beschreibung wird dann mit Hilfe des *Browsers* dargestellt. Grundlegendes Kennzeichen dieses Dienstes ist die Verknüpfung von einzelnen Seiten durch *Links*, so dass ein *Hypertext* entsteht und der Wechsel von einer Seite zu einer damit verknüpften Seite per Mausklick und ohne weitere technische Überlegungen möglich ist (‘surfen’). Diese Elemente und die einfache Bedienbarkeit haben zur Popularität des seit 1992 existierenden WWW-Dienstes beigetragen (‘Nutzung zur Informationsrecherche’). Auch auf der Seite sozialer Normierungen und Nutzungskompetenz stellt die Entscheidung für WWW als Grundlage für den Virtuellen Parteitag damit eine hohe *Zugänglichkeit* sicher. Allerdings bringt die Entscheidung für das WWW es auch mit sich, dass der Virtuelle Parteitag als ‘*pull-Medium*’ realisiert ist, d.h. es liegt in der *Verantwortung* und *Entscheidungsfreiheit* der NutzerIn, wann sie welche Information abrufen und betrachtet; dies kann auch als *Belastung* empfunden werden.

Neben den hier beschriebenen statischen Webseiten ist es möglich, den Inhalt einer Seite durch ein auf dem *Server* laufendes Programm ohne menschliches Zutun zu verändern, also etwa bestimmte Bestandteile einer Webseite aus einer Datenbank abzurufen.¹⁰¹ Damit wird Interaktivität zwischen dem Nutzer oder der Nutzerin des Client-Rechners und dem Server-Rechner möglich; eine Website kann so Nutzereingaben algorithmisch verarbeiten und das Ergebnis dieses Verarbeitungsprozesses wiederum in die Website einbinden. Auf dieser Grundlage können so in das WWW wiederum Dienste eingebettet werden, die entweder als Programme auf dem Serverrechner oder als über den Serverrechner erfolgende Verknüpfung mit anderen Internet-Diensten realisiert werden. Insbesondere ist so – vermittelt über die jeweilige Mensch-Computer-Computer-Interaktivität – auch *schnelle* computervermittelte Kommunikation und

¹⁰¹ Daneben gibt es weitere, programmtechnisch anders realisierte Möglichkeiten, Interaktivität im WWW herzustellen.

Interaktion zwischen Menschen über das Medium WWW möglich (vgl. Döring 1999a: 80). Das WWW entwickelt sich damit, ähnlich wie der Computer als Universalmaschine (Joerges 1990: 46; Bühl 1997: 41), zu einem *Universalmedium*¹⁰² bzw. zu einer generellen Schnittstelle für alle Internetdienste.¹⁰³ Zu den auf das WWW bezogenen technischen und sozialen Gegebenheiten treten dann technische und teilweise auch soziale Gegebenheiten dieser anderen Dienste hinzu. Der Virtuelle Parteitag bestand in diesem Sinne primär nicht aus in HTML beschriebenen Seiten, sondern aus mehreren in das WWW eingebetteten, zumindest teilweise an die Logik von *Newsgroups* angelehnten *Diskussionsforen*. Dazu kommen die Möglichkeiten des Antragsunterstützens und Abstimmens, die allerdings Mensch-Maschine-Interaktivität und keine Mensch-Mensch-Interaktion darstellen.

Mit der Entscheidung für eine an Diskussionsforen angelehnte Logik wird unter anderem der weitgehende Verzicht auf Bilder bestätigt. Die Kommunikation beim Virtuellen Parteitag ist also *textbasiert*. Damit ist auch die Entscheidung gefallen, auf alle auf visuellen Kontakt basierende *sozialen Hinweisreize* zu verzichten (vgl. die Diskussion zur Kopräsenz). Während der Verlust an Kopräsenz in einigen synchronen Formen der computervermittelten Kommunikation durch Anwesenheitslisten (Chat) substituiert wird, teilt der Virtuelle Parteitag mit *Newsgroups* und Mailinglisten das Problem des völlig unsichtbar bleibenden Publikums ('Lurker'; vgl. auch Stegbauer / Rausch 2001); d.h. im Normalfall ist unbekannt, ob, wer und wie viele Leute einen Beitrag zu Gesicht bekommen haben, und was sie davon halten – es sei den, das Publikum meldet sich zu Wort. Im Realraum dagegen ist selbst Schweigen atmosphärisch aufgeladen (Döring 1999a: 284). Auch beim Virtuellen Parteitag gilt deshalb, dass nur sichtbar und damit *präsent* ist, wer redet. Zu den spezifischen Eigenschaften von Diskussionsforen (wie auch von eMails) kann weiterhin die dort vorherrschende Hybridform einer mit Elementen der Mündlichkeit versetzten Schriftlichkeit ('*Oralliteralität*') gezählt werden, die in getippter gesprochener Sprache ('Hi Leute, sieht ja noch ziemlich leer aus hier...') und der unreflektierten Unmittelbarkeit von Äußerungen deutlich wird (vgl. Döring 1999a: 236ff). Zu den Erwartungen an Diskussionsforen gehört auch die einfache (beim Virtuellen Parteitag allerdings umständlich gestaltete) Möglichkeit der Reaktion auf Beiträge, ebenfalls ein Element 'echter' Mündlichkeit. Die so etablierte eher *gesprächsartige Form* unterscheidet sich deutlich von der Abfolge von Reden beim herkömmlicher Parteitag. Sind Diskussionsforen moderiert, so hat die ModeratorIn – hier: das Präsidium – die Möglichkeit, Beiträge zu löschen oder nicht zuzulassen.

4.3.3.2 Asynchrone und synchrone Kommunikation

asynchrone computervermittelte Kommunikation		synchrone CMC
zeitlich entkoppelt	zeitlich lose gekoppelt ('quasi synchron')	zeitlich eng gekoppelt
WWW, Newsletter	Mailingliste, eMail, Newsgroup, Diskussionsforum	Chat, MUD

Tabelle 4.3 – Technische und soziale Synchronizität

¹⁰² Vgl. bezogen auf den Computer selbst als Universalmedium auch die Überlegungen von Werner Rammert (2000: 120f).

¹⁰³ Unter dem Stichwort 'Konvergenz' sind auch Tendenzen zur Entwicklung hin zu einem auch Nicht-Internetdienste umfassenden Universalmedium zu beobachten, also etwa die Verknüpfung von Webbrowser und Fernseher.

Sowohl das WWW als auch Diskussionsforen stellen *asynchrone Medien* dar, d.h. sie sind technisch nicht auf den gleichzeitigen Zugriff interagierender NutzerInnen angewiesen. Allerdings scheint mir eine strikte Trennung in asynchrone und synchrone Formen der computervermittelten Kommunikation einen wichtigen Aspekt außen vor zu lassen: Die durch das Medium bestimmte technische Notwendigkeit der Synchronizität (werden Kommunikationsinhalte zum Abruf bereitgehalten oder existieren sie nur zu einem bestimmten Zeitpunkt?) wird ergänzt durch eine Art *sozialer Synchronizität*. Wenn das Medium sich an der Idee der *Reziprozität* orientiert, also Austausch und Rückkopplung präferiert, dann existiert auch ein zeitlicher Rahmen für Antworterwartungen. Es sind also – quasi auf einem Kontinuum angeordnet – unterschiedlich enge zeitliche Kopplungen zwischen Nachricht und Antwort auf die Nachricht vorgesehen (vgl. Tabelle 4.3). Der zeitliche Rahmen der Aktualität bewegt sich bei eng gekoppelter Kommunikationsformen im Sekunden- und Minutenbereich, während zeitlich lose gekoppelte Kommunikationsformen Antworterwartungen im Bereich zwischen einigen Stunden und Tagen mit sich bringen.¹⁰⁴ Für den Virtuellen Parteitag ist hier aufgrund seiner konkreten Gestaltung von einer Mischung aus den mit dem Medium verbundenen Erwartungen und den zeitlichen Strukturierungen durch die *Logik der Partei* auszugehen (vgl. Abschnitt 4.3.4.1).

Verbunden mit der technisch und sozial normierten *Geschwindigkeit der Kommunikation* sind auch die Chancen auf die Etablierung quasi-sozialer Interaktionen innerhalb computervermittelter Kommunikation. Wenn der Zeitunterschied zwischen Nachricht und Antwort nicht sehr viel größer ist als in der *face-to-face*-Situation, dann sind nicht nur die Ähnlichkeiten der geschriebenen mit gesprochener Sprache sehr viel größer, sondern es kommt auch noch die Möglichkeit ‘textbasierten Handelns’ hinzu, also der Verbalisierung der eigenen Emotionen (durch in Bezug auf Dienste oder sogar dienstübergreifend standardisierte Akronyme und Lautmale-reien), nonverbalen Handlungen oder auch die Etablierung und Bezugnahme auf virtuelle Gegenstände (vgl. Döring 1999a: 101f). Beispiele für synchrone Dienste, die durch diese besondere Form virtueller Realität stark beeinflusst werden, sind Chat-Räume und insbesondere Online-Rollenspiele (*MUDs*, *MOOs*) (vgl. Döring 1999a: 91ff). Wichtig ist auch hier noch einmal, zwischen (programm)technischen Voraussetzungen – also insbesondere der Gleichzeitigkeit der Kommunikation und der Textbasiertheit (mit dem damit verbundenen Verlust an sozialen Hinweisreizen) – und der jeweiligen sozialen Programmatik zu differenzieren – selbst *MUDs* müssen nicht als interaktive textbasierten Phantasiewelten eingesetzt werden, sondern können ebenso als interaktive textbasierte Lernumgebungen genutzt werden (vgl. Döring 1999a: 131ff).

4.3.4 Der Virtuelle Parteitag als konkrete Anwendung

Während einige Gestaltungsentscheidungen bezüglich des Virtuellen Parteitags auf tieferliegenden Schichten bereits technisch codierte Sachzwänge aktiviert haben (fehlende Kopräsenz, Textbasiertheit), lag die Entscheidung über andere Teile der Gestaltung in der Hand der Ent-

¹⁰⁴ Vgl. auch die Tatsache, dass asynchrone Kommunikation zwar recht schnell, aber technisch bedingt nicht unbedingt zeitgleich stattfindet – das hat etwa zur Folge, dass bei der Diskussion über ein brisantes Thema in einer Mailingliste quasi-räumliche Begrenzungen auftreten können, da die Laufzeit der Nachricht zu weiter entfernten Orten (eta auf einen anderen Kontinent) möglicherweise größer ist als der Antwortzeitrahmen (Stegbauer 1999: 26).

wicklerInnen (vgl. auch Abschnitt 2.4.3 zur Konzeption des Virtuellen Parteitags). Darüber hinaus treten hier auch Elemente der *Logik der Partei* in den Gestaltungsprozess ein und setzen sich zum Teil durch strukturelle Bedingungen, zum Teil durch das Verhalten und Handeln der TeilnehmerInnen (etwa in der Wahrnehmung anderer nicht als unbekannter Netzidentität, sondern als realer, aus der parteiinternen Kommunikation bekannter Person) in der Ausgestaltung des Virtuellen Parteitags durch. Hierzu tragen auch die bisherigen Vorerfahrungen mit computervermittelter Kommunikation bei (vgl. Abschnitt 3.4.2). An dieser Stelle soll nun – anhand der spezifischen *Geschwindigkeit der Kommunikation* beim Virtuellen Parteitag und anhand der Fragestellung, ob die für das Internet oft konstatierte Herausbildung *fluider Identitäten* auch hier eine Rolle gespielt hat – untersucht werden, wie sich die spezifischen Gestaltungsentscheidungen auf die Möglichkeit sozialer Beziehungen im Virtuellen Parteitag ausgewirkt haben.

4.3.4.1 Die spezifische Geschwindigkeit der Kommunikation beim Virtuellen Parteitag

Entsprechend der Ausführungen zur sozialen Synchronizität asynchroner Kommunikation verfügt auch die Kommunikation im Virtuellen Parteitag über einen spezifischen *Aufmerksamkeitsfokus*. Ältere Beiträge bleiben – wie dies für asynchrone Kommunikation im Netz typisch ist, und wie es durch die *Digitalisierung* der Kommunikation ermöglicht wird – nachlesbar und können bei Bedarf wieder aufgerufen werden. In den Augen der TeilnehmerInnen sind aber nicht alle Beiträge interessant, sondern nur die jeweils *aktuellen* Beiträge. Entsprechend ist Aktualität auch ein *Auswahlkriterium*, wenn es darum geht, nach längerer Abwesenheit mit einer großen Zahl von Beiträgen (*Informationsflut*) klarzukommen. Für C ist das Parteitagsgeflüster der letzten Nacht am nächsten Nachmittag veraltet. Trotz der asynchronen Diskussionsform ergibt sich so, speziell im *Parteitagsgeflüster*, eine – über eine größere Zeitspanne von einigen Stunden verstreute – quasi-synchrone ‘Bugwelle’ der fortschreitenden Debatte, auf die sich die Aufmerksamkeit der einzelnen TeilnehmerInnen konzentriert. Dafür verantwortlich ist im Sinne einer bewussten Gestaltung von Technik, hier nach dem Vorbild Parteitag, auch die Ausgestaltung der Diskussionsforen in Form linearer Redelisten (die es erschwert, einem vernetzten Diskussionsstrang zu folgen) sowie die Aufteilung des Parteitagsgeflüsters nach Tagen.

Damit ergibt sich nicht nur ein Fokus der Aufmerksamkeit, sondern auch eine spezifische *Geschwindigkeit der Kommunikation*. Diese reicht nicht an die – anfangs wohl von einigen erwartete – Geschwindigkeit synchroner netzbasierter Kommunikation (Chatten, MUDs) heran. Dennoch ist es – dies ist auch für die Frage der *zeitlichen Flexibilität* wichtig – nicht egal, wann ein Beitrag gelesen wird. Hier ist ganz deutlich das Zusammentreffen der beiden Logiken zu sehen. Aus der Logik der Partei übernommen ist die *Strukturierung durch die drei Abstimmungsrunden* und die Zeitsteuerung durch das Präsidium, aus den Erwartungen an computervermittelte Kommunikation stammt ein bestimmter Erwartungshorizont bezüglich des Antwortverhaltens der Angesprochenen. Eine Antwort muss nicht sofort erfolgen, auch wenn das Fehlen sofortiger Antworten bedauert wird und zum Gefühl der *Einsamkeit vor dem Computer* beiträgt. Erfolgen Antworten dagegen zeitnah, so verstärkt dies das Gefühl, gemeinsam mit anderen zu diskutieren. Um noch im Diskussionszusammenhang sinnvoll zu erscheinen, muss eine Antwort also innerhalb eines individuell verschiedenen, relativ flexiblen Zeitrahmens blei-

ben: der durch das eigene Gedächtnis, durch die Gesamtzahl der Beiträge (was weit unten in der Liste landet, ist erst einmal verschwunden) und durch die Frequenz der Teilnahme beeinflussten ‘Bugwelle’ der Aufmerksamkeit. In Bezug auf die *Geschwindigkeit der Kommunikation* stellt der Virtuelle Parteitag – verstärkt durch die von außen gesetzten zeitlichen Begrenzungen, also bestimmter Anfangs- und Endzeitpunkt, Abstimmungsrunden, bis zu denen bestimmte Diskussionen gelaufen sein müssen, um noch relevant zu sein – eine Mischform aus synchroner Kommunikation (sei es der herkömmliche Parteitag, sei es ein Chat) und der normalerweise noch stärker entzeitlichten Kommunikation in Diskussionsforen dar.¹⁰⁵

4.3.4.2 Fluidität und Identitätskonstruktion

In der Literatur wird das Internet immer wieder auch mit der ‘Fluidisierung’ von Identitäten und der Bildung wahlfreier, multipler Identitäten in Verbindung gebracht (vgl. Geser 1999: 212f; vgl. Döring 1999a: 294ff; Hoffmann 1997; stellvertretend für viele andere Turkle 1995). Wegfallende Hinweisreize und die Reduktion auf das Medium Text machen es unmöglich, zwischen dem virtuellen Äquivalent von Sein und Schein zu unterscheiden – aus Simulation wird Hyperrealität. Aus dekonstruktivistisch-feministischer Perspektive¹⁰⁶ wird hier vor allem die Möglichkeit des *gender-swappings* (vgl. Döring 1999b: 200ff), also der Konstruktion einer gegengeschlechtlichen oder auch neutralen¹⁰⁷ Identität in MUDs oder beim Chatten hervorgehoben. Diese wird als Möglichkeit angesehen, die Kategorie Geschlecht zu transzendieren.

Neben der Textbasiertheit gibt es allerdings zwei weitere Voraussetzungen dafür, dass diese Befreiung der Identitäten in Kraft treten kann. Diese Voraussetzungen – Pseudonymität und die Entkopplung von der realräumlichen Wirklichkeit – waren beim Virtuellen Parteitag beide nicht erfüllt. Während die Konstruktion von Identitäten im Netz mittels Agieren unter einem freigewählten, pseudonymen *Nickname* stattfindet, war jeder Beitrag beim Virtuellen Parteitag eindeutig mit vollem Namen und Kreisverband der AutorIn gekennzeichnet. Damit wurden die Beiträge in den meisten Fällen auch geschlechtsidentifizierbar¹⁰⁸ und einzelnen realen, häufig bereits in soziale Netzwerke eingebundene Personen zugerechnet. Nicht nur der volle Name, sondern auch der Kreisverband wiesen ebenso wie beispielsweise die politischen Kontexte auf der Website darauf hin, dass der Virtuelle Parteitag sehr explizit in auch außerhalb des Netzes existierende soziale Wirklichkeitszusammenhänge (das politische System, eine bestimmte Partei, soziale Netzwerke) eingebettet war. Die von SimulationstheoretikerInnen postulierte prinzipielle Unsicherheit über die Authentizität digitaler Informationen wurde noch über das

¹⁰⁵ Ein Beispiel für eine noch viel langsamere Form von Kommunikation wäre der Austausch von aufeinander bezogenen Arbeiten in wissenschaftlichen Journalen (Döring 1999a: 237).

¹⁰⁶ Hingewiesen sei hier nur auf die von Donna Haraway mit ihrem *Cyborg Manifesto* entfachte Debatte.

¹⁰⁷ Für einige MUDs geht Brenda Danet (1998) auf die Geschlechtswahl der Avatare der MitspielerInnen ein – etwa jede dritte bis vierte Person ist nicht als Mann oder Frau gekennzeichnet, sondern verwendet eine Varianten von ‘it’ bis ‘per’ als geschlechtsneutraler Voreinstellung des Personalpronomen. Entsprechendes lässt sich auch für Nicknames zeigen.

¹⁰⁸ Zur geschlechtskonstituierenden Bedeutung von Namen und Personalpronomen vgl. auch die Gegenentwürfe in der Sciencefiction-Literatur, namentlich Ursula K. LeGuins *The Dispossessed* und Greg Egars *Distress*.

heute übliche Maß hinaus¹⁰⁹ dadurch gebändigt, dass schon vorher existierendes Wissen über mögliche GesprächspartnerInnen mit ins Spiel kam, und niemand sich hinter Masken verstecken konnte. Auch abseits der auf dem Virtuellen Parteitag gefassten Beschlüsse hatte das virtuelle Handeln hier reale Folgen für reale Beziehungen zwischen Menschen in sozialen Netzwerken.¹¹⁰ Es ist daher anzunehmen, dass es selbst dann, wenn pseudonymes Handeln (etwa durch freie Wahl von *Nicknames*) möglich gewesen wäre, nicht zur spielerischen Konstruktion alternativer, also beispielsweise geschlechtsneutraler Identitäten gekommen wäre, da der gesamte Virtuelle Parteitag unter einem erheblichen *Wirklichkeitsverdacht* stand.

Schließlich ist noch zu erwähnen, dass die *Geschwindigkeit der Kommunikation* und die damit verbundene Möglichkeit oder Unmöglichkeit quasi-synchroner Rückkopplungsprozesse ebenfalls die Chancen der Identitätsbildung beeinflusst. Die für Chat und MUD typische schnelle synchrone Kommunikation betont den Handlungsaspekt, während die langsamer Kommunikation in technisch asynchronen Medien den Kommunikationsaspekt in den Vordergrund stellt (vgl. Döring 1999a: 91ff). Dennoch sind in den Redelisten (insbesondere natürlich im *Parteitagsgeflüster*) – genauso wie dies in spielerisch orientierten *asynchronen* Newsgroups der Fall ist – durchaus auch Beispiele für virtuelle Handlungen zu finden. So wird etwa der virtuelle Kaffee in der ‘Kaffee-Ecke’ getrunken, oder zur Abwechslung auch mal virtuelles Bier, virtueller Prosecco oder eine ‘virtuelle Tüte’ konsumiert. Das Identität konstituierende dichte Geflecht der Interaktionen ist hier jedoch kaum zu finden. Vielmehr werden quasi nebenbei kleine Akzente auf schon existierende Identitäten gesetzt – oder auch bestimmte Aspekte der eigenen Identität betont und andere verdeckt, – ohne damit aber die Anschlussfähigkeit an den Realraum zu verlieren. Und auch die Kategorie Geschlecht verschwindet nicht.

4.3.4.3 Soziale Beziehungen im Netz

Den *Wirklichkeitsverdacht* teilt der Virtuelle Parteitag mit anderen Formen der computervermittelten Kommunikation; genannt seien hier nur die Nutzungsbedingungen wissenschaftlicher thematisch orientierter *Mailinglisten*, die große Zahl und der große Stellenwert der an realräumliche Institutionen gekoppelten *Websites* – die Ute Hoffmann zu der Vermutung bringen, dass es keineswegs ausgeschlossen sei, »daß sich der Riß zwischen Realwelt und Netzwelt wieder schließt, vielleicht schon geschlossen hat« (Hoffmann 1997: Kap. 4) – oder die generelle Erwartung, dass TeilnehmerInnen an den deutschsprachigen *Newsgroups* der DE.*-Hierarchie des *Usenets* unter ihrem wirklichen Namen schreiben und z.B. in ihrer *Signaturzeile* auch Hinweise auf ihren beruflichen Status verpacken. Im Vergleich des Virtuellen mit dem herkömmlichen Parteitag stellte sich als ein wichtiger Unterschied heraus, dass *persönliche Kontakte* und *soziale Netzwerke* im Virtuellen Parteitag vermisst wurden, insbesondere in Bezug auf die Etablie-

¹⁰⁹ Obwohl prinzipiell niemand sicher sein kann, dass die auf der Website www.uni-freiburg.de veröffentlichten Informationen tatsächlich Informationen der Universität Freiburg sind, würde heute – zumindest wenn es sich um etablierte Namen handelt – niemand mehr auf die Idee kommen, die Authentizität dieser Informationen in Frage zu stellen.

¹¹⁰ Dies kann zwar auf *Chat* und *MUDs* auch zutreffen, insbesondere dann, wenn z.B. eine Online-Liebesbeziehung zu einer Offline-Liebesbeziehung wird, wird dort aber nicht als Normalfall angenommen bzw. bewusst dethematisiert, solange nicht unumgänglich (vgl. Döring 1999c).

rung neuer Kontakte. Ursache dafür scheint vor allem die fehlende *Kopräsenz* zu sein. Deswegen stellt sich hier die Frage, ob mit dem Virtuellen Parteitag vergleichbare, auf Identitätsspiele verzichtende Kommunikationsformen genauso wenig wie dieser dafür geeignet sind, *soziale Beziehungen* aufzubauen und zu pflegen.

»Am einfachsten ist das Kennenlernen in MUDs und auf Chat-Kanälen, wo unmittelbares Aufeinander-Reagieren möglich ist. Aber auch die Kommunikation in Mailinglisten und Newsgroups bietet Anlässe und Gelegenheiten für eine private Kontaktaufnahme.« (Döring 2000a: 342). Hier wird deutlich, dass die interaktionsnahe Kommunikation in *zeitlich eng gekoppelten Medien* eine wichtige Voraussetzung für den Aufbau sozialer Beziehungen darstellt. Ist interaktionsnahe Kommunikation wie beim Virtuellen Parteitag aufgrund der *spezifischen Geschwindigkeit der Kommunikation* nicht möglich, so wird trotzdem von der Möglichkeit ausgegangen, dass soziale Beziehungen aufgebaut werden können. Mailinglisten und Newsgroups ('virtuelle Gemeinschaft') ermöglichen einerseits das relativ genaue *Kennenlernen* anderer in einem möglicherweise auch als gesellig empfundenen *setting*, und stellen andererseits eine Infrastruktur und Gesprächsanlässe für *private Kontaktaufnahme* bereit. Aus dem Zusammenwirken dieser beiden Faktoren heraus kann sich ebenfalls eine soziale Beziehung entwickeln, die dann zumeist außerhalb der Mailingliste oder der Newsgroup etwa per eMail (schwache Netzbeziehung) etabliert wird. Eine wichtige Eigenschaft dürfte sein, dass bei der Antwort auf den oder die andere ganz oder teilweise der Text der vorherigen Äußerung mitgeführt wird ('*quoten*'), so dass auch bei zeitlichem Abstand ein relativ dichtes Zwiegespräch möglich ist. Entwickelt sich aus der schwachen eine starke Beziehung, wird meist zu einem Medienmix gegriffen; also etwa – wenn realräumliche Treffen nicht möglich oder nicht erwünscht sind – zur Kommunikation via eMail, dem *privaten* Austausch in einem bestimmten Chat *und* der entsprechend aufmerksamen Rezeption der Äußerungen der jeweils anderen Person in gemeinsam besuchten Foren. Der Aufbau einer sozialen Beziehung aus stärker asynchroner Kommunikation heraus erfordert also die Möglichkeit der *privaten* Kontaktaufnahme, und setzt außerdem eine von der Geschwindigkeit der Kommunikation abhängige gewisse Zeitdauer für das textbasierte Kennenlernen des Gegenübers voraus.

Verbunden mit der Frage der Sozialität im Netz sind auch *Virtuelle Gemeinschaften* (Howard Rheingold). Diskussionsforen können aus dem Blick einer NutzerIn – je nach ihrer sozialen Position im Zentrum oder an der Peripherie der Kommunikationsstruktur – als etwas Identitätsstiftendes ('Gemeinschaft', 'Gruppe', 'Treffen an einem Virtuellen Ort') oder eher neutral als ein 'Schwarzes Brett' gesehen werden (vgl. exemplarisch Baym 1995; vgl. theoretisch Döring 2000a: 390ff; Stegbauer 1999). In der netzwissenschaftlichen Literatur ist die Frage, was virtuelle Gemeinschaften auszeichnet, allerdings noch ein Thema der Diskussion. Döring (1999a: 395) führt einen allgemeineren Begriff virtueller Netzwerke ein und definiert virtuelle Gemeinschaften als virtuelle Netzwerke, die auch soziale Funktionen erfüllen. In anderen Arbeiten (vgl. Heintz 2000; Wellman 2000) werden beide Formen virtueller Vergemeinschaftung netzwerktheoretisch betrachtet und anhand der Dichte und der Anzahl starker Bindungen voneinander unterschieden. Bettina Heintz (2000: 212f) schlägt dazu vor, Gemeinschaft als Kontinuum zu betrachten, dass von 'personal communities' (die alteri von ego kennen sich nicht) über

‘group communities’ (viele Bindungen auch zwischen den alteri) bis hin zu echten virtuellen Gruppen (Grenzziehung nach außen; vgl. zu einem alternativen Konzept virtueller Gruppen auch Thiedeke 2000b) reicht. Hans Geser zieht aus den besonderen Eigenschaften virtueller Sozialität das Fazit, dass ‘Online-Interaktionen’ nicht für Aufgaben geeignet sind, bei denen es um intensive soziale Beeinflussungsprozesse geht. Als Beispiele nennt er Verhandlungen zwischen divergierenden Verhandlungspartnern um einen Konsens, gerichtliche Verfahren, oder auch die Stiftung verbindlicher formaler Organisationsstrukturen. Dagegen scheint ihm virtuelle Sozialität nützlich, für die ad hoc-Bildung ‘punktueller Kooperationsverbünde’ (Geser 1999: 214). Ein gemeinsames Fazit dieser Ansätze scheint mir darin zu liegen, dass (a) die Möglichkeit von Vergemeinschaftung im Netz doch eher bejaht wird, dass (b) dabei empirisch zwischen verschiedenen ‘Stärken’ der Vergemeinschaftung unterschieden werden kann, wofür die Dichte sozialer Netzwerke ein gutes Maß ist, und dass (c) dichte virtuelle Gemeinschaften (‘virtuelle Gruppen’) selten sind (»Die Unwahrscheinlichkeit des Unwahrscheinlichen«; Heintz 2000: 201) und auf Ergänzung durch realräumliche Treffen angewiesen sind. Letztlich stellt das elektronische Netz damit vor allem eine vielfältige Ressource für schwache soziale Bindungen in den jeweiligen persönlichen Netzwerken dar. Diese Entwicklung kann in den Kontext der *Individualisierungsthese* gestellt werden (Heintz 2000; Dollhausen / Wehner 2000).

Virtuelle Vergemeinschaftung stellt einen Prozess dar, dessen Ergebnis – im weitreichendsten Fall – eine virtuelle Gruppe sein kann. Wie sieht es aus, wenn existierende soziale Gruppen computervermittelte Kommunikation einsetzen (vgl. dazu auch Geser 1998)? Nicola Döring warnt vor zu großen Erwartungen. Die Bereitstellung einer Kommunikationsinfrastruktur etwa in Form einer Mailingliste muss nicht zu einer Aktivierung und zu reichhaltigen Diskussionen führen: Wenn kein Diskussionsbedarf besteht, weil die Arbeit der Gruppenmitglieder z.B. eher parallel als kooperativ abläuft, werden die Gruppenmitglieder ihre Zeit nicht der Mailinglistendiskussion widmen. Gesellige Formen der Netzkommunikation stehen als Erfolgsfaktoren im Vordergrund.¹¹¹ (Döring 2000a: 382f). Findet das virtuelle Treffen einer Gruppe an einem öffentlichen Ort statt, so sieht Döring darin vor allem eine Abnahme von Zugangsbarrieren; insbesondere dann, wenn auch InteressentInnen Schreibrechte eingeräumt werden. Damit können neue Mitgliederkreise erschlossen werden (Döring 2000a: 385).

Wie lassen sich diese Erkenntnisse auf den Virtuellen Parteitag beziehen? Ein wichtiger Unterschied zu den als virtuelle Vergemeinschaftung beschriebenen Prozessen besteht darin, dass im Fall des Virtuellen Parteitags schon vorab *präformierte soziale Netzwerke* bestanden, und dass auch eine gewisse Identifikation mit der Partei gegeben war. Das Netz wurde dazu genutzt, diese zu aktualisieren; eine Notwendigkeit zum Aufbau sozialer Beziehungen ausgehend von einem Leerraum bestand nicht. Auf der anderen Seite war es nach meinen Beobachtung beim Virtuellen Parteitag allerdings auch kaum möglich, persönliche Kontakte zwischen vorher Fremden zu etablieren und neue soziale Beziehungen aufzubauen. Ausschlaggebend dafür

¹¹¹ »Dass eine bestehende (Groß)Gruppe eine besonders emotionale und lebendige Netzkommunikation zustandebringt, ist vor allem dann wahrscheinlich, wenn die Gruppe sich bislang in ihren Kontaktmöglichkeiten sehr eingeschränkt fühlte (z.B. seltene Face-to-Face-Treffen) und wenn sie in erster Linie geselligen Funktionen dient« (Döring 2000a: 384).

dürfte die fehlende Möglichkeit der privaten Kontaktaufnahme gewesen sein. So waren eMail-Adressen der TeilnehmerInnen nicht verfügbar, und es gab auch keine andere Möglichkeit der *one-to-one*-Kommunikation. Sämtliche Kontaktaufnahmeversuche hätten dadurch öffentlich ablaufen müssen, was sie – *world wide* – sichtbar gemacht hätte und damit je nach Vertrautheit, Wahrnehmung des Parteitags und Selbstbewusstsein eine große Hürde darstellt. Das Fehlen sozialer Hinweisreize und räumlicher Platzierungen erschwert die Kontaktaufnahme ebenfalls. Aufgrund des für textbasierte Kommunikation relativ kurzen Zeitraums war es kaum möglich, einen aussagekräftigen Eindruck von bis dato unbekannten TeilnehmerInnen (außer vielleicht den Top-10) zu gewinnen. Auf der anderen Seite ist für die Kontaktaufnahme im Realraum die gleichzeitige räumlich nahe Anwesenheit erforderlich. In einer großen Kongresshalle kann dies zu ebenfalls mit Aufwand verbundenen Suchprozessen nach der GesprächspartnerIn führen. Darüber hinaus können soziale Hinweisreize zum Misserfolg bei der Kontaktaufnahme führen.

Die hohe Unwahrscheinlichkeit des *Kennenlernens* ist nur teilweise (in Bezug auf Kopräsenz, Hinweisreize, Kommunikationsgeschwindigkeit) durch das gewählte Medium bedingt. Durch Veränderung der Gestaltungsfaktoren ‘private Kontaktaufnahme möglich’, ‘Öffentlichkeit der Kommunikation’ und ‘Dauer des Parteitags’ wären ähnliche Möglichkeiten sozialer Beziehungen wie in Diskussionsforen oder Newsgroups gegeben, die in Kombination mit präformierten sozialen Netzwerken vielleicht sogar zu einer Aktivierung bisher wenig aktiver Mitglieder und zur Erweiterung der Peripherien der innerparteilichen Netzwerke beigetragen hätte.

4.3.5 Die Relevanz computervermittelter Kommunikation für den Virtuellen Parteitag

Die Entscheidung für den Onlinemodus führt zu einer erhöhten *Abhängigkeit von Technik* sowohl für die einzelnen TeilnehmerInnen wie auch für den Parteitag insgesamt. Wer keinen *Zugang zum Netz* realisieren kann, bleibt ausgeschlossen. Die *Zugänglichkeit* des Parteitags wird dadurch erhöht, dass mit dem TCP/IP-Internet und dem WWW extrem weit verbreitete Protokolle verwendet werden, die Ungleichzeitigkeit und räumliche Ferne der an der *many-to-many*-Kommunikation Teilnehmenden ermöglichen. Formgebend für viele Effekte ist der mit dem Onlinemodus aufgrund der erwünschten *raumzeitlichen Flexibilität* verbundene Verzicht auf *Kopräsenz*. Damit einher geht ein Verlust an sozialer Strukturiertheit, der zu *egalitärerer Kommunikation* und der *Notwendigkeit der expliziteren Äußerung von Machtverhältnissen* beiträgt. Diese Effekte werden dadurch relativiert, dass über den Namen und Kreisverband als Kennung, aber auch über das gegenseitige Wissen über die Position anderer im Raum der Partei die soziale Struktur der Partei in den virtuellen Parteitag hineingetragen wird.

Zu den mit dem Onlinemodus verbundenen grundlegenden Möglichkeiten gehört weiterhin die *Digitalisierung der Kommunikation*. Dadurch sind TeilnehmerInnen in der Lage, Texte zwischen dem Virtuellen Parteitag und ihren eigenen Verzeichnissen auszutauschen, Beiträge vorzubereiten und auszudrucken. Für sicherheitsrelevante Aspekte wie das Abstimmen wird durch die digitale Möglichkeit der unterschiedslosen *Fälschbarkeit* der Einsatz aufwendiger technischer Sicherungsverfahren notwendig. Die in der *Dokumentation* aller Beiträge angelegte theoretische Möglichkeit jederzeitiger Bezugnahme auf alles wird durch einen sozial gestalteten

Fokus der Aufmerksamkeit ausgeglichen, der sich auf die Frage der *Aktualität* bezieht. Die *Geschwindigkeit der Kommunikation* ergibt sich aus dem Zusammenwirken der Wahl der als asynchron ausgelegten Form des Diskussionsforums mit dem vom Diskussionsverlauf selbst und von externen Faktoren wie der in Abstimmungsrunden äussernden *Zeitstruktur des Parteitags* abhängigen *Fokus der Aufmerksamkeit*. Die spezifische soziale Kommunikationsgeschwindigkeit (zeitlich engere Kopplung als andere Diskussionsforen) ist allerdings nicht schnell genug, um auf Quasi-Unmittelbarkeit beruhendes *virtuelles Handeln* im großen Rahmen zu realisieren. Die Entscheidung für ein asynchrones, im WWW als *Pull-Medium* (was zugleich Verantwortung und Entscheidungsfreiheit für den Zeitpunkt des Informationsabrufs auf die NutzerIn verlagert) realisiertes Diskussionsforum bringt darüber hinaus die *textbasierte Kommunikation* im für Diskussionsforen typischen Modus der ‘*Oraliteralität*’ mit sich. Damit wird zugleich der auf der physikalischen Ebene angelegte *Wegfall aller auf Visualität beruhenden sozialen Hinweisreize* bestätigt. Es ergibt sich das Problem der nur durch aktive Teilnahme zu erlangenden *Präsenz* und des unsichtbar bleibenden Publikums.

Da der Virtuelle Parteitag unter einem erheblichen *Wirklichkeitsverdacht* steht, der durch den *Verzicht auf Pseudonymität* noch verstärkt wird, kommt es nicht zur Herausbildung fluiden, beispielsweise das Geschlecht unklar lassender Identitäten. Auch die fehlende Möglichkeit *virtuellen Handelns* reduziert Abkopplungstendenzen von den sozialen Bezügen des Realraums. Phänomene der *virtuellen Vergemeinschaftung* sind nicht zu beobachten. Dazu tragen die starke Wirkung der präformierten sozialen Netzwerke bei, aber auch die fehlenden privaten Kontaktmöglichkeiten und die für längere textbasierte Kennenlernprozesse bei der spezifischen Geschwindigkeit zu kurze Dauer des Virtuellen Parteitags bei. Bestehende soziale Beziehungen konnten aktualisiert werden; der Aufbau neuer sozialer Beziehungen als einer wichtigen Grundlage für die politische Sozialisation und Aktivierung bisher nicht in die sozialen Netzwerke eingebundener TeilnehmerInnen war hingegen nicht möglich.

4.4 Fallbeispiel Geschlechterverhältnis: Vermutungen

A: Un’ dann hab’ ich mal irgendwann relativ am Anfang noch mir die Mühe gemacht, mal zu zählen, wieviele Beiträge sind eigentlich von Frauen und wie viele von Männern, ... und die von Männern waren einfach viel stärker, also waren einfach viel mehr Beiträge, und das fand ich eigentlich sehr schade, ... weil, desch is’ typisch [lacht], und ähm, ich hab’ eigentlich keine Erklärung dafür, warum au’ viele [Frauen], die sich unbedingt delegieren lassen wollten, sich dann nicht beteiligt haben. (A: 202-207)

Wie wir gesehen haben (vgl. Abschnitt 3.4.1), gibt es auch beim Virtuellen Parteitag einen deutlichen *gender gap* (Dorer 1997). Es stellt sich dabei die Frage, ob die geschlechtsspezifische Ungleichverteilung an Sichtbarkeit und Anwesenheit – im Vergleich mit den Bezugsmaßstäben Partei und Internet – normal ist, und zum anderen, wie und warum die spezifische Ungleichverteilung, die offensichtlich nicht der Geschlechterverteilung in der Bevölkerung entspricht, zustande kommt.¹¹²

¹¹² Auch aus einer Perspektive, die Geschlecht – sowohl im Sinne des biologischen Geschlechts (*sex*) als auch im Sinne des sozialen Geschlechts (*gender*) – für eine weitgehend sozial konstruierte Angelegenheit, für eine ‘Geschlechter-

4.4.1 Der Anteil der Frauen und Männer im Vergleich zur LDK¹¹³

Je nachdem, welchen Indikator (vgl. Abbildung 8.4) wir betrachten, liegt der Anteil der Männer im Virtuellen Parteitag mit 62-70% etwas höher oder genauso hoch wie der Anteil der Männer in der Partei (62%). In den 'technikbezogenen' Diskussionsforen über die demokratische Ausgestaltung der Informationsgesellschaft ist er besonders hoch und erreicht Werte um die 80%. Wird als Maßstab der herkömmliche Parteitag herangezogen, gibt es bezüglich des quantitativen Geschlechterverhältnisses drei Vergleichskriterien: (a) die Zahl der anwesenden Männer, (b) die Zahl der redenden Männer, oder (c) die Zeit, die redende Männer für sich beanspruchen. Aufgrund der Quotierung der Delegationen erreicht der *Männeranteil an den Anwesenden* (je nachdem, wie streng sich die einzelnen Kreisverbände an die Quotierung halten, und wer alles als Gast da ist) zwischen 45% und 55%. Die Zahl der *redenden Männer* lässt sich wiederum auf zwei Arten festhalten: der Anteil aller für die Redeliste ausgelosten Männer (normalerweise 50%), oder der Anteil der tatsächlich während einer Debatte redenden Männer. Für die Generaldebatte der LDK in Waiblingen (N3) habe ich exemplarisch die entsprechenden Zahlen einmal ausgerechnet – von den 18 RednerInnen waren 11 (61%) Männer, darunter auch das diesen Tagesordnungspunkt moderierende männliche Präsidiumsmitglied. Auch die Redezeiten in dieser Debatte habe ich mir notiert: ohne Präsidiumsbeiträge betrug die Redezeit 141 min. Davon entfielen 71% auf gesetzte Redebeiträge. Die 10 redenden Männer (ohne Präsidium) haben genau drei Viertel der Redezeit verwendet. Die durchschnittliche Redezeit nach Geschlecht betrug 10,5 min bei den Männern und 5,1 min bei den Frauen.

Der Anteil der Männer am Virtuellen Parteitag entspricht damit recht gut dem Männeranteil in der Partei, sofern dieser nicht durch Quotierungsmaßnahmen verdeckt ist. Der Vergleich der Aktivitäten unter den *befragten TeilnehmerInnen der LDK* macht deutlich, wo sich das Verhalten von Männern und Frauen unterscheidet: So haben je ein Drittel der Männer wie der Frauen schon einmal eine Rede gehalten, genauso wie je ein Drittel schon einmal einen Antrag eingebracht hat. Dies kann auch als Indiz dafür gewertet werden, dass die doppelte Quotierung der Delegationen wie der Redelisten einigermaßen wirkungsvoll ist, was deutlich wird, wenn gemessen wird, wer nicht zu Wort kommt, aber gerne reden würde. So haben auf das Item 'Noch keine Rede gehalten, es aber versucht' 14% der befragten Männer mit ja geantwortet (Frauen: 3%). Die Beobachtung, dass bei der Auslosung der Redebeiträge die Box für die Männer meist deutlich besser gefüllt ist als die für die Frauen, zeigt hier ihren empirischen Niederschlag. Während Männer also reden und auch eher als Frauen Anträge zur Geschäftsordnung stellen (Männer: 14%, Frauen: 6%), unterstützen sie seltener Anträge (Männer: 57%, Frauen: 69%).¹¹⁴

inszenierung' hält, stellt sich die Frage, ob, wie und warum bestimmte Inszenierungen durch die doppelte Form des Virtuellen Parteitags als im Medium der Netzkommunikation stattfindende politische Debatte bevorzugt oder benachteiligt werden, bzw. wie die Konstruktion der Zweigeschlechtlichkeit im Netz (Dorer 1997), das *doing gender*, in der Politik durchgeführt wird.

¹¹³ Ein Delegierter der LDK hatte sich zwischen Mann und Frau eingeordnet, in den Daten der Akademie für Technikfolgenabschätzung sind fünf TeilnehmerInnen ohne Geschlechtsangabe enthalten. Diese wurden bei den folgenden Betrachtungen herausgerechnet. Für die Auszählung der Redebeiträge wurde der Vorname als Geschlechtsindikator verwendet.

¹¹⁴ Aufgrund der vermutlichen systematischen Verzerrung der Stichprobe können diese Angaben hier nur als Hinweis genommen werden. Die angegebenen Unterschiede sind nicht signifikant.

Die Befragung der *TeilnehmerInnen am Virtuellen Parteitag* ergibt für das Schreiben (wobei hier unklar bleibt, ob in inhaltliche Foren oder in das Parteitagsgeflüster) in etwa ein gleiches Verhältnis innerhalb der Geschlechter: 47% der Männer und 50% der Frauen haben sich zu Wort gemeldet. Und in etwa wie bei der LDK geben 59% der Männer und 71% der Frauen an, Anträge eingebracht oder unterstützt zu haben.

Werden allerdings die *Redebeiträge und Anträge* nach dem Geschlecht der UrheberIn ausgerechnet (vgl. Abbildung 8.5), so ergeben sich dann doch wieder die üblichen Bilder: Bei den Antragsunterstützung und beim Parteitagsgeflüster unterscheiden sich die Aktivitäten pro Kopf nur wenig zwischen Männern und Frauen; in der Gesamtschau ergibt sich so aber wieder ein Männeranteil von 63% aller Antragsunterstützungen und 62% aller Beiträge in der Kaffee-Ecke. Anders sieht es bei den inhaltlichen Beiträgen aus. Von den an der inhaltlichen Debatte beteiligten Männern hat jeder im Schnitt 4,6 inhaltliche Beiträge geschrieben; bei den an der Debatte beteiligten Frauen waren es im Schnitt nur 2,6 Beiträge. Insgesamt kommt so ein Männeranteil von 77% bezogen auf die Beiträge zustande.

Damit scheint nun klar, wie die unterschiedlichen Zahlen an Beiträgen von Männern und Frauen zustande kommen: Bezogen auf Antragsunterstützungen und auf das Parteitagsgeflüster hat sich jeweils ein etwa gleichgroßer Anteil der Männer und Frauen in etwa gleicher Weise eingebracht.¹¹⁵ Die unterschiedliche Geschlechterquote rührt hier einzig und allein von den Unterschieden in der Teilnahme insgesamt her. Anders sieht es bei der inhaltlichen Debatte aus. Dass hier etwa drei Viertel aller Beiträge von Männerhand stammen, hat etwas damit zu tun, dass Männer mehr Beiträge im Inhaltsforum pro Kopf geschrieben haben als Frauen, und dass ein höherer Anteil der Männer als der Frauen sich an der inhaltlichen Debatte beteiligt hat. Dieses Muster passt zu den Angaben, wie Männer und Frauen sich auf herkömmlichen Parteitag verhalten – nur dass dort durch die Quotierung der Redeliste und durch die beim realräumlichen Parteitag stärker als beim Virtuellen Parteitag ins Gewicht fallende Quotierung der Delegierten der inhaltliche Rededrang von Männern etwas gezügelt wird. Selbst wenn genau gleich viele Männer wie Frauen aktiv am Parteitag teilgenommen hätten, wäre die Sichtbarkeit der Männer in der inhaltlichen Debatte aufgrund dieser Zahlen spürbar höher gewesen. Ohne irgendwelche Zwänge wurden hier also die Geschlechterrollen des herkömmlichen Parteitags¹¹⁶ auf den Virtuellen Parteitag übertragen. ‘Männer reden mehr, fahren gerne zu den Parteitag, machen die Politik’ – ‘Frauen hören zu, müssen gezwungen werden, zu den Parteitag fahren, werden unterstützend tätig’:

¹¹⁵ Dabei lässt sich allerdings eine gewisse Dynamik über die Zeit sehen (vgl. Abbildung 8.6)

¹¹⁶ Interessanterweise werden diese Geschlechterrollen reproduziert und finden sich – zumindest als auf Dritte gerichtete Vermutung – auch bei den InterviewpartnerInnen wieder, obwohl es die Quote, die Doppelspitze und einige weitere Maßnahmen gibt, und obwohl es neben sehr dominanten Männern (als Stereotyp: Rezzo Schlauch) auch Frauen gibt, die als *role model* durchaus dienen können (wiederum als Stereotyp: Renate Künast, Bärbel Höhn). Vergleichbare AkteurInnen finden sich ‘im Kleinforma’ auch in Kreisverbänden und im Landesverband wieder. Frauen scheinen sich hier dennoch eher daran zu orientieren, dass es wichtige und laute Männer gibt, als daran, dass es wichtige und einflussreiche Frauen gibt. Vgl. hierzu auch Helga Lukoschat, die im historisch-kulturell-strukturell männlich geprägten Handlungsfeld Politik Frauen noch stärker als Männer vor dem Problem der Anpassung an den vorherrschenden männlichen kulturellen Code stehen sieht – passen sie sich zu stark an, gelten sie als zu männlich wirkend, passen sie sich zu wenig an, gelten sie als ‘weich’ und nicht durchsetzungsfähig. Sie rät Frauen, ganz bewusst auf Inszenierung zu setzen. (Lukoschat 2000)

B: Deshalb gibt's da äh eher 'nen Gerangel, und ähm, und dann tendenziell natürlich mehr bei den Männerplätzen. – TW: Warum das? – B: [lacht] Weil, ... mein Eindruck, des hat damit zu tun [...] also zunächst mal auch allgemein mit dem Politikverständnis von Frauen, das ganz häufig 'ne eher passive, vielleicht auch konsumergerichtete Haltung ist, wo mer irgendwie sich nicht unbedingt für Extraaktivitäten ähm, äh, ... groß profilieren mag, ähm zum anderen [...] sich 'nen Wochenende um die Ohren zu schlagen, ähm, dass da viele Frauen einfach äh sozusagen doch für Familie zuständig sind. (B: 491-512)

C: Wobei sich allerdings Frauen von 'ner – so wie ich des seh' – von uns'ren Parteitag genauso abgeschreckt fühlen; wenn die Delegierten nich' quotiert wären, hätt' es da massiv Probleme, auch ähm, und bei'n Debattenbeiträgen, wie g'sagt, [...] die Situation wäre auf normalen Parteitagen genauso, wenn da keine Quotierung bei'n Debattenbeiträgen vorläge – ähm, des liegt denk ich strukturell einfach an der Politik, wie sie bei uns gestaltet isch. (C: 1309-1316)

Und weiter, bezogen auf den von ihm wahrgenommenen Diskussionsstil von Männern und Frauen:

C: Es isch', ähm, ... sehr viel akzeptierender auch, also ich, ich merk's immer wieder, ich hab' die Tendenzen, [...] also auch mal, auch mal zu unterbrechen, auch mal 'nen, 'ne Debatte versuchen zu dominieren [...] und, ähm, des is', denk ich, einfach 'ne and're Art, an 'ne Debatte ranzugehen, Frauen, ja die wollen mehr kommunikativ das Ganze aufrollen, ja, und ähm, viele Männer wollen da halt einfach 'nen Stück weit der Komm-, der Debatte äh ihre Art der Kommunikation, ihre Position auch aufdrücken. (C: 1355-1365)

Ein kleines Detail am Rand: für C (Mann) wirken die Parteitage abschreckend auf Frauen – seine Normalität ist also darauf ausgerichtet, zu Parteitagen hinzufahren (und dort vielleicht sogar zu versuchen, die Debatte zu dominieren). B (Frau) sieht es zum einen genau andersherum: Normalfall ist es, sich 'nicht groß zu profilieren', die Ausnahme ist es, auf einen Parteitag fahren zu wollen. Zum anderen weist sie darauf hin, dass es noch immer zum – auch in der grünen Partei – weit verbreiteten Rollenbild für Frauen gehört, sich um die Familie zu kümmern, und nicht am Parteitag teilzunehmen.¹¹⁷

4.4.2 *Das Internet, ein Spielzeug für Jungs?*¹¹⁸

Der Männeranteil im Internet nähert sich zwar dem der durchschnittlichen Bevölkerung an (vgl. auch Abschnitt 2.1.3), liegt aber immer noch bei etwa 55-65% (vgl. auch Döring 1999b: 184). Wird nicht die Teilnahme, sondern die Beteiligung – bzw. der in Anspruch genommene Raum (vgl. Dorer 1997: 23) – betrachtet, so liegt beispielsweise im *Usenet* der Anteil von Diskussionsbeiträgen von Männern noch immer bei 85% bis 90%. Nicola Döring deutet dies so, »dass die traditionell geringere Bereitschaft und Möglichkeit von Frauen in öffentlichen Räumen das Wort zu ergreifen, auch (noch) in diversen virtuellen Räumen greift.« (Döring 1999b: 193). Das Nutzungsverhalten von Männern von Johanna Dorer gegenüber einem stärker auf eMail-Kommunikation und Informationsrecherche betreibenden weiblichen Nutzungsverhalten als intensiver, spielerischer und technikzentrierter beschrieben (Dorer 1997: 23). Die Linguistin Susan Herring beschreibt das Sprachverhalten von Männern im Netz als aggressiv und selbstbeweihräuernd und setzt dem einen aus Unterstützung, also Hinwendung zum Gegenüber, und Abschwächung, also einer Verkleinerung der eigenen Position bestehendes weibliches Sprachverhalten entgegen. Sie führt dies auf unterschiedliche männliche und weibliche Ideale zurück:

¹¹⁷ Vgl. auch, bezogen auf kleinere Kreisverbände: »Männer reisen zu den Delegiertenkonferenzen, Frauen machen Haushalt und Kinder«; Raschke 1993: 222

¹¹⁸ Auf die in Abschnitt 4.3.4.2 erwähnte Debatte um das gender-swapping im Netz sei hier nur cursorisch verwiesen.

Männer orientieren sich am Ideal der offenen Rede und des antagonistischen Diskussionswettbewerbs, Frauen dagegen legen einen hohen Wert auf die Wünsche und Bedürfnisse anderer (Herring 1997).¹¹⁹ In gemischtgeschlechtlichen Kommunikationsformen passt die Minderheit sich dabei der Mehrheit an – oder schweigt. Zurecht weist Nicola Döring darauf hin, dass die männliche Dominanz im Netz im Sinne einer *self-fulfilling prophecy* auch dadurch fortgeschrieben werden kann, dass sie immer wieder thematisiert wird und alternative Verhaltensweisen ohne Notwendigkeit aufgegeben werden (Döring 1999b: 194).

Zu diesen durch unterschiedliche Ethiken erklärten Unterschieden in der Netzkommunikation, die anscheinend das Netz zu einem im Allgemeinen eher für Männer als für Frauen attraktiven Ort macht, treten Fragen des sozialen Status, der Zugangskosten und der Sozialisation (vgl. Dorer 1997: 20ff; zur Sozialisation auch Hanappi-Egger 2000 und Schinzel et al. 1999: 23ff). Technik wird im Sinne einer Geschlechtshierarchie eine Präferenz für Männer zugeschrieben (vgl. Dorer 1997: 20; Schinzel et al. 1999: 50ff). Hier stellt sich die Frage danach, wieweit es tatsächlich möglich ist, soziale Strukturierungen in Artefakte einzuschreiben – und wieweit diese Einschreibung nicht letztlich eher ein Effekt der sozialen Nutzung der jeweiligen Technik ist. Wieso ist – technikdeterministisch gesehen – ein auf Kommunikation, die Pflege von Kontakten und gemeinsamen Interessen und den nicht machtsstrukturierten Austausch hin angelegtes Medium wie das Internet ein männlich dominiertes Medium? (Vgl. auch Döring 1999b).

C: Ja, ich denk' schon, dass, dass die Art der Kommunikation Jungs mehr liegt wie Mädels [lacht], Männern mehr liegt wie Frauen. [...] in dem Fall isch' schon die durch [...] die Art der Technik bedingte Art der Kommunikation, die die Frauen abschreckt – ja, also einfach dieses unpersönliche, alleine vorm PC sitzen, und dann natürlich auch die Tatsache PC – viele ham da keine äh Hemmungen mehr, aber strukturell gesehen ham Frauen da größere Hemmungen wie Männer. (C: 1301-1344)

B: [...] mein Gefühl war, da werden Jungs dran interessiert sein, weil's halt, weil's halt in 'ner gewissen Art auch 'ne 't Spielerei ist, und das Frauen da nicht unbedingt so ... sich begeistern lassen. [...] Ich glaub' der Spielerei-, der Spielereiaspekt, der ist, also ist mein Eindruck, ähm, für, für die meisten Jungen, beziehungsweise Männer, war des irgendwie halt ... die Kopplung, Technik und dieses ... Spielerei, und, und vielleicht war beides irgendwie für Frauen nicht so wichtig. (B: 123-135)

Wenn Johanna Dorer – ganz passend zu diesen Zitaten – schreibt, dass Technik im allgemeinen nach wie vor als *'toy for boys'* gelte (Dorer 1997: 20): Wer entscheidet dann wie darüber, welche Technik für wen gilt? Dieser Frage kann an dieser Stelle nicht weiter nachgegangen werden; zu konstatieren ist jedenfalls, dass in den aktuellen *hegemonialen Deutungsmustern*¹²⁰

¹¹⁹ Mit Carol Gilligan lassen sich diese unterschiedlichen Ideale auf eine empirisch zu beobachtende männliche Ethik der Gerechtigkeit – die wiederum rationale Argumentation und Entscheidung präferiert – und auf eine weibliche Ethik der Fürsorge zurückführen (Gilligan 1982; zit. nach Schinzel et al. 1999: 71). Diese beiden Ethiken sind allerdings nicht differenztheoretisch als sich ausschließend definiert, sondern sollen sich im normativ gesehenen Idealfall als eine von der Geschlechterkopplung gelöste *Ethik der Gerechtigkeit und der Fürsorge* verwirklichen (Schinzel et al. 1999: 72f). Kritisch zu Gilligan (und noch mehr zu Herring) ist anzumerken, dass der Rekurs auf Unterschiede zwischen der Geschlechtern ohne Blick auf die Unterschiede innerhalb der Geschlechter und ohne Einbezug des gesellschaftlichen Zusammenhangs sehr leicht biologistisch gedeutet werden kann (vgl. auch Wajcman 1994: 190f).

¹²⁰ Robert Connell beschreibt hegemoniale Deutungsmuster allgemein als Bestandteil eines Modells hegemonialer Maskulinität: Männliche Deutungsmuster bestimmen sowohl das *doing gender* der Männer wie auch das *doing gender* der Frauen. Eine Nicht-Orientierung am hegemonialen Deutungsmustern hat dabei Sanktionen der Majorität gegenüber der sich anders orientierenden Minorität zur Folge. (Meuser 1998: 97ff). Er schließt dabei an die soziale Konstruktion der Zweigeschlechtlichkeit an, die 'Geschlecht' in den Dimensionen des körperlichen Geschlechts, der Zuordnung zu einer Geschlechterkategorie und der gegenseitigen Zuordnung von Geschlechtszuschreibungen in Interaktionen (*doing gender*) unterscheidet (Gildemeister / Wetterer 1992).

noch immer die Mythenkombination aus männlichem Technikinteresses und weiblicher Technikablehnung mitgeführt wird.¹²¹ Eine aktuelle Untersuchung des *doing genders* in Bezug auf IuK-Technologien ist bei Klaus Schönberger (1999) am Beispiel der unterschiedlichen IuK-Nutzung bei Paaren zu finden. Er kommt dabei zum Schluss, dass die enge Verbindung zwischen Netz und Technikaffinität in der aktuellen breiten Diffusionsphase stark an Bedeutung verliert. Technikentlastet kann die Kontrolle der familiären computervermittelte Kommunikation durch die Frau dann z.B. im Rahmen der traditionellen Hausfrau-Mutter-Familienmanagerin-Rolle geschehen. Über Internet-Nutzung oder -Nichtnutzung entscheidet damit weniger das Geschlecht als die spezifische soziale Einbettung des Gebrauchs.

Wird die Frage nach dem Internet als 'Spielzeug für Jungs' an die vorhandenen empirischen Daten herangetragen, so fällt auf, dass nur 24% der bei der LDK befragten Frauen, aber 42% der befragten Männer angeben, das Netz für Spaß und Unterhaltung zu nutzen. Hinzu kommen allerdings Alterseffekte: bei den Unterdreißigjährigen nutzen 50% der befragten Frauen und 57% der befragten Männer das Netz für Spaß und Unterhaltung, bei der Gruppe über 30 Jahren sind es 18% der Frauen und 35% der Männer. Noch deutlicher ist der Geschlechtereffekt bei der Häufigkeit der Nutzung des Internets zu sehen: Während 86% der jungen Männer und 79% der älteren Männer angeben, dass Netz (beinahe) täglich zu nutzen, sind es nur 75% der jungen Frauen und 53% der älteren Frauen.¹²²

Wird unter den LDK-TeilnehmerInnen nach der Zustimmung zur affektiv besetzten Frage 'Ich könnte mir ein Leben ohne Internet nicht mehr vorstellen' (1=stimme ganz zu, 4=lehne ganz ab) gefragt, so erreicht sie bei den jungen Männern einen Wert von 2,2, also eine leichte Zustimmung. Die jungen Frauen sind mit 2,5 etwas skeptischer. Die beiden älteren Gruppen mit Werten von 2,9 (Frauen) und 3,0 (Männer) lehnen die Aussage hingegen im Mittel ab. Dagegen wird das Internet in allen Gruppen als Werkzeug gesehen. Die Zustimmung reicht hier von 1,4 bei beiden älteren Gruppe bis zu 1,6 bei den jungen Männern. Explizit danach gefragt, ob sie glauben, dass das Internet ein männlich geprägter Bereich sei, fällt die Antwort einheitlich uneinheitlich aus: Junge Frauen sehen dies im Schnitt am wenigsten so (3,3), auch die älteren Frauen lehnen dies eher ab (2,9). Noch etwas zustimmender äußern sich junge und alte Männer (2,80 bzw. 2,75); alle Antworten bleiben aber im Mittelwert auf der ablehnenden Seite der Skala. Ob die Ablehnung bezüglich dieser Frage normativ geprägt ist, oder den tatsächlichen Erfahrungen entspricht, bleibt allerdings offen.

Sowohl die Einstellungen zum Netz als auch das Nutzungsverhalten unterscheidet sich zwischen den befragten Männern und Frauen und variiert noch dazu mit dem Alter. Geschlechter-

¹²¹ Vgl. zu Frage der sozialen Vergeschlechtlichung von Technik für das Beispiel der geschlechtlichen Konstruktion der Mikrowelle Cynthia Cockburn / Susan Ormrod (1997); allgemeiner Cynthia Cockburn (1988), Judy Wajcman (1994).

¹²² Auch bei den TeilnehmerInnen am Virtuellen Parteitag ist dieses Muster – mit einer Ausnahme – zu finden: 93% der jungen Männer, 81% der älteren Männer und 67% der älteren Frauen geben an, täglich oder beinahe täglich ins Netz zu gehen. Dies trifft auch für *alle* sechs Frauen unter 30 unter den Befragten zu. Interessant ist hierbei die Tatsache, dass tatsächlich nur 3,5% der TeilnehmerInnen am Virtuellen Parteitag Frauen unter 30 waren – die Männer unter 30 machen 17,3% der TeilnehmerInnen aus, d.h. in dieser Altersgruppe waren 83,2% der TeilnehmerInnen Männer!

unterschiede in der Nutzungsweise bleiben größtenteils auch in der jüngeren Gruppe bestehen, werden aber kleiner. Instrumentelle und technisch-affektive Zugangsweisen schließen sich nicht aus, und das Netz wird nicht als männlich geprägter Bereich wahrgenommen. Trotzdem sind Frauen weniger aktiv im Netz als Männer. Dies gilt auch für die jüngeren Frauen, die die Aussage, dass sie glauben, dass das Netz männlich geprägt sei, am deutlichsten ablehnen. Wird nun für die älteren Frauen (die jüngeren lehnen die These zu oft ab, um Aussagen über die treffen zu können, die der These zustimmen) die Netznutzung mit der Zustimmung zur These verbunden, so sind nur 36,4% der Frauen, die der These zustimmen, dass Netz männlich geprägt sei, täglich oder beinahe täglich das Netz. Bei denen, die nicht glauben, dass das Netz von Männern dominiert wird, sind es dagegen 60%, die täglich ins Netz gehen. Die Zusammenhänge bei den Männern zeigen in die gleiche Richtung, sind dort aber weniger deutlich ausgeprägt.

Als vorsichtige Schlussfolgerung aus diesen Daten lässt sich das Fazit ziehen, dass die, die das Netz für ein männlich geprägtes Medium halten, es seltener nutzen. Aber auch der Umkehrschluss erscheint plausibel – wer das Netz häufig nutzt, hält nicht daran fest, dass es männlich geprägt ist. Bei den älteren Frauen halten 21% von denen, die täglich das Netz nutzen, das Netz für ein männlich geprägtes Medium – bei den Nicht-Nutzerinnen ist es jede Zweite; die Selten-Nutzerinnen liegen mit 39% dazwischen.

4.4.3 Doppelte Ungleichheit

Auch wenn die geringen Fallzahlen keine wirklich gültigen Schlüsse zulassen, zeigen sich doch zwei Tendenzen: jüngere Frauen glauben nicht mehr daran, dass das Netz per se männlich geprägt ist und sie sind auch häufiger (aber immer noch seltener als junge Männer) im Netz aktiv. Bei älteren Frauen deutet dagegen einiges auf einen negativen Zusammenhang zwischen der Netznutzung und der Vermutung hin, dass das Netz männlich geprägt sei. Dieser Zusammenhang kann in beide Richtungen plausibel gedeutet werden – sowohl als abschreckende Wirkung des Bildes vom männlich geprägten Netz als auch als Tendenz, weniger an eine männliche Prägung des Netzes zu glauben, wenn aktive eigene Netzerfahrungen da sind.

Bezogen auf das Geschlechterverhältnis beim Virtuellen Parteitag treten hier zwei Elemente zusammen: eine *Logik der Partei*, die als männlich dominiert empfunden wird, und eine *Logik der computervermittelten Kommunikation*, die als männlich dominiert empfunden wird. Sowohl beim Virtuellen wie beim herkömmlichen Parteitag gibt es Anzeichen dafür, dass mehr Männer als Frauen an der inhaltlichen Debatte teilnehmen (wollen), und dass sie sich – beim Virtuellen Parteitag – mit mehr Beiträgen pro Kopf in die inhaltliche Debatte einbringen. Obwohl auf alle Männer bezogen die Zahl der nicht sichtbar aktiven sogar größer ist als auf alle Frauen bezogen, ergeben sich so überproportional Bilder männlicher Dominanz in den inhaltlichen Debatten. Aber auch schon ohne den Multiplikationseffekt ‘mehr Beiträge pro Kopf’ reicht beim Virtuellen Parteitag die pure Zahl aus, um den virtuellen Raum als einen männlich dominierten zu etablieren. Ansatzpunkte, um dies zu erklären, lassen sich sowohl aus der *Logik der Partei* als auch aus der *Logik computervermittelter Kommunikation* heraus erklären – und legt aus einer geschlechterdemokratischen Sichtweise gerade in Bezug auf einen (virtuellen)

Parteitag nahe, dass es eben nicht ausreicht, einfach nur allen die gleiche Möglichkeit zu reden zu geben. Eine 38%-Frauen-Partei, die das Ziel hat, ihren Frauenanteil auf 50% zu steigern, muss sich aktiv um dieses Ziel kümmern.¹²³ Ein sichtbar von Männern dominierter Parteitag führt die Gefahr mit sich, hier undemokratische Geschlechterverteilungen festzuschreiben, statt Männern *und* Frauen gleiche Chancen der politischen Kommunikation zu eröffnen. Festgeschrieben wird eine undemokratische Geschlechterverteilung, weil sich mit der sichtbaren Ungleichheit das Bild festsetzt, dass Redeschlachten von Männern dominiert sein müssen.

4.5 Fazit: Die Logik des Virtuellen Parteitags

In der Betrachtung der beiden Logiken ist der *Hybridcharakter* des Virtuellen Parteitags deutlich geworden. Dieser Hybridcharakter zeigt sich auch am Zusammenwirken der beiden Logiken in Bezug auf das *Geschlechterverhältnis*. Während hier quasi mustergültig beide Logiken in die gleiche (falsche) Richtung weisen, konfliktieren andere Elemente der beiden Logiken miteinander. Das dieses Kapitel einleitende Modell eines gleichberechtigten Zusammenpralls zweier Logiken auf den Ebenen der spezifischen Regeln und Vorerfahrungen kann nun konkretisiert werden (vgl. Abbildung 4.3). In einigen Fällen – etwa bei der *Geschwindigkeit* und *Sprache der Kommunikation* – entstehen tatsächlich hybride Formen, die weder dem Parteitag noch in diesem Fall Diskussionsforen völlig gleichen. In anderen Fällen setzen sich Elemente einer der beiden Logiken durch: Auf der Seite der computervermittelten Kommunikation wären hier vor allem die auf den unteren Ebenen der computervermittelten Kommunikation entscheidenden ‘technischen’ Faktoren wie etwa die *Abhängigkeit von Technik* zu nennen. Auf der Seite der Partei sind es nicht nur *Ergebnisorientiertheit* und *Handlungsrollen*, sondern auch die konkreten *Akteure der Partei* – und mit ihnen starke soziale *Strukturierungen* durch die Verankerung in verschiedenen innerparteilichen Netzwerken – die ihren Weg in den Virtuellen Parteitag gefunden haben und hier dominant wirksam werden.¹²⁴

Parteien bestehen nicht nur aus Parteitagen: auch zwischen den Parteitagen wird das Handeln beispielsweise der Vorstandsmitglieder, aber auch anderer ‘Promis’ – vermittelt unter anderem durch die Massenmedien – registriert. Je nach Dichte und Bindungsstärke werden persönliche Kontakte zwischen Mitgliedern innerparteilicher sozialer Netzwerke auch zeitlich außerhalb der Parteitage realisiert, vom zufälligen Treffen am gleichen Wohnort bis hin zur für alle außer den Beteiligten unsichtbaren Strategiebesprechung. Diese sozialen Strukturierungen sind nicht abhängig von *Kopräsenz* – Parteien mit ihrer territorialen Ausdehnung bei relativ geringer Dichte sind darauf angewiesen, vielfach auch jetzt schon ohne Kopräsenz zu funktionieren. Die wichtigen Akteure kennen sich gut genug, um sich auch ohne Anwesenheit internalisierte konkrete Handlungserwartungen entgegenzubringen. In anderen Worten: es geht hier um Macht.

¹²³ Dies muss nicht unbedingt durch Quotierung erfolgen. Vgl. auch den Beschluss des Virtuellen Parteitags zur elektronischen Bürgerdemokratie; hier wurde folgender Änderungsantrag übernommen: »*Bündnis 90/Die Grünen setzen sich dafür ein, dass das Bildungsangebot im Bereich Internet besonders für Frauen ausgeweitet wird, denn noch immer liegt der Anteil der weiblichen UserInnen deutlich unter dem der männlichen.*«

¹²⁴ Vgl. auch die Skizze der Logik der Partei (Abbildung 8.11) sowie einige der Veränderungen durch den Zusammenstoß mit der Logik computervermittelter Kommunikation (Abbildung 8.12).

Logik des Virtuellen Parteitags	
Logik der computervermittelten Kommunikation	Logik der Partei
Moderationsfunktion des Präsidiums (Steuerung)	Handlungsrollen Delegierte , Vorstand, Präsidium
Verlagerung von Nutzungs-Entscheidungen an die TeilnehmerInnen (→ Individualisierung)	Spezifische Erwartungen bezüglich 'Promis' (eingeschränkt) Parteitagsregie
Wegfall von sozialen Hinweisreizen, Tendenz zu egalitärer Kommunikation	Präformierte soziale Netzwerke, konkrete Akteure und Wissen darüber; vermachtete Binnenstruktur der Partei
Erhöhung der räumlichen und zeitlichen Flexibilität, aber vergrößerte Abhängigkeit von Technik	Zeitliche Makrostruktur durch Abstimmungen, begrenzte Dauer des Parteitags, Landesverband
Zeitliche Mikrostruktur durch asynchrone Kommunikationsform	Aktualitätskriterien der Partei, Einfluss der zeitlichen Makrostruktur auf Aufmerksamkeitsfokus
Elemente aus dem Kommunikationsstil von Chats / Foren, multilaterale Kommunikation	Elemente aus dem Kommunikationsstil der Partei (Rhetorik, Floskeln, Argumentation mit pro/contra)
Textuelle Präsenz, aber aufgrund des starken Wirklichkeitsverdachts nur geringe Fluidität	Orientierung an Ergebnissen und Außenwirkung, auch in der Form der Debatte spürbar
Frauenanteil gering, weil Technik als 'Männerspielzeug' wahrgenommen wird (etc.)	Frauenanteil gering, weil Politik – trotz Quote – männlich dominiert ist (etc.)

Abbildung 4.3 – Zur Logik des Virtuellen Parteitags

Diese soziale Binnenstruktur der Parteien und ihrer aktiven Mitglieder wird auf herkömmlichen Parteitagern aktualisiert. Bindungen werden aufgefrischt und erneuert, zentrale Akteure in inszenierten Handlungen – wie etwa der Rede des Spitzenkandidaten – allen in und außerhalb der Partei namentlich vorgestellt und bekannt gemacht. Hierzu ist zumindest auch visuelle Präsenz (Stichwort Videoleinwand) notwendig. Die Mitglieder der Partei kennen sich – sie kennen die Mitglieder des Zentrums und der Peripherie ihrer jeweils eigenen, kleineren oder größeren sozialen Netzwerke, und sie kennen die zentralen Akteure und deren Position im parteiinternen Sozialraum. Dieses Wissen – unterstützt von Handlungsrollen und diffuseren Parteitraditionen sowie der namentlichen Kennzeichnung – reichte aus, um auch ohne die körperliche Anwesenheit den Virtuellen Parteitag erheblich zu strukturieren. Auch wenn die Debatten aufgrund fehlender nonverbaler Begleitmerkmale der Kommunikation, der niedrigeren Hemmschwelle und der erweiterten Beteiligungsmöglichkeiten sachlicher erscheinen – und vermutlich auch sachlicher waren –, auch wenn keine direkte Orientierung an Vorbildern möglich war: Spätestens dann, wenn es 'um etwas geht', setzen die Parteitagsreflexe ein und es wird – im Unterschied zum herkömmlichen Parteitag in einem stärkeren Maße eigenverantwortlich, nicht durch räumliche Platzierung und *Parteitagsregie* vorgegeben – versucht, das eigene Handeln an der eigenen Position im Raum der Partei und den Positionen der anderen Akteure auszurichten. Und dieser Raum der Partei ist immer schon vor allem ein imaginärer Raum.

Kopräsenz tritt hier erst dann als Notwendigkeit ins Spiel, wenn es darum geht, die Binnenstruktur der Partei zu verändern – sei es durch Wahlen auf Parteitag, sei es durch die Einbindung und Sozialisation neuer Mitglieder, sei es dadurch, sich ein eigenes Bild von neuen, noch unsicher platzierten Akteuren zu machen. Solange dies in einem virtuellen Parteitag nicht möglich ist, und solange Massenmedien, parteiinterne Kommunikation und ab und zu stattfindende realräumliche Treffen diese Funktionen übernehmen, kann ein virtueller Parteitag zwar Beschlüsse fassen, und damit auch die Position einzelner Akteure zur Partei selbst verschieben – erweist sich aber als ein Wirkungsfaktor auf die soziale Binnenstruktur der Partei neben vielen anderen als wenig bedeutsam.

Neuland für Bündnis 90/Die Grünen stellte der Virtuelle Parteitag auf jeden Fall dar. Als einmaliges Ereignis hatte er eine gewisse *Außenwirkung*, als Ereignis für die Partei hat er zur Ergänzung der Beschlusslage und zum Gewinn an Reputation für seine Organisatoren beigetragen. Er hat *Spaß* gemacht, vielleicht dazu geführt, dass einige Mitglieder sich intensiver als zuvor mit der Partei – und dem Netz – beschäftigt haben. Bezogen auf die Einflussnahme auf die soziale Binnenstruktur der Partei waren die Effekte deutlich kleiner als die, die ein großer Bundesparteitag ausüben kann. Dazu hat sicherlich auch die Orientierung am kleinen Landesparteitag als Vorbild beigetragen. Dazu beigetragen haben aber auch die Wahl des Mediums und die spezifische Gestaltung. Solange der Virtuelle Parteitag eine einmalige Veranstaltung bleibt, und solange genügend stärkere Formatierungsmöglichkeiten in Bezug auf die soziale Binnenstruktur der Partei bleiben, lässt er sich deshalb schwerlich als Indiz für die in Abschnitt 2.1.2 skizzierte Annahme deuten, dass die Mitgliederparteien durch das Internet unter starken organisatorischen Veränderungsdruck geraten. Anders sähe es aus, wenn der Virtuelle Parteitag den aktiven Mitgliedern der Partei nicht nur eine zwar mit mehr Debattenvorlauf ausgestattete und auch tatsächlich reale, im wesentlichen aber eben im Rahmen herkömmlicher Parteitage bleibenden Beteiligung an der Meinungsbildung der Partei ermöglichen würde, sondern auch (etwa durch direkte Kontaktmöglichkeiten oder dadurch, dass Gruppen *dort*¹²⁵ ad hoc eigene, nicht-öffentliche Diskussionsforen etablieren könnten) eine kontinuierlich existierende Infrastruktur bereitstellen würde, die echte virtuelle Vergemeinschaftung innerhalb der Partei ermöglichen würde. Allerdings wäre vermutlich auch dann noch der Einfluss präformierter und realräumlich verankerter sozialer Netzwerke auf die Binnenstruktur der Partei deutlich größer als die der neu entstehenden virtuellen Netzwerke.

¹²⁵ Ich bin überzeugt davon, dass es – gerade wenn das WWW als Grundlage verwendet wird – tatsächlich so etwas wie 'Virtuelle Orte' gibt, also eine die Raumstruktur ersetzende, artifizielle Strukturierung mit raumähnlichen Funktionen (vgl. auch Iglhaut et al. 1996; Bleich 2000). Für die Raumartigkeit des WWW sprechen auch die inzwischen etablierte Metaphernwelt ('Homepage'). Während Geser (1999: 208) davon ausgeht, dass dieses artifizielle Surrogat unscharf, nicht objektiv und ständig veränderbar ist, würde ich vielmehr ähnliche Maßstäbe anlegen wie an Städte – auch hier kann die Raumstruktur prinzipiell jederzeit verändert werden. Wenn das Netz allerdings tatsächlich als (vernetztes, nicht kontinuierliches; vgl. auch den De/Re-Territorialisierungs-Diskurs; vgl. Tomlinson 1999: Kap. 4) raumartige Struktur mit der Existenz von verbundenen Orten empfunden wird, dann hat ein *innerhalb* des virtuellen Ortes 'Virtueller Parteitag' oder zumindest direkt von dort erreichbarer Ort einen ganz anderen Stellenwert als ein *außerhalb* liegender und nicht mit dem virtuellen Parteitag verbundener Ort.

5 Schlussfolgerungen und Ausblick

5.1 Schlussfolgerungen

War der Virtuelle Parteitag ein Parteitag? Vermutlich ja. Dieselben Akteure, die sich sonst in der 'medialen Umgebung' (Nicola Döring) einer Tagungshalle treffen, um dort Reden zu halten, die Debatte zu verfolgen, sich eine Meinung zu bilden, das Wort zu ergreifen, vielleicht einen Änderungsantrag einzubringen und dann abzustimmen, um so bindende Beschlüsse für die Partei zustande zu bringen, trafen sich in einer etwas anderen medialen Umgebung, um dort Redebeiträge zu schreiben, die Debatte zu verfolgen, sich eine Meinung zu bilden, usw. Insofern war der Virtuelle Parteitag sicherlich ein Parteitag – jedenfalls waren die TeilnehmerInnen überzeugt davon, an einem teilzunehmen. Für jede und jeden fünften war dies der erste Parteitag – auch das ist nicht ungewöhnlich; 18,3% der Delegierten für die LDK waren auch zum ersten Mal auf einem Parteitag. Hier beginnen die Unterschiede: wer als 'Neuling' auf eine Landesdelegiertenkonferenz kommt, sieht, mit wem er es zu tun haben wird, wenn das nächste Mal Parteitag ist. Vielleicht gibt es Fragen, dann ist es einfach, jemand anzusprechen. Wann was gemacht werden muss, ist auch klar – das wird einem vom Präsidium gesagt; und notfalls weist einen halt die andere Delegierte aus dem Kreisverband, die schon von der Kreismitgliederversammlung bekannt ist, darauf hin, dass jetzt Ä1-2 drankommt, und nicht Ä2-1 – und darauf, dass sie mit ein paar Leuten am Abend nach dem Parteitag in den Biergarten gehen wird, und ob man nicht mitkommen wolle. Z. sei auch dabei, die habe er doch vorher so beklatscht (wie die zweihundert anderen in der Halle es auch getan hätten, drei Minuten lang), als es um die Ökosteuer ging. Vielleicht könnte Z. ihm ja nachher auch was zu der Frage sagen, warum genau die Ökosteuer jetzt für Arbeitslose und nicht für Rentner gedacht sei, das habe er doch vorher wissen wollen. Soziale Netzwerke, Integration, politische Sozialisation.

Dagegen ein 'Neuling' beim Virtuellen Parteitag: die inhaltliche Debatte ist ja ganz spannend. Im Parteitagsgeflüster: da fühlt er sich ausgeschlossen, weil er nicht weiß, wer 'Holger' und 'Biggi', 'Andreas' (doch, das war der Vorsitzende) und 'Claudia' sind, die sich da grade lustig die Bälle zuspielen. Einen Beitrag hat er auch geschrieben (bei den Inhalten). Ob ihn jemand gelesen hat? Vielleicht hätte er doch eine aussagekräftigere Überschrift wählen sollen. Und jetzt seine erste Abstimmung: sieht etwas unübersichtlich aus, B1, B2-1 und B2-2; also noch mal zurück und gucken, was das war. Aha. Und wieso frisst der jetzt die Diskette nicht? Es soll ja eine Hotline geben, dann müsste er aber das Modem kappen, um anzurufen. Vielleicht kann ja Y. aus dem Kreisverband weiterhelfen, die wollte doch auch an der Weltneuheit teilnehmen? Aber bis er nach B-Dorf gefahren ist ... na ja, so wichtig wird die eine Stimme auch nicht sein.

5.1.1 Der Virtuelle Parteitag erbringt keine politischen Sozialisationsleistungen

Politische Sozialisation innerhalb einer Partei kann definiert werden als der Prozess, der aus interessierten Neumitgliedern aktive Mitglieder und irgendwann 'alte Hasen' macht, indem er diesen die parteispezifischen Werthaltungen, Kenntnisse und Fertigkeiten vermittelt und die Integration in soziale Netzwerke ermöglicht. Zugleich dient der Prozess politischer Sozialisati-

on der Reproduktion der Partei. Herkömmliche Parteitage stellen einen wichtigen Ort der politischen Sozialisation dar. Hier können Fertigkeiten durch Vorbildlernen und *Learning by Doing* erworben werden, hier kommen die parteiinternen Akteure und eine Kontaktaufnahme erleichternde Infrastruktur zusammen. Demgegenüber kann der Virtuelle Parteitag zwar Werthaltungen und politische Positionen vermitteln, stellt aber keine Möglichkeit zur Kontaktaufnahme bereit. Damit entfällt die Chance, 'kurz mal schnell eben' Fragen zu parteispezifischen Verfahrensweisen zu stellen. Wichtiger ist aber, dass damit auch die Möglichkeit der Integration in soziale Netzwerke entfällt. Ausschlaggebend für diese Situation sind neben der fehlenden Kopräsenz mit all ihren Möglichkeiten der Verzicht auf private Kontaktaufnahme im Design des Virtuellen Parteitags, und die für auf textbasierte Kommunikation beruhende soziale Prozesse zu langsame Geschwindigkeit der Kommunikation in einer für diese Zwecke zu kurzen Zeitdauer. Der Virtuelle Parteitag erweist sich damit in seinem jetzigen Design als nicht geeignet für politische Sozialisationsprozesse.

5.1.2 Zeitflexibilität und Individualisierung

Während beim herkömmlichen Parteitag Zeitstrukturen wie die Tagesordnung, aber auch das soziale Gefüge der Delegierten, die Versammlungsleitung durch das Präsidium alle dazu beitragen, einen klaren Rahmen zu vermitteln, in dem konzentriert der Parteitag stattfindet, ist der Virtuelle Parteitag bewusst auf Zeitflexibilität hin ausgelegt. Es liegt jetzt viel stärker als beim herkömmlichen Parteitag in der Verantwortlichkeit jeder einzelnen NutzerIn, sich zu entscheiden, wann und wie lange sie ins Netz geht, welche Beiträge in welchen Foren sie liest. Es kommt niemand mit einer Box zum Einwerfen des Stimmzettels vorbei, und dass alle anderen grade abstimmen, ist auch nicht zu erkennen. Während die asynchrone Kommunikation in einem *pull*-Medium, die Zeitflexibilität und auch die Raumflexibilität allesamt mehr Entscheidungsfreiheit und Verantwortlichkeit auf die NutzerIn verlagern, geht zugleich der integrierende, die Einzelnen entlastende Rahmen eines herkömmlichen Parteitags verloren. Obwohl der gemeinsame Fokus der Debatte und die Abstimmungsrunden den Virtuellen Parteitag strukturieren, sind die Struktureffekte doch deutlich geringer als bei einem auf eine Tagungsleitung hin fokussierten Versammlung. Sich selbst orientieren zu müssen, als Individuum mehr Verantwortung zu tragen (und auch die Online-Kosten, und auch die Zeit irgendwo einbauen zu müssen), kann auch eine Belastung darstellen. Hieran ließe sich die Überlegung anschließen, ob mit der Wahl computervermittelter Kommunikation der Parteitag individualisiert wird, ob diese Entwicklung in den Kontext von Individualisierung eingeordnet werden kann.

5.1.3 Der Einfluss der Parteilogik auf die Formen der Kommunikation

Während einige Theorien computervermittelter Kommunikation davon ausgehen, dass eine textbasierte Debatte generell sachlicher verläuft, was vor allem mit dem Wegfall sozialer Hinweisreize und einem egalitäreren Zugang zu Sprechplätzen erklärt wird, und andere Theorien davon ausgehen, dass gerade die textbasierte Form ohne soziale Hinweisreize zu einer schnell eskalierenden Form der Kommunikation führt, zeigte sich beim Virtuellen Parteitag, dass zwar zum einen die Debatten generell als sachlicher und weniger emotional empfunden wurden, dass aber zum anderen 'bei Bedarf' auch der Wechsel in einen stark vermachteten Modus der

Kommunikation möglich war. Während in der sachlichen inhaltlichen Debatte zum Teil und im Parteitagsgeflüster verstärkt Elemente computervermittelter Kommunikation zu finden waren – etwa in den gewählten Grußformeln, durch getippte gesprochene Sprache, war es genauso möglich, Elemente aus der Sprache der Partei zu finden. Gerade in vermachten Debatten wurden durchaus geschickt rhetorische Stilmittel verwendet. In beiden Fällen sorgte die Orientierung an der Antragsbehandlung für einen starken inhaltlichen Fokus der Diskussionen. Auch die Zeitstruktur der Kommunikation war stark an der Logik der Partei angelehnt. Ermöglicht wurde dies durch Vorwissen darüber, wie Parteitagsdebatten ablaufen, aber auch durch das oft vorhandene Wissen über die Position anderer Akteure im sozialen Raum der Partei.

5.1.4 Der Zusammenstoß zweier Logiken – ein nützliches Analyseinstrument?

Der Ansatz, sich dem Virtuellen Parteitag analytisch mit der Vorstellung eines Zusammenstoßes zweier Logiken und dem Entstehen einer hybriden Form zu nähern, hat sich als fruchtbar erwiesen. An Beispielen konnte das Zusammentreffen unterschiedlicher Elemente der beiden Logiken *Partei(tag)* und *computervermittelter Kommunikation* im Detail dargestellt werden. Allerdings zeigte sich auch, dass eine Konzeptualisierung als Zusammenstoß zweier Logiken nicht von einem gleichgewichteten Ergebnis des Zusammenwirkens ausgehen darf. So wurde der Einfluss der sozialen Vorstrukturiertheit der Partei auf den Virtuellen Parteitag als ein dominantes Element ausgemacht. Hier zeigt sich allerdings auch die Grenze einer isolierten Betrachtung von Parteitag – prinzipiell hätte die Logik der Partei beispielsweise um die Prozessierung interner Machtverhältnisse innerhalb von Parteien erweitert werden müssen. Auf der Seite der von technischen Strukturen ausgehenden Logik computervermittelter Kommunikation zeigte sich, dass hier neben einigen sehr fundamentalen und kaum veränderbaren Auswirkungen (wie etwa der gesteigerten Abhängigkeit von Technik durch den Einsatz von Technik) sehr viel abhängig von konkreten Gestaltungsentscheidungen war. Beides deutet darauf hin, dass es sich hier eher um eine Veränderung der Logik der Partei durch dazukommende Optionen und Restriktionen aus der Logik computervermittelter Kommunikation handelt (vgl. Abbildung 8.12) als um zwei auf der gleichen Wirkungsebene angesiedelte Logiken handelt.

5.2 Ausblick

Der Fokus dieser Arbeit lag auf dem Virtuellen Parteitag und seinem Verhältnis zum sozialen Innenleben einer Partei. Auf einer allgemeineren Ebene angesiedelte Debatten – neue Formen der Vergemeinschaftung, Individualisierung, Netzwerkgesellschaft – wurden ausgespart. Was beobachtet wurde, war ein Beispiel für das Zusammenwirken von computervermittelter Kommunikation und einer anderen, stark strukturierten und – wie sich herausstellte – sehr mächtigen Logik. Ein nächster Schritt wäre es jetzt, zu untersuchen, wie dieses Zusammenwirken in anderen Fällen aussieht. Welchen Einfluss hatte es, dass Delegierte mit ihrer Wahlverpflichtung den Hauptteil der aktiven TeilnehmerInnen stellten, welchen Einfluss hatte die Tatsache, dass hier Beschlüsse gefasst wurden? Welche anderen Möglichkeiten zur Herstellung von Verbindlichkeit in computervermittelter Kommunikation gibt es? Braucht es dazu präformierter sozialer Netzwerke und internalisierter Regelwerke – oder lässt sich ein ähnlicher Effekt auch bei rein netzbasierten Vergemeinschaftungsformen erzielen?

6 Literaturverzeichnis

- Alemann, Ulrich von (1997): »Parteien und Medien«, in O. W. Gabriel, O. Niedermayer, R. Stöss (Hrsg.): *Parteiendemokratie in Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 478-494.
- Alemann, Ulrich von / Strünck, Christoph (1999): »Die Weite des politischen Vor-Raumes. Partizipation in der Parteiendemokratie«, in Kamps, Klaus (Hrsg.): *Elektronische Demokratie? Perspektiven politischer Partizipation*. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 21-38.
- Anderson, Benedict (1991): *Imagined communities: reflections on the origin and spread of nationalism*. Rev. ed.; London/New York: Verso.
- Barth, Daniel / Lehm, Dirk vom (1996): »Trekies im Cyberspace. Über Kommunikationen in einem Mailbox-netz«, in Hubert Alfons Knoblauch (Hrsg.): *Kommunikative Lebenswelten: zur Ethnographie einer geschwätzigen Gesellschaft*. Konstanz: Univ.-Verlag Konstanz, S. 215-243.
- Batinic, Bernad / Bosnjak, Michael / Breiter, Andreas (1997): »Der 'Internetler'. Empirische Ergebnisse zum Netznutzungsverhalten«, in Lorenz Gräf / Markus Krajewski (Hrsg.): *Soziologie des Internet. Handeln im elektronischen Web-Werk*. Frankfurt am Main / New York: Campus, S. 196-215.
- Baym, Nancy K. (1995): »From practice to culture on Usenet«, in Susan Leigh Star (ed.): *The Culture of Computing*. Oxford: Blackwell 1995, p. 29-52.
- Beck, Ulrich / Beck-Gernsheim, Elisabeth (1994): »Individualisierung in modernen Gesellschaften – Perspektiven und Kontroversen einer subjektorientierten Soziologie«, in dies. (Hrsg.): *Riskante Freiheiten*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 10-39.
- Becker, Barbara / Paetau, Michael (Hrsg.) (1997): *Virtualisierung des Sozialen. Die Informationsgesellschaft zwischen Fragmentierung und Globalisierung*. Frankfurt / New York: Campus.
- Becker, Bernd (1999): *Mitgliederbeteiligung und innerparteiliche Demokratie in britischen Parteien – Modelle für die deutschen Parteien?* Baden-Baden: Nomos.
- Berger, Rainer (1995): *SPD und Grüne. Eine vergleichende Studie ihrer kommunalen Politik: sozialstrukturelle Basis – programmatische Ziele – Verhältnis zueinander*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Berger, Peter L. / Luckmann, Thomas (1977): *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*. 5. Aufl., Frankfurt am Main: Fischer.
- Berker, Thomas (1999): »WWW-Nutzung an einer deutschen Hochschule – Computer, Sex und eingeführte Namen. Ergebnisse einer Protokolldateianalyse«, in Batinic et al. (Hrsg.): *Online Research. Methoden, Anwendungen und Ergebnisse*. Göttingen: Hogrefe, S. 227-244.
- Beyme, Klaus von / Weßler, Hartmut (1998): »Politische Kommunikation als Entscheidungskommunikation«, in Jarren et al. (Hrsg.): *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch*. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 312-323.
- Bickenbach, Matthias / Maye, Haran (1997): »Zwischen fest und flüssig – das Medium Internet und die Entdeckung seiner Metaphern«, in Gräf / Krajewski (1997): *Soziologie des Internet. Handeln im elektronischen Web-Werk*. Frankfurt am Main / New York: Campus, S. 80-98.
- Bieber, Christoph (1999): *Politische Projekte im Internet: Online-Kommunikation und politische Öffentlichkeit*. Frankfurt/Main / New York: Campus.
- Bieber, Christoph (2001): »Die Virtualisierung von Parteistrukturen. Thesenpapier zum Kongress edupolis 2001 – Strategien für die 'Netzwerk-Gesellschaft'«, <http://www.edupolis.de/konferenz2001/texte/forum2/referenten-text1.php>.
- Bleich, Holger (2000): »Digitale Distanzen. Verschiedene Perspektiven auf den Raum der Räume«, in c't 9/2000, S. 212-217.
- Bogumil, Jörg / Lange, Hans-Jürgen (1991): *Computer in Parteien und Verbänden*. Mensch und Technik Bd. 21; Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Bohnsack, Ralf (1999): *Rekonstruktive Sozialforschung. Einführung in Methodologie und Praxis qualitativer Forschung*. 3. Aufl., Opladen: Leske + Budrich.
- Bonfadelli, Heinz (1998): »Politische Kommunikation als Sozialisation«, in O. Jarren et al. (Hrsg.): *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch*. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 342-351.

- Bortz, Jürgen / Döring, Nicola (1995): *Forschungsmethoden und Evaluation*. 2., vollst. überarb. u. akt. Aufl.; Berlin u.a.: Springer.
- Bremer, Claudia (1999): »Die Virtuelle Konferenz: 'Lernen und Bildung in der Wissensgesellschaft'«, in C. Bremer / M. Fechter (Hrsg.): *Die Virtuelle Konferenz – neue Möglichkeiten für die politische Kommunikation*. Essen: Klartext-Verlag, S. 66-97.
- Buchstein, Hubertus (1996): »Bittere Bytes: Cyberbürger und Demokratietheorie«, in *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, Jg. 44, Heft 4, S. 583-607.
- Bühl, Achim (1997): »Die virtuelle Gesellschaft. Ökonomie, Politik und Kultur im Zeichen des Cyberspace«, in Lorenz Gräf / Markus Krajewski (Hrsg.): *Soziologie des Internet. Handeln im elektronischen Web-Werk*. Frankfurt am Main / New York: Campus, S. 39-59.
- Clemens, Detlev (1999a): »Das Potential des Internets in Wahlkämpfen – Bestandsaufnahme und Perspektiven anhand aktueller Wahlkämpfe in den USA und Deutschland 1996-1999«, in Woyke, Wichard (Hrsg.): *Internet und Demokratie*. Schwalbach/Taunus: Wochenschau-Verlag 1999, S. 52-63.
- Clemens, Detlev (1999b): »Netz-Kampagnen. Parteien und politische Informationslotsen in den Internet-Wahlkämpfen 1998 in Deutschland und den USA«, in Kamps, Klaus (Hrsg.): *Elektronische Demokratie? Perspektiven politischer Partizipation*. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 153-174.
- Chesher, Chris (1994): »Colonizing Virtual Reality. Construction of the Discourse of Virtual Reality, 1984-1992.« in: *Cultronix*, Vol. 1, Fall 1994, <http://www.eserver.org/cultronix/chesher/>.
- Cockburn, Cynthia (1988): *Die Herrschaftsmaschine. Geschlechterverhältnisse und technisches Know-how*. Berlin, Hamburg: Argument.
- Cockburn, Cynthia / Ormrod, Susan (1997): »Wie Geschlecht und Technologie in der sozialen Praxis 'gemacht' werden«, in Dölling, Irene / Kraus, Beate (Hrsg.): *Ein alltägliches Spiel. Geschlechterkonstruktion in der sozialen Praxis*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 17-46.
- Danet, Brenda (1998): »Text as Mask: Gender, Play, and Performance on the Internet«, in Jones, Steven G. (ed.): *Cybersociety 2.0*. London / Thousand Oaks / New Delhi: SAGE, pp. 129-158.
- DIE GRÜNEN (1980): *Das Bundesprogramm (1980)*. Bonn [zitiert nach der auf <http://www.gruene.de> erhältlichen .pdf-Fassung].
- DIE GRÜNEN (1986): *Umbau der Industriegesellschaft. Schritte zur Überwindung von Erwerbslosigkeit, Armut und Umweltzerstörung*. Bonn: DIE GRÜNEN.
- Dietz, Thomas (1997): *Die grenzüberschreitende Interaktion grüner Parteien in Europa*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Dollhausen, Karin (2000): *Neue Medien und Kommunikation. Medien und kommunikationstheoretische Überlegungen zu einem neuen Forschungsfeld*. Paper 32, Aachen: RWTH, Institut für Soziologie.
- Dollhausen, Karin / Wehner, Josef (2000): »Virtuelle Gruppen: gesellschafts- und medientheoretische Überlegungen zu einem neuen Gegenstand soziologischer Forschung«, in Thiedeke, Udo (Hrsg.): *Virtuelle Gruppen. Charakteristika und Problemdimensionen*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 74-93.
- Donner, Peer (1993): *GRÜNE Technikbilder: Technikpolitische Konzeptionen der GRÜNEN von 1980-1990*. Dissertation, TU Berlin.
- Dorer, Johanna (1997): »Gendered Net: Ein Forschungsüberblick über den geschlechtsspezifischen Umgang mit neuen Kommunikationstechnologien«, in *Rundfunk und Fernsehen*, 45. Jg., Heft 1, S. 19-29.
- Döring, Nicola (1999a): *Sozialpsychologie des Internet. Die Bedeutung des Internet für Kommunikationsprozesse, Identitäten, soziale Beziehungen und Gruppen*. Göttingen u.a.: Hogrefe.
- Döring, Nicola (1999b): »Geschlechterkonstruktion und Netzkommunikation«, in Thimm, Caja (Hrsg.): *Soziales im Netz: Sprache, Beziehungen und Kommunikationskulturen im Internet*. Opladen / Wiesbaden: Westdt. Verlag, S. 182-207.
- Döring, Nicola (1999c): »Romantische Beziehungen im Netz«, in Thimm, Caja (Hrsg.): *Soziales im Netz: Sprache, Beziehungen und Kommunikationskulturen im Internet*. Opladen / Wiesbaden: Westdt. Verlag, S. 39-70.
- Dörner, Andreas (2001): *Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Drossou, Olga / Haaren, K. van / Hensche, Detlev / Mönig-Raane, M. / Rilling, Rainer / Schmiede, R. / Wötzel, U. / Wolf, Frieder Otto (Hrsg.) (1999): *Machtfragen der Informationsgesellschaft*. Forum Wissenschaft Studien Band 47, Marburg: BdWi-Verlag.

- Eckardt, Christiane (1993): »Informationsverarbeitung 2000 in der SPD 2000«, in Karlheinz Blessing (Hrsg.): *SPD 2000. Die Modernisierung der SPD*. Marburg: Schüren, S. 65-73.
- Ellrich, Lutz (1996): »Sein und Schein. Wie postmodern ist das systemtheoretische Konzept der elektronischen Medien?«, in *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, Jg. 44, Heft 4, S. 559-582.
- Emmer, Martin (2001): *Lösen sich die Bürger mit dem Internet aus der Publikumsrolle? Empirische Befunde zur politischen Kommunikation*. Vortragsmanuskript (TU Ilmenau).
- Esposito, Elena (1993): »Der Computer als Medium und Maschine«, in *Zeitschrift für Soziologie*, Jg. 22, Heft 5, S. 338-354.
- Fleck, Christian (1992): »Vom 'Neuanfang' zur Disziplin? Überlegungen zur deutschsprachigen qualitativen Sozialforschung anhand einiger neuer Lehrbücher«, in *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 44, Heft 4, S. 747-765.
- Fogt, Helmut (1991): »Die Grünen in den Bundesländern. Das regionale Erscheinungsbild der Partei und ihrer Wählerschaft 1979-1988«, in Oberndörfer, Dieter / Schmitt, Karl (Hrsg.): *Parteien und regionale politische Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin: Duncker & Humblot 1991, S. 231-279 .
- Forschungsgruppe Wahlen (2001): *Strukturdaten Dezember 2000*, [http://www.fgw-online.de/Ergebnisse/Strukturdaten Internet/Strukturdaten 2000-12.pdf](http://www.fgw-online.de/Ergebnisse/Strukturdaten/Internet/Strukturdaten%2000-12.pdf).
- Gabriel, Oscar W. / Niedermayer, Oskar (1997): »Entwicklung und Sozialstruktur der Parteimitgliedschaften«, in dies. und R. Stöss (Hrsg.): *Parteiendemokratie in Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 277-300.
- Gabriel, Oscar W. / Niedermayer, Oskar / Stöss, Richard (Hrsg.) (1997): *Parteiendemokratie in Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Gambetta, Diego (ed.) (1988): *Trust. Making and Breaking Cooperative Relations*. New York / Oxford: Basil Blackwell.
- Garhammer, Manfred (1999): *Wie Europäer ihre Zeit nutzen. Zeitstrukturen und Zeitkulturen im Zeichen der Globalisierung*. Berlin: edition sigma.
- Gebhardt, Winfried (2000): »Feste, Feiern und Events. Zur Soziologie des Außergewöhnlichen«, in ders. / Hitzler, Ronald / Pfadenhauer, Michaela (Hrsg.): *Events. Soziologie des Außergewöhnlichen*. Opladen: Leske + Budrich, S. 17-32.
- Gellner, Wienand und Fritz von Korff (Hrsg.) (1998): *Internet und Demokratie*, Baden-Baden: Nomos Verlag.
- Geser, Hans (1998): *Die funktionale Bedeutung der Computernetze für assoziative Vereinigungen und Verbände*, <http://socio.ch/movpar/t/hgeser2.htm>.
- Geser, Hans (1999): »Metasozilogische Implikationen des 'Cyberspace'«, in Claudia Honegger, Stefan Hradil und Franz Traxler (Hrsg.): *Grenzenlose Gesellschaft? Teil 2*. Opladen: Leske + Budrich, S. 202-219.
- GfK (2001): *GfK Online Monitor. Ergebnisse der 7. Untersuchungswelle*, http://194.175.173.244/gfk/gfk_studien/eigen/online_monitor.pdf.
- Gildemeister, Regine / Wetterer, Angelika (1992): »Wie Geschlechter gemacht werden. Die soziale Konstruktion der Zweigeschlechtlichkeit und ihre Reifizierung in der Frauenforschung«, in Gudrun-Axeli Knapp / Angelika Wetterer (Hrsg.): *TraditionenBrüche. Entwicklungen feministischer Theorie*. Freiburg 1992, S. 201-254.
- Gilligan, Carol (1982): *In a Different Voice*. Cambridge, Mass.
- Glaser, Barney G. / Strauss, Anselm L. (1998): *Grounded Theory. Strategien qualitativer Forschung*. Bern u.a.: Verlag Hans Huber.
- Goldmann, Martin / Herwig, Claus / Hooffacker, Gabriele (1995): *Internet. Per Anhalter durch das globale Datennetz*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Greven, Michael Th. (1987): *Parteimitglieder. Ein empirischer Essay*. Opladen: Leske + Budrich.
- Grote, Andreas (1997): »Aktivistentreff. Internationale Computernetze für Umweltschutz, Soziales und Menschenrechte«, in *c't* 2 / 1997, S. 82-85.
- Hanappi-Egger, Edeltraud (2000): »Soziale Aspekte neuer Medien. Am Beispiel der Geschlechterdimension im Internet«, in *Das Argument*, Nr. 238, S. 807-811.
- Hagen, Martin (1997): *Elektronische Demokratie. Computernetzwerke und politische Theorie in den USA*. Hamburg: LIT.

- Harth, Thilo (1999): »Internet und Demokratie – neue Wege politischer Partizipation: Überblick, Potential, Perspektiven«, in Woyke, Wichard (Hrsg.): *Internet und Demokratie*. Schwalbach/Taunus: Wochenschau-Verlag 1999, S. 5-24.
- Hauptmanns, P. (1999): »Grenzen und Chancen von quantitativen Befragungen mit Hilfe des Internet«, in Batinic et al. (Hrsg.): *Online Research. Methoden, Anwendungen und Ergebnisse*. Göttingen: Hogrefe, S. 21-38.
- Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.) (1998): *Elektronische Demokratie. Eine Textsammlung*. Berlin.
- Heintz, Bettina (2000): »Gemeinschaft ohne Nähe? Virtuelle Gruppen und reale Netze«, in Thiedeke, Udo (Hrsg.): *Virtuelle Gruppen. Charakteristika und Problemdimensionen*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 188-218.
- Helmers, Sabine / Hoffmann, Ute / Hofmann, Jeanette (1998): *Internet ... The Final Frontier: Eine Ethnographie*. Schlußbericht des Projekts »Interaktionsraum Internet. Netzkultur und Netzwerkorganisation«. WZB-Paper FS II 98-112; Berlin: Wissenschaftszentrum für Sozialforschung.
- Hermann, Winne (1989): »Kleine grüne Chronik 1979 – 1989«, in ders. / Schwegler-Rohmeis, Wolfgang (Hrsg.): *Grüner Weg durch schwarzes Land. 10 Jahre GRÜNE in Baden-Württemberg*. Stuttgart: Edition Erdmann, S. 269-283.
- Hermann, Winne / Schwegler-Rohmeis, Wolfgang (Hrsg.) (1989): *Grüner Weg durch schwarzes Land. 10 Jahre GRÜNE in Baden-Württemberg*. Stuttgart: Edition Erdmann.
- Herring, Susan (1997): »Geschlechtsspezifische Unterschiede in computergestützter Kommunikation. Von vertrauten Problemen an neuen Grenzen«, in *Feministische Studien* 1/97, S. 65-76.
- Herzog, Dietrich (1997): »Die Führungsgremien der Parteien: Funktionswandel und Strukturentwicklungen«, in O. W. Gabriel, O. Niedermayer, R. Stöss (Hrsg.): *Parteiendemokratie in Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 301-322.
- Hoffmann, Ute (1997): »Die erträgliche Leichtigkeit des Seins. Subjektivität und Sozialität in der Netzwelt«, in G. G. Voß & H. J. Pongratz (Hrsg.): *Subjektorientierte Soziologie. Karl Martin Bolte zum 70. Geburtstag*. Leverkusen: Leske + Budrich 1997, S. 95-125; zit. nach der Helmers et al. 1998 beiliegenden digitalen Kopie des Textes.
- Holderness, Mike (1998): »Who are the world's information-poor?«, in Loader, Brian D.: *Cyberspace Divide. Equality, agency and policy in the information society*. London / New York: Routledge 1998, p. 35-56.
- Iglhaut, Stefan / Medosch, Armin / Rötzer, Florian (Hrsg.) (1996): *Stadt am Netz. Ansichten von Telepolis*. Mannheim: Bollmann.
- Jäckel, Michael / Rövekamp, Christoph (2000): »Wie virtuell ist Telearbeit? Zu den Konsequenzen einer elektronisch gestützten Arbeitsform«, in Thiedeke, Udo (Hrsg.): *Virtuelle Gruppen. Charakteristika und Problemdimensionen*. Wiesbaden: Westdt. Verlag, S. 393-420.
- Joerges, Bernward (1988): »Gerätetechnik und Alltagshandeln. Vorschläge zur Analyse der Technisierung alltäglicher Handlungsstrukturen«, in ders. (Hrsg.): *Technik im Alltag*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 20-50.
- Joerges, Bernward (1990): »Computer und andere Dinge. Anstiftung zu soziologischen Vergleichen«, in: Werner Rammert (Hg.): *Computerwelten – Alltagswelten: wie verändert der Computer die soziale Wirklichkeit?*, Opladen, S. 39-54.
- Johnson-Lenz, Peter / Johnson-Lenz, Trudy (1981): »Soziale Vernetzung«, in Reinhard Lutz (Hrsg.): *Sanfte Alternativen Ein Öko-Log-Buch*. Weinheim: Beltz, S. 172-183.
- Junge, Matthias (1996): »Individualisierungsprozesse und der Wandel von Institutionen«, in *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Nr. 4 (1996), S. 728-747.
- Kaiser, Robert (1999): »Online-Informationsangebote der Politik. Parteien und Verbände im World Wide Web«, in Kamps, Klaus (Hrsg.): *Elektronische Demokratie? Perspektiven politischer Partizipation*. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 175-190.
- Kamps, Klaus (Hrsg.) (1999): *Elektronische Demokratie? Perspektiven politischer Partizipation*. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Kaase, Max (1998): »Demokratisches System und die Mediatisierung von Politik«, in Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.): *Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 24-51.
- Kießling, Andreas (2001): »Politische Kultur und Parteien in Deutschland. Sind die Parteien reformierbar?«, in *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. B10, 2001, S. 29-37.
- Klein, Markus / Arzheimer, Kai (1997): »Grau in grau. Die Grünen und ihre Wähler nach eineinhalb Jahrzehnten«, in *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 49, Heft 4, 1997, S. 650-673.

- Kogoj, Traude (1997): »Politisches Handeln im Internet«, in *SWS-Rundschau*, 37 (1997), Heft 2, S. 205-222.
- Kuhlen, Rainer (1999): *Die Konsequenzen von Informationsassistenten. Was bedeutet informationelle Autonomie oder wie kann Vertrauen in elektronische Dienste in offenen Informationsmärkten gesichert werden?* Frankfurt am Main: stw.
- Kuhn, Fritz / Schmitt, Wolfgang (Hrsg.) (1984): *Einsam, überwacht und arbeitslos. Technokraten verdaten unser Leben*. Stuttgart: Die Grünen.
- Kuhlen, Rainer (1998): *Die Mondlandung des Internet. Die Bundestagswahl 1998 in den elektronischen Kommunikationsforen*. Universitätsverlag Konstanz (UVK).
- Leggewie, Claus / Maar, Christa (Hrsg.) (1998): *Internet & Politik. Von der Zuschauer- zur Beteiligungsdemokratie*. Köln: Bollmann.
- Leggewie, Claus (1997): »Netizens oder: Der gut informierte Bürger heute«, in *Transit* 13, 1997, S. 3-25.
- Leggewie, Claus (2001): »Das Internet ist keine politische Spielwiese mehr«, in *Neue Zürcher Zeitung*, 13. Januar 2001.
- Leuthold, Margit (2000): *Grüne politische Bildung. Eine problemgeschichtliche Darstellung der Entwicklung in Deutschland und Österreich*. Opladen: Leske + Budrich.
- Loader, Brian D. (ed.) (1998): *Cyberspace Divide. Equality, agency and policy in the information society*. London / New York: Routledge 1998.
- London, Scott (1994): »Electronic Democracy. A Literature Survey«. Paper prepared for the Kettering Foundation, March 1994. [<http://www.scottlondon.com/reports/ed.html>].
- Lukoschat, Helga (2000): »Die Sprache der Politik im Kampf der Geschlechter«, in Siller, Peter / Pitz, Gerhard (Hrsg.): *Politik als Inszenierung. Zur Ästhetik des Politischen im Medienzeitalter*. Baden-Baden: Nomos, S. 101-103.
- Luhmann, Niklas (1989): *Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität*. 3., durchgesehene Auflage. Stuttgart: Ferdinand Enke Verlag.
- Märker, Oliver / Schmidt-Belz, Barbara (2000): »Online Mediation for Urban and Regional Planning«, in Creemers, Armin B. & Klaus Greve (Hrsg.): *Umweltinformatik '00 / Computer Science for Environmental Protection '00*. Marburg: Metropolis-Verlag, S. 158-172 [<http://ais.gmd.de/~maerker/paper/maerker00.5.pdf>].
- Mambrey, Peter / Vorwerk, Erich / Wurch, Gerhard (1991): *Computer im Deutschen Bundestag. Zur Informatisierung des politisch-administrativen Systems*. Opladen: Leske+Budrich.
- Mannheim, Karl (1964): *Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk*. Hrsg. von K. H. Wolff. Berlin: Luchterhand.
- Mannheim, Karl (1980): »Eine soziologische Theorie der Kultur und ihrer Erkennbarkeit (Konjunktives und Kommunikatives Denken«, in David Kettler, Volker Meja, Nico Stehr (Hrsg.): *Strukturen des Denkens*. Frankfurt am Main: Suhrkamp 1980, S. 155-322.
- Marschall, Stefan (1999): »Politischer Prozeß und Internet – neue Einflußpotentiale für organisierte und nichtorganisierte Interessen?«, in Woyke, Wichard (Hrsg.): *Internet und Demokratie*. Schwalbach/Taunus: Wochenschau-Verlag 1999, S. 40-51.
- Marschall, Stefan (2001): »Parteien und Internet – Auf dem Weg zu internet-basierten Mitgliederparteien?«, in *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. B10, 2001, S. 38-46.
- Mausch, Marc (2000): *Der virtuelle Parteitag – 1. virtueller Parteitag in www.virtueller-parteitag.de*. Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg, Teil eines Rundschreibens vom 27.9.2000.
- Meuser, Michael / Nagel, Ulrike (1991): »ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion«, in Detlev Gorz / K. Kraimer (Hrsg.): *Qualitativ-empirische Sozialforschung*. Opladen: Westdeutscher Verlag 1991.
- Meuser, Michael (1998): *Geschlecht und Männlichkeit. Soziologische Theorie und kulturelle Deutungsmuster*. Opladen: Leske+Budrich.
- Meyer, Thomas / Kampmann, Martina (1998): *Politik als Theater. Die neue Macht der Darstellungskunst*. Berlin: Aufbau.
- Meyer, Thomas / Ontrup, Rüdiger / Schicha, Christian (2000): *Die Inszenierung des Politischen. Zur Theatralität von Mediendiskursen*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

- Mielke, Gerd (1991): »Alter und neuer Regionalismus: Sozialstruktur, politische Traditionen und Parteiensystem in Baden-Württemberg«, in Oberndörfer, Dieter / Schmitt, Karl (Hrsg.): *Parteien und regionale politische Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin: Duncker & Humblot, S. 299-313.
- Misztal, Barbara A. (1996): *Trust in Modern Societies*. Cambridge: Polity Press.
- N.N. (1981): »Computopia – Gesellschaft am Draht«, in Reinhard Lutz (Hrsg.): *Sanfte Alternativen Ein Öko-Log-Buch*. Weinheim: Beltz, S. 162-167.
- Niedermayer, Oskar (1993): »Innerparteiliche Demokratie«, in ders. / Richard Stöss (Hrsg.): *Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 230-250.
- Niedermayer, Oskar (1997): »Beweggründe des Engagements in politischen Parteien«, in O. W. Gabriel, O. Niedermayer, R. Stöss (Hrsg.): *Parteiendemokratie in Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag 1997, S. 323-337.
- Noelle-Neumann, Elisabeth (2000): »Die Wiederentdeckung der Meinungsführer und die Wirkung der persönlichen Kommunikation im Wahlkampf«, in Noelle-Neumann, Elisabeth / Kepplinger, Hans Mathias / Donsbach, Wolfgang: *Kampa. Meinungsklima und Medienwirkung im Bundestagswahlkampf 1998*. 2. Aufl., Freiburg; München: Alber, S. 181-214.
- Oehmichen, Ekkehardt / Schröter, Christian (2000): »Fernsehen, Hörfunk, Internet: Konkurrenz, Konvergenz oder Komplement? Schlussfolgerungen aus der ARD/ZDF-Online-Studie 2000«, in *Media Perspektiven* 8/2000, S. 359-368.
- Ortmann, Günther / Windeler, Arnold / Becker, Albrecht / Schulz, Hans-Joachim (1990): *Computer und Macht in Organisationen. Mikropolitische Analysen*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Paetau, Michael (1999): »Computernetzwerke und die Konstitution des Sozialen«, in Claudia Honegger et al. (Hrsg.): *Grenzenlose Gesellschaft? Teil 2*, Opladen: Leske + Budrich 1999, S. 270-284.
- Poguntke, Thomas (1993): »Der Stand der Forschung zu den Grünen: Zwischen Ideologie und Empirie«, in Oskar Niedermayer / Richard Stöss (Hrsg.): *Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 187-210.
- Poguntke, Thomas (1994): »Parties in a Legalistic Culture: The Case of Germany«, in Richard S. Katz & Peter Mair (eds.): *How Parties Organize. Change and Adaption in Party Organization in Western Democracies*. London / Thousand Oaks / New Delhi: SAGE, pp. 185-215.
- Prantl, Heribert (1999): *Rot-Grün: eine erste Bilanz*. Hamburg: Hoffmann und Campe.
- Rammert, Werner (2000): »Virtuelle Realitäten als medial erzeugte Sonderwirklichkeiten. Veränderungen der Kommunikation im Netz der Computer«, in ders.: *Technik aus soziologischer Perspektive 2. Kultur – Innovation – Virtualität*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 115-127.
- Rammert, Werner / Wehrsig, Christof (1993): »Neue Technologien im Betrieb: Politiken und Strategien der betrieblichen Akteure«, in Rammert, Werner: *Technik aus soziologischer Perspektive. Forschungsstand, Theorieansätze, Fallbeispiele – ein Überblick*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 107-126.
- Raschke, Joachim (1993): *Die Grünen: Wie sie wurden, was sie sind*. Köln: Bund-Verlag.
- Raschke, Joachim (2001a): *Die Zukunft der Grünen*. Frankfurt am Main / New York: Campus.
- Raschke, Joachim (2001b): »Sind die Grünen regierungsfähig? Die Selbstblockade einer Regierungspartei«, in *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. B10, 2001, S. 20-28.
- Rederer, Klaus (2000): *Politik Online: die politischen Parteien im Internet*. Berlin: Mensch-und-Buch-Verlag 2000.
- Reinhardt, Elisabeth (1981): »Unsere eigenen Knöpfe drücken: Das feministische Computer-Technologie-Projekt«, in Reinhard Lutz (Hrsg.): *Sanfte Alternativen Ein Öko-Log-Buch*. Weinheim: Beltz, S. 168-169.
- Rheingold, Howard (1992): *Virtuelle Welten. Reisen im Cyberspace*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt. [amerik. Orig.: *Virtual Reality*, New York, 1991]
- Rheingold, Howard (1998): *The Virtual Community*. 2nd ed., online version, <http://www.rheingold.com/vc/book>.
- Rilling, Rainer (1997): »Internet und Demokratie«, in *WSI-Mitteilungen* 3/1997, S. 194-205.
- Rohe, Karl (Hrsg.) (1997): *Politik und Demokratie in der Informationsgesellschaft*. Veröffentlichungen der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaften, Bd. 15; Baden-Baden: Nomos.
- Rost, Martin (1997): »Anmerkungen zu einer Soziologie des Internet«, in Lorenz Gräf / Markus Krajewski (Hrsg.): *Soziologie des Internet. Handeln im elektronischen Web-Werk*. Frankfurt am Main / New York: Campus, S. 14-38.

- Salomon, Dieter (1992): *Grüne Theorie und graue Wirklichkeit. DIE GRÜNEN und die Basisdemokratie*. Freiburg: Arnold-Bergstraesser-Institut.
- Schenk, Michael (1995): *Soziale Netzwerke und Massenmedien. Untersuchungen zum Einfluß der persönlichen Kommunikation*. Tübingen: Mohr.
- Schinzel, Britta / Parpart, Nadja / Westermayer, Till (1999): *Informatik und Geschlechterdifferenz*. Tübingen: Wilhelm-Schickard-Institut für Informatik der Universität Tübingen.
- Schönberger, Klaus (1999): »Internet zwischen Spielwiese und Familienpost. Doing Gender in der Netznutzung«, in Eike Hebecker/Frank Kleemann/Harald Neymanns/Markus Stauff (Hrsg.): *Neue Medienwelten. Zwischen Regulierungsprozessen und alltäglicher Aneignung*. Frankfurt: Campus, S. 249-270.
- Schneider, Herbert (1997): »Parteien in der Landespolitik«, in O. W. Gabriel, O. Niedermayer, R. Stöss (Hrsg.): *Parteiendemokratie in Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag 1997, S. 407-426.
- Schult, Christoph (2001): »Seismograf der Volksseele«, in *Spiegel Online*, 06. Juni 2001
<http://www.spiegel.de/netzwelt/politik/0,1518,138004,00.html>.
- Schürmann, Marc (2001): »Klick für Klick in die elektronische Republik. Das Internet wird die Politik verändern. Nur wie?«, in *Badische Zeitung*, 2.01.2001, S. 3.
- Sobchack, Vivian (1996): »Democratic Franchise and the Electronic Frontier«, in Z. Sardar and J. Ravetz (ed.): *Cyberfutures. Culture and Politics on the Information Superhighway*. London: Pluto Press.
- Sietmann, Richard (2001): »Der virtuelle Wähler. Zweifel am Urnengang mittels Internet«, in *c't* 8/2001, S. 70-71.
- Silver, Allan (1985): »'Trust' in Social and Political Theory«, in G.D. Suttles et al. (eds.): *The Challenge of Social Control. Citizenship and Institution Building in Modern Society*. Norwood: Ablex 1985, pp. 52-67.
- Slevin, James (2000): *The Internet and Society*. Cambridge: Polity Press.
- Star, Susan Leigh / Bowker, Geoffrey C. / Neumann, Laura J. (1997): »Transparency At Different Levels of Scale: Convergence between Information Artifacts and Social Worlds«, <http://weber.ucsd.edu/~gbowker/converge.html>.
- Star, Susan Leigh (2000): »From Hestia to Home page. Feminism and the concept of home in cyberspace«, in Bell / Kennedy (ed.): *The Cybercultures Reader*. London and New York: Routledge, pp. 632-643.
- Stegbauer, Christian (1999): »Begrenzungen und Strukturen internetbasierter Kommunikationsgruppen«, in Thimm, Caja (Hrsg.): *Soziales im Netz: Sprache, Beziehungen und Kommunikationskulturen im Internet*. Opladen / Wiesbaden: Westdt. Verlag, S. 18-38.
- Stegbauer, Christian / Rausch, Alexander (2001): »Die schweigende Mehrheit – 'Lurker' in internetbasierten Diskussionsforen«, in *Zeitschrift für Soziologie*, Jg. 30, Heft 1, S. 48-64.
- Steininger, Rudolf (1984): *Soziologische Theorie der politischen Parteien*. Frankfurt/Main, New York: Campus.
- Stöss, Richard / Niedermayer, Oskar (1993): »Einleitung«, in Niedermayer / Stöss (Hrsg.): *Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 7-34.
- Stradtman, Philipp (1998): *Deutschland auf dem Weg in die elektronische Demokratie? Das Internet als neues Medium der politischen Kommunikation und Partizipation*. Diplomarbeit; Hochschule für Musik und Theater Hannover.
- Strauss, Anselm L. (1994): *Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Datenanalyse und Theoriebildung in der empirischen und soziologischen Forschung*. München: Fink 1994.
- Strauss, Anselm / Corbin, Juliet (1996): *Grounded Theory: Grundlagen Qualitativer Sozialforschung*. Weinheim: Beltz.
- Sztompka, Piotr (1999): *Trust. A Sociological Theory*. Cambridge: University Press.
- Thiedeke, Udo (Hrsg.) (2000a): *Virtuelle Gruppen. Charakteristika und Problemdimensionen*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Thiedeke, Udo (2000b): »Virtuelle Gruppen: Begriff und Charakteristik«, in ders. (Hrsg.): *Virtuelle Gruppen. Charakteristika und Problemdimensionen*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 23-73.
- Thimm, Caja (Hrsg.) (1999): *Soziales im Netz: Sprache, Beziehungen und Kommunikationskulturen im Internet*. Opladen / Wiesbaden: Westdt. Verlag.
- Tiefenbach, Paul (1998): *DIE GRÜNEN. Verstaatlichung einer Partei*. Köln: PapyRossa Verlag.
- Tomlinson, John (1999): *Globalization and Culture*. Cambridge: Polity Press.
- Toulouse, Chris / Luke, Timothy W. (1998): *The Politics of Cyberspace*. New York / London: Routledge.

Tsagarousianou, Roza / Tambini, Damian / Bryan, Cathy (eds.) (1998): *Cyberdemocracy: Technology, Cities and Civic Networks*. London: Routledge.

Turkle, Sherry (1995): *Life on the Screen. Identity in the Age of the Internet*. New York.

Veen, Hans-Joachim / Hoffmann, Jürgen (1992): *Die Grünen zu Beginn der neunziger Jahre. Profil und Defizite einer fast etablierten Partei*. Bonn / Berlin: Bouvier.

Wagner, Ina (Hrsg.) (1993): *Kooperative Medien. Informationstechnische Gestaltung moderner Organisationen*. Frankfurt / New York: Campus.

Wajcman, Judy (1994): *Technik und Geschlecht. Die feministische Technikdebatte*. Frankfurt / New York: Campus.

Walter, Franz (2001): »Die deutschen Parteien: Entkernt, ermattet, ziellos«, in *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. B10, 2001, S. 3-6.

Webster, Frank (1995): *Theories of the Information Society*. London / New York: Routledge.

Webel, Diana von (2000): »Der Wahlkampf der SPD«, in Noelle-Neumann, Elisabeth / Kepplinger, Hans Mathias / Donsbach, Wolfgang: *Kampa. Meinungsklima und Medienwirkung im Bundestagswahlkampf 1998*. 2. Aufl., Freiburg; München: Alber, S. 13-39.

Wellman, Barry (2000): »Die elektronische Gruppe als soziales Netzwerk«, in Thiedeke, Udo (Hrsg.): *Virtuelle Gruppen. Charakteristika und Problemdimensionen*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 134-167.

Welte, Hans-Peter (1994): *Die Parlamentarisierung der Grünen im Landtag von Baden-Württemberg: eine Bilanz nach drei Wahlperioden (1980-1992)*. Frankfurt am Main u.a.: Lang.

Werner, Andreas (1999): »Kontaktmessung im WWW«, in Batinic et al. (Hrsg.): *Online research: Methoden, Anwendungen und Ergebnisse*. Göttingen: Hogrefe, S. 213-225.

Westermayer, Till (1998): *Politik im Internet. Ahnen, Projekte und Chancen*. Hausarbeit am Institut für Informatik und Gesellschaft, Universität Freiburg i.Br..

Wewer, Göttrik (1998): »Politische Kommunikation als formeller und informeller Prozess«, in Jarren et al. (Hrsg.): *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch*. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 324-329.

Wieboldt, Sven (2001): »Newsletter oder Flugblätter? Der Internet-Wahlkampf in Baden-Württemberg«, in *politik-digital*, 20.02.2001, [HTTP://WWW.POLITIK-DIGITAL.DE/WAHLKAMPF/ BW/FLUBLA.SHTML](http://www.politik-digital.de/wahlkampf/BW/FLUBLA.SHTML).

Wiesendahl, Elmar (1996): »Parteien als Instanzen der politischen Sozialisation«, in Bernhard Claußen und Rainer Geißler (Hrsg.): *Die Politisierung des Menschen. Instanzen der politischen Sozialisation. Ein Handbuch*. Opladen: Leske+Budrich, S. 401-424.

Wiesendahl, Elmar (1997): »Noch Zukunft für die Mitgliederparteien? Erstarrung und Revitalisierung innerparteilicher Partizipation«, in Ansgar Klein / Rainer Schmalz-Bruns (Hrsg.): *Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen*. Baden-Baden: Nomos, S. 349-381.

Wiesendahl, Elmar (1998): »Parteienkommunikation«, in Otfried Jarren u.a. (Hrsg.): *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft*. Opladen / Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 442-449.

Wiesenthal, Helmut (2000): »Profilkrise und Funktionswandel. Bündnis 90/Die Grünen auf dem Weg zu einem neuen Selbstverständnis«, in *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B5 2000, S. 22-29.

Woyke, Wichard (Hrsg.) (1999): *Internet und Demokratie*. Schwalbach/Taunus: Wochenschau-Verlag.

Zittel, Thomas (1997): »Über die Demokratie in der vernetzten Gesellschaft. Das Internet als Medium politischer Kommunikation«, in *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 42/1997; S. 23-29.

7 Anhang A: Beschreibung des methodischen Vorgehens

Den Hauptstrang der Arbeit bildet eine Auswertung von Interviews, Redebeiträge, Beobachtungen und Berichten mit Hilfe der *Grounded Theory*. In diesem Anhang werden die *Grounded Theory* und die als Datengrundlage verwendeten Materialien vorgestellt. Außerdem wurden per non-reaktiver Beobachtung Strukturdaten aus einer Auszählung der Redebeiträge und aus der Logfile-Analyse des Webserver (vgl. Abschnitt 7.3) gewonnen. Als weitere Datenquellen (vgl. auch Strauss / Corbin 1996: 4, Kombination qualitativer und quantitativer Methoden; sowie Glaser / Strauss 1998: 191) dienten ergänzend zwei Befragungen (vgl. Abschnitt 7.4.2) zum Virtuellen Parteitag bzw. zu Parteitagen (LDK) allgemein.

7.1 Strukturdaten durch Auszählung

Eine Möglichkeit – neben der Analyse der *Webserver-Logfiles* – sich der Struktur des Virtuellen Parteitags zu nähern, bestand darin, das im *World Wide Web* unter WWW.VIRTUELLER-PARTEITAG.DE öffentlich verfügbare Angebot selbst zur Datengrundlage zu machen.¹²⁶ Die TeilnehmerInnen hatten von der Konzeption des Virtuellen Parteitags her die Möglichkeit, eigene Anträge und Änderungsanträge einzubringen, vorliegende Anträge zu unterstützen und Redebeiträge zu verfassen sowie an Abstimmungen teilzunehmen. Sämtliche *Redebeiträge*, für die jeweils die Daten *Kategorie*, *Name der AutorIn* (inkl. Kreisverband bzw. Funktion), *Uhrzeit* und *Titel des Beitrags* erhoben werden konnten, sowie die *Antragsunterstützungen*, bei denen der *Name der UnterstützerIn* und der *Titel des Antrags* festgestellt wurde, und von Hand die entsprechende *Kategorie* hinzugefügt wurde, konnten so zur Ausgangsbasis einer umfangreichen Auszählung gemacht werden. Nicht beobachtbar war das Verhalten der einzelnen Delegierten bei den Abstimmungen; hier liegen auch mir nur die kumulierten Abstimmungsergebnisse vor. Mit *Kategorien* sind hier die Bereiche – Redelisten, Diskussionsforen – innerhalb des Virtuellen Parteitags gemeint, in die einzelne Redebeiträge eingestellt werden konnten, oder zu denen Anträge eingebracht werden konnten. Für die Auszählungen wurden diese Bereiche wie folgt zusammengefasst: *Parteitagsgeflüster* (die täglichen *Parteitagsgeflüster*-Foren und die Bereiche *Technische Probleme* und *Irmgards Trödelmarkt*¹²⁷), *Thema I* (Allgemeine Aussprache zur Elektronischen Bürgerdemokratie), *Thema I spezial* (Diskussion zu verschiedenen Änderungsanträgen), *Thema II* (Allgemeine Aussprache Ladenschlusszeiten), *Thema II spezial* (Diskussion zu verschiedenen Änderungsanträgen) sowie *Resolutionen* (verschiedene Diskussionsforen zu weiteren Resolutionen). Bei einigen Änderungsanträgen ließ sich das Thema nicht mehr rekonstruieren, diese wurden in einer Kategorie *unklar* zusammengefasst.

Da es insgesamt etwa achthundert Redebeiträge gab und etwa vierzig Anträge vorlagen, die unterstützt werden konnten, geschah die eigentliche Auszählung durch zwei von mir erstellte *PHP3*-Programme. Diese lieferten Aufschlüsselungen gegliedert nach der Zeit, nach den einzelnen Kategorien als auch nach Personen (Wie viele Beiträge in welchen Kategorien?).¹²⁸ Diese Daten wurden nach *SPSS* übertragen. Die personenspezifischen Daten

¹²⁶ An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass diese Forschungsmethode – die Aggregation von im WWW verfügbaren personenbezogenen Daten, die durch nonreaktive Beobachtung erhoben werden – ethisch nicht unproblematisch ist (vgl. Döring 1999a: 202ff). Nicola Döring nennt das Beispiel von Posting-Statistiken in *Newsgroups*. »Obwohl Posting-Statistiken ausschließlich die im Netz frei verfügbaren Informationen in statistisch aggregierter Weise präsentieren, werden sie oft als *Daten-schutzverletzung interpretiert*« (Döring 1999a: 205). Prinzipiell müssten eigentlich alle Beobachteten explizit um ihr Einverständnis gebeten werden; als Kompromiss zwischen der Unterstellung impliziten Einverständnisses und dem konsequenten Einholen des expliziten Einverständnisses schlägt sie vor, die Forschungsaktivitäten öffentlich anzukündigen (Döring 1999a: 202). In Bezug auf den Virtuellen Parteitag wurde zumindest unter dem Stichwort 'Forschung' auf der Website angekündigt, dass eine umfangreiche Begleitforschung stattfinden wird. Da Parteitage darüber hinaus öffentliche Veranstaltungen sind, und die Öffentlichkeit der Veranstaltung bei diesem Parteitag besonders augenfällig war, halte ich es für ethisch vertretbar, aggregierte Daten und (anonymisierte) Kurzzitate zu verwenden.

¹²⁷ Irmgard Zecher, die Alterspräsidentin der baden-württembergischen Grünen, hat in der Mitgliederzeitung der Grünen eine gleichnamig Kolumne, in der sie Anekdoten und Begebenheiten schildert. Auf Wunsch einiger Teilnehmer wurde auch im Virtuellen Parteitag eine entsprechende Rubrik eingerichtet, in der Irmgard Zecher ihre Kolumne fortsetzte.

¹²⁸ Differenzen in der Gesamtzahl der Redebeiträge und RednerInnen im Vergleich zu anderen Arbeiten über den Virtuellen Parteitag können sich dadurch ergeben, dass Mehrfach-Accounts jeweils nur einer Person zugerechnet wurden, und dadurch, dass einige Beiträge, die keiner Person zuzuordnen waren, sowie sämtliche Beiträge aus dem technisch anders realisierten und funktional vom Parteitag getrennten 'Zuschauerforum' nicht berücksichtigt wurden.

der AutorInnen und der AntragstellerInnen wurden zusammengeführt¹²⁹ und mit Daten über *Geschlecht*¹³⁰ (nach Vornamen entschieden) und über den *Delegiertenstatus* (durch eine auf www.virtueller-parteitag.de verfügbare Liste mit den Namen aller Delegierter) angereichert.

Insgesamt haben sich am Virtuellen Parteitag 163 Personen aktiv beteiligt, d.h. über das Schreiben mindestens eines Redebeitrags oder durch die Unterstützung von mindestens einem Antrag. Werden diese 163 Personen so in drei Gruppen aufgeteilt, dass jede Gruppe etwa den gleichen Anteil an der gesamten Beteiligung – gemessen als Zahl der Beiträge + Zahl der Antragsunterstützungen – am Virtuellen Parteitag umfasst (gemessen in der Zahl der Beiträge und Anträge), so fallen 117 Fälle (71,8%) in die Gruppe *niedrige Beteiligung* (1-11 Beteiligungen pro Person), 32 Fälle (19,6%) in die Gruppe *mittlere Beteiligung* (12-26 Beteiligungen pro Person), und 14 Fälle (8,6%) in die Gruppe *hohe Beteiligung* (27-63 Beteiligungen pro Person). Oder anders ausgedrückt: Ein Drittel der gesamten Aktivitäten des Parteitags – hier ist allerdings weder die Inhaltsschwere noch die Länge einzelner Beiträge berücksichtigt, und auch nicht der Erfolg der eingebrachten Anträge – wurde von nur 14 Personen verursacht! Einen Überblick über weitere Eigenschaften dieser drei Gruppen gibt Tabelle 8.3.

7.2 Qualitative Analyse angelehnt an die Grounded Theory

7.2.1 Zur Methode der Grounded Theory¹³¹

In den 60er Jahren veröffentlichten Barney Glaser und Anselm Strauss (Glaser / Strauss 1998) das Buch *The Discovery of Grounded Theory*. In ihrer praktischen Arbeit in der Medizinsoziologie war ihnen aufgefallen, dass die gängigen soziologischen Verfahren – Hypothesenüberprüfung existierender Theorien oder das Nachdenken über eine ‘große Theorie’ – zur Erklärung der Phänomene, die ihnen in diesem Arbeitsbereich begegneten, kaum weiterhalf. Sie machten sich also daran, im Anschluss an verstreute, beispielsweise bei Robert Merton – Stichwort *serendipity* – zu findende Gedanken, über den Prozess der soziologischen Theoriegenerierung selbst nachzudenken. Dabei entstand ein dritter Ansatz, den sie den – bis heute – dominanten Ansätzen in der Soziologie, also dem Ansatz der aus Vorannahmen deduktiv abgeleiteten ‘großen Theorien’ genauso wie dem Ansatz einer rein auf die empirische Verifikation von Hypothesen zurückgedrängten Forschung, entgegenstellten: Ein kanonisiertes Verfahren zur induktiven »Entdeckung von Theorie aus – in der Sozialforschung systematisch gewonnenen und analysierten – Daten« (Glaser / Strauss 1998: 11). Es geht also darum, ausgehend von (qualitativen) Daten – Interviews, Beschreibungen, Literatur – empirisch gesättigt soziologische Theorien zu generieren, die wiederum nicht für sich existieren sollen, sondern mit denen pragmatisch gearbeitet werden soll. Glaser und Strauss nennen als Anwendungsfelder »Vorhersagen, Erklärungen, Interpretationen« (1998: 11). Die mit Hilfe der *Grounded Theory* entwickelte Theorie soll »der Forschungssituation angemessen sein« und »sich handhaben lassen«, und soll Hypothesen und Kategorien entwickeln, die klar genug sind, um sie in einem zweiten Schritt operationalisieren und quantitativ-empirisch überprüfen zu können, um ForscherInnen und PraktikerInnen im jeweils untersuchten Feld Erklärungen und Handlungsansätze zu bieten (Glaser / Strauss 1998: 13).

¹²⁹ Einige Personen haben über zwei verschiedene *Accounts* am Virtuellen Parteitag teilgenommen, beispielsweise einmal in der Funktion als Präsidiumsmitglied und einmal in der Funktion als Delegierter. Diese Mehrfach-Accounts wurden hier zusammengefasst und nur einmal gezählt. Daraus können sich Differenzen zu anderen Untersuchungen ergeben, bei denen die Funktionsrollen getrennt behandelt wurden.

¹³⁰ Die Problematik, dass Geschlecht hier als eindeutige, unabhängige Variable verwendet wird, ist mir durchaus bewusst, lässt sich aber hier methodisch nicht vermeiden. Dass die Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen tatsächlich nicht unbedingt stereotype ‘Männer’ und ‘Frauen’ sind, zeigt u.a. die Tatsache, dass bei der Befragung der Akademie für Technikfolgenabschätzung bei einigen Fragebögen die Geschlechtsangabe verweigert wurde, und dass bei meiner Befragung bei immerhin einem Fragebogen das Kreuz genau in der Mitte zwischen den Kästchen für Frau und Mann angebracht war. Demgegenüber tauchen in den Interviews doch eher stereotype Geschlechtszuschreibungen auf.

¹³¹ Eine etwas schwerfällige Übersetzung für *Grounded Theory* wäre ‘in den Daten verankerte Theoriebildung’. Im allgemeinen wird auch im Deutschen der englische Begriff verwendet. Wer über Begriffe spekulieren will, kann das ‘grounded’ durchaus auch mit einer pragmatischen ‘down-to-earth’-Haltung verbinden.

Seit der Entdeckung der *Grounded Theory* sind über 30 Jahre vergangen. Die Forschungslandschaft hat sich auch im qualitativen Bereich ausdifferenziert, auch Barney Glaser und Anselm Strauss sind nach einer Weile jeweils ihre eigenen Wege gegangen und haben ihre eigenen Schulen begründet. Im folgenden beziehe ich mich auf die von Anselm Strauss zusammen mit Juliet Corbin vorgenommene Weiterentwicklung der *Grounded Theory* (Strauss / Corbin 1996; Strauss 1994). Auch in der deutschsprachigen Soziologie haben sich qualitative Verfahren inzwischen einen Platz in der Forschungslandschaft erstritten – ob es sich hierbei um eine ökologische Nische oder um eine Methode auf dem Weg in den *mainstream* handelt, ist noch nicht entschieden (vgl. Fleck 1992; Bohnsack 1999; auch Kapitel 5 in Bortz / Döring 1995). Unter anderem mit Alfred Schützs Phänomenologie, mit Karl Mannheims Wissenssoziologie und seiner darauf aufbauenden dokumentarischen Methode (vgl. Mannheim 1964, 1980) erweisen sich die soziologischen ‘Klassiker’ als anschlussfähig für die rekonstruktive Sozialforschung. Verbindungen zwischen *Grounded Theory* und der dokumentarischen Methode Mannheims zeigt Ralf Bohnsack auf (1999: 195). Neben der *Grounded Theory* haben sich eine ganze Reihe weiterer Ansätze etabliert, die von ähnlichen Überlegungen ausgehen; genannt seien hier nur das narrative Interview und der Auswertungsansatz der objektiven Hermeneutik.

Die Theoriegewinnung mit Hilfe der Methode der *Grounded Theory* stellt einen unabgeschlossenen Forschungsprozess in mehreren Phasen dar (vgl. Abbildung 7.1). Ausgehend von der Formulierung der Fragestellung und von Überlegungen zur Wahl der richtigen Datenquellen (*Offenes* oder später dann *theoretisches Sampling*) werden Interviews durchgeführt, Beobachtungen im Feld notiert und auch nichtfachliche Literatur zum Themenbereich herangezogen. Die einzelnen Datenquellen werden in schriftliche Form gebracht und dann Stück für Stück kodiert. Die Kodierung ist ein mehrstufiger Prozess, der mit einer Konzeptualisierung der in den Daten beschriebenen Phänomenen beginnt (*Offenes Kodieren*). Wichtig ist hierbei, dass die jeweiligen Phänomene nicht einfach nur deskriptiv mit einem Label versehen werden, sondern prägnant den Handlungsgehalt des jeweiligen Phänomens in der Bezeichnung aufnehmen. Die so entstandenen Codes werden zu Kategorien gruppiert und in Verbindung gesetzt; die Kategorien werden benannt und hinsichtlich ihrer Eigenschaften und Dimensionen entwickelt. Es folgt die Phase der Integration. Mit Hilfe des *axialen Kodierens* werden die bisher entstandenen Kategorien anhand eines Prozess- und Handlungsmodells enger miteinander verknüpft, es werden Überlegungen zu den Beziehungen zwischen den Phänomenen angestellt und in Memos und Diagrammen niedergeschrieben. Aufgrund dieser Überlegungen werden Kernkategorien ausgewählt und weiter integriert (*selektives Kodieren*). Weitere Datenquellen, die aufgrund von theoretischen Überlegungen (*theoretical sampling*) ausgewählt werden, also z.B. indem Unterschiede maximiert werden, fließen ein. Prinzipiell kann dieser Prozess beliebig oft wiederholt werden; der Balance-Akt zwischen Wissenschaft und Kreativität wird dabei durch das stetige Hinterfragen der gefundenen Daten, durch eine Haltung der Offenheit gegenüber neuen Entdeckungen und durch theoretische Sensitivität bestärkt und mündet im Zustand *theoretischer Sättigung*. Ausgehend von einem ‘roten Faden’ wird das so entstandene Geflecht von Kategorien und Beziehungen dazwischen zu einer Theorie vervollständigt. Zu unterscheiden ist hier zwischen der nah am Konkreten bleibenden materialen Theorie und der formalen Theorie, die durch den Vergleich mehrerer materialer Theorien entstehen soll und den Anspruch erhebt, die Mechanismen allgemeinerer sozialer Prozesse zu beschreiben (Glaser/Strauss 1998: 85ff). Die Phasenunterteilung ist dabei z.T. eher idealtypisch: In der praktischen Forschungsarbeit kommt es durchaus zu Sprüngen und Schleifen. (Strauss / Corbin 1996; Bortz / Döring 1995: 308f)

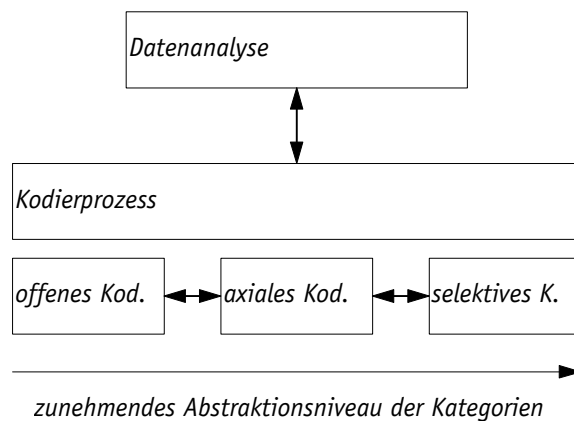


Abbildung 7.1 – Schema des Kodierprozesses¹³²

¹³² Quelle der Grafik: Stephanie Tränkle (1999: 16).

Für Arbeiten, die mit Hilfe der *Grounded Theory* entstanden sind, nennen Strauss / Corbin (1996: 218ff) sieben Qualitätskriterien: Generierung von Konzepten im Sinne der *Grounded Theory*, systematische Ausarbeitung der Beziehungen zwischen den Konzepten, konzeptuelle Dichte der Theorie, Berücksichtigung ausreichender Variation, Berücksichtigung breiterer Randbedingungen, Berücksichtigung des Prozessaspektes (also die Identifizierung und Spezifizierung von Veränderungen) sowie die Frage, in welchem Ausmaß die theoretischen Ergebnisse bedeutsam erscheinen. Auch die üblichen Kriterien 'guter Wissenschaft' sollen (allerdings zum Teil in modifizierter Form) für Arbeiten der *Grounded Theory* als Maßstab verwendet werden (vgl. Strauss / Corbin 1996: 214ff). Allgemeiner formulieren Jürgen Bortz und Nicola Döring Gütekriterien für qualitative Arbeiten (1995: 309ff). Auch für qualitative Arbeiten soll gelten, dass diese objektiv im Sinne intersubjektiver Nachvollziehbarkeit und reliabel sein müssen. Insbesondere halten Bortz und Döring es für wichtig, dass interne und externe Validität der Forschungsergebnisse gegeben sind, dass also die Gesamtinterpretation plausibel aus den Daten ableitbar ist, und dass eine Verallgemeinerung auf nicht untersuchte Fälle möglich ist. Sie (Bortz / Döring 1995: 309) kritisieren an der Methode der *Grounded Theory*, dass hier mit einem »sehr ungünstigen Kosten-Nutzen-Verhältnis« zwar minutiöse und extrem zeitaufwendige Analysen vorgenommen werden, dass dabei aber »nur selten wirklich überraschende oder innovativ wirkende Kodes« entstehen, und dass der entstehende Materialkorpus nur noch schwer sinnvoll zu handhaben ist. Außerdem stellen sie die Frage, ob die Ergebnisse von *Grounded Theory*-Analysen tatsächlich als Theorien zu betrachten sind, »da die erstrebte Gegenstandsverankerung offensichtlich zu sehr bereichsspezifischen Modellen führt.«

7.2.2 Anwendung auf den Virtuellen Parteitag

	<i>Maximale Beteiligung</i>	<i>Minimale Beteiligung</i>
<i>Frau</i>	Interviewpartnerin A	Interviewpartnerin B
<i>Mann</i>	Interviewpartner C	Interviewpartner D

Tabelle 7.4 – Auswahlmatrix: InterviewpartnerInnen

Bezogen auf den Virtuellen Parteitag ergibt sich zuerst einmal das Problem, den Gegenstandsbereich für eine *Grounded Theory* richtig zu definieren. Prinzipiell haben wir es mit dem Virtuellen Parteitag sowohl mit einer speziellen Form eines Parteitags wie auch mit einer speziellen Form einer virtuellen Konferenz bzw. allgemeiner

	<i>Virtueller Parteitag</i>	
	Diskussion im Parteitag	
	Weitere Texte auf der Website	
<i>Formen der computervermittelten Kommunikation</i>	parteiinterne Ankündigungstexte und Berichte zum Parteitag	<i>Parteitage</i>
Virtuelle Konferenzen	Presseberichte	Presseberichte über 'klassische' Parteitage
Virtuelle Gemeinschaften	Interviews mit TeilnehmerInnen	Eigene Beobachtungen 'klassischer' Parteitagen
WWW-Angebote der Parteien	ExpertInnen-Interview	Aufzeichnungen und Protokolle 'klassischer' Parteitage
Diskussion in politischen Mailinglisten und Newsgroups	eigene Beobachtungen	Andere Formen der parteiinternen Zusammenkunft
Soziologische und psychologische Literatur zu computervermittelter Kommunikation	Ergebnisse anderer ForscherInnen	Politikwissenschaftliche Literatur über Parteien und Parteitage
	Strukturdaten aus Auszählung und Webserver-Logfile	

Tabelle 7.1 – Mögliche Datenquellen für eine *Grounded Theory* zum Virtuellen Parteitag¹³³

computervermittelter Kommunikation zu tun. Der Gegenstandsbereich der Untersuchung stellt von daher das soziale Erleben im spezifischen Spannungsfeld zwischen Partei und computervermittelter Kommunikation dar, wie es sich beim Virtuellen Parteitag bietet. Ziel der Arbeit ist es, sich einer *Grounded Theory* des Virtuellen Parteitags anzunähern; diese muss notwendigerweise auf dem Level der materialen Theorie verbleiben. Für die erfolgreiche Anwendung der *Grounded Theory* ist die Auswahl der richtigen Datenquellen besonders wichtig. Der Möglichkeitsraum ist beim Virtuellen Parteitag groß (vgl. Tabelle 7.1). Aus arbeitsökonomischen Gründen mussten bei der Auswertung der Redebeiträge und bei der Auswahl von Interviewpartnern Einschränkungen getroffen werden.

Die Auswahl der InterviewpartnerInnen erfolgte auf Grundlage der Auswertung der Parteitagsstruktur nach den Merkmalen Teilnahmehäufigkeit und Geschlecht. Für die zentralen Interviews wurde je eine Interviewpartnerin und ein Interviewpartner aus der Spitzengruppe, was die Zahl der Beiträge und Antragsunterstützungen betrifft, und je eine Interviewpartnerin und ein Interviewpartner, die sich nur mit einem Beitrag bzw. einer Antragsunterstützung am Parteitag beteiligt haben, ausgewählt (vgl. Tabelle 7.4). Mit dem Ziel, möglichst kontrastierende InterviewpartnerInnen zu haben, wurde hier also der Unterschied in der – quantifizierbaren, sichtbaren – Beteiligung maximiert. Die Auswahl nach Geschlecht erfolgte ausgehend von der – durchaus auch in der einschlägigen Literatur (vgl. Abschnitt 4.4.2) – populären Ansicht, dass die Nutzung des Internets durch Frauen und Männer prinzipiell unterschiedlich erfolge. Auch hier ging es darum, möglichst unterschiedliche Nutzungs- und Kommunikationsstile in der Interviewauswahl wiederzufinden. An der aufgrund dieser beiden Kriterien vorgenommenen Auswahl kann kritisiert werden, dass alle vier InterviewpartnerInnen der Altersgruppe < 30 Jahre angehören. Interessant wäre hier der in dieser Arbeit nicht erfolgte Vergleich mit der ‘grünen Kerngeneration’ (44-55 Jahre).

Ein gewisser Ausgleich wird dadurch hergestellt, dass nicht nur die Interviews, sondern weitere Datenquellen in die Auswertung miteinbezogen wurden. Berücksichtigt wurden acht Zeitungsartikel (bzw. sieben Zeitungsartikel und ein Kommentar des SWR; Quellen Z1-Z8). Diese Texte wurden per Zufallsauswahl (Random-Verfahren) aus den 75 in der nach dem Parteitag von der grünen Landesgeschäftsstelle erstellten Presseschau enthaltenen Texten ausgewählt. Bei den zum Vergleich hinzugezogenen anderen Formen ist besonders die Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen in Stuttgart (9.-11. März 2001) zu erwähnen, die ich teilnehmend beobachtete (N1). Allerdings stellt sich die Frage, wieweit Bundes- und die deutlich kleineren Landesparteitage vergleichbar sind; der Virtuelle Parteitag war ja formal einem kleinen Landesparteitag nachgebildet. Ein Landesparteitag von Bündnis 90/Die Grünen fand am 22./23. Juni 2001 statt und wurde von mir auch besucht; die Notizen hierzu (N3) konnten am Rande in diese Arbeit einfließen. In nicht formalisierter Form spielten auch eigene Erfahrungen mit Bündnis 90/Die Grünen – sowohl auf der lokalen Ebene als auch auf der Ebene der Parteitage – eine wichtige Rolle für diese Arbeit. Zum Virtuellen Parteitag selbst wurden zum einen während des Parteitags entstandenen Beobachtungen herangezogen (N2). Zum anderen wurden Ausschnitte aus dem Diskussionsverlauf des Parteitags selbst verwendet (hier auf P1/P4 beschränkt). Weitere Materialien wurden herangezogen, ohne in die Auswertung einbezogen zu werden. Hierzu gehören vor allem ein Gespräch mit dem Hauptorganisator Marc Mausch (E) sowie schriftliche und mündliche Informationen von Mitgliedern des Präsidiums und des Landesvorstands. Diese flossen vor allem in die Rekonstruktion der Vorgeschichte des Virtuellen Parteitags ein. Die Gespräche mit den vier ausgewählten InterviewpartnerInnen (A-D) fanden im Zeitraum Ende Januar bis Mitte April 2001 statt und dauerten zwischen fünfzig Minuten und knapp zwei Stunden. Als Grundlage der Interviews diente ein Leitfaden (Anhang 7.4.1), der nach dem ersten Interview um einige weitere Fragen ergänzt wurde. Im Sinne eines Aufspürens von Motiven und Themen abseits der vorgegebenen Fragestellungen wurden auch Gesprächspfade verfolgt, die sich nicht direkt aus dem Leitfaden ergaben. Anregungen für diese Form des Interviews gaben die Überlegungen zu ExpertInnen-Interviews bei Michael Meuser und Ulrike Nagel (Meuser / Nagel 1991) sowie die Überlegungen zur Rolle von Leitfäden in der *Grounded Theory* (Strauss / Corbin 1996: 151f).

Die verschiedenen ausgewählten Datenquellen wurden jeweils verschriftlicht, und angelehnt an die *Grounded Theory* ausgewertet. Die sich daraus entwickelnde Vielzahl an Codes und Kategorien wurde geordnet, ausgedünnt

¹³³ Die **fettgedruckten** Datenquellen wurden – in unterschiedlicher Intensität – herangezogen.

und integriert. Die erwünschte theoretische Sättigung wurde nicht erreicht; in diesem Sinne stellt die Rekonstruktion und theoretische Beschreibung des Virtuellen Parteitags in den beiden Kapiteln 3 und 4 nur einen Abschnitt auf einem längeren Weg dar.

7.3 Logfile-Analyse im World Wide Web¹³⁴

Das *World Wide Web* stellt nicht nur eine Technologie dar, mit der schnell und kostengünstig auf weltweit miteinander vernetzte Informations- und Kommunikationsangebote zugegriffen werden kann, sondern liefert gleichzeitig auch umfangreiche Daten darüber, wer wann und wie oft auf welchen Teil eines WWW-Angebots zugegriffen bzw. diesen abgerufen hat. Nicola Döring spricht hier von non-reaktiver, »automatischer Beobachtung« (Döring 1999a: 176). Protokolldaten (*Logfile*) im WWW können an verschiedenen Punkten erstellt werden: beim Anbieter einer Seite (*Server*), an einem Knotenpunkt, der beispielsweise eine Universität versorgt,¹³⁵ oder auf Seite einer NutzerIn (*Client*). Im Rahmen dieser Arbeit ist das *Server-Log* des Virtuellen Parteitags interessant, also die Auswertung der Zugriffe auf [www.VIRTUELLER-PARTEITAG.DE](http://www.virtueller-parteitag.de).

Die so entstandenen Daten sind allerdings – technisch bedingt – nicht ganz unproblematisch (vgl. Werner 1999). Die Identifikation einzelner NutzerInnen (damit unterschieden werden kann, ob 100 Leute eine Seite ansehen oder eine Person die Seite 100 mal ansieht) erfolgt über die *IP-Adresse*. Diese wird aber inzwischen von den meisten *Internet Service Providern (ISP)* dynamisch vergeben, d.h. eine Person greift zu verschiedenen Zeitpunkten mit unterschiedliche *IP-Adressen* auf den Webserver zu. Bei einem späteren Zugriff kann darüber hinaus eine weitere NutzerIn beim selben *ISP* die *IP-Adresse* ihrer VorgängerIn zugewiesen bekommen. Dies bedeutet letztlich, dass sich die Zahl der BesucherInnen pro Zeiteinheit nicht exakt, sondern nur heuristisch bestimmen lässt. Ein zweites Problem ergibt sich dadurch, dass sowohl beim Transport durch das Internet wie auch auf dem lokalen Rechner Zwischenspeicher existieren. Bestandteile der *Website* werden in diesem Fall beim Aufruf durch die NutzerIn nicht vom *Webserver*, sondern aus einem der Zwischenspeicher geladen; damit existiert kein Eintrag im *Webserver-Logfile*. Die dort gesammelten Daten entsprechen also nicht exakt der Zahl der menschlichen Zugriffe auf das WWW-Angebot. Ein drittes Problem ist die Zusammensetzung jeder *Website* aus vielen unterschiedlichen Dateien, die wiederum aus Elementen wie Grafiken und Programmcode bestehen. Alle Zugriffe auf einzelnen Elemente werden im *Logfile* vermerkt. Da sich die Zahl der Elemente einer *Website* im Lauf der Zeit verändern kann – beim Virtuellen Parteitag etwa dadurch, dass weitere Foren hinzukommen – lässt sich die absolute Zahl der Zugriffe nur bedingt miteinander vergleichen. Noch schwerer sind unterschiedliche Angebote vergleichbar. Zusammen mit der fehlenden Re-Identifizierbarkeit einzelner NutzerInnen lassen sich so kaum genaue Aussagen darüber treffen, wie oft eine *Site* als Gesamtheit innerhalb eines bestimmten Zeitraums von unterschiedlichen Personen betrachtet wurde. Verschiedene Schätzverfahren versuchen, diese Probleme zu umgehen, indem z.B. innerhalb eines Zeitfensters alle Zugriffe einer *IP-Adresse* als eine BesucherIn (*Visit*, *Session*) gezählt werden. Genauere Methoden aus der Werbeforschung (vgl. Werner 1999) waren beim Virtuellen Parteitag nicht anwendbar.

Da die so entstehenden Dateien jeden einzelnen Zugriff erfassen, entstehen selbst bei relativ geringen TeilnehmerInnenzahlen sehr schnell sehr umfangreiche Datenmengen. Inzwischen gibt es spezialisierte Programme, die eine sehr detaillierte Analyse der so erzeugten Daten erstellen können (vgl. Döring 1999a: 184). Für unsere Zwecke musste aber die von einem Standardprogramm erstellte aggregierte Analyse ausreichen. Diese enthält vor allem Daten über die Zahl der Zugriffe über verschiedene Zeiteinheiten. Das hier verwendete Programm *http-analyze 2.0* bietet folgende zusammengefasste Daten an: *Hits* (die Gesamtheit aller Zugriffe auf alle Elemente, inkl. Verwaltungscodes und versuchten Zugriffen), *Files* (die Gesamtheit der Zugriffe nur auf Dateien, ohne Verwaltungscodes etc.), *Pageviews* (die Gesamtheit der Zugriffe auf Dateien ohne Grafiken und ohne Verwaltungscodes), *Sessions* (Abschätzung der Besucherzahl), *KByte* (die übertragene Datenmenge), *unique URLs* (welche Dateien wurden angefordert) und *unique Sites* (von welchen *SecondLevel.TopLevel-Domainnamen*-Kombinationen wurden Daten angefordert). Hier interessieren die *Hits* bzw. *Pageviews* (die in diesem Fall strukturell identisch sind) sowie die *Sessions*. *Pageviews* und *Sessions* sind auf den Zeitraum Tag und Monat hin zusammengefasst verfügbar; die für

¹³⁴ Die Analyse des *Logfiles* durch *http-analyze 2.0* wurde freundlicherweise von Albrecht Kurz zur Verfügung gestellt.

¹³⁵ Damit lässt sich ein genaues Bild erzeugen, welche Angebote von den NutzerInnen abgerufen wurden (vgl. Berker 1999).

eine reine Strukturanalyse ausreichende Kennzahl *Hits* auch für Wochentage und Stunden. Die Daten über *Sites* und *URLs* liegen nur als monatliche Zusammenfassung vor, was sie, da hier zwei Monate jeweils teilweise betroffen waren, unbrauchbar macht. Die Auswertung dieser Daten ist im Abschnitt 3.3 zu finden.

7.4 Fragebögen und Leitfaden

7.4.1 Interviewleitfaden¹³⁶

Wie wurde der Parteitag erlebt?

- Was ist in Erinnerung geblieben?
- Was war besonders auffällig?
- Vergleich realer Parteitag

Erwartungen an den Parteitag

- Welche Erwartungen wurden mit dem Parteitag verbunden? (→ Eigene Kriterien)
- Was hat sich erfüllt, was nicht? Woran lag es?
- Vergleich realer Parteitag

Form der Teilnahme

- Welche Motivation gab es, am Parteitag teilzunehmen?
- Wie sah die Beteiligung aus? (Delegiert/wie?; Lesen/schreiben/abstimmen, zeitliche Faktoren: Dauer, Häufigkeit; Intensität; welcher Teil des Parteitags; Ort; möglichst genaue Beschreibung des Umgangs mit dem Parteitag!)
- Warum wurde gerade die gewählte Form der Beteiligung gewählt?
- Haben vorherige Computer- und Parteierfahrungen eine Rolle gespielt, welche?
- Kanntest Du andere TeilnehmerInnen – hast Du welche über den ViP kennen gelernt?
- Vermutungen über die Gründe für die stärkere/schwächere Beteiligung anderer
- Vergleich realer Parteitag

Zukunft / Zufriedenheit

- ViP als Form sinnvoll? Was ist besonders aufgefallen?
- Wenn es einen zweiten ViP geben würde, würdest Du dann wieder teilnehmen?
- Was wäre das Highlight / der GAU gewesen?

Biografie, Selbstbeschreibung, Selbsteinschätzung

7.4.2 Befragungen

Die Auswertung der Befragungen geschah jeweils mit Hilfe des Softwarepakets SPSS. Verwendet wurden dabei deskriptive und explorative Verfahren. Auf den Einsatz von weitergehenden statistischen Verfahren (Regressionsanalyse, Faktorenanalyse, Clusteranalyse) wurde verzichtet, da das Hauptaugenmerk dieser Arbeit auf der theoriegenerierenden inhaltlichen Auswertung der Interviews lag.

7.4.2.1 Befragung der Akademie für Technikfolgenabschätzung

Die Akademie für Technikfolgenabschätzung Baden-Württemberg führte unter den 303 für den Virtuellen Parteitag angemeldeten TeilnehmerInnen eine postalische Befragung durch (Rücklauf: 62,4%). Die Ergebnisse dieser Befragung¹³⁷ dienten mir vor allem dazu, das sich aus den Interviews und anderen Materialien ergebende Bild des Parteitags mit statistischen Informationen über die TeilnehmerInnen zu ergänzen und die erhobenen Daten im Sinne der Theoriegenerierung fruchtbar zu machen. Der für diese Befragung verwendete, umfangreiche Fragebogen ist über Bernhard Bubeck, Akademie für Technikfolgenabschätzung erhältlich.

7.4.2.2 Befragung der Delegierten der LDK von Bündnis 90/Die Grünen

Auf dem Landesparteitag der baden-württembergischen Grünen in Waiblingen (22./23. Juni 2001) wurde von mir eine Befragung durchgeführt. Mit Unterstützung der Landesgeschäftsstelle war es möglich, den Delegiertenunterlagen einen Fragebogen beizufügen. Diese zweite Befragung hatte vor allem das Ziel, zu klären, wie repräsentativ die TeilnehmerInnen des Virtuellen Parteitags für herkömmliche Parteitage sind. Zum anderen sollte sie ebenfalls dazu dienen, Anhaltspunkte dafür zu geben, wie valide einige der im Lauf der Arbeit entwickelten Thesen und Theorieansätze sind, vor allem bezüglich der *Logik der Partei* und bezüglich der Wahrnehmung des Virtuellen

¹³⁶ Dieser Leitfaden wurde zur Strukturierung der Interviews A-D eingesetzt. Die Du-Form wurde gewählt, da es aufgrund der Altersnähe und den Parteiepflogenheiten seltsam erschienen wäre, 'Sie' zu verwenden.

¹³⁷ Die Akademie für Technikfolgenabschätzung ermöglichte es mir dankenswerterweise, Einblick in die Daten zu nehmen und einige eigenen Berechnungen und Auswertungen mit SPSS durchzuführen.

Parteitags. Leider gestaltete sich der Rücklauf hier eher schleppend; von den potenziell 200 Delegierten haben nur 71 (35,5%) den Fragebogen zurückgegeben. Dabei ergab sich eine Verzerrung in Richtung Frauenanteil, der deutlich höher lag, als anhand der Quotierung der Delegierten anzunehmen gewesen wäre.¹³⁸ Die Ergebnisse dieser Befragung können daher nur zum Teil zum Vergleich (vgl. z.B. Tabelle 8.2 und Tabelle 8.3) und zur Illustration herangezogen werden.

Fragebogen an die Delegierten und Gäste der LDK (22./23.06.01)

Im letzten Herbst fand der Virtuelle Parteitag von Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg statt. Bei der Auswertung dieses Parteitags zeigte sich nun, dass bisher kaum Daten darüber vorliegen, wer eigentlich an einem 'realen' Parteitag teilnimmt. Aus diesem Anlass bitten wir darum, diesen Fragebogen auszufüllen und dann am Stand der Geschäftsstelle abzugeben. Alle Angaben werden selbstverständlich vertraulich behandelt.

1. Sind Sie Delegierte/r für die LDK?

☐ ja ☐ nein, ich nehme als teil

2. Wie viele reale Parteitage haben Sie bislang (also ohne diesen) schon besucht?

☐ Keinen ☐ Einen ☐ 2 bis 3 ☐ 4 oder mehr

3. Haben Sie auf einem realen Parteitag schon einmal folgendes getan? (Mehrfachantworten sind möglich)

- ☐ Eine Rede gehalten
- ☐ Noch keine Rede gehalten, habe aber versucht, eine Rede zu halten und bin nicht drangekommen
- ☐ Einen Geschäftsordnungsantrag gestellt
- ☐ Einen Antrag eingebracht
- ☐ Einen Antrag per Unterschrift unterstützt

4. Ganz allgemein gefragt: Wie wichtig sind Ihnen auf einem Parteitag die folgenden Punkte?

Qualität der Debatte	nicht wichtig	☐	☐	☐	☐	☐	sehr wichtig
Möglichkeit zur Beteiligung	nicht wichtig	☐	☐	☐	☐	☐	sehr wichtig
Das Ergebnis für die Partei	nicht wichtig	☐	☐	☐	☐	☐	sehr wichtig
Persönliche Kontakte	nicht wichtig	☐	☐	☐	☐	☐	sehr wichtig
Stimmung / Atmosphäre	nicht wichtig	☐	☐	☐	☐	☐	sehr wichtig
Resonanz in den Medien	nicht wichtig	☐	☐	☐	☐	☐	sehr wichtig

5. Haben Sie am Virtuellen Parteitag teilgenommen?

☐ Nein (Weiter zu Frage 8) ☐ Ja, als Delegierte/r ☐ Ja, als

6. In welcher Form haben Sie am Virtuellen Parteitag teilgenommen? (Mehrfachantworten sind möglich)

- ☐ Inhaltliche Diskussion verfolgt
- ☐ Beiträge zu inhaltlichen Diskussion geschrieben, und zwar: ☐ 1-2 Beitr. ☐ 3-4 ☐ 5 oder mehr
- ☐ Diskussion im „Parteitagsgeflüster“ verfolgt
- ☐ Beiträge im „Parteitagsgeflüster“ geschrieben, und zwar: ☐ 1-2 Beitr. ☐ 3-4 ☐ 5 oder mehr
- ☐ Ich habe einen oder mehrere Anträge eingebracht oder unterstützt
- ☐ Ich habe mich an der Abstimmung beteiligt und zwar an ...
 - ☐ einer Abstimmungsrunde ☐ zwei Abstimmungsrunden ☐ allen drei Abstimmungsrunden

7. An wie vielen Tagen haben Sie den Virtuellen Parteitag besucht?

☐ An einem Tag ☐ An 2 bis 4 Tagen ☐ An 5 bis 7 Tagen ☐ An 8 bis 9 Tagen

8. Sollen Ihrer Meinung nach Virtuelle Parteitage auch in Zukunft veranstaltet werden?

☐ Nein

☐ Ja, und zwar (nur eine Variante ankreuzen):

- ☐ zur Vorbereitung 'realer' Parteitage ☐ parallel zu 'realen' Parteitag
- ☐ abwechselnd mit 'realen' Parteitag ☐ als Ersatz für 'reale' Parteitage

¹³⁸ Wenn alle Kreisverbände jeweils quotiert zum Parteitag angereist wären, hätte der Frauenanteil unter den Delegierten ca. 55% betragen; es ist allerdings erfahrungsgemäß davon auszugehen, dass nicht alle Kreisverbände die Quotierung der Delegierten eingehalten haben. Der Frauenanteil unter den abgegebenen Fragebögen lag bei 62,0%.

9. Wie häufig nutzen Sie das Internet?

- ☐ überhaupt nicht ☐ wenige Male im Jahr ☐ wenige Male in der Woche
☐ wenige Male im Monat ☐ täglich oder beinahe täglich

10. Wozu nutzen Sie das Internet? (Mehrfachantworten möglich)

- ☐ Zur Kommunikation ☐ Informationsrecherche ☐ Spaß, Unterhaltung ☐ Einkaufen

11. Sie finden hier einige Statements zum Themenbereich Internet. Sehen Sie das auch so?

- | | stimme ganz zu | | | lehne ganz ab |
|--|-----------------------|-----------------------|-----------------------|-----------------------|
| <i>Für mich stellt das Internet in erster Linie ein Werkzeug dar.</i> | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |
| <i>Ich könnte mir ein Leben ohne Internet nicht mehr vorstellen.</i> | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |
| <i>Durch das Internet verliert das Leben massiv an Qualität.</i> | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |
| <i>Ich glaube, dass das Internet ein männlich geprägter Bereich ist.</i> | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |
| <i>Virtuelle Parteitage sind für wichtige Entscheidungen nicht geeignet.</i> | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |

12. Sie finden hier einige Statements zu Partei und Parteitage. Sehen Sie das auch so?

- | | stimme ganz zu | | | lehne ganz ab |
|--|-----------------------|-----------------------|-----------------------|-----------------------|
| <i>Frauen und Männer müssen zu gleichen Teilen beteiligt werden.</i> | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |
| <i>Wer etwas erreichen will, muss die richtigen Leute kennen.</i> | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |
| <i>In der Politik haben Emotionen nichts verloren.</i> | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |
| <i>Was die Partei macht, entscheidet doch eh ein kleiner Zirkel.</i> | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |
| <i>Eine gute Inszenierung politischer Aussagen ist heute sehr wichtig.</i> | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |
| <i>Das wichtigste an einem Parteitage ist die polit. Meinungsbildung.</i> | ☐ | ☐ | ☐ | ☐ |

Nun hätten wir gerne noch einige Angaben zur Person.

- 13. Geschlecht** ☐ Frau ☐ Mann **14. Wie alt sind Sie?** Jahre
- 15. Wo wohnen Sie?** ☐ Größere Stadt (z.B. Karlsruhe, Ulm) ☐ Mittlere Stadt (z.B. Aalen, Konstanz)
 ☐ Kleinere Stadt oder Stadtrandgemeinde ☐ Kleine Gemeinde im ländlichen Raum

16. Welche Schulbildung haben Sie erworben?

- ☐ Noch Schüler/in ☐ Hauptschule ☐ Realschule ☐ Hochschulreife ☐ Hochschulabschluss

17. Welche (berufliche) Tätigkeit üben Sie vorwiegend aus?

.....
Vielen Dank für das Ausfüllen des Fragebogens! Geben Sie ihn bitte am Stand der Landesgeschäftsstelle ab.

7.5 Quellen¹³⁹

7.5.1 Interviews

- A: Frau / hohe Beteiligung B: Frau / geringe Beteiligung
C: Mann / hohe Beteiligung D: Mann / geringe Beteiligung

7.5.2 Hintergrundgespräch

E: Gespräch mit Marc Mausch am 17.06.2001

7.5.3 Feldnotizen

- N1: Beobachtungen bei der BDK von Bündnis 90/Die Grünen, 09.-11. März 2001, Stuttgart.
N2: Beobachtungen während des Virtuellen Parteitags, 24. November bis 3. Dezember 2001.
N3: Beobachtungen bei der LDK von Bündnis 90/Die Grünen, 22.-23. Juni 2001, Waiblingen.

7.5.4 Debatten im Virtuellen Parteitag

- P1: Auftaktsequenz Parteitagsgeflüster
P4: Debatte um die Resolution zur Tarifökonomie

¹³⁹ Die Interviews, Notizen und Ausschnitte aus den Debatten sowie die Quellcodes für die verwendeten PHP3-Skripte können per eMail (till@tillwe.de) beim Verfasser angefordert werden.

7.5.5 Pressestimmen (Zufallsauswahl aus der Presseschau zum Parteitag)¹⁴⁰

Z1: Stefan Hupka: „Den grünen Laden öffnen“, *Badische Zeitung*, 5. Dezember 2000.

Z2: Kathrin Hassis: „Politik im Internet ist anders: Kurz, knackig und anarchischer“, *Stuttgarter Nachrichten*, 5. Dezember 2000.

Z3: „Grüne tagen im Internet“, *Südwestpresse*, 25. November 2000.

Z4: Christoph Zehender: „Grüne praktizieren Demokratie pur“, *SWR2, Landesinformation Baden-Württemberg*, 24. November 2000, 12.00 Uhr.

Z5: „Erwin Teufel beim virtuellen Parteitag“, *Reutlinger Generalanzeiger*, 2. Dezember 2000.

Z6: „Grüne: erster virtueller Parteitag“, *Stuttgarter Nachrichten online*, 3. November 2000.

Z7: „Grüne: Internet-Parteitag steigerte Diskussionsfreude“, *dpa/lsw-Meldung*, 4. Dezember 2000.

Z8: „Im Internet kommt jeder zu Wort“, *Badische Zeitung*, 27. November 2000.

8 Anhang B

8.1 Anhang zu Kapitel 3: Sicht der Medien

8.1.1 Der Virtuelle Parteitag aus der Sicht der medialen Öffentlichkeit

Neben den durchgeführten Interviews wurden auch acht zufällig aus der Presseschau ausgewählte Medienberichte ausgewertet, um zur Innensicht auf den Parteitag die Außensicht hinzuzufügen. Die so entstandene Auswahl (Z1 bis Z8) deckt sowohl die journalistischen Formen Bericht und Kommentar als auch den gesamten Zeitraum des Virtuellen Parteitags von der Startphase bis zum Resümee ab. Einzelne Medienberichte waren auch während des Parteitags selbst schon Thema der Diskussion, d.h. während die Medien die TeilnehmerInnen des Parteitags beobachten, beobachten diese ihrerseits die erzielte *Außenwirkung*.

Die bei der Rekonstruktion der vier TeilnehmerInnen-Sichten verwendeten Kategorien tauchen teilweise in den Medienberichten wieder auf. Bezogen auf *Vorerfahrungen* findet sich zum einen mehrfach ein Delegierter wieder, der auf dem Virtuellen Parteitag nach 14-jähriger Mitgliedschaft in der Partei seine erste Rede hält (Z2, Z8).¹⁴¹ Zum anderen wird auf internet-spezifische Kommunikationsformen hingewiesen, beispielsweise auf das Lächeln »im Internet mit schiefem Kopf« (Z2); gemeint sind – was für Internet-NutzerInnen unschwer dekodierbar sein dürfte – Emoticons wie ‘:-)’.

Zur Teilnahme am Parteitag findet sich zur Frage des *Teilnahmemotivs* in den untersuchten Artikeln nichts. Die *Delegiertenwahl* wird nur einmal in einem Zitat des Landesvorsitzenden Andreas Braun angeschnitten, in dem er äußert, dass insbesondere Frauen sich gerne als Delegierte hätten aufstellen lassen (Z6). Als *Ort der Teilnahme* wird einmal der »heimische Bildschirm« (Z1) und einmal »am Computer« (Z3) genannt; außerdem kann der Schatzmeister die freudige Nachricht verkünden, dass »[d]ie Kreisverbände [...] die Reisekosten für ihre Delegierten [sparen]« (Z6). Die *Zeitstruktur der Teilnahme* interessiert die Medien insoweit, als die *Flexibilität* herausgestellt wird: »Um sieben Uhr hieß es 'Guten Morgen' und um drei 'Geh endlich schlafen'« (Z2). Die Dauer des Parteitags wird thematisiert (»die ganze nächste Woche«, Z3; »während des zehntägigen Debattierens«, Z2) und auch die Dynamik der Beteiligung: »Nach einem verhaltenen Auftakt hat sich [...] zwei Tage nach Beginn eine Redeschlacht um den Ladenschluss entwickelt.« (Z8). Sollte es einen zweiten virtuellen Parteitag geben, wird Braun zitiert, müsse der Zeitraum verkürzt werden (Z7).

Als *Zahl der TeilnehmerInnen* werden dabei vor dem Parteitag »500 bis 1000 Grüne Mitredner« (Z6) erwartet, in der Anfangsphase sind es dann »rund 120 Mitglieder« (Z3), die ein Passwort beantragt hätten, und am Schluss sind

¹⁴⁰ Vgl. Abschnitt 8.1.2.

¹⁴¹ Was u.a. auch auf die für die Frage *Vorerfahrungen mit der Partei* wichtige interne Ausdifferenzierung der Mitgliedschaft in 'Aktive' und 'Inaktive' hinweist, und einen danach fragen lässt, wie viele der 7.500 Mitglieder der Partei in Baden-Württemberg schon einmal einen Parteitag besucht haben, und wie viele davon auch schon einmal etwas auf einem herkömmlichen Parteitag gesagt haben.

von »den 320 ausgeteilten Redeberechtigungen [...] 100 genutzt worden« (Z2). Dafür zeigen »die Südwest-Grünen« sich am Schluss vom »Besucherinteresse« überrascht, das von den Webserver-Einträgen abgeleitet wird (Z7). Insbesondere in den Schlussbetrachtungen (»900 Beiträge«; Z2, »900 Redebeiträge«; Z7, »Wust von Beiträgen«; Z6) spielt auch das *Ausmaß der Beteiligung* eine große Rolle, die Steigerung der »Diskussionsfreude« schafft es bis in die Titelzeile (Z7). Nicht überall wird eine möglicherweise zu erwartende 'schleppende Beteiligung' als Problem angesehen, auch dann noch wäre das Experiment erfolgreich gewesen (Z4).

Einige Texte gehen auch näher auf die möglichen *Formen der Beteiligung* ein, insbesondere auf die *Debatte*. »Wer lange herumschwafelt, der wird nicht gelesen – so funktioniert die Auswahl.« (Z2). Interessante Überschriften oder der 'bekannte Name' werden als Kriterien für die Schaffung von *Aufmerksamkeit* zitiert (Z6) – andererseits fallen »unter den vielen Rednern« (Z2) die 'Promis' nicht so ins Gewicht. Es geht aber nicht nur um das Lesen, sondern auch um das Mitreden. So heißt es, »[d]ie Delegierten hätten die Themen außerordentlich intensiv und konzentriert beraten« (Z7). In mehreren Texten wird der Delegierte Andreas Kozlig damit zitiert, dass sein Redebeitrag seine erste Parteitage-Rede nach 14 Jahren Mitgliedschaft sei (Z2, Z8), was als Beleg für eine geringere *Hemmschwelle* genommen wird. Auch die Länge der Reden (Z2) und weitere Unterschiede zum 'normalen Parteitag' werden betont: »Es gebe anders als beim normalen Parteitag keine Frauenquote, keine gesetzten Beiträge von Prominenten und keine Redezeitbegrenzung« (Z6) – »Im Internet kommt jeder zu Wort« (Z8). Das Schreiben beim Parteitag hat auch *soziale Funktionen*: »Da wurden Einsichten geboten [...], da wurde gedichtet [...], getratscht und geklatscht« (Z2). *Abstimmungen* als zweites wichtiges Element von Parteitagen tauchen in vielen Artikeln (Z2, Z3, Z6, Z7, Z8) auf; die Beteiligung daran wird als gering gesehen, was aber unterschiedlich gewertet wird. »Möglicherweise seien dafür auch technische Probleme verantwortlich.« (Z7). Dass einige Entscheidungen äußerst knapp waren – ein gerne berichtetes Thema herkömmlicher Parteitage – wird nicht erwähnt.

Aufgrund des Nachrichtenfaktors Neuigkeit als Grundlage für die Auswahl von Themen in der Medienberichterstattung (vgl. etwa Beyme / Weßler 1998: 321) verwundert es nicht, dass der *Neuheitswert* des Virtuellen Parteitags sich durch fast alle Artikel durchzieht und immer wieder erwähnt wird. So wird vom »ersten Internet-Parteitag der deutschen Geschichte« (Z1) gesprochen, beim dem »einiges anders gelaufen« sei und der – ich denke hier an ein wissenschaftliches Experiment – einer gründlichen Auswertung bedarf (Z2). Es geht darum, etwas »auszuprobieren« (Z3): der Virtuelle Parteitag wird als »Schritt in die Zukunft der Politik« und als »Modell« (Z4) bezeichnet. Er ist »das weltweit erste Projekt« dieser Art und dient als »ein Experiment« dazu, elektronische Bürgerdemokratie zu testen und so »die Möglichkeit des Internet zu erkunden« (Z6). Fazit: ein »einzigartiges Internet-Projekt« (Z8), das damit *Neuland* für Politik und Medien darstellt.

In der Berichterstattung spielt aber nicht nur die Form, sondern spielen auch die Themen und Beschlüsse des Virtuellen Parteitags eine Rolle. So beschreibt Z8 beispielsweise die Debatte zum Ladenschluss, indem sie versucht, auf das gängige journalistische Selektionskriterium 'bekannte Namen' zurückzugreifen. Namentlich erwähnt werden hier die Beiträge von Andreas Braun (»Landes-Chef«, Z8) und Rudi Hoogvliet (»Sprecher der Landtagsfraktion«, Z8). Erwähnt wird außerdem der Gastbeitrag der Gewerkschaft HBV. Die Debatte um eDemokratie ist weniger interessiert, hier kommen dann ein Delegierter und ein Landtagsabgeordneter zu Wort. In anderen Artikeln ist der Gastbeitrag von Ministerpräsident Erwin Teufel das große Thema (Z5). Damit wird eine von herkömmlichen Parteitagen bekannte Form der Berichterstattung auf den Virtuellen Parteitag ausgedehnt. Bei anderen Texten entsteht dagegen teilweise der Eindruck, dass die JournalistInnen dem Fehlen der 'großen Reden' etwas ratlos gegenüberstanden¹⁴² – oder dieses Fehlen sogar explizit zum Thema ihres Artikels machen: »Ohne das Schaulaufen der Prominenz am Rednerpult, ohne Beifall und Buh in der Akustik einer Kongresshalle, ohne die periodische Selbstvergewisserung einer Partei per Mammut-Meeting würden sich immer mehr Leute – einschließlich der Grünen – fragen, ob es die Grünen überhaupt noch gibt.« (Z1). Angesprochen ist hier der Charakter des herkömmlichen *Parteitags als sozialem und medialem Ereignis*, dem die Funktion der 'Selbstvergewisserung' der Partei zugesprochen wird. Diese Funktionen der 'klassischen Polit-Events' kann der Virtuelle Parteitag nicht erfüllen, und wird deswegen nicht als Ersatz, sondern als Ergänzung gesehen: »Natürlich wird eine Diskussion im

¹⁴² Besonders deutlich wird dies in der *Frankfurter Rundschau* vom 27.11.2001 (nicht in meiner Zufallsauswahl enthalten), die die nicht durch 'große Reden' gekennzeichnete Debatte nur noch als 'lahm' und 'niveaulos' charakterisieren kann.

Internet die klassischen Polit-Events nicht vollständig ersetzen, so wie eine EMail nie ein persönliches Gespräch ersetzen kann« (Z4).

Die Bedeutung des Virtuellen Parteitags liegt – abgesehen davon, dass er *Neuland* darstellt – für die Medien vor allem auch in der *Werbung um WählerInnen*. So ist es die 'Internet-Generation', die die Partei sorgenvoll in die Zukunft blicken lässt (Z1), und sie dazu bringt, sich in deren Medium zu begeben. Die *Öffentlichkeit* des Virtuellen Parteitags wird hervorgehoben (Z4; »Leseberechtigt ist die ganze Welt«, Z6), viele Texte weisen unter Angabe der URL darauf hin, dass Interessierte sich den Virtuellen Parteitag selbst ansehen können (Z3, Z5, Z6). Aber nicht nur die Hinwendung zu moderner Technik, der demokratische Charakter und die Offenheit werden beobachtet und mit dem *grünen Selbstbild* zusammengebracht: »Und sprechen nicht auch andere grüne Grundsätze für diese Art der virtuellen Konferenz?« (Z1) – nicht zuletzt wird festgestellt, dass der Virtuelle Parteitag durchaus auch mit klassischen *Image* der grünen Partei zusammenpasst: Es wird angenommen, dass so die Umwelt geschont werde (Z1, Z4).

8.1.2 Exkurs: Wie wird ein virtueller Parteitag bebildert?

Die Frage nach der Sicht der medialen Öffentlichkeit auf den Virtuellen Parteitag kann allerdings auch ganz wörtlich genommen werden: Was war zu sehen? Von den acht Texten der untersuchten Auswahl ist nur ein einziger mit einem Bild illustriert (Z8): dieses zeigt den Landesschatzmeister Harald Dolderer, wie er im Lichtstrahl des Videobeamers steht, mit dem die Website des Virtuellen Parteitags auf die Leinwand und in diesem Fall auch auf sein Gesicht projiziert wird.¹⁴³ Da bei den acht Texten auch eine Online-, eine Radio- und eine Agenturmeldung dabei sind, habe ich auch die restlichen Seiten der Presseschau noch einmal nach Bildmaterial durchgesehen. Das selbe Bild findet sich in der selben Zeitung (!) einige Wochen später erneut als Illustration zu einem längeren Essay. Darüber hinaus taucht es in drei weiteren Zeitungen auf. Ansonsten sehen wir sechs mal verschiedene mehr oder weniger prominente PolitikerInnen (Landesvorsitzender, AbgeordneteR, LandtagskandidatIn) jeweils zusammen mit einem Bildschirm und teilweise weiteren Personen. Als Variante davon illustriert ein Bild zwei vernetzte Rechner, in deren Bildschirme Politikergesichter einmontiert sind, einen Artikel. Außerdem gibt es noch einmal das 'Ü' als Parteologo und den *Screenshot* der Startseite der Website¹⁴⁴. Offenkundig lässt sich ein Virtueller Parteitag fast nur durch die Köpfe von PolitikerInnen neben, vor oder in Bildschirmen darstellen! Während diese Textorientiertheit für textorientierte Medien wie Hörfunk und Zeitung sogar vorteilhaft sein kann, da so die leichtere Recherche und Übernahme von Zitaten ermöglicht wird (wenn auch im Rundfunk nicht im 'O-Ton'), so stehen bildorientierte Medien hier vor einem Problem. Leider liegen mir hier keine Aufzeichnungen dazu vor, wie etwa das dritte Fernsehprogramm den Virtuellen Parteitag bebildert hat – aus meiner Erfahrung mit 'klassischen' Parteitag und der Berichterstattung darüber weiß ich jedenfalls, dass dort immer wieder versucht wird, durch Schwenks in die Menge, Großaufnahmen einzelner Delegierter etc. auch die Stimmung eines Parteitags zu vermitteln – und dass natürlich auf der anderen Seite eine Partei meist versucht, einen Parteitag so zu inszenieren, dass sie auch über die mediale Wirkung bestimmen kann (vgl. Dörner 2001, Meyer et al. 2000, Meyer / Kampmann 1998). Unklar bleibt allerdings auch beim Virtuellen Parteitag, ob es sich bei der damit erfolgten Devisualisierung politischer Kultur um einen sachlichen, themenorientierten, deliberativen Gegenentwurf zu Inszenierung und Visualisierung handelt, oder ob nicht vielleicht gerade die Darstellung von Sachlichkeit und der überdeutliche Verzicht auf mediale Inszenierung hier als 'Super-Inszenierung'¹⁴⁵ – neben der mitschwingenden Selbstdarstellung als Internet-Partei – zu werten ist.

¹⁴³ Die Bildunterschrift lautet: »Zum Auftakt des grünen Parteitags erläuterte Schatzmeister Harald Dolderer das Virtuelle daran.« Das Bild ist vermutlich bei der Pressekonferenz zum Auftakt des Virtuellen Parteitags entstanden.

¹⁴⁴ Diese Startseite mit dem markanten Foto des Stuttgarter Fernsehturms bildet quasi das Äquivalent zur Umgebung, in der der Parteitag stattfindet – hat die Partei in einem virtuellen Stuttgart getagt?

¹⁴⁵ 'Super-Inszenierung' bezieht sich bei Thomas Meyer / Martina Kampmann (1998: 22ff) auf die Inszenierung der Inszenierungskritik durch CDU und Medien gegenüber dem Leipziger 'Krönungs'-Parteitag der SPD 1998.

8.2 Tabellen und Diagramme

8.2.1 Bündnis 90/Die Grünen

8.2.1.1 Mitgliederentwicklung in Baden-Württemberg

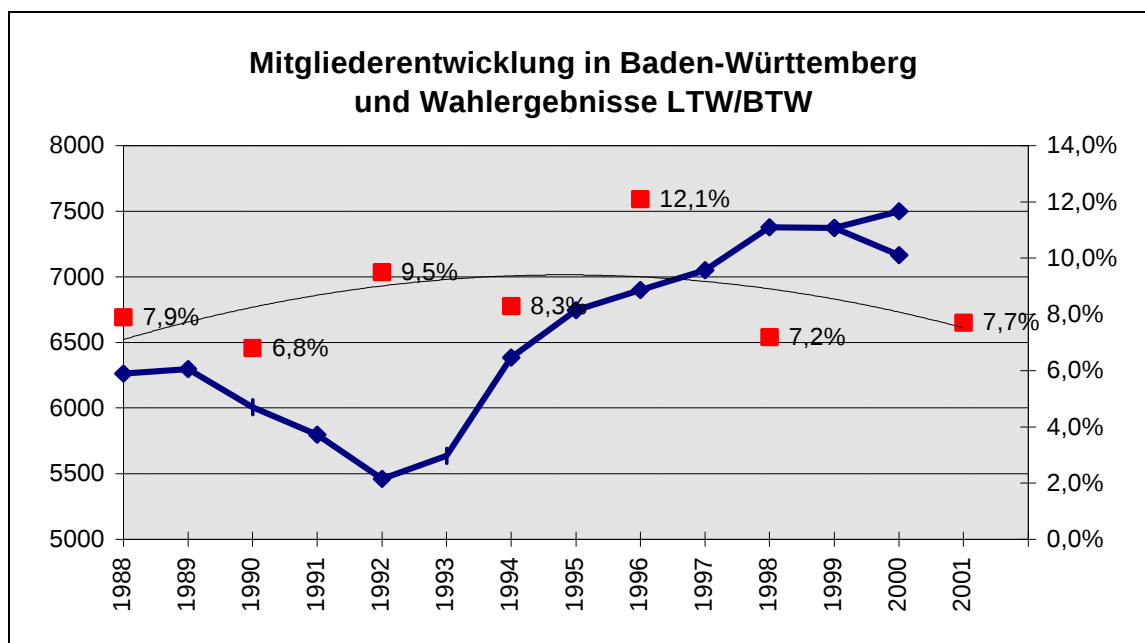


Abbildung 8.1 – Entwicklung der Mitgliederzahlen von Bündnis 90/Die Grünen in Baden-Württemberg (dicke Linie) im Vergleich mit den Wahlergebnissen bei Landtags- und Bundestagswahlen¹⁴⁶

8.2.1.2 Alterstruktur der Grünen

Alter	% gesamt	% NRW	% Nieders.	% Hessen	% Berlin	% Brandbg	% S.-Anhalt
bis 20 Jahre	1,78%	2,1%	2,1%	0,8%	1,3%	2,8%	2,3%
20-30 Jahre	10,01%	11,6%	8,0%	3,9%	14,0%	11,4%	13,5%
30-40 Jahre	28,08%	27,3%	23,2%	33,2%	30,4%	25,6%	32,0%
40-50 Jahre	37,83%	38,5%	40,5%	38,1%	33,1%	33,9%	33,1%
50-60 Jahre	16,97%	15,3%	18,9%	19,1%	18,2%	18,9%	11,7%
älter als 60	5,33%	5,2%	7,4%	5,0%	3,0%	7,5%	7,3%

Tabelle 8.1 – Altersstruktur von Bündnis 90/Die Grünen im Jahr 2000/01¹⁴⁷

8.2.1.3 Berufsgruppenzugehörigkeit

	Arbeiter	Angest./Beamte	Selbständige	Rentner
CDU / CSU	6 %	37 %	20 %	23 %
SPD	11 %	43 %	7 %	24 %
FDP	3 %	37 %	27 %	20 %
GRÜNE	3 %	53 %	14 %	7 %
PDS	1 %	18 %	6 %	64 %

Tabelle 8.2 – Berufsgruppenzugehörigkeit von Parteimitgliedern (1994)¹⁴⁸

¹⁴⁶ Quelle: Mitgliederdaten von www.ba-wue.gruene.de/wahlergebnisse/detail.asp?id=83, www.gruene.de/durch/struk/mitglied/mitglied2000.htm sowie Daten zu den Landtags- und Bundestagswahlen für Baden-Württemberg auf www.statistik.baden-wuerttemberg.de. Für die Mitgliederzahl für 2000 habe ich zwei Angaben gefunden (7.166; LDK-Delegiertenschlüssel vs. 7.500; Presseveröffentlichungen zum Virtuellen Parteitag).

¹⁴⁷ Quelle: eMail des Bundesgeschäftsstelle von Bündnis 90/Die Grünen vom 17.04.01. Die Daten beziehen sich auf die Landesverbände Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Hessen, Berlin, Brandenburg und Sachsen-Anhalt; erfasst wurden etwa 70% der Mitglieder dieser Verbände; eigene Berechnungen auf dieser Grundlage. Vgl. auch Abschnitt 0.

¹⁴⁸ Quelle: Gabriel / Niedermayer 1997: 291

8.2.2 Beteiligung am Virtuellen Parteitag

8.2.2.1 Überblick über Unterschiede in der Beteiligung

N=163		Ausmaß der Beteiligung: Gruppen nach Summe			Gesamt
		niedrige Beteiligung	mittlere Beteiligung	hohe Beteiligung	
Gesamt	Anzahl	117	32	14	163
	%	71,8%	19,6%	8,6%	
Geschlecht	Mann	Anzahl	73	22	8
		Spalten%	62,4%	68,8%	57,1%
	Frau	Anzahl	44	10	6
		Spalten%	37,6%	31,3%	42,9%
Delegiert?	nein	Anzahl	63	11	2
		Spalten%	53,8%	34,4%	14,3%
	ja	Anzahl	54	21	12
		Spalten%	46,2%	65,6%	85,7%
Mitglied Präsidium	Präsidium, Thema I	2	2	1	5
	Präsidium, Thema II	2	2	1	5
Zahl der Antragsunterstützungen	Mittelwert	3,4	10,7	13,1	5,7
	Varianz	8,5	16,3	20,7	24,3
	Summe	400	342	184	926
	Minimum	0	1	7	0
	Maximum	10	20	23	23
Zahl der Beiträge	Mittelwert	1,5	7,1	27,9	4,8
	Varianz	3,0	23,6	150,6	73,7
	Summe	173	226	390	789
	Minimum	0	0	14	0
	Maximum	8	19	52	52
davon:	Mittelwert	1,4	3,5	11,9	3,2
Beiträge 'Inhalte'	Varianz	2,1	8,4	80,1	23,5
	Summe	101	104	166	371
	Minimum	0	0	2	0
	Maximum	8	10	33	33
davon:	Mittelwert	1,0	4,1	16,0	3,6
Beiträge 'Kaffeecke'	Varianz	1,3	12,0	35,5	30,7
	Summe	72	122	224	418
	Minimum	0	0	6	0
	Maximum	6	16	26	26
Ausmaß der Beteiligung am Parteitag (Antragsunterst. + Zahl der Beiträge)	Mittelwert	4,9	17,8	41,0	10,5
	Varianz	8,6	19,5	143,5	134,9
	Summe	573	568	574	1715
	Minimum	1	12	27	1
	Maximum	11	26	63	63

Tabelle 8.3 – Überblick über die Unterschiede in der Beteiligung am Virtuellen Parteitag (eigene Daten)

8.2.2.2 Verschiedene Formen der Beteiligung beim Virtuellen Parteitag

Quelle dieser Daten (Tabelle 8.4) ist die Auszählung der Redebeiträge, deswegen lässt sich über die Altersverteilung hier nichts sagen. Die Auszählung wurde auf Delegierte eingeschränkt. Was diese Tabelle zeigt, ist dass die unterschiedliche Zahl der Redebeiträge von Männern und Frauen (bei den Delegierten) nicht von der generellen Beteiligung abhängt, sondern davon, dass mehr Männer als Frauen teilgenommen haben, und dass diese wiederum mehr Beiträge pro Kopf geschrieben haben. Während laut Tabelle 8.3 (Beteiligung an der LDK), nur ein Drittel der Delegierten insgesamt auf irgendeinem Parteitag schon einmal eine Rede gehalten haben, ist es hier fast die Hälfte der Delegierten, die sich an diesem einen Virtuellen Parteitag per inhaltlicher Rede beteiligen.

Delegierte		Geschlecht		Gesamt N=113
		Mann N=67	Frau N=46	
Redebeitrag in inhaltlichen Foren?	%ja	47,8%	47,8%	47,8%
Redebeitrag in der Kaffee-Ecke?	%ja	52,2%	50,0%	51,3%
Unterstützung eines Antrags?	%ja	68,7%	67,4%	68,1%

Tabelle 8.4 – Beteiligung der Delegierten beim Virtuellen Parteitag

8.2.3 Überblick über die einzelnen Redelisten

Kategorie	Name der Redeliste	Zahl Tn	Zahl Beiträge	% Kategorie	% gesamt
Thema I allg.	Allg. Ausspr. zur Elektronischen Bürgerdemokratie	40	64	50,0	8,1
Thema I spezial	Diskussion zu I-A-1-Ä-1: Patentrecht	2	2	1,6	0,3
" "	Diskussion zu I-A-1-Ä-2: Recht auf Schlüssel	9	18	14,1	2,3
" "	Diskussion zu I-A-1-Ä-3: Weitergabe von Adressen	1	1	0,8	0,1
" "	Diskussion zu I-A-1-Ä-4: Wahlurne CeBIT	5	9	7,0	1,1
" "	Diskussion zu I-A-1-Ä-5: Unterricht und Techniken	5	5	3,9	0,6
" "	Diskussion zu I-A-1-Ä-6: Zensur	6	9	7,0	1,1
" "	Diskussion zu I-A-1-Ä-7 u. 10: Multiplizitätsprinzip	1	1	0,8	0,1
" "	Diskussion zu I-A-1-Ä-8: Fachmandat	5	8	6,3	1,0
" "	Diskussion zu I-A-1-Ä-9: Bildungsangebote für Frauen	3	6	4,7	0,8
" "	Diskussion zu I-A-1-Ä-11: Unabh. Beratungsstellen	3	3	2,3	0,4
" "	Diskussion zu I-A-1-Ä-12: Wohlfühlgesellschaft	1	2	1,6	0,3
Thema I spezial	Anzahl gesamt	13	64	50,0	8,1
<i>Thema I</i>	<i>Thema I gesamt</i>	45	128	100,0	34,5
Thema II allg.	Allgemeine Aussprache zum Ladenschluss	62	174	89,2	22,1
Thema II spezial	Diskussion zu II-A-1-Ä-1: Adventssonntag	0	0	-	-
" "	Diskussion zu II-A-2-Ä-1: City-Privileg	13	21	10,8	2,7
<i>Thema II</i>	<i>Thema II gesamt</i>	66	195	100,0	52,6
Resolutionen	Erhalt des InterRegio, Neuordnung des ...	4	4	8,3	0,5
" "	Konsequenzen aus der BSE-Krise ziehen	8	9	18,8	1,1
" "	Diskussion Erweiterung Landesflughafen	2	2	4,2	0,3
" "	Diskussion zu III-Reso-1: Reso Tarifautonomie	21	33	68,8	4,2
<i>Resolutionen</i>	<i>Resolutionen gesamt</i>	28	48	100,0	12,9
Antragsdebatte	Inhalte gesamt	96	371	100,0	47,0
Kaffee-Ecke	Parteitagsgelüster 24./25.11	n/a	87	21,9	11,0
" "	Parteitagsgelüster 26.11.	n/a	26	6,5	3,3
" "	Parteitagsgelüster 27.11.	n/a	60	15,1	7,6
" "	Parteitagsgelüster 28.11.	n/a	27	7,2	3,4
" "	Parteitagsgelüster 29.11.	n/a	32	8,1	4,1
" "	Parteitagsgelüster 30.11.	n/a	44	11,1	5,6
" "	Parteitagsgelüster 01.12.	n/a	49	12,3	6,2
" "	Parteitagsgelüster 02.12.	n/a	43	10,8	5,4
" "	Parteitagsgelüster 03.12.	n/a	29	7,3	3,7
" "	<i>Parteitagsgelüster gesamt</i>	85	397	100,0	50,3
" "	Irmgard Zechers Trödelmarkt (vgl. Fn. 127)	7	17	4,1	2,2
" "	Gemeldete Probleme von Mitgliedern	4	4	1,0	0,2
Kaffee-Ecke	Kaffee-Ecke gesamt	85	418	100,0	53,0
Virtueller Parteitag gesamt		117	789		100,0

Tabelle 8.1 – Verteilung der Redebeiträge auf die Redelisten des Virtuellen Parteitags

8.2.4 Analyse des Webserver-Logfiles

8.2.4.1 Ergebnisse der Logfile-Analyse

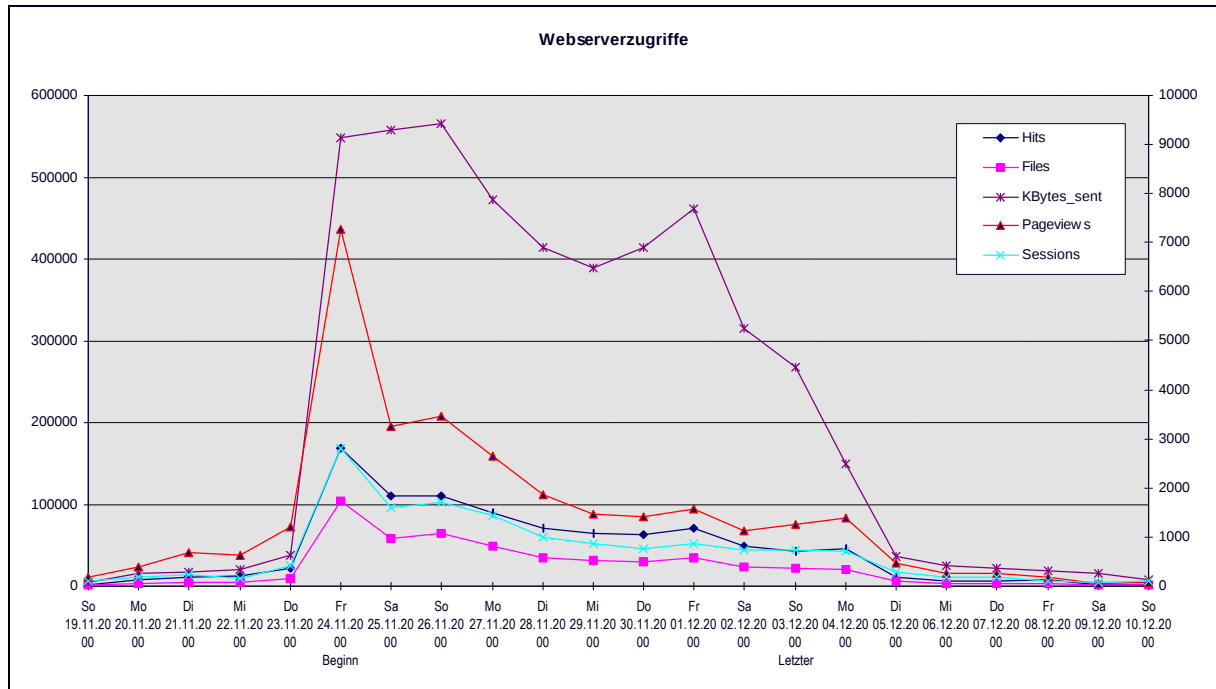


Abbildung 8.2 – Verschiedene aus dem Webserver-Logfile gewonnene Indikatoren

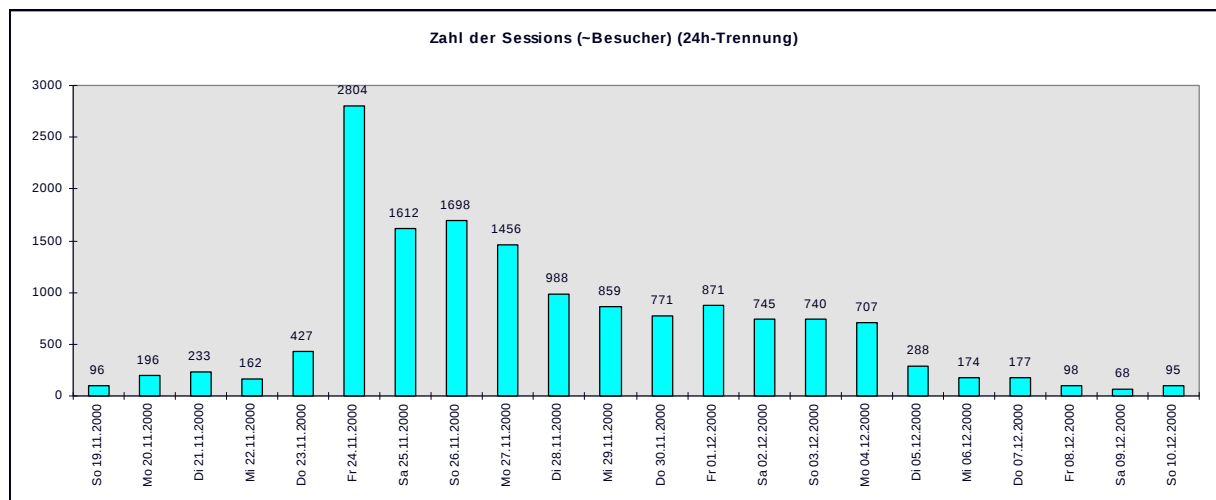


Abbildung 8.3 – Zahl der BesucherInnen pro Tag

8.2.5 Das Geschlechterverhältnis beim Virtuellen Parteitag

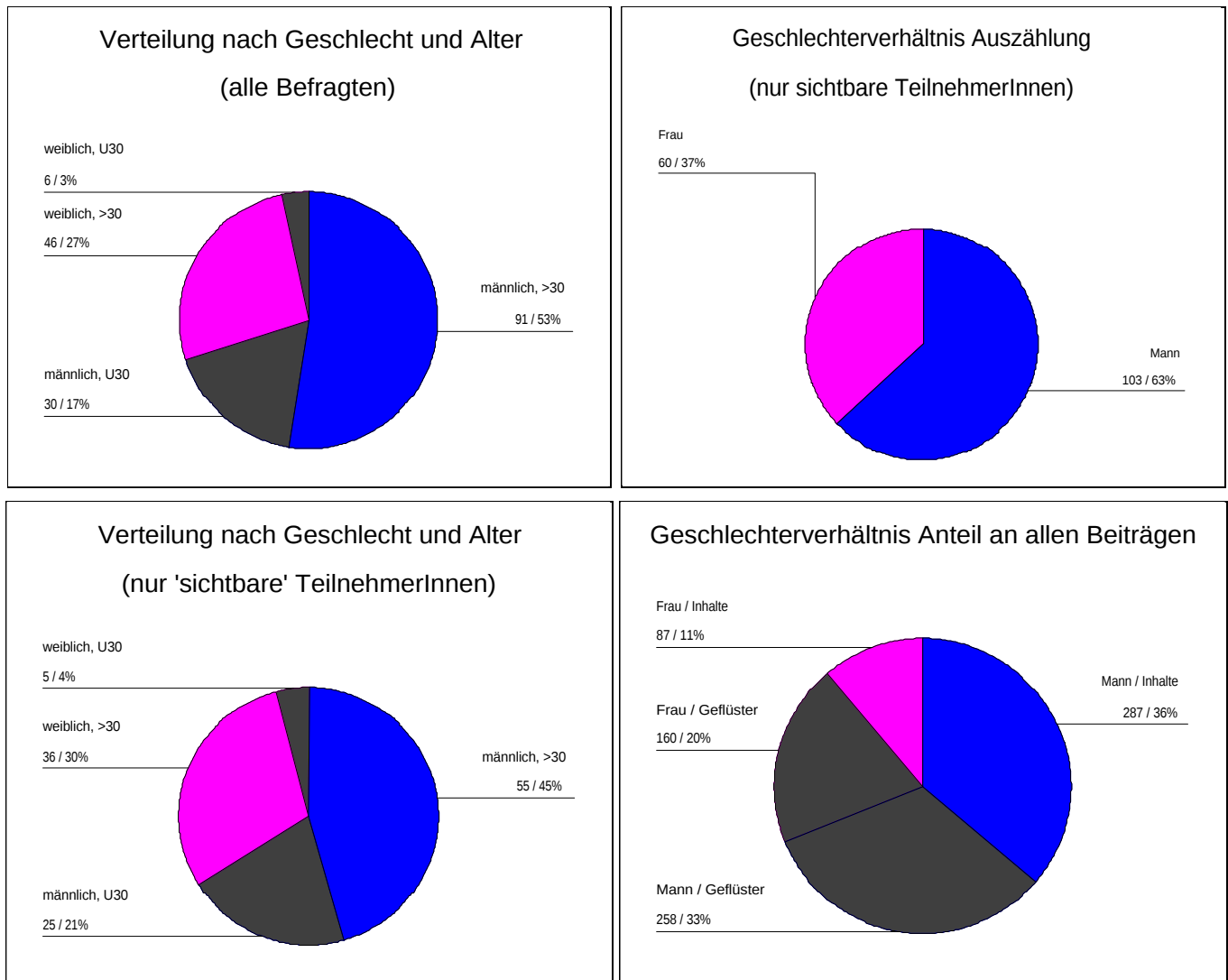


Abbildung 8.4 – Indikatoren für das Geschlechterverhältnis im Vergleich¹⁴⁹

‘Sichtbar’ bezieht sich darauf, dass die entsprechende Person mindestens einen Redebeitrag geschrieben oder Antrag unterstützt hat. Es wird deutlich, dass die Männer unter 30 Jahren einen erheblichen Anteil an den TeilnehmerInnen ausmachen, der noch wächst, wenn nur die sichtbaren TeilnehmerInnen berücksichtigt werden. Während der Anteil der Frauen unter 30 Jahren nahezu vernachlässigbar ist, sind auch die Frauen über 30 überproportional sichtbar. Mit 53% dominieren unter den Befragten die Männer über 30 Jahren; deren Anteil geht aber erheblich zurück (auf 45%), wenn nur die sichtbar Beteiligten betrachtet werden. Das Geschlechterverhältnis in der Auszählung der Redebeiträge (37% Frauen zu 63% Männer) macht deutlich, dass die Umfragedaten bezüglich der sichtbaren TeilnehmerInnen relativ valide sind (hier sind es zusammen 34% Frauen und 66% Männer). Zum Vergleich ist noch die Auszählung der Redebeiträge nach Geschlecht und Kategorie beigelegt. Während bei den Männern sich die Beiträge im Parteitagsgeflüster und in den inhaltlichen Foren etwa die Waage halten, finden sich fast zwei Drittel der ‘weiblichen’ Beiträge im Parteitagsgeflüster.

¹⁴⁹ Quelle der Daten: Akademie für Technikfolgenabschätzung (Verteilung nach Alter und Geschlecht); eigene Auszählung / Berechnung (Auszählung, Beiträge).

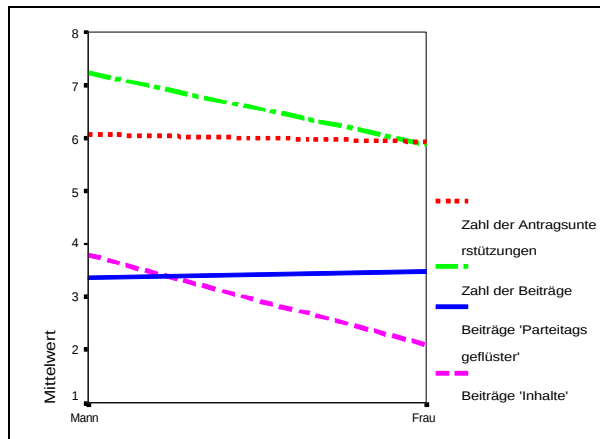


Abbildung 8.5 – Beiträge bzw. Anträge pro Kopf

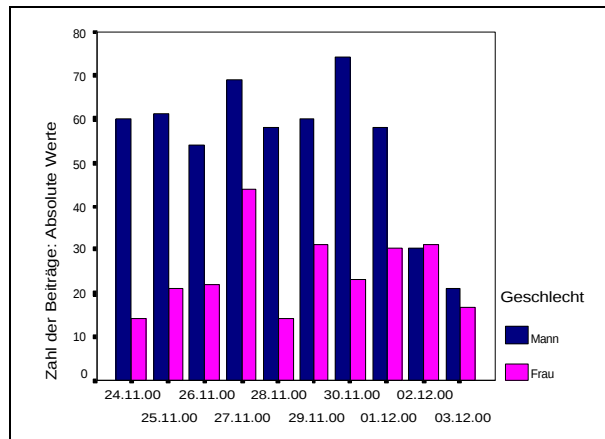


Abbildung 8.6 – Beiträge nach Geschlecht pro Tag

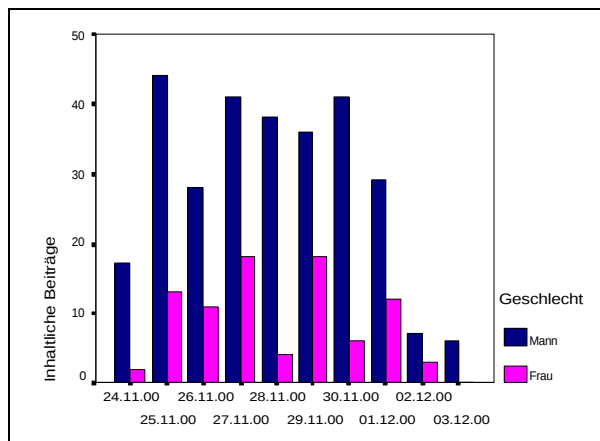


Abbildung 8.7 – Inhaltliche Beiträge nach Geschlecht und Tag des Parteitags

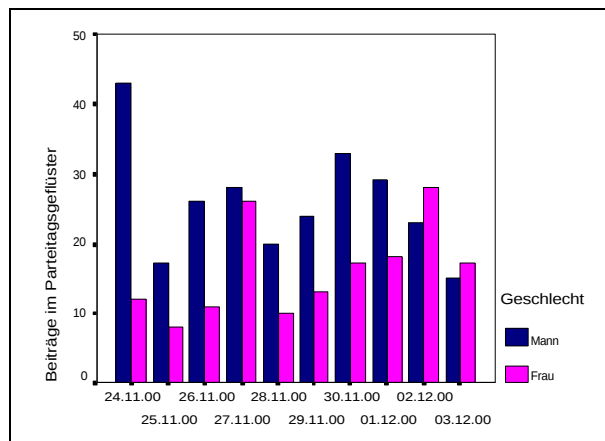


Abbildung 8.8 – Parteitagsgeflüster-Beiträge nach Geschlecht und Tag des Parteitags

8.2.6 Befragung der TeilnehmerInnen am Virtuellen Parteitag

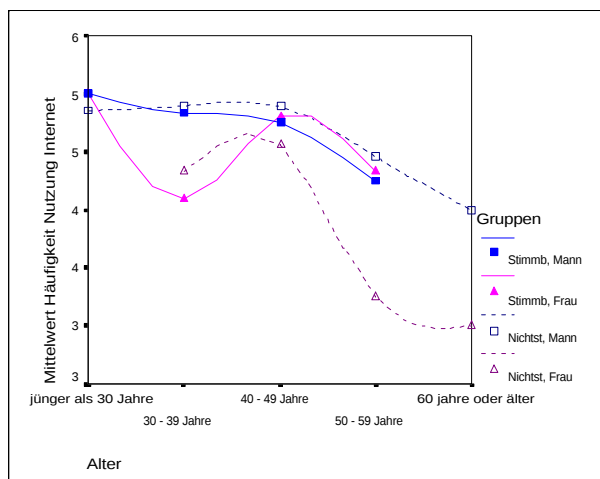


Abbildung 8.9 – Nutzung des Internets

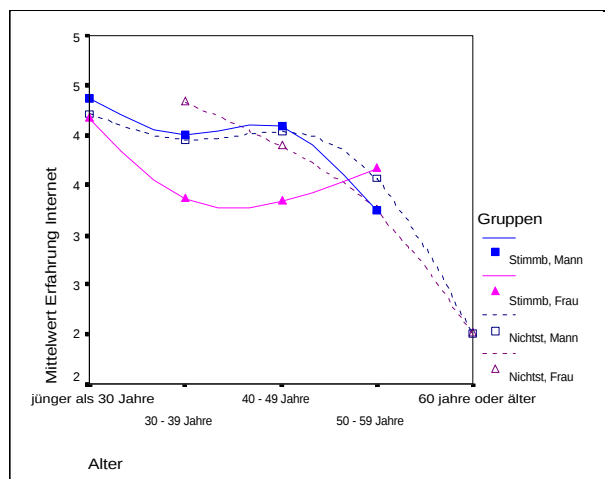


Abbildung 8.10 – Einschätzung der Erfahrung

Quelle der Daten: Akademie für Technikfolgenabschätzung, eigene Berechnungen

8.2.7 Ergebnisse der LDK-Befragung

8.2.7.1 Wie wichtig sind einzelne Merkmale von Parteitage den Delegierten?

Mittelwerte	Unter 30 Jahre?		Geschlecht		Teilnahme ViP		Parteitagebesuche (k)einer >1 Besuch	Gesamt
	ja	nein	Frau	Mann	ja	nein		
Qualität der Debatte	4,5	4,7	4,7	4,7	4,7	4,7	4,6	4,7
Ergebnis für die Partei	3,8	4,5	4,4	4,3	4,4	4,3	4,1	4,4
Möglichkeit Beteiligung	4,2	4,1	4,1	4,1	4,2	4,0	4,0	4,1
Resonanz in den Medien	3,7	4,0	4,1	3,7	4,1	3,7	3,8	3,9
Stimmung / Atmosphäre	3,7	3,9	3,9	3,7	3,8	3,8	3,6	3,8
Persönliche Kontakte	3,6	3,9	3,9	3,7	3,9	3,8	3,5	3,8

Tabelle 8.2 – Wichtige Merkmale an Parteitage¹⁵⁰

8.2.7.2 Formen der Beteiligung an herkömmlichen Parteitage

	Unter 30 Jahre?		Geschlecht		Teilnahme ViP		Parteitagebesuche (k)einer >1 Besuch	Gesamt N=58
	ja	nein	Frau	Mann	ja	nein		
Eine Rede gehalten? %Ja	11,1%	36,7%	33,3%	33,3%	30,6%	36,4%	12,5%	32,8%
Noch keine Rede gehalten, aber versucht? %Ja	-	8,2%	2,8%	14,3%	8,3%	4,5%	12,5%	6,9%
GO-Antrag gestellt? %Ja	11,1%	8,2%	5,6%	14,3%	8,3%	9,1%	-	8,6%
Antrag eingebracht? %Ja	22,2%	34,7%	33,3%	33,3%	30,6%	36,4%	-	32,8%
Antrag unterstützt? %Ja	66,7%	63,3%	69,4%	57,1%	63,9%	63,6%	50,0%	63,8%

Tabelle 8.3 – Häufigkeit verschiedener Formen der Beteiligung an Parteitage

¹⁵⁰ Die Skala für diese Fragen reichte dabei von 1 (nicht wichtig) bis 5 (sehr wichtig).

8.2.8 Wirkzusammenhang 'Logik der Partei'

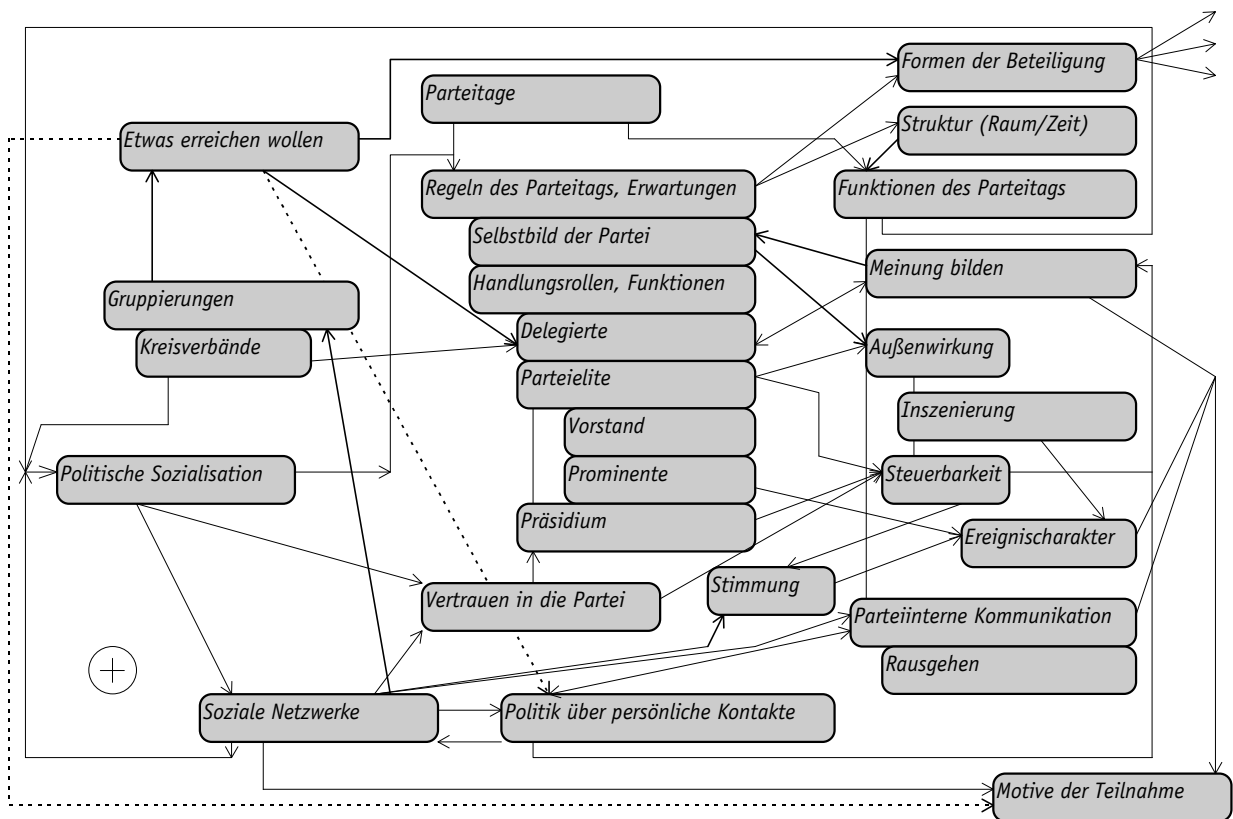


Abbildung 8.11 – Skizze: Logik der Partei (herkömmliche Parteitage)

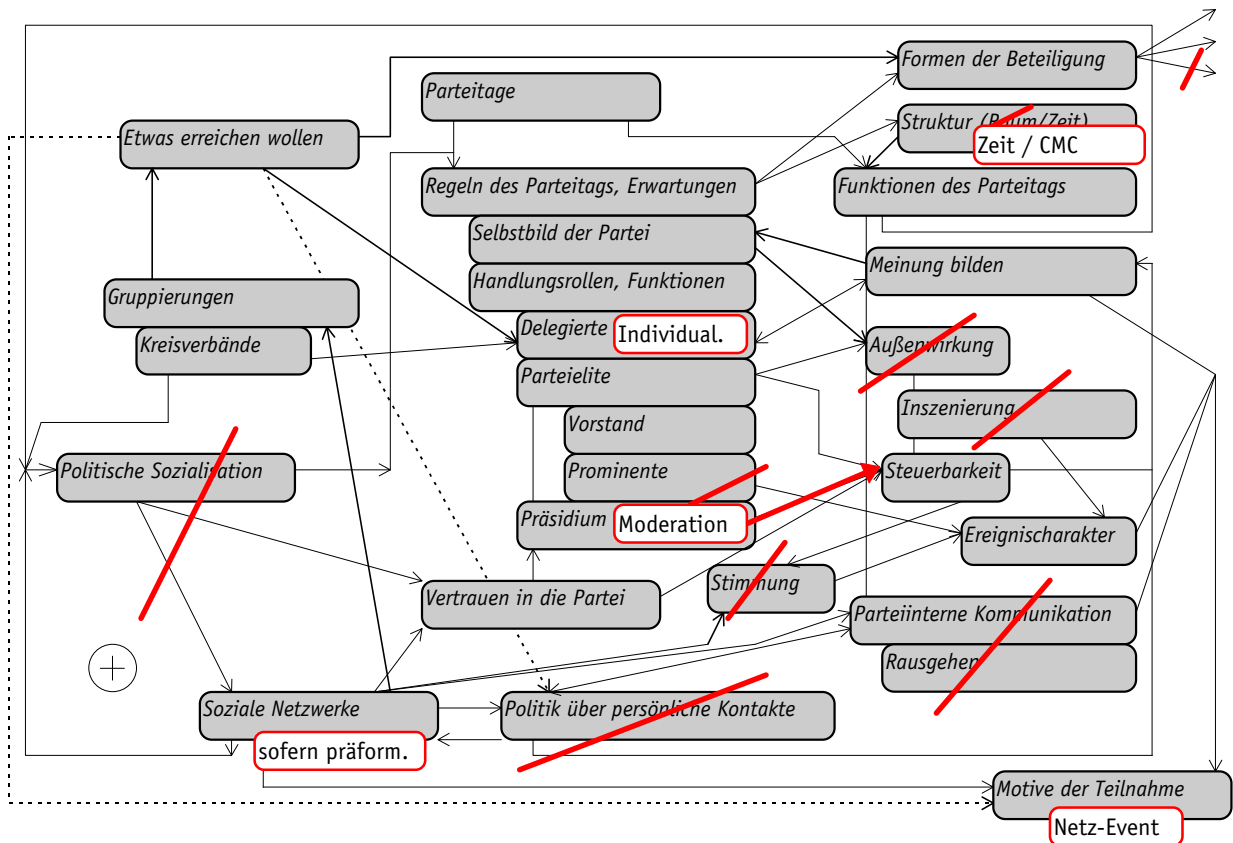


Abbildung 8.12 – Skizze: Logik der Partei (Virtueller Parteitag)

9 Glossar

Verwendete Abkürzungen und Internet-Fachbegriffe

Account – Ein ‘Konto’ in einem WWW-Angebot, also Name plus Passwort. Kann auch ähnlich wie ‘elektronische Identität’ verwendet werden.

Avatar – Die virtuelle Identität einer Person in einem Online-Rollenspiel (→ *MUD*).

Bit – Die kleinste, nicht weiter teilbare Einheit der Information.

Browser – Programm, um Webseiten auf einem Client-Rechner abzurufen und darzustellen. Beispiele sind der *Netscape Navigator* und der *Microsoft Internet Explorer*, aber auch unbekanntere Programme wie *Opera* oder *Lynx*.

BDK – Bundesdelegiertenkonferenz, (eigentlich: Bundesversammlung); die parteiinterne Abkürzung für Bundesparteitage.

BTW – Bundestagswahl.

BTX – Bildschirmtext, in den 80er Jahren eingeführter Vorläufer des Onlinedienstes *T-Online*. Die bis Ende der 90er Jahre noch vorhandenen BTX-Komponenten (‘KIT’) innerhalb von *T-Online* wurden im Lauf des letzten Jahres endgültig abgeschaltet.

BuVo – Parteiinterne Abkürzung für Bundesvorstand.

Cache – Zwischenspeicher.

/CL – Computernetzwerk Linksysteme, siehe Mailbox-Netz

Client – Ein Computer in einem Netzwerk, der einen Dienst von einem *Server* nachfragt.

Chat – synchrone, textbasierte computervermittelte Kommunikation ohne Rollenspielhintergrund (vgl. Döring 1999a)

CMC – computer-mediated communication, computervermittelte Kommunikation

Domain – Ausgehend von einem *root*-Server ist der Namensraum des Internets in verschiedene Bereiche (*domains*) aufgeteilt. Zu unterscheiden ist dabei zwischen *Top Level Domains* (TLDs) einerseits und den auf einzelne Adressräume oder Netzwerke verweisenden *Second Level Domains*. TLDs sind Beispiel .DE, .CH, .COM oder .ORG, *Second Level Domains* dann z.B. UNI-FREIBURG im Namensraum der TLD .DE. Domainnamen werden mit Hilfe von *Domain Name Servern* (DNS) in IP-Adressen umgesetzt. Domainnamen fungieren als soziale Markierung.

HTML – *Hypertext Markup Language*; standardisiertes Format zur strukturellen (und zunehmend grafisch-gestalterischen) Beschreibung von im WWW verbreiteten Informationen. (Vgl. Döring 1999a: 78). Kann sowohl statisch als auch dynamisch sein, also auf Nutzereingaben mit Hilfe von Programmen oder Datenbanken reagieren (dann DHTML).

HTTP – *HyperText Transfer Protocol*, auf TCP/IP aufbauendes Internet-Protokoll, dass das Medium für in HTML beschriebene Webseiten darstellt.

Internet – Im Gegensatz zu landläufigen Vermutungen kein Synonym für WWW, sondern ein Zusammenschluss aus verschiedenen auf dem TCP/IP-Protokoll beruhenden Netzwerken, über das verschiedene Dienste (z.B. WWW, Newsgroups, eMails) abgewickelt werden können. (Siehe u.a. Döring 1999a: 15ff)

ISP – *Internet Service Provider*, eine Firma oder Einrichtung, die einen Zugang zum Internet bereitstellt.

IP-Adresse – Eineindeutige Kennzeichnung eines Rechners oder eines Dienstes in einem auf das Protokoll TCP/IP basierenden Netzwerk, etwa dem Internet. Hat die Form a.b.c.d, mit a, b, c und d jeweils Zahlen im Bereich 0 bis 255.

IuK – Informations- und Kommunikationstechnologien.

LaVo – parteiinterne Abkürzung für Landesvorstand.

LDK – Landesdelegiertenkonferenz; parteiinterne Abkürzung für die (großen) Landesparteitage.

Logfile – Protokolldatei eines Webserver; hier werden Daten über die Zugriffe auf eine WWW-Site gespeichert.

LTW – Landtagswahl.

Mailbox-Netz – (*Bulletin Board System*) Netzwerk von Computern, die per Modem und Datenfernübertragung nach bestimmten Plänen regelmäßig Daten (öffentliche Bretter und eMail) miteinander austauschen, die den NutzerInnen dieser Mailboxen zugestellt werden. Entsprechende Netzwerke gab und gibt es sowohl im Bereich der ComputerenthusiastInnen (FIDO, MAUSNetz) wie auch im politischen Bereich (das links-alternative /CL, das rechtsextreme Thule-Netz). In den 90er Jahren nahm die Bedeutung von Mailbox-Netzen mit der zunehmenden Verfügbarkeit von kommerziellen Providern und dem vor allem an das Medium WWW gekoppelten Bedeutungszuwachs des Internet deutlich ab; die NutzerInnenzahlen sanken entsprechend. Obwohl die zugrundeliegende Technik eine andere ist, wurden die meisten Mailbox-Netzwerke in der zweiten Hälfte der 90er Jahre in das Internet integriert, so dass der Austausch von eMail zwischen NutzerInnen von Mailbox-Netzen und Internet-NutzerInnen problemlos möglich ist. (vgl. Goldmann et al. 1995; Barth / Lehm 1996; Grote 1997).

MUD – *Multi User Dungeon / Multi User Dimension*, auch MOO (*MUD object oriented*). Per Telnet zugängliche virtuelle Welt, in der Handlungen und Objekte in Form von – geteilten – Texten existieren. Im Gegensatz zum *Chatten* gibt es hier eine Art reale virtuelle Raumdimension und eine Art reale virtuelle Gegenständlichkeit (vgl. Döring 1999a). Einfacher gesagt: mehr oder weniger auf den Spielcharakter konzentrierte, textbasierte Online-Rollenspiele für mehrere NutzerInnen.

Newsgroup – Bestandteil des auf dem Internet aufbauenden *Usenet*-Dienstes, der mit Hilfe geeigneter Programme (*Newsreader*) und Protokolle die asynchrone, textbasierte Kommunikation zu Themen ermöglicht (Vgl. Baym 1995)

PHP3 – Eine besonders gut zur Analyse und Erstellung von Webseiten geeignete Programmiersprache.

Promi – Parteiinterne Bezeichnung für prominente PolitikerInnen, wohl vor allem auf die entsprechende Medienpräsenz bezogen.

Proxy – Ein Rechner, der zwischengespeicherte Daten vorhält.

Provider – Ein Anbieter einer Dienstleistung, siehe ISP.

Reso – Parteiinterne Abkürzung für Resolution. Wird tatsächlich so in dieser Kurzform verwendet.

Server – Ein Computer in einem Netzwerk, der *Clients* einen Dienst anbietet.

Site – Ein Gesamtheit der Webseiten eines Angebotes im *World Wide Web*.

TCP/IP – *Transmission Control Protocol / Internet Protocol*; eine Familie von Protokollen für den paketorientierten Datenverkehr zum Austausch zwischen Netzwerken (vgl. Döring 1999a: 17ff). Das TCP/IP-Protokoll bietet die standardisierte Grundlage, auf der Dienste wie WWW oder eMail mit ihren eigenen Protokollen aufsetzen.

URL – Universal Resource Locator, die eindeutige Kennzeichnung einer Internetadresse in der Form `protokoll://adresse`, also z.B. `http://www.virtueller-parteitag.de`.

WWW – *World Wide Web*, ein auf dem Protokoll HTTP und dem Dateiformat HTML basierender Standard, der Hypertextualität, Grafik und Interaktivität verwendet. Auch als Web bekannt. Ein einzelnes auf diesem Standard aufbauendes Angebot wird als *Site* bezeichnet.